C 21734 E



Arbeiterkampf

Jahrg. 3 Nr. 32 Sept. 73
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
50 Pf.

Streiks auf breiter Front

Nach der Sommerpause hat die Streikbewegung einen neuen Aufschwung genommen. Beteiligt sind in erster Linie die Arbeiter von Betrieben der Metallindustrie. Im Mittelpunkt stehen Forderungen nach Teuerungszulagen in unterschiedlicher Höhe, daneben in Einzelfällen auch besondere Forderungen wie Abschaffung von Niedrig-Lohngruppen oder Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Die neue Streikwelle begann Mitte August mit den Streiks bei Pierburg in Neuß und AEG-Küppersbusch in Gelsenkirchen. Es folgten die Streiks bei Opel in Bochum, bei der Rheinstahl AG in Bielefeld-Brackwede und bei Ford in Köln, um nur die wichtigsten zu nennen.

Am Anfang ein magerer Tarif-Abschluß

Der „Grundstein" für die Streikbewegung dieses Jahres wurde gelegt, als sich die IG Metall Anfang Januar mit den Kapitalisten auf eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 8,5% einigte. Kapitalisten und Gewerkschaftsführer waren anscheinend der Meinung, dieses magere Ergebnis den Arbeitern und Angestellten der Metallindustrie zumuten zu können. Diese Spekulation erwies sich als falsch. Bereits bei der Abstimmung über das Ergebnis in Nordrheinwestfalen gab es 66% Nein-Stimmen und nur 26% Zustimmung. In einzelnen Großbetrieben war die Ablehnung noch weit höher – so z.B. rund 84% Nein-Stimmen bei Hoesch in Dortmund.

So traten denn auch die Hoesch-Arbeiter bereits im Februar in den Streik für eine allgemeine Erhöhung um 14 Pf. je Stunde. Der Streik endete nach drei Tagen – Ergebnis: 5 Pf. mehr. Gemessen an den ursprünglichen Forderugen also eine Niederlage.

Die anhaltenden Preissteigerungen ließen das von der IGM ausgehandelte Tarif-Ergebnis in immer schlechterem Licht erscheinen. Schon wenige Wochen nach Tarif-Abschluß zeichnete sich ab, daß die Erhöhung von Löhnen und Gehältern hinter den Preissteigerungen bereits zurück blieb. Daher ist abgesehen von der Sommerpause seit Anfang Mai die Streik-Bewegung in den Metall-Betrieben nicht mehr abgerissen.

Ein Hoch auf die ausländischen Kollegen

Eine vorantreibende Rolle spielen in der Streik-Bewegung die ausländischen Kollegen. In einigen Fällen – wie im Mai bei Karman in Osnabrück und im August bei Pierburg in Neuß kam es zu Streiks, die fast ausschließlich von ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern getragen wurden. Der Streik in den Kölner Ford-Werken begann mit Arbeitsniederlegungen von einigen hundert türkischen Kollegen. Auch in den meisten anderen Streiks standen ausländische Kollegen mit in vorderster Front.

Die Bourgeoisie zeichnet von den ausländischen Kollegen das recht idyllische Bild des „Gastarbeiters". Und ein Gast müßte doch eigentlich dankbar sein?! Daher reagiert die Bourgeoisie besonders brutal, wenn die „Gäste" sich auf ihre Kampfkraft besinnen und für ihre Rechte eintreten.

Nicht zufällig sind es jedesmal ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter, gegen die sich die verschiedenen Polizei-Einsätze richteten. So bei Deere-Lanz in Mannheim, bei den Hella-Werken in Lippstadt und Paderborn und schließlich bei Pierburg in Neuß (vgl. dazu Artikel in diesem AK). Diese Prügel-Einsätze haben zugleich ihre Funktion für die Faschisierung, technische Erprobung und politisch-ideologische Ausrichtung der Polizei. Abgestützt wird dieses Vorgehen durch rassistische Greuel-Stories in der bürgerlichen Presse.

Obwohl die ausländischen Kollegen zudem von Entlassung und Abschiebung bedroht sind, kämpfen sie immer wieder mutig und zäh für ihre Forderungen. Ein großartiges Beispiel haben in mehreren Fällen vor allem die ausländischen Arbeiterinnen gegeben.

Zersplitterung der Streiks

Kennzeichnend für die Streik-Bewegung ist ihre Zersplitterung. Die Betriebe streiken weitgehend isoliert voneinander. Die Forderungen unterscheiden sich stark voneinander.

Die Streikbewegung zieht sich über einen Zeitraum von mehreren Monaten hin. Dadurch kommt es zu einer starken Ungleichzeitigkeit der einzelnen Streiks. Wenn z.B. Klöckner streikt, dann streikt Opel nicht, und umgekehrt. Für die Kapitalisten bedeutet das entschieden leichteres Spiel: während sie selbst natürlich geschlossen vorgehen, können sie mit den Streiks „stückweise" fertig werden. Die Position der Metaller wäre weit besser, wenn sie schon zur Herstellung einer einheitlichen breiten Streikfront in der Lage wären.

Jetzt erweist es sich als nachteilig, daß z.B. die Großbetriebe Hoesch und Klöckner ihre negativen Streikerfahrungen schon hinter sich haben, daß also bei den Kollegen dort bis zu einem gewissen Grad „die Luft schon raus" ist. Auf diese Situation haben die Kapitalisten, zum Teil mit der Unterstützung einzelner Betriebsräte, auch bewußt hingearbeitet. Die Taktik war, Konfrontationen zu einem für die Arbeiter relativ ungünstigen Zeitpunkt zu provozieren und dann den Arbeitern eine Niederlage beizubringen (vgl. dazu vor allem unseren Artikel zum Klöckner-Streik in AK 31).

Hier zeigt sich zugleich der Fehler derjenigen linken Organisationen, die ohne Berücksichtigung der konkreten Lage in den einzelnen Betrieben und in der Metallbranche als Gesamtes bereits im Juni ihre ganze Agitation darauf ausrichteten, gerade dieser Zeitpunkt sei für Streiks besonders „günstig". Die von manchen Organisationen vertretene Parole „Je früher gestreikt wird, umso besser" hat sich als Trugschluß erwiesen. Objektiv war das nämlich durchaus auch die Parole der Kapitalisten sowie der rechten Betriebsräte und Gewerkschaftsführer. Da die Entwicklung des Kampfwillens und der Bewußtheit innerhalb der Arbeiter eines Betriebs und vor allem innerhalb der verschiedenen Betriebe durchaus nicht einheitlich verläuft, kann man keineswegs sagen, daß für die Arbeiter der früheste Zeitpunkt zum Kampf auch der beste ist. Vielmehr ist der günstigste Zeitpunkt *dann*, wenn es möglich ist, daß nicht nur die Arbeiter eines Betriebes, sondern möglichst vieler Betriebe *geschlossen* den Kampf aufnehmen.

Die Kommunisten sind heute noch nicht in der Lage, die Situation in der Gesamtheit der Betriebe realistisch einzuschätzen, und sie sind wohl auch nur in Ausnahmefällen fähig, auf die Entscheidung der Arbeiter eines bestimmten Betriebs zum Streik bestimmend einzuwirken. Gerade deshalb ist es ein falsches Vorgehen, Streikaufrufe losgelöst von den objektiven Bedingungen in den Mittelpunkt der Agitation zu stellen, wie es vor allem im Juni von Seiten einiger linker Organisationen geschah.

Die Regierung greift ein – wie 1969

Die Lage entwickelt sich vergleichbar zu 1969. Auch damals

Forts. nächste Seite



CHILE: «FRIEDLICHER ÜBERGANG» AUF DEM STERBEBETT



Salvador Allende

Die gegenwärtige Situation in Chile erscheint äußerst verworren. Präsident Allende hat erklärt, daß das Land „am Rande des Bürgerkriegs" steht. Die bürgerliche Presse berichtet in der letzten Zeit fast täglich von der sich zuspitzenden Krise, wofür sie natürlich die „sozialistische Politik" der Unidad Popular verantwortlich macht. Tatsächlich verhält es sich aber so, daß diese Krise von den reaktionären Kräften betrieben wird, die sich zum Sturz der Allende-Regierung um die chilenische Bourgeoisie geschart haben und dabei von den ausländischen Imperialisten und Militaristen unterstützt werden. Der Terror der Konterrevolution hat mittlerweile ein Ausmaß erreicht, wo eigentlich schon nicht mehr die Frage steht, wie die chilenischen Arbeiter und Bauern den Bürgerkrieg verhindern können, sondern: wie sie ihn *gewinnen* können.

Was die Allende-Regierung selbst betrifft, so flüchtet sie sich immer mehr in eine offene Kapitulationspolitik. Ihr reformistisches Konzept vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus" erweist damit immer deutlicher seine völlige Untauglichkeit, die chilenischen Arbeiter und Bauern wirklich zum Sieg über die Konterrevolution und zur Eroberung der politischen Macht zu führen.

★

Auf Seite 10 dieser Ausgabe veröffentlichen wir einen Artikel, der sich anhand der jüngsten Entwicklung noch einmal mit der reformistischen Politik der Unidad Popular auseinandersetzt.

Forts. von Seite 1

kam es zu einer Welle „wilder" Streiks, weil der Tarifabschluß viel zu niedrig ausgefallen war. Allerdings gibt es gewisse Unterschiede: die damaligen Streiks erfolgten bald nach dem Tarifabschluß, gingen von einem Großbetrieb aus (Hoesch) und waren – was den Zeitpunkt angeht – relativ geschlossen.

Schon 1969 wurde die Streikbewegung durch das Eingreifen der Regierung (damals noch „Große Koalition" von CDU/CSU und SPD) beendet.

Auch jetzt ist wieder der Zeitpunkt gekommen, wo sich die Regierung als „Vermittler" und „Schlichter" in die Streik-Bewegung einzuschalten versucht. Das geschah nach der Ausdehnung des Streiks auf die Großbetriebe Opel (Bochum) und Ford (Köln) und der Gefahr eines „Flächenbrands" vor allem in Nordrheinwestfalen. Dabei ist zunächst einmal die Ausgangslage der jetzigen Regierung, die hauptsächlich von der SPD getragen wird, besser als 1969, weil eine solche Regierung es besser als die von der CDU/CSU geführte „Große Koalition" zuwege bringen kann, mit Hilfe der Gewerkschaftsführung die werktätigen Massen „einzuwickeln".

Das Eingreifen der Regierung wurde durch entsprechende Appelle in der bürgerlichen Presse vorbereitet, insbesondere am Wochenende 25./26. August sowie am Mor-

Klassengegensätzen zu stehen.

So kam es denn am 26. und 27. August zu ersten Gesprächen zwischen der Regierung einerseits sowie Gewerkschaftsführern und Kapitalisten andererseits.

Das Ziel ist, im Interesse der Bourgeoisie die Streikbewegung durch eine zentrale Regelung zu beenden, mit der die eigentlichen Forderungen der Arbeiter n i c h t erfüllt werden.

Allerdings zieht es die Regierung gegenwärtig noch vor, unter scheinheiligen Hinweisen auf die „Tarifautonomie" keine offene „Vermittler"-Rolle zu übernehmen, sondern mehr aus dem Hintergrund zu agieren.

Die bürgerliche Presse hetzt – wie üblich

Parallel zur Streikbewegung entwickelte sich die Hetze der bürgerlichen Presse. Sie verläuft in der Regel auf der Linie, daß Streiks (und noch dazu „wilde"!) eigentlich „dem deutschen Wesen fremd" sind (wie die Nazis gesagt haben würden). Wenn also deutsche Arbeiter „wild" streiken, dann gehen diese Streiks zweifellos auf das Konto einer unfähigen sozialdemokratischen Regierung und sind zudem „von radikalen Drahtziehern geschürt".

In diesem Sinne äußert sich z.B. die „FAZ" vom 23.8.: „Wer ‚macht' solche Streiks?" – Die Arbeiter selbst seien es „wohl am seltense Kollegen auf dem Holzweg.

Jeder Streik hat selbstverständlich mit Politik zu tun. Die Bourgeoisie führt ihren Kampf organisiert, nicht auf einen einzelnen Betrieb beschränkt, und sie führt ihn p o l i t i s c h – d.h. sie setzt die Presse, den Staat, die Gewerkschaftsführung etc. in diesem Kampf ein. Solange die Arbeiter sich betriebsweise aufsplittern lassen und den bürgerlichen Parolen vom „unpolitischen" Streik folgen, werden sie der Organisiertheit der Bourgeoisie zwangsläufig unterlegen bleiben.

Außer der antikommunistischen Hetze herrscht in der bürgerlichen Presse noch ein weiteres Motiv vor, nämlich die Hetze gegen „wilde" Streiks überhaupt – und damit gegen das Streikrecht, soweit es nicht von den Gewerkschaftsführern ausdrücklich abgesegnet worden ist. Solche Streiks werden ganz allgemein für „illegal" erklärt.

Die Rolle der IGM-Führer

Die IG Metall-Führer sind geschickt genug, im Allgemeinen nicht gegen die spontanen Streiks Stellung zu nehmen. Das unterschied sie schon bei den September-Streiks 1969 von den Führern der IG Bergbau-Energie, die die Streikenden offen als geldgierige Nichtstuer etc. anpöbelten.

Im Gegenteil: zum Teil bringt die IGM-Zeitung „Metall" relativ ausführliche Berichte über sponta-

ganz fauler Trick. Es ist klar, uf dieser Ebene der Westen besbschneidet, denn die Entwikhilfe des Westens ist Kapitalt, die des Ostens nicht oder einem geringen Teil.

f der anderen Seite werden in ächsten Zeit möglicherweise ndende Aggressionen ideolovorbereitet. So war vor kurzem endung im Fernsehen über „die nde Energiekrise in den USA". lang und breit über den m und die Lebensweise arabi-Ölscheichs berichtet und die rbreitet, diese Ölscheichs seien reich, daß sie durch Finanzen jede westliche Währung in rise stürzen könnten. Richtig ß dies nicht die Ölscheichs tun n, sondern die riesigen westli-



gut wie möglich vorbereiten – in unserem Organisationsbereich und mit unseren Funktionären und Mitgliedern." („Metall", 7. August)

Das sind dieselben Sprüche, wie sie schon nach den September-Streiks 69 zu hören waren. Nachdem das Kind in den Brunnen ge-

chen Ölkonzerne. Sie sind es, die die tatsächliche Kontrolle über das Öl ausüben und außerdem die großen Ölgewinne einstreichen. Die Scheichs werden nur daran beteiligt, machen gemeinsame Sache mit den Konzernen und sind die reaktionärsten Kreise in ganz Arabien.

Außerdem ist es kinderleicht, ihre Konten bei den westlichen Banken einfach zu sperren. Es soll der Eindruck vermittelt werden, die westlichen Länder seien „Kolonien" solcher Ministaaten wie Kuwait usw. In der „Welt" wurde das auch offen behauptet. Diese antiarabische Hetze wird natürlich durch den Zionismus noch verstärkt. Ganz offen werden daneben Aggressionspläne gegen den Irak, der zur Zeit gute Beziehungen zur Sowjetunion unterhält, verbreitet und verteidigt.

Am Beispiel des Präsidenten von Uganda, Idi Amin, der früher Boxer gewesen war, kürzlich alle Einwohner indischer Herkunft des Lander verwies und Grenzzwischenfälle mit Tansania provozierte, wird das alte Märchen von den unzivilisierten Afrikanern neu aufgewärmt. An solchen Kreaturen zeigt sich aber

fallen ist, versprechen die IGM-Führer, den Brunnen zuzudecken: „Geduldet euch nur noch ein wenig, in der nächsten Tarifrunde wird alles anders!" –

Man wird sehen. Forderungen von 18% sind aus manchen Betrieben für die nächste Tarifrunde schon auf dem Tisch. ■

GELSENKIRCHEN



gen des folgenden Montag, 27. August. So mahnte etwa Oberhetzer Peter Boenisch in der „Bild am Sonntag" vom 26.8.: „Noch ist es Zeit, auf die Bremse zu treten. Aber, wer tritt?" In diesem Artikel wurde Brandt als „lieber, netter Kaiser der Träume" dargestellt, der zwar in der Außenpolitik fix rumwirbelt, aber die „Krisen" im Inneren völlig vernachlässigt. Und die „Neue Ruhrzeitung", die ja bei der jetzigen Streik-Bewegung sozusagen „an der Quelle" sitzt, blubberte noch am Montag „Was sagt der Kanzler? – Die Öffentlichkeit wartet auf sein Wort" (27.8.).

Der wirtschaftliche Aufstieg des BRD-Imperialismus beruht zum guten Teil darauf, daß es bisher immer noch gelungen ist, das Ausmaß von Streiks relativ gering zu halten – viel niedriger als etwa in Italien oder Frankreich, England oder auch den USA. Daran knüpft sich eine bestimmte bürgerliche Ideologie, die etwa folgendes besagt:

Wir alle (Arbeiter und „Unternehmer" gemeinsam) verdanken unseren „Wohlstand" der Tatsache, daß in der BRD so wenig gestreikt wird. Wäre es anders – wie etwa in England oder Italien – wäre es mit unserem „Wohlstand" schnell vorbei. Deshalb darf die „Krankheit" von Streiks gar nicht erst um sich greifen.

Im Sinne dieser Ideologie ist es selbstverständlich, daß bei jeder nur halbwegs umfangreichen Streikbewegung die Bourgeoisie alsbald ihren Staat in Bewegung setzt – nicht nur im Sinn brutaler Polizei-Einsätze, sondern auch als großen „Schlichter", der vorgibt, über den

sten"(!). Eher schon die „Radikalen", nämlich „Jungsozialisten und ‚Chaoten', zuletzt (!) schließlich die Deutsche Kommunistische Partei". Jedoch die „Radikalen" ernten eben nur „die bösen Früchte der Inflation", und dafür sei die Regierung verantwortlich.

In erster Linie richtet sich die bürgerliche Hetze gegen Kommunisten und linke Sozialdemokraten, die angeblich „auf dem Streik ihr eigenes Süppchen kochen" wollen. Dabei geht es um folgendes: wenn schon „wild" gestreikt wird, dann will die Bourgeoisie jedenfalls die p o l i t i s c h e n Konsequenzen so gering wie möglich halten. Deshalb wird gegen alle Kräfte gehetzt, die der Arbeiterbewegung eine klare politische Stoßrichtung geben könnten.

Im Einzelnen schwankt die Bourgeoisie zwischen maßloser Übertreibung der Rolle der „Radikalen" und demagogischem Herunterspielen: Während einerseits so getan wird, als wären die Streiks hauptsächlich „von Radikalen geschürt", stehen andererseits Behauptungen, daß „Kommunisten ... vor den Werkstoren keine Chance" hätten, daß sie „weggejagt" würden „von deutschen Arbeitern, die sich nicht aufhetzen lassen" usw. (Zitat aus „Bild" vom 24.8.).

Bis zu einem bestimmten Grad hat diese Demagogie bei den werktätigen Massen noch Anklang. Manche Kollegen kommen sich sogar noch ganz besonders gewitzt vor, wenn sie erklären, daß ihr Streik „völlig unpolitisch" sei, daß „die Kommunisten" damit nichts zu tun hätten etc. In Wirklichkeit sind diene Streiks – z.B. einen ganzseitigen Artikel von Heinz Brandt über die Streiks bei den Hella-Werken in „Metall" vom 7.August.

Dennoch ist klar, daß sich die Streikbewegung überhaupt erst aus der für die Arbeiter nachteiligen Tarifpolitik der IGM-Führer entwickelt hat. Wenn die IGM-Führer nachträglich behaupten, sie hätten damals der Stabilität ohnehin nicht wollen und mit einem „Entgegenkommen" der Kapitalisten bei den Preisen gerechnet, dann ist das natürlich bloß ein schlechter Witz. So naiv, wie sie sich da geben, sind die IGM-Führer bestimmt nicht.

So ist denn heute die Haltung der IGM-Führer, daß sie die spontanen Streiks zwar „verstehen" können, aber sie wegen der „Friedenspflicht" nicht billigen und unterstützen können. Umso mehr wird jetzt mit „radikalen" Sprüchen auf die nächste Tarifrunde orientiert, wo man es den Kapitalisten nicht leicht machen werde. So verspricht IGM-Chef Eugen Loderer:

„Wenn wir zum Jahresende unsere Forderungen auf den Tisch legen, werden sie dem Rechnung tragen, was inzwischen geschehen ist." („Metall", 10. Juli 73)

„Vagen Versprechungen schenken wir keinen Glauben. Mit der achtprozentigen Inflationsrate ist ein tarifpolitischer Nachholbedarf entstanden. Daran kann die Preisentwicklung der nächsten Monate nichts mehr ändern ... Gegen gute Worte – egal von welcher Seite sie kommen – lassen wir uns den Schneid nicht abkaufen. Wir werden die notwendigen Aktionen, die kommende Tarifbewegung insgesamt, so

GELSENKIRCHEN

Eine Woche gestreikt – nichts erreicht

DER DRITTE 'WILDE' STREIK BEI AEG-KÜPPERSBUSCH IN DIESEM JAHR

Nach der Tarifrunde 72/73 hatten die Arbeiter der zum AEG-Konzern gehörenden Küppersbusch AG in Gelsenkirchen mit einem fünfstündigen Streik und der vorübergehenden „Besetzung" des Verwaltungsgebäudes verhindern können, daß die Zeitlohnzuschläge der Akkordarbeiter von der Unternehmensleitung gestrichen wurden.

Die Anrechnung der übertariflichen Leistungen auf die in der zurückliegenden Lohnrunde ausgehandelten Tariferhöhungen hätte für betroffene Küppersbusch-Kollegen Lohneinbußen zwischen 60,– und 130,– DM je Arbeiter bedeutet.

Die Arbeiter „hatten einen Erfolg ihrer kämpferischen Solidarität errungen. Sie werden auf der Hut sein müssen – <u>denn der nächste Angriff kommt bestimmt</u>!" Mit diesen Worten schloß im April dieses Jahres ein Artikel im ARBEITERKAMPF (Nr. 27), in dem wir über die Ereignisse bei AEG-Küppersbusch berichteten.

Anfang August war dann auch in der Gelsenkirchener Herdfabrik Küppersbusch der Ofen aus: Um einen weiteren Abbau ihrer Reallöhne durch Preissteigerungen und Steuerprogression zu verhindern, legte die gesamte Belegschaft bei Küppersbusch die Arbeit am 7. August 73 für einige Stunden nieder. Nach diesem Warnstreik, in dessen Verlauf die Kollegen durch den Stadtteil Feldmark demonstrierten, wurde der Geschäftsleitung eine Frist von acht Tagen eingeräumt, um mit dem Betriebsrat eine akzeptable Lohnerhöhung auszuhandeln.

40 Pfennig mehr Stundenlohn!
70 DM mehr für Angestellte!
30 DM/Monat mehr für Lehrlinge!
200 DM mehr Weihnachtsgeld für alle!

Das sind die Forderungen, die die Küppersbusch-Arbeiter ihrem BR mit auf den Weg gaben.

Die Kollegen gingen zunächst wieder an die Arbeit.

16. August 1973, vor der Frühschicht:

Betriebsratsvorsitzender Willi Scherer meldet sich bei den Kollegen zum Rapport – die ‚Schonzeit' ist vorbei!

W. Scherer kam mit leeren Händen. Die Geschäftsleitung hatte sich geweigert, die Forderungen der Belegschaft auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Vorstandssprecher Dr. Hans Ahle hätte ihm per Vortag erklärt: „Wir können nicht zahlen, und wir werden nicht zahlen!"

Daraufhin wurden bei Küppersbusch zum zweiten Mal innerhalb von 10 Tagen die Maschinen abgestellt – 1 500 Kollegen marschierten in einem langen Demonstrationszug (siehe Bild) durch die Gelsenkirchener Innenstadt bis zur Verwaltungsstelle der IG Metall, um dort ihre Entschlossenheit zum ‚unbefristeten Streik' bekanntzumachen und die sofortige Aufnahme von Verhandlungen über ihre Belange zu fordern.

Zum Firmengelände zurückgekehrt, blockierten die Kollegen alle Tore, sodaß eintreffende Lastzüge aus Süddeutschland nicht entladen werden konnten. Die AEG-Kollegen wurden jedoch zunächst noch einmal von der Geschäftsleitung überrumpelt: Durch ‚Vermittlung' des BR-Vorsitzenden Scherer wurde eine Notdiensttruppe von Kollegen zusammengestellt, die einfahrende Lastzüge entladen sollte, „damit die Arbeit später wieder ohne Verzögerung aufgenommen werden kann", wie listig gesagt wurde.

Als herumstromernde Vorarbeiter und Meister die Kollegen an der Verladerampe jedoch zum Beladen der Laster mit Fertigprodukten anhalten wollten, erkannten die Arbeiter das üble Spiel und kehrten zu den Streikposten vor den Werkstoren zurück.

Als sich am 16. August um 14.00 Uhr die Arbeiter der Mittagsschicht dem Ausstand angeschlossen hatten, streikte (von wenigen Streikbrechern abgesehen) die gesamte Küppersbusch-Belegschaft.

Für 5 Tage (bis zum 22. August) lag der ganze Betrieb still. Am Montag, den 20. August, verschärfte sich die Lage bei der AEG durch das Vorgehen der Geschäftsleitung erheblich:

Einem jungen Kollegen wurde fristlos gekündigt, weil er die Auszubildenden zur Solidarität mit ihren älteren streikenden Kollegen aufgefordert hat. Darüberhinaus erklärte ein Küppersbusch-Sprecher, dieser Arbeiter werde entlassen, weil er sich bei den Demonstrationen „besonders wild" verhalten habe. „Da er erst seit drei Wochen im Betrieb sei, sei eine Zustimmung des Betriebsrates nicht notwendig."

(„Westfäl. Rundschau“, vom 21.8. 73)

Die DKP informierte die Streikenden am gleichen Tag in ihrer Betriebszeitung „Heiße Platte“ über den Plan des AEG-Konzernvorstands, weitere 14 Arbeiter schrittweise zu entlassen, um die einheitliche Kampffront zu spalten und schließlich zu zerschlagen.

Von diesem Vorhaben will die DKP aus „unmittelbarer Umgebung des AEG-Vorstandes' Wind bekommen haben.

War es den Kapitalisten bisher nicht gelungen, eine nennenswerte Zahl von Streikbrechern aus der Belegschaft selbst zu „gewinnen“, so versuchten sie es am Montag mit den Fernfahrern, die ihre Waren bei Küppersbusch loswerden wollten: Die LKWs sollten die Blockade durchbrechen.

Als die streikenden Arbeiter, die zu Hunderten vor den Toren auf Posten standen, nicht zur Seite wichen und die Lastwagen eingekeilt waren (siehe Bild), „intervenierte“ die Polizei.



Küppersbusch-Arbeiter demonstrieren: „40 Pfg. müssen her, sonst gibt es keine Herde mehr!“

Wie dieser Polizeieinsatz konkret aussah, ist uns bis zur Stunde nicht bekannt. Jedenfalls gelang es auch der Polizei nicht, die Blockade zu durchbrechen.

Bis zum Montag, den 20. August, lag weder von der Küppersbusch-Geschäftsleitung noch vom AEG-Konzernvorstand ein Angebot vor. BR-Vorsitzender Scherer: „Alle Verhandlungsmöglichkeiten sind erschöpft!“

Als „Retter in der Not“ erschien dann in dieser festgefahrenen Situation die IG Metall-Bezirksleitung Essen, die sich „vermittelnd“ in den Konflikt einschaltete.

„Auf Vorschlag der Essener Bezirksleitung der IGM (kam es) zu einer Aussprache zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung. Danach wurde lediglich mitgeteilt, der Unternehmensvorstand habe einen Vorschlag zur Beendigung des Streiks unterbreitet.“ (Ruhrnachrichten, vom 22. August 73)

Wie dieser „Vorschlag zur Beendigung des Streiks“ aussah, darüber wurden die Arbeiter nur schrittweise informiert: Erst hieß es lediglich, daß ein Vorschlag von AEG vorliege (am Dienstag früh). Dann ließen IG Metall-Vertreter verlauten, es würden „mehr als zwei Drittel der Forderung nach einer Teuerungszulage von 40 Pfennig erfüllt.“ (Westdtsch. Allgemeine)

Schließlich war es an Willi Scherer, den streikenden Küppersbusch-Arbeitern einen „Kompromiß“ zur Annahme zu empfehlen und zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern. Die Regelung sieht vor, daß Arbeiter und Angestellte

– 180 DM mehr erhalten sollen, wenn sie länger als ein Jahr bei der AEG sind

– 100 DM als „Sonderzahlung“ für Kollegen nach halbjähriger Betriebszugehörigkeit.

Die Frage nach der Bezahlung der Streikzeit (für jeden Kollegen zwischen 180 und 250 DM netto!) war noch strittig.

„Leer ausgehen werden viele ausländische Arbeitnehmer, die bis zu 40% vertreten sind, weil sie erst seit kurzem bei Küppersbusch vertreten sind. ‚Wir haben nur 23 Pfennig mehr bekommen (für 5 Monate, Anm. d. Red.) *und 40 wurden verlangt“*, sagte ein Arbeiter, der wie viele seiner Kollegen mit dem Ergebnis nicht zufrieden ist. ... Viele Arbeitnehmer beklagen sich über die Art der Auszahlung: *„Daß uns 90 Mark auf einen Schlag gezahlt werden, bringt nichts als eine höhere Versteuerung ein, und wir haben den gleichen Lohn wie bei Streikbeginn. Das hat sich alles nicht gelohnt.“* („Ruhr Nachrichten“, 23.8.73)

Es bedurfte längerer Auseinandersetzungen zwischen Betriebsrat und Belegschaft, sowie innerhalb der Belegschaft, bis die Mehrheit der Kollegen einsehen mochte, daß „nicht mehr drin“ ist (was die IGM-Vertreter und der Betriebsrat behaupteten).

Nur widerwillig und nur nach und nach gingen die Kollegen wieder an die Arbeit. Vom 22. August an arbeitete die Mittagsschicht bei Küppersbusch wieder „normal“.

Was hat der Streik gebracht

Gemessen an den Ausgangsforderungen (s.o.) muß das Ergebnis des Kampfes als klare Niederlage der Arbeiter gewertet werden.

Nicht nur, daß die neue Regelung in keinem Verhältnis zu den Ausgangsforderungen und den Anstrengungen und Entbehrungen des Streiks steht; für wichtiger halten wir noch die Tatsache, daß die Kapitalisten den Arbeitern ein Ergebnis diktieren konnten, das die bestehende Spaltung in der Küppersbusch-Belegschaft über ein differenziertes Akkordsystem weiter vertieft.

Es war ja gerade ein besonderes Merkmal dieses Arbeitskampfes, daß die Arbeiter für 5 Tage zu einem einheitlichen, solidarischen Handeln für eine gemeinsame Forderung gefunden hatten

– ein Erfolg der Aktion hätte ohne Frage nicht nur in der Tendenz die Spaltung über den Lohn aufgehoben.

Noch einen Tag vor Abbruch des Streiks waren die Streikenden sich ihres Erfolgs ganz gewiß: „Wir streiken bis uns die Luft ausgeht, und das wird nicht so schnell geschehen,“ sagte ein älterer Kollege am Tor 5. Ein anderer „... die Kollegen wissen, daß wir durchhalten müssen, weil wir sonst kein Bein mehr an die Erde bekommen. Lieber würde ich einen Kredit aufnehmen, als ohne Ergebnis an die Arbeit gehen.“

Aus solchen, in der letzten Zeit oft gehörten Zitaten, spricht vor allem die Begeisterung der Arbeiter, die auf der Erfahrung des gemeinsamen Kampfes und der Arbeitersolidarität entsteht. In ihr kommt die Kampfbereitschaft vieler westdeutscher Belegschaften zum Ausdruck, nicht jedoch schon ihre tatsächliche Kampfkraft, so daß die Arbeiter und Angestellten immer wieder – trotz großartiger Kampfbereitschaft in den ersten Tagen eines Streiks – am Ende Niederlagen einstecken müssen. Wesentliche Voraussetzung zur Erhöhung der tatsächlichen Kampfkraft der Arbeiter (um auch einen längeren und härteren Streik durchstehen zu können) ist ein möglichst umfassender Einblick in das Vorgehen des Klassengegners (der Kapitalistenklasse), in die Machenschaften und Betrügereien seiner Agenturen (vor allem Gewerkschaftsführung und Regierung), in seine Möglichkeiten und Ziele usw., kurz: eine weitaus bessere Einschätzung vom derzeitigen Stand des Kräfteverhältnisses der beiden großen Klassen ist für die streikenden Arbeiter und besonders für die westdeutsche Arbeiterlinke von allergrößter Bedeutung. Hier liegt eine wesentliche Aufgabe für die kommunistische Presse und Propaganda-Arbeit, die aber immer noch von allzuviel Gruppen sträflich vernachlässigt und z.T. wohl auch „peinlich“ umgangen wird. ■

Bereichsleitung Metall,
KB-Gruppe Hamburg

Neuß: A. Pierburg Autogerätebau KG

Trotz Polizeiterror - ein beachtlicher Streikerfolg

Bei der A. Pierburg Autogerätebau KG in Neuß wurde vom 13. bis 17. August 1973 die gesamte Produktion durch einen Streik lahmgelegt, der im wesentlichen von ausländischen Arbeiterinnen ausging und getragen wurde.

Trotz mehrfacher von der APG-Geschäftsleitung bestellter Polizeieinsätze, trotz zahlreicher Schikanen, Drohungen und Bestechungsversuche, gelang es den Kapitalisten nicht, die Front der Streikenden zu spalten und zu zerschlagen.

Im Gegenteil wuchs die Zahl der Streikenden von anfänglich 800 auf rund 2000 Kolleginnen und Kollegen, die noch am letzten Streiktag ein „erstes Verhandlungsergebnis“ als unzureichend zurückwiesen und weiterstreikten.

Für diese Forderungen wurde gestreikt: „1 Mark mehr für alle!“ und „Weg mit Lohngruppe 2!“

Und das ist der beachtliche Erfolg der Pierburg-Arbeiterinnen:

- Die sogen. „Leichtlohngruppe“ 2 wird für das Neußer APG-Werk abgeschafft. Von den betroffenen 1 700 Kolleginnen werden ab sofort 1 200 in Lohngruppe 3 umgestuft, die restlichen 500 folgen bis zum Ende dieses Jahres. Damit werden diese Arbeiterinnen pro Stunde zwölf Pfennig mehr bekommen.
- Ferner eine übertarifliche Zulage von 30 Pfennig pro Stunde für alle gewerblichen Belegschaftsmitglieder. Die Angestellten, die sich nicht am Streik beteiligt haben, erhalten eine monatliche Zulage von DM 50. Diese Regelung gilt rückwirkend vom 1. August 73.
- Zu diesen Verbesserungen müssen noch jene 200 DM gerechnet werden, die schon eine Woche vor Streikbeginn als Teuerungszuschlag vereinbart worden waren.
- Vier der insgesamt fünf Streiktage werden voll bezahlt.

Der Streik bei Pierburg, bei dem die Frauen eine so hervorragende Rolle spielten, stand am Anfang der jüngsten Streikbewegung im Revier. Bürgerliche Journalisten haben den Streik bei Pierburg ‚ein Fanal‘ genannt, das nicht ohne Wirkung auf die Streikwelle der letzten Wochen geblieben ist.

Da ist zweifelsohne was dran!



Opfer des Polizeiterrors, Kollegin Mermela: Eine Gehirnerschütterung, blaue Flecken und ein verstauchter Arm waren die Folge.

Die Ursachen des Streiks

In der bürgerlichen Presse wurde gerade bei der Kommentierung dieses Streiks immer wieder unterstellt, daß ‚radikale Elemente‘ von außerhalb des Betriebes auf den Beginn und den schließlichen Verlauf des Arbeitskampfes entscheidenden Einfluß gehabt hätten.

Dem war l e i d e r nicht so!



Die Bullen schlagen zu –
zu zweit gegen eine Frau: Typisch!

Richtig ist fraglos, daß verschiedene Organisationen der Linken die einzigen waren, die den Streikenden mit ständiger Information und auch materieller Hilfe beistanden – und somit ein kleinwenig mit zum Erfolg der Aktion beigetragen haben.

Die Hetze gegen ‚Kommunisten‘ und ‚Chaoten‘, die angeblich nur ‚ihr eigenes Süppchen kochen‘ wollten, hatte neben dem vordergründigen Anti-Kommunismus natürlich auch zum Ziel, von den katastrophalen Zuständen bei Pierburg abzulenken.

Diese Verhältnisse waren es jedoch genau, die die Arbeiterinnen und Arbeiter zum selbständigen Handeln veranlaßt haben. Im Neußer Werk der APG (hier werden 75 % aller Vergaser und Benzinpumpen hergestellt, die in der westdeutschen Automobilinsutrie gebraucht werden!) sind von den 3 070 gewerblichen Kollegen 2 248 Ausländer (!), davon wiederum 1 856 Frauen (800 Kolleginnen kommen aus Griechenland, 600 aus der Türkei und 350 aus Jugoslawien – die anderen sind Italienerinnen und Spanierinnen).

Die ausländischen Kolleginnen mußten wie die anderen im Akkord arbeiten – wurden aber nur nach der berüchtigten „Leichtlohngrup-

Forts. nächste Seite

„Haut den Bossen auf die Flossen“



„Haut den Bossen auf die Flossen“, riefen die Arbeiter der Holstein & Kappert AG im Werk Dortmund (unser Bild) und demonstrierten vor den Werkstoren für eine Teuerungszulage von DM 250,–.

Zusammen mit ihren Belegschaftskollegen des Wittener Werks (insgesamt 1 900 Mann) erreichten sie wenigstens nach einem zweitägigen Streik einen minimalen „Ausgleich“ für den Reallohnverlust der vergangenen Monate.

Als die Arbeiter bereits vor einigen Wochen mit einem kurzfristigen Streik der Forderung Nachdruck verliehen, zeigten sich die Kapitalisten stur. Demagogisch wiesen die Bosse die Forderungen der Streikenden zurück: „Wir wollen der Regierung bei ihren Stabilitätsbemühungen nicht in den Rücken fallen.“

Daß die Unternehmensleitung damals wie heute die Stabilität der Profite meinte, wird auch bei der jüngsten „Regelung“ deutlich – das Verhandlungsergebnis zwischen BR, IG Metall-Vertretern und der Unternehmensleitung wird als „Vorgriff auf die neue Regelung des Urlaubsgeldes“ bezeichnet (Bekanntmachung des BR).

Die Arbeiter werden aufpassen müssen, daß sie durch derartige Manöver nicht angeschmiert und um ihren erstreikten „Zuschlag“ betrogen werden. ■

Forts. Pierburg

pe" 2 bezahlt (also etwa 5,– DM brutto pro Stunde!).

„Ich bezahle 200 Mark Miete für einen einzigen feuchten Kellerraum. Da haben sie früher Schweine drin gehalten. Jetzt ist das für uns Ausländer gut genug", sagte eine Griechin zu einem Reporter der Düsseldorfer Nachrichten. Auch mit Überstunden käme sie nicht über 650.– DM netto im Monat (DN, 18. 8. 73)

Neben den übelsten Schikanen bei der Arbeit (wie z.B. das Sprechverbot!), die gezielt gegen ‚die Gastarbeiter' angewandt wurden, setzten die APG-Bosse in den letzten Jahren ständig die Leistungsnormen herauf. Hatten 1969 noch 50 Frauen pro Schicht 750 Vergaser hergestellt, so werden heute 1 400 Stück verlangt!

Die Forderung nach Abschaffung der übelsten Diskriminierungen und nach Verwirklichung des Prinzips ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit' stand seit langem.

Der Protest in der Belegschaft gegen die immer unerträglicher werdenden Zustände in der Produktion verband sich zunehmend mit dem Unmut der Arbeiter über die Preissteigerungen der letzten Monate.

In Erwartung spontaner Protestaktionen (die diesen Großlieferanten und seine Abnehmer in der Boomphase der wirtschaftlichen Entwicklung empfindlich treffen mußten) versuchte die APG-Geschäftsleitung durch eigene ‚Initiativen' die Wogen der Empörung zu glätten:

- Anfang August dieses Jahres wurde von Pierburg ein Teuerungszuschlag von 200 DM gezahlt – natürlich außerhalb der geltenden Tarifverträge.
- Bereits im Juni waren Verhandlungen mit dem BR und IGM-Vertretern über die „Verbesserung der Lohnstruktur" aufgenommen worden, wovon sich die Arbeiter die Beseitigung der ‚Leichtlohngruppe' und eine Angleichung der Akkordsätze an den tatsächlichen Stand der Leistung versprachen.

Als die Belegschaft nach zwei Monaten „Arbeit" der Kommission immer noch nichts Konkretes erfahren konnten – die Arbeiterhaushalte aber immer mehr unter den Druck der Preissteigerungen gerieten, platzte den Kolleginnen der Kragen, und sie nahmen die Sache selbst in die Hand.

Im Kampf gegen den Kapitalisten und seine Polizei die Einheit des Handelns hergestellt – Solidarität

Den Anfang machten die ausländischen Arbeiterinnen – 800 von ihnen versammelten sich vor den Toren des Werks und blockierten die Eingänge.

Von der APG-Geschäftsleitung wurde unmittelbar nach Streikbeginn Polizei angefordert.

Die Besatzungen von rund 20 Streifenwagen prügelten auf die vor den Toren stehenden und sitzenden Frauen ein, um auf diese Weise die Eingänge ‚freizukämpfen' – und diejenigen Belegschaftsmitglieder einzuschüchtern, die sich bisher noch nicht dem Kampf angeschlossen hatten.

Mehrere Arbeiterinnen wer[...] durch diesen Bullenterror verletz[...] darunter die griechische Vertraue[...] frau Mermela:

> Diese Kollegin wurde v[...] drei (!) Polizisten dermaß[...] traktiert, daß sie nach ih[...] zehnstündigen Festnahme [...] einer Gehirnerschütteru[...] Prellungen und Verstauch[...] gen entlassen wurde. (sie[...] Bild). Am zweiten Streik[...] verhindert nur das Einschr[...] ten des BR-Vorsitzend[...] Leipziger, daß auf die gleic[...] diesmal am Boden liegen[...] Kollegin, weiter eingeschlag[...] wird.

Mit Hilfe der Polizei (die so[...] mit gezogenen Pistolen auf die Str[...] kenden losging!) konnten die AP[...] Bosse zwar in den ersten beid[...]

Forts. Seite [...]

Streik bei AEG ~Telefunken

Am 10. Juli streikten etwa 2 000 Kolleginnen in den Werken I und II der Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH Hannover für die Dauer von zwei Stunden für eine Teuerungszulage von 300,- DM netto. Einige Tage vorher hatten die Vertrauensleute eine Sitzung einberufen, auf der sie spontan diese Forderung beschlossen. Spontan, das heißt ohne vorher mit den Kollegen darüber zu diskutieren, ohne zu klären, wie diese Forderung durchgesetzt werden könnte, ohne Diskussion über eine mögliche Angleichung an die Forderung der Oldenburger Telefunken-Kollegen.

Im Auftrag des VK (Vertrauenskörpers) nahm der Betriebsrat die Verhandlungen mit der Geschäftsleitung wieder auf, jetzt für die 300,- DM-Forderung. Am Freitag, dem 6. Juli, scheiterten auch diese Verhandlungen. Dies Ergebnis wurde am Montag, dem 9. Juli durch Vertrauensleute und Betriebsräte mündlich bekannt gegeben mit dem Zusatz: „Jetzt ist die Belegschaft am Zuge."

Dienstag, 10. Juli, Werk I, 9 Uhr: Ein Band nach dem anderen legte die Arbeit nieder, bald standen alle Bänder still, doch die Kolleginnen blieben entweder an ihren Plätzen oder standen in den Gängen. Nur wenige gingen auf den Hof. Es kam zu keiner Streikversammlung. Sofort fingen Meister und Vorarbeiter an, einzelne Kolleginnen herauszugreifen und zu „bearbeiten". Auch die „Bereitschaft" (Werkspolizei) war zur Stelle. Nach fünf Minuten ließ die Geschäftsleitung Flugblätter verteilen, die offenbar schon vorbereitet waren. Im Flugblatt wurde den Kolleginnen gedroht: „Wilder" Streik, Verletzung des Betriebsfriedens, Nichtbezahlung der Streikzeit, Entlassung. Die Kolleginnen setzten den Streik fort. Die beiden einzigen Vertrauensleute in der Halle (bei ca. 1 000 Kolleginnen) erklärten sich bereit, mit der Geschäftsleitung zu verhandeln.

Nachdem die Kolleginnen auf die dreimalige Aufforderung der Geschäftsleitung über Lautsprecher die Arbeit wieder aufzunehmen, nur mit lauten Pfiffen geantwortet hatten, kam nach zweistündiger Streikdauer eine wirkungsvollere Durchsage: Der Vertrauenskörper (in Wirklichkeit die beiden Vertrauensleute) hätte sich mit der Geschäftsleitung geeinigt, unter Druck werde nicht mit dem Betriebsrat verhandelt, die Kolleginnen sollten zurück an die Arbeit gehen und erstmal das Verhandlungsergebnis abwarten. Die beiden Vertrauensleute waren der Geschäftsleitung auf den Leim gegangen und damit letzten Endes den Kolleginnen in den Rücken gefallen.

Das mindeste wäre gewesen, über dieses Ergebnis abstimmen zu lassen, bevor die Empfehlung zum Streikabbruch gegeben wurde. Außerdem hätten sie versuchen müssen, die Bezahlung der Streikzeit zur Vorbedingung des Abbruchs zu machen. „Wo bleibt der Betriebsrat? " fragten einige Kolleginnen. Er hatte ausgerechnet um 9 Uhr eine Sitzung angesetzt, um dort über die „Probleme der Kollegen" zu beraten, anstatt an der Seite der Kolleginnen in der Halle zu stehen. Unsicherheit breitete sich aus, die Streikfront bröckelte langsam ab. Die Stimmung: erst mal abwarten, was die Verhandlungen bringen.

In der Spätschicht versuchten einige Abteilungen den Streik wieder aufzunehmen, doch es kam nur zu vereinzelten kurzen Arbeitsniederlegungen von 10 - 15 Minuten, bei denen die Kolleginnen auf ihren Plätzen blieben. Als wichtigstes Mittel der Geschäftsleitung hatte sich das Verbot, andere Abteilungen zu betreten, bewährt. Dadurch erfuhren die Kolleginnen aus der anderen Ecke der Halle erst Stunden später, daß auch in der Spätschicht gestreikt worden war.

Ebenfalls Dienstag, Werk II, 900 Uhr : Einige Vertrauensleute hatten dazu aufgefordert, in der Pause auf den Hof zu gehen, da sie über die Ablehnung der Forderung informieren wollten. Die Antwort der 600 Kollegen auf dem Hof war: Streik für 300,- DM Teuerungszulage, verlängerte „14 Uhr-Pause", Bezahlung der Streikzeit. Sie wählten eine Streikleitung und diskutierten das weitere Vorgehen. Ein Teil war dafür, zum Sitz der Geschäftsleitung nach Werk I zu marschieren, auch um so eine gemeinsame Front der Belegschaften beider Werke aufzubauen. Andere Kollegen wollten nur ein Ultimatum an die Geschäftsleitung schicken, und bis zu dessen Ablauf wieder arbeiten.

Ein großer Teil der Kollegen entschloß sich, durch die Halle zu ziehen, um erst einmal die restlichen Kollegen für den Streik zu gewinnen. Als der Zug durch die Halle marschierte (vereinzelt, nicht im Block), sausten Meister und Vorarbeiter herbei und griffen sich „ihre" Leute unter Drohungen heraus. Nur ein kleines Häuflein kam am Ende der Halle an. Nach 2 1/2 Stunden lief die Produktion wieder „normal". Der erste Anlauf war gescheitert.

Viele Kollegen hofften jetzt auf die Verhandlungen, auf ein Kompromißangebot der Geschäftsleitung. Wie sich später herausstellte, waren die nach Beendigung des Streiks aufgenommenen Verhandlungen schon nach einer Stunde vorbei. Die Geschäftsleitung hatte jedes Zugeständnis abgelehnt. Doch erst am nächsten Tag gaben die Betriebsräte dieses Ergebnis und die Begründung bekannt, am Dienstag hätte es wohl zuviel „Unruhe" gebracht.

Die Begründung des Vorstandes für die Ablehnung der Forderung:

1. *„Zahlungen dieser Art würden dem Stabilitätsprogramm der Bundesregierung entgegenstehen. hen.*
2. *Gestiegene Lebenshaltungskosten gehören in den Verhandlungsbereich der Tarifpartner.*
3. *Die schlechte Ergebnissituation sowie die Mehrkosten der jüngsten Vergangenheit (DM–Aufwertung) ermöglichen der Telefunken Rundfunk und Fernseh GmbH keine zusätzlichen Ausgaben."*

Am Freitag, dem 13. Juli, wurde bekannt, daß Telefunken Celle streikte. Einige Kollegen sagten daraufhin: „Am Montag geht's weiter." Allerdings ging es am Montag nicht weiter, auch nicht in Celle. Am 20.7. begann der Werksurlaub. Zumindest vorläufig hatten die Telefunken–Kapitalisten im Kampf um die Teuerungszulage gewonnen.

Die Linie der Telefunken–Kapitalisten: Keine Kompromisse

Um diese Linie durchzusetzen, nahmen sie auch kurze Streiks in Kauf. Sie wollten verhindern, daß ein Erfolg im Streik den Arbeitern Auftrieb geben würde und damit die Gefahr einer „unruhigen Zukunft" für die Kapitalisten größer würde. Sie wollten verhindern, daß ein Erfolg in Hannover für die Arbeiter der anderen westdeutschen AEG–Telefunken–Werke zum Signal würde, sich ebenfalls Nachschlag zu holen. Die Kapitalisten zielten auf eine negative Streikerfahrung bei „ihren" Arbeitern.

Die Telefunken–Kapitalisten wußten: Der Aufstieg des AEG-Telefunken–Konzerns zum siebtgrößten westdeutschen Unternehmen 1972 (acht-größtes 1971) , der im ersten Vierteljahr 1973 um 12 % auf 2,3 (1972: 2,1) Milliarden DM gestiegene Weltumsatz, der erwartete „deutliche Gewinnanstieg im laufenden Geschäft", all das war nur möglich mit einer „ruhigen" Belegschaft, die diesen Aufstieg mit ihrer Gesundheit und Lohnverschlechterung bezahlte.

Die Telefunken–Kapitalisten hatten die Streikabwehr gut vorbereitet. Der Streikbeginn wurde durch ihre Verhandlungstaktik bis kurz vor die Werksferien hinausgezögert. Das Spitzelsystem, die vorbereiteten Flugblätter, die neu installierte Lautsprecheranlage in Werk II, all das bedeutet eine viel bessere Streikvorbereitung als auf Seiten der Arbeiter.

Die Arbeiter : Schlecht gerüstet in die Schlacht

Die Streiks für die Teuerungszulage waren für die meisten Kollegen die erste größere Auseinandersetzung dieser Art. Auch kleinere, einheitlich geführte Auseinandersetzungen, z.B. in den Abteilungen hat es nur wenige gegeben. So fehlte den Kollegen die Erfahrung und damit die Klarheit über die Schwierigkeiten bei der Durchführung eines Streiks. Aufgabe der Vertrauensleute wäre es gewesen, diese Schwierigkeiten klar zu machen und einen Weg zu zeigen, wie sie zu überwinden wären. Doch anscheinend machten sie sich selbst Illusionen, setzten große Hoffnungen in die Verhandlungen und taten kaum etwas für die Entwicklung des Kampfes der Kollegen. So erklärten sie z.B. in einer Mitteilung vom 13. Juli:

"Nur der Vertrauenskörper und der Betriebsrat werden gemeinsam mit der IGM (!!!), gestützt auf das Vertrauen der Belegschaft ihre berechtigten Forderungen durchsetzen können."

Nein, nur durch den einheitlichen Kampf der Belegschaft möglichst mehrerer Werke des Konzerns, unterstützt von den Vertrauensleuten und Betriebsräten, hätte eine Chance bestanden, daß die Forderungen durchgesetzt werden. Diesen Kampf zu organisieren bzw. den Weg dahin zu zeigen, wie diese notwendige Einheit geschaffen werden kann, das wäre die Aufgabe der Vertrauensleute gewesen, so hätte wirkliches Vertrauen erarbeitet werden können. Das gilt auch für die meisten Betriebsräte. Sie hätten mehr tun können, als die „Berechtigung" der Forderungen „anzuerkennen", Sitzungen über die Probleme der Kollegen abzuhalten, wenn gerade gestreikt wird und die Verhandlungsergebnisse verspätet bekannt zu geben.

Unterstützung durch die „KPD/ML" & KBH/AK

Das „Aufbaukommittee für einen Kommunistischen Bund Hannover" (KBW–Tendenz) und die „KPD/ML" hatten für den Streik ein Aktionsbündnis geschlossen und gaben gemeinsame Flugblätter heraus. Doch anstatt den Kollegen einen Weg zum Erfolg zu zeigen, sie auf längere Auseinandersetzungen vorzubereiten, versuchten sie nur, kurzfristig die Streikstimmung anzuheizen. Zu diesem Zweck münzten sie auch das Ergebnis des Vulkan–Streiks um:

„Auch bei der Bremer Vulkan–Werft streiken die Arbeiter erfolgreich." Die Frage, ob der Streik der Telefunken– Arbeiter ebenso erfolgreich geführt werden könne, wurde sehr einfach beantwortet: **"Wir werden es schaffen, wenn wir zusammenhalten."** Ob dieser Zusammenhalt kurzfristig geschaffen werden könne und ein Streik–Erfolg drin lag, war aber zumindest für die „KPD/ML"–Vertretung offenbar ohne jede Bedeutung: **"Es kommt nicht auf den Erfolg an, sondern auf die Erfahrungen – und außerdem bringt der Streik Kontakte"** und **„man kann vorher nie sagen, ob man gewinnt – alles Spekulationen"** so in Gesprächen der Aktionseinheit.

Die Gefahr, daß die Erfahrung einer Niederlage die Kollegen zurückwerfen würde, sie in die Resignation treiben könnte, vor allem, weil sie bisher kaum Kampferfahrungen gemacht hatten, geschweige denn Erfolge, wurde nur von der KBH / AK–Vertretung gesehen, aber auch dies führte nicht zu einer veränderten Stoßrichtung der Flugblätter. Diese Politik führte nicht zum Erfolg, sondern zum Verheizen fortschrittlicher Kollegen und trug bei zur Erfahrung einer Niederlage.

Doch das wollten sie nicht wahrhaben (KHB/AK) bzw. nahmen sie gern in Kauf („KPD/ML") in der Hoffnung, für ihren Laden was abstauben zu können („das bringt Kontakte!"). So schrieben sie noch am 16. Juli, daß man „nicht in Hannover von einer Niederlage reden kann" und schließlich „am besten den Streik wieder aufnehmen" solle. Alles in Allem hat diese Politik den Arbeitern nicht genützt.

Die Lehren des Streiks

Die Stärke der Arbeiterklasse liegt in ihrer Einheit, deren Voraussetzung die Klarheit über die Ziele und Schwierigkeiten des Kampfes ist. Was war nun im Streik an Klarheit vorhanden? Es bestand eine einheitliche Forderung: 300 DM. Das genügt aber nicht, es muß auch klar sein, wie man so etwas durchsetzt. Der Streik war das Mittel, aber bei der Frage: „Wie macht man das? " zeigte sich, daß die meisten Kollegen noch kaum Streikerfahrungen hatten. Beim Streik kommt es auf die einheitliche Kampffront an. Ihr Fehlen war eine wesentliche Bedingung für das Scheitern.

- Die Kollegen waren sich nicht einig, eine Spaltung zwischen besser bezahlten Deutschen und schlechter bezahlten Ausländern konnte nicht immer verhindert werden. Das sah in der Spätschicht z.B. so aus, daß die deutschen Arbeiter im Gegensatz zu den Ausländern nicht gestreikt haben.
- Die Verbindung zwischen den Abteilungen war schlecht.
- Die spärlichen Verbindungen zwischen den einzelnen Werken des Konzerns reichten nicht aus, um z.B. die Streiks in Oldenburg, Hannover und Celle zu koordinieren.

Es ist sehr wichtig, die Aufgaben der Vertrauensleute beim Streik genau zu bestimmen, u.a. auch, damit ihre besonderen Möglichkeiten für die Organisierung des Streiks voll ausgenutzt werden. Z.B. für die Herstellung der Verbindung zu anderen Abteilungen, die Einberufung von Vertrauensleute- und Abteilungsversammlungen und die bessere Information der Kollegen. Diese wichtigen Aufgaben haben sie nicht ausreichend erfüllt. Ihre Verhandlungen mit der Betriebsleitung waren von den Kollegen abgetrennt. Es ist aber unbedingt notwendig, die Verhandlungen auf der Grundlage des Streiks zu führen.

Das heißt:

- klarer Auftrag an die Verhandelnden.
- keine Kompromisse ohne Diskussion mit den Kollegen, Abstimmung vor jedem Ergebnis.
- kein Abbruch der Kampfmaßnahmen, nur weil die Kapitalisten nicht „unter Druck" verhandeln wollen.

Der Druck bzw. das ständige Drohen neuer Kampfmaßnahmen muß immer gewährleistet sein und kann allein die Verhandlungen positiv beeinflussen. Denn: Die Arbeiter können sich auf niemanden anderen verlassen als auf sich selbst. Als die Kolleginnen den Streik abgebrochen haben, um Verhandlungen zu ermöglichen, bestanden noch Illusionen darüber, daß man alleine durch die Kraft des Arguments die Kapitalisten überzeugen könne. Das einzige „Argument ", das aber wirklich zieht ist der Druck der Arbeiter. Nur auf Grundlage dieses Drucks und durch Klarheit über die Abwiegelungsmanöver der Kapitalisten wird es möglich sein, Erfolge zu erzielen.

War die Verbindung zu den Vertrauensleuten schlecht, so bestand die zum Betriebsrat noch weniger. Aber wenn der Betriebsrat nicht zu den Kollegen kommt, müssen eben die Kollegen bei jedem Konflikt geschlossen zum Betriebsrat gehen. Nur so kann kontrolliert werden, ob das wirkliche Vertreter der Belegschaft sind.

Die Diskussion der Fehler, die im Streik gemacht wurden, wird die wichtigste Aufgabe in nächster Zeit sein. ■

Sympathisanten des KB in Hannover

ELAC, Kiel:

Lohnforderungen politisch abgeblockt

Bei ELAC wollte der VK-Vorsitzende von vornherein versuchen, den K a m p f der Kollegen um höhere Löhne angesichts der derzeitigen Teuerungswelle zu verhindern: So erstellte er über unsere Köpfe hinweg einen Forderungskatalog, der uns auf die kommende Lohn- und Lohnrahmentarifverhandlungen vertrösten sollte (u.a. Aufhebung der Leichtlohngruppen, Erhöhung des Urlaubsgeldes usw.).

Ein großer Teil der Belegschaft ließ sich dieses selbstherrliche Vorgehen des VK-Vorsitzenden nicht gefallen. Die Kollegen am Mühlenweg (Zweigwerk) stellten am 22.6. **eigene** Forderungen auf: 4oo,-DM Nachzahlung für das 1. Halbjahr 73 und 1oo,- DM monatlich ab 1.7. für Arbeiter und Angestellte, für Lehrlinge 2oo,- DM Nachzahlung und 5o,- DM monatlich. Auf der VK-Sitzung vom 26.6. sollten diese Forderungen dann als Vorschlag für die innerbetrieblichen Lohnerhöhungen diskutiert werden.

Da jedoch die Kollegen vom Westring (Hauptwerk) diese Forderungen als zu hoch empfanden („Wir müssen realistische Forderungen stellen, sonst verhandelt die Geschäftsleitung gar nicht erst mit uns..."), einigten sich die Vertrauensleute auf die Forderung von 5o,- DM für alle, rückwirkend vom 1.4.1973.

Das am nächsten Tag folgende Angebot der Geschäftsleitung von 35,- DM monatlich ab 1.6. (für Lehrlinge eine einmalige Zahlung von 50,- DM !) wurde von den Kollegen – zwar empört, allerdings kampflos – hingenommen, wohl nicht zuletzt deshalb, weil der Urlaub vor der Tür stand.

Bemerkenswert an der VK-Sitzung vom 26.6. ist jedoch die Art eines erzreaktionären Betriebsrates, wie er die Forderungen der Kollegen vom Mühlenweg als „zu hoch" zurückzuschmettern versuchte...

Faschistischer Veitstanz à la Röschmann

Der „Kollege " Röschmann griff insbesondere die drei Vertrauensleute, die diese Forderungen **im Auftrag ihrer Kollegen** vertreten hatten, und nicht zuletzt die Kollegen selbst in übelster antikommunistischer Hetze an:

Die Forderungen kämen nicht etwa von den Kollegen selbst, sondern wären „KPD/ML-Forderungen", die Kollegen wären „kommunistisch unterhöhlt" (?) worden, von diesen „ **Ratten**", „die sich überall in den Betrieben – so auch bei ELAC – eingenistet" hätten, von diesen „**Schweinehunden**", die sich – „versteckt unter einem marxistischen Mäntelchen" – als „Arbeitnehmervertreter" ausgäben, um in Wahrheit die Gewerkschaft zu spalten, die Einheit der Kollegen zu zerstören usw. usf...

Röschmann krönte seine wohlvorbereitete „Rede" mit der Drohung, die betreffenden Vertrauensleute als „KPD/MLer" „am liebsten gleich morgen" aus der Gewerkschaft auszuschließen.

Die Vertrauensleute informierten die Kollegen am Mühlenweg sofort über diesen Angriff. Sie wurden beauftragt, Röschmann zu einer persönlichen Stellungnahme v o r d e n K o l l e g e n aufzufordern. Nach anfänglichen Ausflüchten sah dieser sich schließlich gezwungen, seine Hetztiraden wörtlich vor allen Kollegen zu wiederholen, was sogleich einen wahren Proteststurm seitens der versammelten 8o-9o Kollegen auslöste.

Als Röschmann aufgefordert wurde, seine unverschämten Angriffe gegen die drei Vertrauensleute zurückzunehmen, entgegnete er in Polizeimanier, er könne „Zeugen aufmarschieren lassen", die die Mitgliedschaft zumindest zweier Vertrauensleute zur „KPD/ML" „beweisen" könnten...

Hierauf antworteten die Kollegen treffend, daß dieser Stil in der Tat dem Hitlerschen Gesinnungsterrorismus entlehnt sei, Röschmann könne die Kollegen nicht für dumm verkaufen – die Forderungen kämen von ihnen selbst – sie seien doch nicht so dumm, sich kommunistisch „unterhöhlen" zu lassen.

In der Tat ist diese Zurechtweisung insofern richtig, als man sich von Leuten wie Röschmann nicht für dumm verkaufen lassen sollte.

Daß die Kollegen dennoch z.T. auf die Demagogie Röschmanns hereingefallen sind, ist an der Entgegnung doch nicht ganz zu übersehen: in ihr steckt noch die aufgeschwatzte G e g e n ü b e r s t e l l u n g von Kollegen auf der einen und Kommunisten auf der anderen Seite drin, die Demagogie also, Kommunisten kämen von außen, sozusagen als „Fremdkörper", wollten die Kollegen „unterhöhlen" usw.

Daß die Kommunisten jedoch Kollegen wie alle anderen auch sind, die sich nur besonders entschieden für die Interessen der Arbeiter einsetzen, entkräftet eigentlich alles gegenteilige Gegifte.

Daß im Gegenteil solche Leute wie Röschmann und ihre rechten Gewerkschaftsoberen, die die Interessen der Kapitalisten in der Arbeiterschaft durchzudrücken versuchen, daß solche Elemente in der Tat von außen, nämlich von kapitalistischer Seite her in der Arbeiterklasse agieren, das ist doch an den Vorfällen bei ELAC selbst ganz gut deutlich geworden.

Den arbeiterfeindlichen IGM-Beiratsbeschluß hier durchzusetzen, scheiterte (zunächst) an der geschlossenen Haltung der Kollegen und ihrer Vertrauensleute, die allerdings dadurch bestärkt wurde, daß ein ganz mieser Erfüllungsgehilfe dieses Extremistenerlasses gegen die Arbeiterklasse bei ELAC sich allzu dummdreist aufgeführt hatte:

Sein Ausschlußantrag gegen die drei Vertrauensleute wurde von den Kollegen zurückgewiesen und Röschmann selbst hatte sich völlig entlarvt.

Röschmanns politischer Husarenritt gegen die spontanen wirtschaftlichen Forderungen der Kollegen war schulmäßig dem Vorgehen der Gewerkschaftsführung verpflichtet: **eigenständige ökonomische Forderungen durch politische Hämmer abzublocken.** Dabei ist ihnen jedes Mittel – auch faschistische Hetze – recht.

Durch den IGM-Beiratsbeschluß haben sich die Gewerkschaftsführer die Möglichkeit geschaffen, die fortgeschrittensten Vertreter der Arbeiter herauszugreifen und zu versuchen, sie zu isolieren oder auszuschließen, damit aber zugleich der gesamten Klasse einen Schlag zu versetzen. Für die Arbeiterklasse heißt es wachsam sein und den Kampf gegen die Kapitalisten und ihre Handlanger in den Gewerkschaften selbst p o l i t i s c h zu führen. ■

KB-Gruppe Kiel

Hagenuk:

Warnstreiks für Teuerungszulage

Am 26.6. wurde nach einer Vertrauensleutesitzung, auf der über die Teuerungszulage diskutiert wurde, von allen Kollegen der A-Halle ein Warnstreik durchgeführt. Es ging um die Durchsetzung einer Teuerungszulage und darum, die Geschäftsleitung an den Verhandlungstisch zu zwingen. Der Streik wurde am 27. 6. fortgesetzt und von einigen weiteren Abteilungen geschlossen unterstützt. Daß sich zumindest die Kollegen der A-Halle die laufenden Preissteigerungen nicht kampflos bieten lassen würden, war dem rechten Betriebsratsfürsten Kähler klar. Scheinheilig gab er am 26.6. seine indirekte „Zustimmung" zu eventuellen Aktionen: „Immer muß ich gegenüber der Geschäftsleitung bei Verhandlungen so tun, als wenn Druck da wäre. Jedoch kommt nie etwas. Es muß mal eine Explosion erfolgen..."

An zwei Tagen verließen die Kollegen ihre Arbeitsplätze und setzten sich in die Sonne. Weitere Aktionen waren geplant, wenn sich die Geschäftsleitung nicht zu Verhandlungen bereit erklären sollte. Am Mittwoch bestand die Aussicht, daß sich am folgenden Tag die Kampffront ausdehnen würde. Dem schob BR Kähler am Donnerstag früh einen Riegel vor, indem er eine außerordentliche Vertrauensleutesitzung anberaumte. Zunächst klopfte er den Kollegen jovial auf die Schulter: „Kollegen, das ist ja gut gelaufen. Das unterstützt meine Verhandlungsposition. So etwas schweißt uns alle zusammen", um dann jedoch fortzufahren: „Kollegen, die Geschäftsleitung ist prinzipiell zu Zahlungen bereit.- Was meint ihr, könnt ihr die Kollegen noch bis Montag ruhig halten? Am Freitag sind weitere Verhandlungen, die dürfen wir nicht gefährden. Ich meine, daß noch mehr drin ist für uns."

Das Ergebnis seiner „zähen" Verhandlungen kennen wir: 230,- DM für Akkordlöhner und Angestellte, 20 Pfennig für Zeitlöhner und 50,- DM für Lehrlinge.- Ein Zuschlag, dessen erste Rate ein Trostpflaster ist, dessen zweite nicht mal mehr ein Trostpflästerchen sein wird, – wie ein Kollege das Verhandlungsergebnis kennzeichnete.

Ist tatsächlich alles rausgeholt worden, was rauszuholen ist? Den streikenden Kollegen war klar, daß sie ohne Kampf nichts erreichen würden. Jedoch erhielten sie weder vom Betriebsrat noch vom Vertrauensleutekörper Unterstützung. BR-Fürst Kähler amüsierte sich auf einer Regattabegleitfahrt (anläßlich der Kieler Woche).

VLK-Leiter Silz wollte sich zunächst sogar an den streikenden, auf dem Rasen sitzenden Kollegen vorbeidrücken. Erst auf Zuruf eines Kollegen bemühte er sich zu ihnen. „Na, wie soll ich das denn finden, was ihr hier macht? " war sein geistreicher Kommentar.

Es liegt auf der Hand, daß die rechten Betriebsräte und Vertrauensleute nicht an einer Ausweitung des Streiks, der Durchsetzung des für uns besten Ergebnisses interessiert waren und den Streik auf Sparflamme halten wollten: Erstens wurde durch die rechte Politik von einigen Betriebsräten und Vertrauensleuten die Aufstellung einer konkreten Forderung verhindert. Dadurch, daß die Kollegen faktisch „ins Blaue" hineinstreikten, haben sich Kähler und Gefolgschaft die Möglichkeit geschaffen, uns jedes Ergebnis, das sie ausmauscheln, als Erfolg verkaufen zu können. So Kähler: „Ich möchte ja auch lieber mehr haben. Aber ich halte es dennoch für ein gutes, annehmbares Ergebnis."

Zweitens: Die rechten Gewerkschafter haben mit ihrem Gerede „jede Abteilung muß die Sache von selbst in die Hand nehmen" verhindert, daß eine Streikfront zustande kam. Ihnen passen allerdings isolierte Streiks als „Ventil" für die empörten Kollegen durchaus in den Kram. Solange sie in den sozialdemokratischen Bahnen der "Unterstützung der Verhandlungsposition" Hans Kählers bleiben.

Da solche Gewerkschafter genau wissen, daß dem spontanen Kampf klassenbewußte Kollegen eine bewußtere politische Wendung geben können, haben sie schon frühzeitig ein antikommunistisches Klima im Betrieb geschaffen. So versucht Kähler bei jeder Gelegenheit, gegen Kommunisten zu schießen und sie lächerlich zu machen. Diejenigen Kollegen, die fortschrittliche Beiträge bringen, versucht er mit Bezeichnungen wie „Rote" und „Anhänger der Volksherrschaft" von den übrigen Kollegen zu isolieren.

Auf diese Weise gelingt es ihm noch, seine Stellvertreterideologie im VLK und Betrieb durchzusetzen und den führenden Ton anzugeben, wodurch er erreicht hat, daß der VLK völlig von ihm abhängig ist.

Der VLK soll indes organisierende Interessenvertretung der Kollegen sein und nicht Marionette eines sozialdemokratischen Betriebsrates. Darum müssen wir uns selbst aktiv an unsere Vertrauensleute wenden, kontinuierliche Informationen verlangen und die Vertrauensleute wiederum mit unseren Forderungen beauftragen. ■

KB-Gruppe Kiel

Hamburg:

Bauarbeiter wollen mehr Geld

Die Arbeiter einer Hamburger Baustelle haben sich an den Hauptvorstand ihrer Gewerkschaft Bau-Steine-Erden mit dem Antrag gewandt, sofort neue Lohnverhandlungen aufzunehmen. Den Wortlaut des Schreibens, das von mehr als 6o Kollegen unterzeichnet wurde, veröffentlichen wir beistehend.

Das am 1. Mai wirksam gewordene Tarifabkommen ist von Anfang an von vielen Bauarbeitern für zu unzureichend gehalten worden, weil sich die Lohnerhöhungen im Schnitt unterhalb von 9 % hielten. Die Mehrheit der Hamburger Bauarbeiter hätte eine 15%ige Erhöhung für richtig gehalten.

Von der Gewerkschaftsführung war das Abkommen damit begründet worden, man müsse „realistisch" bleiben und dürfe „sich nicht den Schwarzen Peter für die Preissteigerungen zuschieben lassen". Das weitere Anhalten der Preissteigerungen hat gezeigt, daß diese „Zurückhaltung" der Gewerkschaftsführung ein nicht zu verantwortendes Geschenk an die Baukapitalisten gewesen ist.

Die Kollegen der Baustelle LZB sind bei ihrem Antrag offenbar von der Überlegung ausgegangen, daß vor dem 1. Mai 74 nicht mit einer Anpassung der Löhne an die steigenden Preise zu rechnen sein wird, falls es nicht gelingt, „Druck von unten" zu machen und den Kampf von der Basis her zu organisieren.

Das deckt sich im Prinzip mit Beschlüssen auf dem letzten Verbandstag der IG Bau-Steine-Erden, die von der Gewerkschaftsführung jedoch in der letzten Tarifrunde nicht beherzigt wurden : nämlich die Lohnpolitik transparenter (durchschaubarer für die Arbeiter) zu machen und die Mitglieder der Gewerkschaft stärker in den Prozeß der Lohnfindung einzubeziehen.

Die Erfahrung lehrt, daß von Gewerkschaftsführern nicht allzu viel zu erwarten ist, falls es ihnen gelingt, sich der Kontrolle und aktiven Teilnahme der Kollegen an der Lohnpolitik zu entziehen, wie es wohl gerade in der Bauindustrie besonders stark immer noch der Fall ist. Die Initiative der Bauarbeiter von der Arge LZB halten wir deshalb für ein nützliches Beispiel. ■

An den
Vorstand der IG Bau, Steine, Erden
- Verwaltungsstelle Hamburg -

2 H a m b u r g 26
Klaus-Groth-Straße 1

Betr.: Anträge über die Aufnahme von Lohnverhandlungen

Liebe Kollegen,

in der Anlage erhaltet Ihr einen auf Initiative der Kollegen der Baustelle LZB erstellten Antrag. Die Kollegen wünschen, daß sofort Schritte eingeleitet werden, die Lohnverhandlungen ermöglichen und zu einem geeigneten Abschluß führen. Sollte die Vertreterversammlung, an die sich der Antrag im Wortlaut richtet, erst im Herbst stattfinden, fordern die Kollegen eine sofortige Weitergabe dieses Antrages an den Hauptvorstand, um nicht noch mehr Zeit zu den Lohnverhandlungen zu verlieren. Der Antrag und das Begleitschreiben geht fotokopiert mit gleicher Post an die Zeitungen. Wir hoffen, daß Ihr von Euch aus alles daran setzen werdet, um im Interesse der Bauarbeiter zu einem wirklich geeigneten Ergebnis zu kommen.

Hamburg, den 2. Juli 1973

A n t r a g

Die Kollegen der Baustelle Arge LZB, Hamburg 39, Überseering, stellen den Antrag an die Vertreterversammlung der Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden, Verwaltungsstelle Hamburg, sofort mit dem Unternehmerverband in die Verhandlung über eine angemessene Lohnerhöhung zu treten.

Begründung: Jetzt, nach zwei Monaten nach Inkrafttreten des Lohnergebnisses aus der Lohntarifrunde 73 zeigt sich, daß die von einer großen Mehrheit von Kollegen geforderte 15 %ige Lohnerhöhung im Hinblick auf die enorme allgemeine Preissteigerungsrate absolut begründet war. Schon Anfang des Jahres nach Aufkauf des Dollars durch die Bundesbank war klar, daß die erwarteten und vorausgesagten Preissteigerungsraten weit überschritten werden würden. Wir sind der Auffassung, daß jetzt alle Schritte unternommen werden müssen, um in Kürze eine Lohnerhöhung von 7 % zu erreichen. Wir sind sicher, daß die Kollegen der Vertreterversammlung eingedenk des schwachen Zustimmungsergebnisses zum Lohnergebnis 73 durch die Vertreterversammlung jetzt einen entsprechenden Beschluß zur Sicherung eines in etwa angemessenen Ecklohnes kommen wird.

(Es folgen 62 Unterschriften)

FRANKREICH :

DER KAMPF VON LARZAC

Die Bauern von Larzac im südfranzösischen Departement Aveyron kämpfen seit mehr als zwei Jahren gegen die Ausweitung eines Militärlagers von 3.000 auf 17.000 ha, wodurch sie von ihrem Land vertrieben werden sollen. D i r e k t betroffen von einer solchen Ausweitung sind 107 Bauernhöfe, aber der Protest und die Kampfaktionen haben längst diesen Kreis der „Direkt-Betroffenen" überschritten. Und wenn das Bewußtsein der Bauern von Larzac anfangs nur auf ihr „unmittelbares Problem" begrenzt war, so haben sie im Verlauf ihres Kampfes zunehmend gelernt, daß es dabei um sehr viel mehr geht: um den Kampf gegen den Militarismus und gegen einen Staat, der die Bauern ebenso ausplündert und erniedrigt, wie er es mit den Arbeitern und der Jugend tut.

Vom 22. bis 24. August fanden Sternmärsche aus fünf Himmelsrichtungen Frankreichs nach Larzac statt, um dort an den beiden folgenden Tagen (25./26. August) gemeinsam mit den betroffenen Bauern einen neuen Höhepunkt des Kampfes zu setzen. Auf dem Programm dieser Solidaritätsdemonstration standen u.a. Diskussionen über die Weiterführung des Kampfes von Larzac, Diskussionen und Ausstellungen über andere Kämpfe der Arbeiter, Bauern und Jugend im Land, ein großer Volksabend mit bretonischen und occitanischen Liedern, mit Filmen über die Klassenkämpfe der letzten Zeit, mit Volkstheater usw.

Der Kampf der Bauern von Larzac zeigt uns nebenbei, daß es sich bei Protestaktionen gegen Militärlager usw. nicht um irgendwelche „Sonderprobleme" handelt, wie teilweise anläßlich des Kampfes gegen den Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range behauptet wurde. Noch wichtiger jedoch zeigt sich hier eine Erfahrung, daß die Kraft, die Wirkung und die Perspektive eines solchen Kampfes abhängig sind von dem politischen Bewußtsein, das in diesen Kämpfen errungen wird und das durch diese Kämpfe in der Bevölkerung verbreitet wird.







Auf ihrer einwöchigen Trecker-Demonstration nach Paris wurden die Bauern überall von der Bevölkerung herzlich empfangen.

Am Anfang: Unklarheit und Zersplitterung

Im September 1970 wurde auf dem Kongreß der gaullistischen UDR des Departements Aveyron bekanntgegeben, daß die Ausweitung des Militärlagers von Larzac eine beschlossene Sache sei. Bis dahin war zwar schon viel davon gesprochen worden, aber immer in einer Weise, daß man noch nicht recht wußte, wie sicher dieser Plan ist. Die Bauern von Larzac versuchten sich so auch noch weitgehend selbst in der trügerischen Hoffnung zu beruhigen, daß alles beim alten bleibt, daß sie ihr Land und ihre Höfe behalten können. Nun war diese Hoffnung dahin: sie wußten nach dieser Erklärung, daß sie vertrieben werden sollten.

Aber auch jetzt war die Reaktion zunächst noch gering. Zum einen gab es noch keine genauen Angaben, wieviele und welche Pachthöfe davon betroffen sein sollten. Zum anderen waren die Bauern von Larzac in eine völlig neue Situation gestellt, vor ein Problem, das ihnen bislang wenig Kopfzerbrechen gemacht hatte: es gab in diesem Gebiet keine Tradition der Solidarität. Viele kannten sich nicht einmal gut. Wenn es aber darum gehen sollte, sich der Vertreibung durch die Armee zu widersetzen, so mußte man gemeinsam handeln.

Mühsam wurde Verbindung untereinander aufgenommen, begannen die ersten Diskussionen, daß man kämpfen müsse, und Überlegungen, wie dies geschehen soll. Nach und nach erfuhr man dann auch das Ausmaß der vorgesehenen Erweiterung des Militärlagers: 107 Bauern und ihre Familien sollen ihre Höfe aufgeben. Je konkreter das Problem für die einzelnen Bauern damit wurde, desto dringender erschien ihnen der Zusammenschluß zu gemeinsamen Aktionen.

Parallel dazu begannen Jugendliche aus der Umgebung ihren Protest gegen die Ausweitung des Militärlagers zu erheben. Im Frühjahr 1971 führten sie eine Demonstration von Millau (dem größten Ort in der Umgebung) nach dem nahegelegenen La Cavalerie durch (Sitz des Lagerkommandants von Larzac). Aber trotz dieser beginnenden Aktivität der Jugend und trotz der Schließung einer Fabrik (Fouquet) im selben Gebiet, klappte die Verständigung zwischen den Bauern, Arbeitern und Jugendlichen zu dieser Zeit noch sehr schlecht. Der Protest war unkoordiniert und zersplittert.

Der „Text der 103"

Ein Jahr dauerte es, bis die Bauern von Larzac selbst eine erste bedeutende Aktion durchführten und damit die Phase ihrer überwiegend internen „Vorarbeit" (Kontaktaufnahme und Diskussionen untereinander) beendeten: Am 23. September 71 organisierten sie eine Demonstration mit Traktoren. Als Zeichen ihrer Kampfbereitschaft zogen sie vor das Haus des Lagerkommandanten und Bürgermeisters von La Cavalerie und luden Steine vor dessen Tür. Nun hatten die Bauern selbst öffentlich das Wort ergriffen, das Signal zum Aufbau einer gemeinsamen Front war damit gesetzt.

Im November 71 fand die erste Demonstration in der Innenstadt von Millau statt. Hier beteiligten sich bereits 6.000 Menschen und machten deutlich, daß der Kampf von Larzac die ganze Region betrifft. Aber immer noch war die Verbindung zu den A r b e i t e r n von Millau völlig unzureichend, obwohl zur gleichen Zeit in der Fabrik Heufer von Millau gestreikt wurde.

Die Regierung hatte den beginnenden Widerstand wahrgenommen und versteifte sich von vornherein auf eine unnachgiebige Haltung. Gleichzeitig versuchten aber lokale Politiker, die sich entwickelnde Front der Bevölkerung um Larzac durch desorientierende Manöver aufzuweichen. Der Präfekt der Region installierte im Winter 71/72 eine Kommission, die das Problem „untersuchen" und mit dem damaligen Armeeminister Debré verhandeln sollte. Aber natürlich kam nichts dabei raus. Im übrigen hatte diese Kommission auch gleich klargemacht, daß das P r i n z i p der Ausweitung für sie nicht mehr zur Diskussion stehe, sondern nur noch Fragen der Art und Weise, der Entschädigung usw.

Dieses Manöver wurde von den Bauern bald durchschaut. Mehr als zuvor erkannten sie, daß sie von dieser Seite, von den bürgerlichen Politikern, keine Hilfe zu erwarten hatten, sondern auf sich allein und auf die Solidarität der Bevölkerung angewiesen waren. Zudem wurde über die bürgerliche Propaganda versucht, ihren Kampf als den von „Verrückten" darzustellen, die gegenüber „Vernunft-Gründen" völlig uneinsichtig seien. Daraufhin unterschrieben 103 der betroffenen 107 Bauern im März 1972 eine Erklärung, die von da an als „Text der 103" die Richtung ihres Kampfes festlegte:

„Um mit all den Lügen und Einschmeichelungen Schluß zu machen, die zum Ziel haben, die öffentliche Meinung über unsere Geistesverfassung zu täuschen, bekräftigen wir öffentlich unsere Opposition gegenüber dem Erweiterungsplan und, unseres Rechts sicher, nehmen wir solidarisch die Verpflichtung auf, jeden Versuch der Verführung und Einschüchterung, jedes Kaufangebot seitens der Armee und jede Entschädigung zurückzuschlagen."

Aufbau der Solidaritäts-Front

Die Bauern von Larzac sahen, daß sie eine größere Initiative ergreifen mußten, um den Angriffen seitens der Regierung standhalten und ihre Kampffront festigen zu können. Vor allem war es nötig, die von der bürgerlichen Propaganda irregeführte Bevölkerung über die Dringlichkeit und die Ziele ihres Kampfes aufzuklären, damit diese sich auf ihre Seite stellt. Dazu wurde im April 72 die Aktion „offene Pachthöfe" durchgeführt, in der die Bevölkerung der Region aufgefordert wurde, sich an Ort und Stelle bei den Bauern zu informieren. Das Echo übertraf die Erwartungen: Mehr als 5.000 Menschen suchten während der Ostertage die Bauern von Larzac auf, informierten sich und erklärten ihre Solidarität.

Auch der Kontakt zu den jungen Militanten der Region wurde mittlerweile sehr gut. Die „Angst vor den langhaarigen Radikalen", die die bürgerliche Propaganda der Bevölkerung einzig zum Zweck der Spaltung und Verhinderung politischer Bewußtwerdung einzuimpfen versucht, zog nicht mehr, als einerseits die Bauern selbst als „Radikale" beschimpft wurden und sie andererseits merkten, daß die „jugendlichen Extremisten" im Gegensatz zu den bürgerlichen „Interessenvertretern" ihren Kampf ehrlich unterstützten.

Was die Verbindung mit den Arbeitern der Region betrifft, so verbesserte sich auch diese im Frühjahr 1972. Die Bauern von Larzac begriffen, daß sie auch hier selbst zur Initiative schreiten mußten, daß sie, wenn sie zur Solidarität mit ihrem Kampf auffordern, auch selbst solidarisch zum Kampf der Arbeiter stehen müssen. Als bei S.A.M.E.X., einer Textilfabrik in Millau, die Arbeiter in einen Streik traten, boten die Bauern von Larzac ihre Unterstützung an. Sie lieferten ihnen Käse und Geflügel und informierten sich über die Probleme der Arbeiter. Das hatte es zuvor zwar schon in Frankreich gegeben, aber in dieser Region war dies völlig neu.

Die Solidarität entwickelte sich nicht automatisch. Sie mußte e r k ä m p f t werden – und es ist in erster Linie ein Erfolg und Verdienst der Bauern von Larzac selbst, wenn durch ihre Haltung ermuntert im ganzen Land über 50 Unterstützungskomitees mit ihrem Kampf entstanden.

Wie breit mittlerweile die Solidarität in der Bevölkerung herangewachsen war, das zeigte die Demonstration am 14. Juli 1972 in Rodez der Departements-Hauptstadt von Aveyron: 20.000 Menschen marschierten dort hinter den Traktoren der 103 Bauern.

Der Marsch auf Paris

Zu diesem Zeitpunkt, Sommer 1972 hatten die Bauern bereits ein größeres Bewußtsein von verschiedenen politischen Problemen gewonnen. Es ging ihnen nicht mehr nur um ihr „unmittelbares Problem", wie einer von ihnen damals verdeutlichte: *„Anfangs verteidigten wir unsere besonderen Interessen, unser Stückchen Land, aber nach und nach sind wir über unseren eigenen Blickwinkel hinausgegangen: wir haben das Problem der Armee begriffen, das Problem der Occitanie* (=alter Name der Provinz südwestlich der Rhone; AK), *wir haben gesehen, daß die Arbeiter von Millau sich in der gleichen Lage befinden. All das hat uns sehr die Augen geöffnet."*

Immer stärker sahen die Bauern sich nun der staatlichen Repression und Einschüchterung gegenüber. Das Militär verwüstete in seinen Manövern weiterhin Teile der Ernte. Die Regierung hatte neben gewöhnlicher Polizei auch Sondereinheiten der berüchtigten CRS und Gardes mobiles nach Larzac beordert, um die Bauern zu bewachen, auszuhorchen und einzuschüchtern. Willkürlich wurden Leute festgenommen, Personalien notiert und Durchsu-



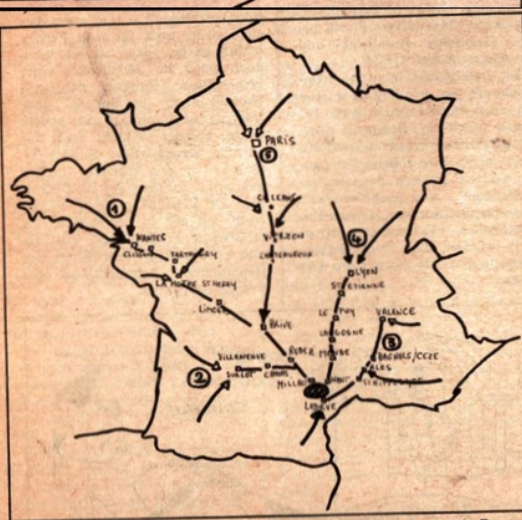
Forts. Lavrac

chungen vorgenommen. Genossen aus Millau wurden eingesperrt. Besonders faßten die „Ordnungs- und Sicherheitskräfte" die Jugendlichen von Millau ins Auge, von denen viele zum Verlassen ihres Heimatortes gezwungen sind, um überhaupt eine Arbeit zu finden. Hier vermutet der Staat auch zu recht ein „militantes Potential".

Ende Dezember 1972 wurde ein Dekret über den „öffentlichen Nutzen" des Geländes von Larzac erlassen, wogegen die Bevölkerung zuvor noch mit großer Mehrheit ihre Stimme erhoben hatte. Die Regierung und die regionale Verwaltung dokumentierten damit erneut, daß sie unter allen Umständen an ihrem Plan festhalten wollten.

Für die Bauern von Larzac war dies der Anlaß, ihrerseits ihre kampfentschlossene Haltung zu manifestieren. Sie organisierten mit 26 Traktoren eine Demonstration nach Paris. Unter dem Beifall von 10.000 auf der Straße versammelten Menschen verließen sie am 7. Januar Millau und rollten eine Woche lang auf die Hauptstadt zu. In Rodez, Saint-Flour, Clermont, Nevers und Orleans machten sie Zwischenhalt. Überall bereitete die Bevölkerung ihnen einen herzlichen Empfang, in den Städten ebenso wie auf dem Land. In vielen Orten gab es Zusammenkünfte mit Delegationen ortsansässiger Arbeiter und Bauern. Als sie dann aber von Orleans aus (ca. 120 km vor Paris) zum letzten Abschnitt aufbrechen wollten, verbot die Präfektur in Absprache mit dem Armeeministerium die Weiterfahrt. CRS-Truppen wurden aufgeboten und blockierten den Traktoren den Weg.

Die Bauern setzten sich sofort mit der Landarbeiter-Gewerkschaft F.N.S.E.A. in Verbindung, um mit ihrer Hilfe die Weiterfahrt zu erzwingen. Aber die F.N.S.E.A., die den Kampf von Larzac bislang verbal unterstützt hatte, ließ die Bauern genau in diesem Moment fallen. Auf die Bitte der Bauern von Larzac suchten daraufhin einige Genossen noch in der Nacht rund 20 Bauern des Departements Loiret auf, die sich durch die Instruktion



Für den Sternmarsch Ende August nach Larzac wurden 5 zentrale Routen aus dem Westen, Südwesten, Süden, Osten und Norden Frankreichs festgelegt.

der F.N.S.E.A. nicht beeinflussen ließen und sich bereit erklärten, die Blockade der CRS auszutricksen. Frühmorgens brachten sie ihre Traktoren oberhalb der Absperrung auf die Straße nach Paris und warteten dort, während die Bauern von Larzac Orleans zu Fuß verließen. Auf diese Weise erreichten sie Paris noch am Abend.

Die in Paris vorgesehene Demonstration war allerdings ebenfalls vom Armeeminister Debré verboten worden. Die mit der revisionistischen PCF verbundenen Gewerkschaften CGT und FEN, die offiziell als Veranstalter auftraten, wichen vor diesem Verbot zurück und ersetzten die Demonstration eigenmächtig durch Saalveranstaltungen im Arbeitsamt und im Universitätsgebäude Jussieu. Immerhin kamen aber allein im Arbeitsamt 4.000 Menschen zusammen und 1.500 davon demonstrierten anschließend dennoch durch die Straßen.

Larzac hat die Isolation durchbrochen

Mit dem Marsch auf Paris haben die Bauern von Larzac ihren Kampf erstmals selbst über die regionale Grenze hinausgetragen, was vordem nur durch die Arbeit der Unterstützungskomitees und durch die Agitation und Propaganda verschiedener linker Organisationen geschah. Und obwohl sich der Abschluß in Paris nicht nach dem Willen der Bauern gestaltete, liegt der Erfolg dieser einwöchigen Demonstration darin, daß sie ihre Entschlossenheit von neuem bekräftigt und es grösseren Teilen der Bevölkerung entlang ihrer Marschroute ermöglicht haben, sich zu solidarisieren.

Als sich dann im Frühjahr die massenhafte Bewegung der Jugend gegen das neue Wehrgesetz (loi Debré) entwickelte und mehr und mehr eine antiimperialistische Stoßrichtung annahm, da bildete sich auch eine enge Verbundenheit mit dem Kampf von Larzac heraus. Die Jugendlichen erhoben national die Parole: Nieder mit den Militärlagern! Nein zur Vertreibung der Bauern von Larzac!

Umgekehrt drückten auch die Bauern ihre Solidarität mit der Jugendbewegung aus und zeigten in sehr deutlicher Weise, daß sich ihre Kämpfe gegen den gleichen Feind richten: 60 der Bauern schickten ihre Wehrpässe zurück und schrieben dazu, daß sie nicht mehr einem Armeeminister dienen und gehorchen wollten, der am Projekt der Ausweitung des Militärlagers festhält – und daß sie auch nicht wollen, daß in Larzac junge Franzosen militärisch gedrillt werden. Dies war eine illegale Aktion, die erste, die die Bauern nach langer Überlegung bewußt beschlossen haben. Sie begründeten dies damit, daß die Legalität nicht die der staatlichen Macht ist, sondern jene, die die Bevölkerung sich selbst schafft, wenn sie einen gerechten Kampf führt.

Im Mai 1973 empfingen die Bauern von Larzac wichtige Besuche von zwei ausländischen Delegationen. Zum einen handelte es sich um eine Delegation nordamerikanischer Indianer, die nach Europa gekommen waren, um ihren Kampf in Wounded Knee zu erläutern. Zum anderen irländische Genossen von der IRA. Die Kontaktaufnahme mit den irischen Freiheitskämpfern hat deshalb eine besondere Bedeutung, weil die englische Armee als NATO-Verbündete der französischen während des Sommers Manöver in Larzac abhält. Mit dem Besuch der IRA-Delegation und dem herzlichen Empfang durch die Bauern von Larzac ist ein konkreter Schritt zur Festigung der internationalen Solidarität gegen Imperialismus und Militarismus unternommen worden.

Eine weitere wichtige Aktion wurde im Juni während der Pfingsttage durchgeführt. Unterstützt von einer Demonstration von 3 000 Menschen legten die Bauern den Grundstein für eine Schäferei in La Blaquière, auf dem zur Ausweitung des Militärlagers vorgesehenen Gelände, was bereits seit längerem geplant war. Die Erlaubnis dafür und ein Darlehen der Landwirtschaftsbank wurde ihnen mit Hinweis auf das im Dezember 72 erlassene Dekret über den „öffentlichen Nutzen" verweigert. Die Grundsteinlegung für die verbotene Schäferei nahm damit sogleich den Wert eines Symbols für den Kampf von Larzac an.



Vereint zum Sieg: Arbeiter, Schüler, Bauern – solidarisch

Inzwischen vergeht kaum mehr eine Woche ohne irgendeine Aktion. Ein neuer Höhepunkt wird nun mit dem Sternmarsch nach Larzac Ende August angestrebt. Dazu wurden bereits vor drei Monaten, im vergangenen Mai, die Vorbereitungen begonnen. Initiator dieses Sternmarsches ist eine Gruppe „paysans-travailleurs", die seit 1969 eine politische Arbeit unter den französischen Bauern und Landarbeitern aufgenommen hat und dazu eine Zeitung herausgibt. Die Bauern von Larzac haben in Vorgesprächen mit den „paysans-travailleurs" und in einer Erklärung vom 19. Juni ihr völliges Einverständnis mit dem geplanten Sternmarsch erklärt, die Vorbereitung am Ort dazu in die Hand genommen und noch einmal die Notwendigkeit hervorgehoben, daß sich ihr Kampf mit dem aller Arbeiter vereinigen muß. Weiter sagen sie in ihrer Erklärung zu der bevorstehenden Solidaritätsdemonstration, daß in dem Maße, wie sich ihr Kampf entwickelt hat, auch ihr Bewußtsein gestiegen ist,

- darüber, daß sie von der nationalen Landwirtschafts-Gewerkschaft nur soweit unterstützt werden, wie sie die Regierungsentscheidung nicht wirklich in Frage stellen;
- darüber, daß sie in Larzac nicht nur ihr Land als ihr Produktionsmittel verteidigen;
- darüber, daß sie sich im Kampf gegen „eine Armee im Dienst unserer Herren" befinden; im Kampf gegen die Rüstungshändler; gegen die „Utopie einer modernen Armee" angesichts der supergroßen Mächte; gegen all diejenigen Kräfte, die sie vom Kampf abhalten und zurückzerren wollen; und schließlich gegen den „zentralisierenden Staat, dessen sogenannte Entscheidungen des öffentlichen Nutzens den Interessen der Regionen und besonders denen der am meisten benachteiligten zuwiderlaufen".

Seit Juni wird mit Unterstützung verschiedener linker Gruppen im ganzen Land für diesen Sternmarsch mobilisiert.

★

Der Kampf der Bauern von Larzac weist vor allem zwei Elemente auf, die von weitreichender Bedeutung sind:

- die Herausbildung eines antimilitaristischen Bewußtseins und
- die Herstellung einer gemeinsamen Front von Arbeitern, Bauern und kämpfender Jugend, die Herstellung der Solidarität der Bevölkerung gegen die Angriffe des bürgerlichen Staates.

Die Grundlage gemeinsamer Interessen und eines möglichen gemeinsamen Kampfes vor allem mit den Industriearbeitern, liegt in der zunehmenden Proletarisierung der unteren Bauernschichten. Die unteren Bauernschichten sind heute nicht mehr „kleine selbständige und unabhängige Unternehmer" in der Landwirtschaft. Sie sind im Gegenteil längst ausgeplündert und abhängig von der kleinen Schicht der Großbauern, von den großen Lebensmittelkonzernen wie z.B. Nestlé und von dem in der Landwirtschaft „tätigen" Finanzkapital. Viele kleinere Bauern können sich nur dadurch am Leben erhalten, daß sie sich einen Nebenerwerb in der Industrie suchen – oder daß in Wirklichkeit schon ihr Bauernhof den Nebenerwerb und die Industriearbeit ihre Haupternährungsquelle darstellt. Die Zahl derjenigen, die schrittweise ganz zur Aufgabe ihres Hofes gezwungen und in die Industriearbeiterschaft gestoßen werden, steigt von Jahr zu Jahr. Dieser Prozeß wird noch durch eine planmäßige Landvertreibung im Rahmen der EWG beschleunigt. Die Zahl der bäuerlichen Betriebe in Frankreich ist so in der Zeit von 1956 bis 1970 von ca. 2,28 Millionen auf 1,5 Millionen zurückgegangen. Das ist eine Ruin-Quote von mehr als einem Drittel, nämlich 34,5 %. Nach einer vor kurzem angestellten Schätzung werden 1985 nur noch rund 700.000 Menschen in der französischen Landwirtschaft tätig sein.

Viele untere Bauern sehen diese Entwicklung sehr klar und begreifen auch, daß sie und die Arbeiter einen gemeinsamen Feind haben und sich deshalb gegenseitig unterstützen und zusammenschließen müssen. Der historische Prozeß weist dahin, daß dies nur auf der Grundlage der Interessen der Arbeiterklasse geschehen kann, die von allen Klassen und Schichten der bürgerlichen Gesellschaft am konsequentesten den Kampf gegen die Bourgeoisie führen kann. In Frankreich sind in der letzten Zeit einige erfolgversprechende Ansätze gemacht worden, wo die Bauern beispielsweise – wie im Frühjahr 72 in Larzac – die Arbeiter während Streiks mit Nahrungsmitteln zum Selbstkostenpreis unterstützt haben. Larzac ist umgekehrt auch ein Beispiel dafür, daß die Industriearbeiterschaft ebenfalls beginnt, die Bauern als einen notwendigen Bündnispartner zu begreifen und entsprechend auch in „ihrem" Kampf gegen die staatlichen Angriffe zu unterstützen.

Der Kampf der Bauern gegen die bürgerliche Armee hat in Larzac bislang wohl die schärfste und gleichzeitig auch bewußteste Form angenommen; aber Larzac ist kein Einzelfall mehr. Gegen die Militärlager und gegen Pläne zu ihrer Ausweitung auf Kosten der Landwirtschaft kämpfen die französischen Bauern mittlerweile in einer ganzen Reihe von Orten: u.a. in Canjuers, Fontevraud, Pont St. Vincent, Rivesaltes und Malemousque. Die Armee ist in Frankreich einer der größten Grundeigentümer und sie trachtet überall nach einer weiteren Vergrößerung ihres Bodenbesitzes. Die Zeitung „Lutte Antimilitariste" (antimilitaristischer Kampf), die von einem mit



Larzac: Militärisches Gebiet – Parken und Camping auf 7 km verboten

der kommunistischen Organisation „Revolution!" zusammenarbeitenden „Comité Anti-Militariste" herausgegeben wird, schrieb in ihrer Nr. 5 folgendes dazu:

„Warum werden die Militärlager ausgeweitet?

Um seine Regimenter den Zusammenstoß trainieren zu lassen und um die Vorbereitung der Armee auf den Bürgerkrieg zu verstärken, braucht Debré Raum, und zwar in Frankreich selbst, weil hier auch seine Armee gegen das Volk eingesetzt werden soll .... Im Lager von Canjuers wurde das ehemalige Dorf Broves völlig intakt gehalten, damit dort Kommandos die Eroberung von Städten üben können.

Um die Bevölkerung an die ständige Anwesenheit von Panzern und Kanonen in den Straßen und auf dem Land zu gewöhnen, werden die militärischen Einrichtungen vervielfacht und Frankreich in ein einziges Manöverfeld verwandelt.

Schließlich sind die Lager vorgesehen, um den imperialistischen Armeen Europas Unterschlupf zu geben:

- *die englische Armee trainiert in Larzac, um das irländische Volk zu morden!*
- *in der Aude* (Department an der französischen Mittelmeerküste) *wird ein Lager gebaut, wo Truppen für einen schnellen und diskreten Abmarsch ins Afrika Tombalbayes trainiert werden ... um dort „Rebellen" zu bändigen!* (Tombalbaye ist der Regierungschef der Republique du Tchad, wo die französische Armee seit 1969 einen Krieg gegen die dortige Befreiungsbewegung führt, AK-Red.)

DIE AUSWEITUNG DER MILITÄRLAGER: DAS IST EINE STÄRKUNG DER ARMEE ALS INSTRUMENT ZUR VOLKSFEINDLICHEN UNTERDRÜCKUNG! GEGEN DIESE ARMEE KÄMPFEN DIE BAUERN VON LARZAC UM ZU LEBEN!"

Die Bauern von Larzac führen ihren Kampf mit zunehmender Bewußtheit als antimilitaristischen Kampf

- ▷ weil sie die Armee kennengelernt haben, wie sie in den Manövern ihre Ernte zerstört;
  weil sie den volksfeindlichen Charakter der bürgerlichen Armee in den Kriegen und Interventionen des französischen Imperialismus in Indochina, in Algerien und in verschiedenen anderen afrikanischen Ländern erkannt haben;
- ▷ weil sie den Einsatz der Polizei- und Militärmaschine als Unterdrückungsinstrument gegen die Kämpfe der Arbeiter, Bauern und Jugendlichen im eigenen Land selbst erfahren und gesehen haben;
- ▷ weil ihnen Genossen durch Information und aufklärende Propaganda geholfen haben, dies als Hintergrund und Zusammenhang mit ihren eigenen „unmittelbaren Problemen" zu begreifen.

Es ist offensichtlich, daß die Bauern nicht nur „von sich aus" zu größerer Bewußtheit in ihrem Kampf gelangt sind, und daß ebensowenig die wachsende Solidarität im ganzen Land „von sich aus" entstanden ist. Wenngleich uns gegenwärtig viele genauere Informationen darüber fehlen, inwieweit revolutionäre Organisationen systematisch zur Hebung des politischen Bewußtseins in diesen Kampf eingegriffen und eine breite Solidarität propagiert haben, wenngleich wir gegenwärtig auch keine genaueren Informationen über die Tätigkeit und die Rolle der Gewerkschaften und der Revisionisten haben, so läßt sich doch an vielen Punkten ablesen, daß der Verlauf des Kampfes von eben diesem Eingreifen verschiedener Organisationen (im positiven wie im negativen) abhängt.

Da ist zum einen der Kontakt, der zwischen den Bauern von Larzac und jungen Militanten (= organisierte Genossen) von Millau besteht und der sich zunehmend verbessert hat. Da sind zum anderen die Diskussionen die z.B. zwischen den Bauern und der Gruppe der „Paysans-Travailleurs" stattgefunden haben und weiter stattfinden. Da ist schließlich die schriftliche Agitation und Propaganda verschiedener linker Organisationen und Gruppen in ihren Zeitungen (woraus auch wir unsere Informationen bezogen haben): die Zeitung „vent d'ouest" der „Paysans-Travailleurs", die Zeitungen „Revolution!", „Lutte Antimilitariste" usw.



Frankreich: Polizei besetzt die von den Arbeitern verwaltete Uhrenfabrik Lip

Am frühen Morgen des 14. August besetzten die Gardes mobiles (eine Art Sonder-Polizei) mit einer Truppenstärke von 3.000 Mann die Uhrenfabrik Lip im südfranzösischen Besançon, in der die Arbeiter seit dem 18. Juni unter eigener Regie produzierten. Zum Zeitpunkt der Polizeibesetzung waren 50 Arbeiter in den Werkshallen.

Die Übernahme des Werkes und die selbständige Organisation der Produktion durch die Arbeiter war eine Reaktion auf geplante Lohnstreichungen und Entlassungen einiger Hundert Kollegen der 1.300 köpfigen Belegschaft. Der schweizer Konzern Ebauches S. A., mit 40 % des Kapitals Hauptaktionär bei Lip, meldete den Konkurs an und wollte den Betrieb auf dem Rücken der Arbeiter „sanieren". Bereits Mitte April war deswegen der bisherige Generaldirektor von Lip zurückgetreten und zwei „vorläufige Verwalter" an seine Stelle gesetzt worden.

Als das Ausmaß der geplanten Entlassungen und Lohnstreichungen bekannt wurde und die Forderungen der Arbeiter ohne Gehör verpufften, jagten sie die Betriebsleitung aus dem Werk und begannen am 18. Juni, die Produktion selbständig und auf eigene Rechnung zu organisieren. Sie richteten fünf Kommissionen ein, die die Leitung der verschiedenen Produktions- und Vertriebs-Bereiche übernahmen. Dies war bereits vorher durch die Einrichtung eines „Aktionskomitees" auf Initiative der Gewerkschaft CFDT hin vorbereitet worden. Die Büroangestellten beteiligten sich überwiegend nicht an dieser Aktion, so daß die Arbeiter allerlei neue Aufgaben selbst anzupacken hatten. Es zeigte sich jedoch, daß sie dazu entgegen aller bürgerlichen Unkenrufe über den angeblich „dummen Arbeiter" durchaus in der Lage waren.

Mit Hilfe der CFDT errichteten sie ein eigenes Vertriebsnetz und verkauften während dieser Zeit ca. 60.000 Uhren unterhalb des vorherigen Preises. Auf einer Generalversammlung legten die Arbeiter den Teil der Erlöse fest, der als Lohn ausgezahlt wurde. Die restliche Summe wurde zurückgelegt für die Produktion und für verschiedene Aufgaben und Aktionen.

Das Selbstvertrauen der Lip-Arbeiter in ihre eigene Kraft gewann in der ganzen Arbeiterklasse und auch in anderen Teilen der Bevölkerung große Sympathie. Zahlreiche Solidaritätsaktionen wurden durchgeführt und Unterstützungskomitees eingerichtet, woran sich mehrere linke Organisationen beteiligten.

Aber es mußte von vornherein damit gerechnet werden, daß die Aktionäre und die Regierung unter allen Umständen und mit Einsatz all ihrer Machtinstrumente versuchen würden, dieses Unternehmen zu Fall zu bringen. Die Wirkung dieses Beispiels auf die Entwicklung eines *revolutionären Bewußtseins* der französichen Arbeiterklasse war der Bourgeoisie eine zu unberechenbare Gefahr. Anfang August wurden Gerichtsvollzieher nach Lip geschickt, die den Arbeitern einen Gerichtsbeschluß zum Verlassen der Produktionsanlagen mitteilen und die Betriebstore versiegeln sollten.



Bereits kurz nach der Polizeibesetzung findet eine Protestdemonstration vor der mit aufgepflanzten Gewehren und Gaspatronen bewaffneten Garde mobiles statt. Ein Vertreter der Lip-Arbeiter hält eine Rede an die versammelten Demonstranten (linke Bildhälfte).

Das Auftauchen der Gerichtsvollzieher wurde von den Arbeitern als Signal einer bald bevorstehenden Räumung verstanden. Die Regierung wollte auf diese Weise auch nur „dem Gesetz Genüge tun" und war sich natürlich ebenso im Klaren, daß die Lip-Arbeiter sich durch das daß die Lip-Arbeiter sich durch das eher lächerliche Auftreten eines Kuckuck-Klebers nicht einschüchtern lassen würden. Die Truppen der Gardes mobiles waren zudem schon lange in der Nähe des Betriebes stationiert.

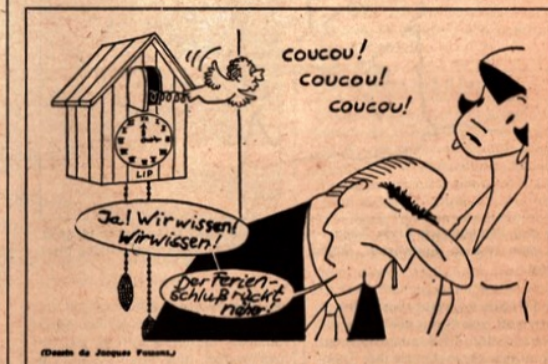
Bevor die Polizeitruppen dann am 14. August zur gewaltsamen Räumung des Betriebes aufmarschierten, hatten die Arbeiter die Lagervorräte, Finanzen und Geschäftsakten außerhalb des Werkes an verschiedenen Orten in Sicherheit gebracht. Außerdem montierten sie einige Teile der Produktionsanlagen ab, ohne die die Produktion nicht wieder aufgenommen werden kann.

Die Regierung hatte mit der polizeilichen Räumung einen für sie günstigen Zeitpunkt abgewartet, nämlich den Höhepunkt der Ferien in den Betrieben, Schulen und Universitäten, die bis Ende August dauern. Die Protestaktionen traten so von vornherein mit verminderter Kraft an.

Sofort nach der Räumung fand eine erste Demonstration von ca. 5.000 Menschen vor den Werkstoren von Lip statt. Vertreter der Belegschaft hielten dort im Angesicht der mit Gewehren und aufgepflanzten Gaspatronen bewaffneten Gardes mobiles kurze Reden an die versammelten Menschen (siehe Bild). Noch am Vormittag wurde in einem Vorstadt-Kino eine Streikversammlung einberufen. Viele Belegschaften in der Region um Besançon traten in Solidaritätsstreiks, darunter auch bei der Bahn, der Post und im öffentlichen Dienst. Auch in anderen Regionen Frankreichs gab es spontane Arbeitsniederlegungen. Abends fand in Besançon eine weitere Demonstration statt, bei der es in der Nacht zu heftigen Straßenschlachten mit der Polizei kam. Ebenso bei der Demonstration von 12.000 Menschen am folgenden Tag in Besançon. Mehrere Demonstranten wurden von den knüppelnden Einheiten der Gardes mobiles verhaftet.

Für den 16. August hatten die Gewerkschaften einen ganztägigen Generalstreik in der Region um Besancon und einen einstündigen Generalstreik im ganzen Land ausgerufen. Vormittags fand wieder eine große Kundgebung in Besançon und abends in Paris statt. In mehreren Betrieben wurden auch danach die Streiks fortgesetzt und weitere angekündigt; so z. B. für den 23. August ein 24-stündiger Streik bei der staatlichen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft ORTF.

Die Demonstrationen und Strassenkämpfe mit der Polizei setzten sich auch in der Nacht zum 19. August noch in Besancon fort. August noch in Besancon fort. Die bürgerliche Presse strapazierte dabei wieder ihre übliche Demagogie, wonach die den Betrieb „bewachenden" und „schützenden" Polizeitruppen nur von „angereisten jugendlichen Extremisten provoziert" würden, die „keine Verbindung zu den Arbeitern" von Lip hätten.



Kar ikatur der konservativen Zeitung „Le Figaro" über die Sorgen des französichen Staatspräsidenten Pompidou

Insgesamt befinden sich die Solidaritätsstreiks und -demonstrationen gegenwärtig aber in einer schwierigen Situation; und zwar nicht nur wegen der noch andauernden Ferien. Es ist auch nicht ersichtlich, inwieweit die Gewerkschaften und die vorgeblichen „Arbeiterparteien" vor allem die PCF, *planmäßig* Aktionen gegen die lange voraussehbare Polizeibesetzung *vorbereitet* haben und nicht nur im Nachhinein kunstvoll improvisieren. Wir haben jedenfalls nach den uns bis heute vorliegenden Informationen den Eindruck, daß erneut das letztere der Fall ist, was auch ganz ihrer reformistischen Strategie entspricht.

Nur wenige Tage nach der Polizeibesetzung mehren sich bereits die Zeichen, daß die Gewerkschaftsführungen den „Konflikt" so schnell wie möglich auf dem Verhandlungswege „beilegen" möchten, noch ehe die Ferienzeit zu Ende ist. Es ist ohnehin noch einiger „Zündstoff" für die Zeit ab September zu erwarten. All die Probleme, die in den letzten Monaten vor den Ferien von den Arbeitern und der Jugend zum Gegenstand breiter Kämpfe gemacht wurden, sind weiterhin ungelöst: die Lage der angelernten Arbeiter (O.S.), die Lage der ausländischen Arbeiter, die spalterischen Lohnkategorien, die mörderischen Arbeitsbedingungen (vor allem bei der Fließbandarbeit), das Abtreibungsverbot, die wachsenden Aktivitäten faschistischer Organisationen, das neue Einberufungsgesetz zum Militär (loi Debré), die neue reaktionäre Studienordnung an den Universitäten, usw. usw. Die Strategie der Reformisten trifft sich hierbei insofern mit den Plänen der ultra-reaktionären Messmer-Regierung, weil die Reformisten ihrerseits gemäß ihrem „programme commun" für eine „Linksregierung" bestrebt sind, die Mobilisierung der Arbeiter und der Jugend in den Grenzen des parlamentarischen Wechselspiels zu halten. Gegen eine Mobilisierung schlechthin sind sie natürlich nicht, die haben sie sogar nötig; aber immer schön im bestehenden Rahmen und unter ihrer Kontrolle.

Nicht nur die PCF und die CGT, sondern auch die etwas „radikalere" CFDT-Führung hat deswegen schon kurz nach der Polizeibesetzung durch ihren Vorsitzenden Edmond Maire in einem Interview mit der bürgerlichen Zeitung „France-Soir" erklärt: *„Die Vernunft, das ist die Verhandlung. Die Vernunft wird siegen."*

Nach allen Erfahrungen kann man nicht mehr an der Phantasie der reformistischen Gewerkschaftsführer (auch nicht der französischen) zweifeln, irgendeinen faulen Kompromiß nach „zähen Verhandlungen" als „vernünftig" zu erklären und dadurch dann den „Konflikt beizulegen" – und wenn dies auch nicht ganz bis zum Ferienschluß gelingt, dann ist bis dahin doch sicher die „Möglichkeit einer vernünftigen Einigung sichtbar". Wieweit diese „Beruhigung" aber trägt, das ist schon eine ganz andere Frage, bei der es nicht mehr nur Frage, bei der es nicht mehr nur auf die gegenwärtigen Solidaritätsaktionen mit den Arbeitern von Lip ankommt, sondern auf die Gesamtheit der Klassenkämpfe in Frankreich, auf alle in der letzten Zeit erhobenen Forderungen, auf das sich entwickelnde Bewußtsein der französichen Arbeiterklasse über Freund und Feind.

Wir werden voraussichtlich in der nächsten oder übernächsten Ausgabe des ARBEITERKAMPF eine ausführlichere Bilanz des „Lehrstücks" Lip vorlegen. Darin wollen wir auch versuchen, genauer das Eingreifen der Gewerkschaften und der verschiedenen linken Organisationen einzuschätzen, von der CFDT und CGT, über die PCF und die linkssozialdemokratische PSU bis hin zu den revolutionären linken Gruppen. ■

Forts. Lavrac

Zeitungen und Flugblätter, die sowohl unter den kämpfenden Bauern in Larzac selbst, als auch in anderen Teilen des Landes vertrieben werden und in denen in unterschiedlichem Maß versucht wird, den Kämpfen eine *politische Orientierung* gegen den Militarismus und gegen den kapitalistischen Staat zu geben.

Dann die Landwirtschafts-Gewerkschaft FNSEA. Über die regionale Gewerkschaftsvereinigung, die FDSEA des Departements Aveyron, sagen die Bauern, daß sie von ihr „im Maßstab ihrer Mittel" unterstützt werden. Jedoch seien sie gleichzeitig „auf nationalem Niveau verraten worden". Von der CGT und FEN wissen wir bislang nur soviel, daß sie als Veranstalter der Demonstration in Paris aufgetreten waren, diese dann aber unter Protest der Bauern in Saalkundgebungen umgewandelt hat, als die Regierung diese Demonstration verbot. Ansonsten ist uns *konkret* nichts über die Tätigkeit der Reformisten (einschließlich der PCF) in diesem Kampf bekannt. Festzuhalten ist aber andererseits, daß die Reformisten und Revisionisten natürlich auch das „Bündnis der Bauernschaft mit der Arbeiterklasse" propagieren – allerdings im Hinblick und im Rahmen ihres sozialträumerischen Konzepts einer „fortgeschrittenen Demokratie", der "Demokratisierung" der gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen des Kapitalismus. Dieses Konzept ist nicht auf die Entwicklung, sondern auf die Beibehaltung eines begrenzten Bewußtseins gerichtet – und zwar gerade auch gegenüber den bürgerlichen Herrschaftsinstrumenten wie Polizei und Militär (siehe dazu unsere Auseinandersetzung mit dem „programme commune", von PCF und PS im ARBEITERKAMPF Nr. 26, März 73).

Gleichzeitig ist aber zu sehen, daß das Eingreifen einer gespaltenen und zersplittert organisierten Linken in derartige Kämpfe selbst nur begrenzte Wirkung und begrenzte Perspektiven aufweisen kann. Was auch in Frankreich fehlt, ist eine national organisierte Partei der Arbeiterklasse, die der Entwicklung des Bewußtseins, dem Bündnis der Arbeiterklasse mit anderen ausgebeuteten und unterdrückten Schichten (wie z.B. den Kleinbauern) und dem unnachgiebigen revolutionären Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie *dauerhaften* und *organisierten* Charakter verleihen kann. Und dieser Mangel fällt in Frankreich bei vergleichsweise breiter entfalteten Kämpfen der Arbeiter, der Bauern und der Jugend noch viel stärker ins Gewicht; als dies schon bei uns in der BRD der Fall ist.

Bei alledem kann man sicher nicht davon ausgehen, daß der Kampf der Bauern von Larzac mit seiner wachsenden Unterstützung in der französischen Bevölkerung bereits *bald* zu einem *greifbaren* Erfolg führen wird. Aber selbst wenn die kapitalistische Staatsgewalt in *diesem* Kampf einen Sieg davonträgt: die Bauern von Larzac haben nicht nur wertvolle Kampferfahrungen gemacht, sondern was noch wichtiger ist, sie haben diese Erfahrungen mithilfe revolutionärer Agitation und Propaganda bereits zu einem großen Teil *bewußt verarbeitet* – und das wird die Bourgeoisie nicht wieder in einem Handstreich auslöschen können! ■

Zionismus: Immer neue Verbrechen

Ende Juli erschoß ein zionistisches Mordkommando den in Norwegen wohnenden Araber Ahmed Bouchiki. Die norwegische Polizei konnte sechs Verdächtige festnehmen, davon zwei ausgerechnet in der Wohnung des „Sicherheitsoffiziers" der israelischen Botschaft in Oslo. Das ist ein klares Zeichen dafür, daß das Mord-Kommando im direkten Auftrag des israelischen Staates steht.

Das US-Magazin „Time" behauptete, dem Kommando hätten insgesamt etwa 15 Personen angehört, und auf ihr Konto käme die Ermordung von insgesamt 13 Arabern in verschiedenen Ländern Europas.

Aus den Ermittlungen der norwegischen Polizei geht hervor, daß die Angehörigen des Mord-Kommandos Israelis sind, die sich daneben noch eine andere Staatsangehörigkeit mit entsprechendem Paß bewahrt haben, und so als Deutsche, Österreicher, Dänen, Schweden etc. ohne großes Aufsehen von einem Land ins andere reisen.

Mitte August zwangen israelische Kampf-Flugzeuge eine arabische Verkehrs-Maschine zur Landung in Israel. Die Israelis hatten das Flugzeug direkt nach dem Start in Beirut angegriffen und in den israelischen Luftraum abgedrängt. Ziel war die Festnahme und Ermordung mehrerer palästinensischer Genossen, unter ihnen PFLP-Führer Habasch, die sich jedoch nicht in dieser Maschine befanden.

Was wäre passiert, wenn der Pilot der Verkehrsmaschine den israelischen Kampf-Flugzeugen nicht gefolgt wäre? Wahrscheinlich hätten die Zionisten ihr Verbrechen vom 21. Februar wiederholt: damals schossen sie ein lybisches Flugzeug über der Sinai-Halbinsel ab, wobei fast 100 Menschen getötet wurden.

Die israelische Regierung hat offen gesagt, daß sie sich für berechtigt hält, überall auf der Welt Genossen des palästinensischen Widerstands ermorden zu lassen. Dafür gibt es auch zahlreiche Beispiele, von denen nur ein kleiner Teil bekannt ist, und die in der bürgerlichen Presse natürlich totgeschwiegen werden.

So wurde in Beirut der Genosse Kanafani, ein Führer der PFLP, durch eine Bombe getötet. In Rom wurde Ende 72 ein Vertreter von „Al Fatah", Genosse Wael Zuaiter, erschossen. In Paris starb am 9. Januar der Genosse Mahmoud Hamchari, Vertreter der PLO, an Verletzungen, die er bei einem Attentat am 8. Dezember 72 erlitten hatte.

Im November 72 erlitt ein jordanischer Medizinstudent in seiner Wohnung in Erlangen schwere Verletzungen, als er einen mit Sprengstoff präparierten Brief öffnete.

Am 10. April ermordeten israelische Kommandos in Beirut u.a. die Genossen Abu Yussef, Kamal Adwan und Kamal Nasser, alle drei in der Führung von „Al Fatah" und PLO.

Ende Juni wurde der Algerier Mohamed Boudia in Paris durch eine Bombe in seinem Auto getötet.

Die Erklärung der Zionisten lautet: die Palästinenser greifen uns überall an (Flugzeugentführungen etc.), also sind wir zum „Gegenterror" berechtigt. Diese Erklärung wird von der bürgerlichen Presse voll übernommen. Das Mord-Kommando z.B., das in Norwegen Ahmed Bouchiki tötete, wird in der „Hamburger Morgenpost" (SPD) zynisch als „Anti-Terror-Gruppe" bezeichnet. Im Grunde ist diese Presse der direkte Komplize des zionistischen Terrorismus: die Zionisten führen Anschläge aus, die bürgerliche Presse stellt sie als gerechtfertigt hin. Das läßt sich an einem Artikel der „Morgenpost" vom 15. August besonders anschaulich zeigen: dieser Artikel befaßt sich mit dem PFLP-Führer Habasch, den ja die Zionisten einige Tage zuvor bei der Flugzeugentführung zu fassen hofften. In diesem Artikel wird Habasch mit gezielten Lügen so hingestellt, daß der Leser anschließend nur noch denken kann: „Ein wahrer Jammer, daß die Israelis den Kerl nicht erwischt haben!" – was offenbar auch der Sinn des Artikels ist.

Die Überschrift lautet gleich: „Terrorchef George Habbash: Wir wollen den III. Weltkrieg!" Und in diesem Ton geht es weiter. „Seine Religion ist der Haß gegen die Juden.



Bei einem Stoßtrupp-Unternehmen gegen den Libanon hat ein israelischer Panzer rücksichtslos einen Personenwagen überrollt, in dem sich eine arabische Familie befand (Herbst 1972)

Sein Lebensziel ist ein palästinensischer Staat aus Soldaten und Bauern." Usw. usf.: Lügen von vorn bis hinten, im ganzen Artikel kaum ein wahres Wort!

wahres Wort!

Die Zionisten haben das „Recht" aller Unterdrücker auf ihrer Seite: ein Volk zu vertreiben und zu unterdrücken – und jedes Zeichen von Widerstand der Unterdrückung „rechtfertigt" die Steigerung der Unterdrückung. Nach dieser Logik sind in den USA die Indianer weitgehend ausgerottet worden, nach dieser Logik begehen die portugiesischen Kolonialisten ihre Massaker.

Die Liste der Verbrechen des Zionismus ist lang. Dazu gehört das Massaker in dem kleinen arabischen Dorf Deir Yassin, westlich von Jerusalem, im April 1948. Die Terroristen-Organisation „Irgun" schlachtete dort mehr als 250 Bewohner ab. Obwohl sich der offizielle Zionismus scheinheilig von dem Massaker distanzierte, leben die Mörder heute als freie und angesehene Männer in Israel. „Irgun"-Boß Menachem Begin ist heute ein bekannter rechtsradikaler Politiker und Oppositionsführer im israelischen Parlament. Der Zionismus „distanziert" sich vielleicht einmal aus taktischen Gründen von seinen Mordhelfern, aber er läßt sie niemals fallen.

Ein weiteres traurig „berühmtes" Massaker begingen die Zionisten in dem Dorf Kafr Kassem im Oktober 1956. Dort verhängten sie überraschend ein totales „Ausgehverbot". Als am Abend die auswärts arbeitenden Bewohner nichtsahnend ins Dorf zurückkehren wollten – sie wußten natürlich noch nichts von dem Ausgehverbot – wurden sie von israelischen Truppen gnadenlos zusammengeschossen. Die Zahl der Toten wurde offiziell mit 51 angegeben.

Das war kaltblütige Abschlachtung Wehrloser. Davon mußte sich der offizielle Zionismus wieder „distanzieren", indem das Massaker als individuelle Tat einiger Offiziere und Soldaten hingestellt wurde. So wurden im Oktober 1958, zwei Jahre nach dem Massaker, der Form halber vier der Mörder verurteilt. Obwohl das israelische Recht für Mord klar eine lebenslängliche Strafe vorsieht, lagen die Strafen zwischen 17 Jahren (schuldig am Tod von 43 Arabern) und acht Jahren (schuldig am Tod von 17 Arabern). Nach dem Prozeß begann sogleich das Theater einer mehrmaligen Herabsetzung der Strafen, sodaß schließlich nach einem Jahr, Anfang 1960, alle Mörder wieder auf freiem Fuß waren und alsbald mit Posten, Geld etc. für die erlittene Unbill „entschädigt" wurden.

Um jeden Irrtum auszuschalten, muß dazu gesagt werden, daß die Massaker von Deir Yassin und Kafr Kassem zwar besonders bekannt geworden sind, aber keineswegs Einzelfälle waren – ebenso wie die Massaker des deutschen Faschismus in Oradour und Lidice, des US-Imperialismus in My Lai, des portugiesischen Kolonialismus in Williamo für viele ihresgleichen stehen.

Weniger bekannt als die Massaker ist die Tatsache, daß es zuerst der Zionismus war, der den Terror auch außerhalb Palästinas praktizierte – lange bevor es die Organisationen des palästinensischen Widerstands überhaupt gab.

Das bekannteste derartige Unternehmen war die sogenannte „Affäre Lavon". Im Juli 1954 legten zionistische Agenten in Alexandria und Kairo (Ägypten) mehrere Bomben vor allem gegen Plätze, an denen Bürger der USA vermutet wurden.

Zu dieser Zeit bemühte sich Ägypten, die britische Vorherrschaft über den Suez-Kanal abzuschütteln. Dabei bemühte es sich um die Unterstützung der USA. Die Anschläge sollten eine Verschlechterung der ägyptisch-amerikanischen Gespräche provozieren. Die Provokation flog jedoch auf und einige zionistische Agenten wurden in Ägypten festgenommen. Golda Meir ließ es sich nicht nehmen, diese Agenten bei deren Rückkehr nach Israel persönlich als „Helden" willkommen zu heißen.

Fügen wir hinzu, daß die Zionisten sich selbstverständlich auch für „berechtigt" halten, jederzeit arabische Länder zu bombadieren oder mit Stoßtrupps zu überfallen. Das ist dutzendfach praktiziert worden, vor allem gegen den Libanon und Syrien, aber auch gegen Ägypten und Jordanien – mit dem Ergebnis, daß Hunderte von arabischen Zivilisten getötet wurden.

Gerade angesichts der von der bürgerlichen Presse betriebenen Hilfestellung für den Zionismus muß klar die Gangster-Logik der Herrschenden Israels aufgezeigt werden: sie „rechtfertigen" ihre Verbrechen von h e u t e damit, daß die Palästinenser ihre Verbrechen von g e s t e r n nicht widerstandslos hingenommen haben. ■

Dringender Appell

des südvietnamesischen Komitees für den Kampf zur Freilassung der noch vom Saigoner Regime inhaftierten patriotischen und friedliebenden Menschen:

Landsleute in ganz Vietnam und im Ausland!

An die Völker der Welt, denen Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit teuer sind!

Das Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam wurde unterzeichnet. Das ist ein großer Sieg des gesamten vietnamesischen Volkes. Seit dem Inkrafttreten des Abkommens sind fast sechs Monate vergangen. Eigentlich könnten alle in Südvietnam gefangengenommenen und inhaftierten Menschen zu ihren Familien zurückkehren. Aber ungeachtet der Vernunft und der elementarsten Bestimmungen des Rechts setzt die Diktatorgruppe Nguyen Van Thieu fort, Hunderttausende von politischen Gefangenen widerrechtlich einzukerkern.

Das Leben von Hunderttausenden lieben Töchtern und Söhnen des vietnamesischen Volkes ist ernsthaft bedroht. In allen Gefängnissen des Nguyen Van Thieu-Regimes leben die Inhaftierten in einem äußerst bedrohlichen Zustand. Es gibt keinen Tag ohne Terror und Repressalien. Zehntausende von Menschen leiden an schweren Krankheiten bzw. wurden zu Krüppeln geschlagen. Tausende von Menschen wurden zu Tode gefoltert bzw. schwere Verletzungen beigebracht. Viele wurden heimlich und hinterhältig vernichtet. Dutzende wurden gleichzeitig ermordet, ihre Körper verstümmelt, mit Steinen beschwert und in die Flüsse geworfen, viele von ihnen wurden mit den Händen aneinander gefesselt und ins Meer gestoßen, andere wurden erschossen, ihre Leichen im tiefen Wald oder an entlegensten Orten verscharrt, um die Verbrechen zu verschleiern. Quälereien, Folterungen und Vernichtung wurden mit jedem Tag bestialischer und barbarischer. Das Thieu-Regime bedient sich darüber hinaus noch anderer Machenschaften, um sich zu weigern, die Gefangenen und Inhaftierten zu übergeben, wie es im Pariser Abkommen und im Gemeinsamen Kommuniqué vom 13. Juni 1973 festgelegt worden ist. Viele Inhaftierte wurden bis zur Bewußtlosigkeit gefoltert und dann gezwungen, einen „Rückkehrantrag", einen „Amnestieschein" oder falsche Dokumente, mit denen sie zu kriminellen Häftlingen gestempelt werden sollten, mit Unterschrift oder Fingerabdruck zu signieren.

Langjährige Inhaftierte, die jedoch nicht abgeurteilt wurden, hat das Thieu-Regime ebenfalls zu kriminellen Verbrechern gemacht. Politische Gefangene, bei denen die Haftfrist abgelaufen war, wurden neu abgeurteilt oder die Haftfrist verlängert, die „rote Karte" eingezogen und die „blaue Karte" für kriminelle Verbrecher ausgegeben. Politische Gefangene wurden von den zentralen Gefängnissen in die örtlichen gebracht und zusammen mit den kriminellen Häftlingen eingekerkert. Zur gleichen Zeit führte das Nguyen Van Thieu-Regime Hunderttausende von Polizeioperationen durch, nahm massenhaft „Reinigungsaktionen" vor und verhaftete zusätzlich Zehntausende von Menschen, die Frieden und Freiheit lieben und für nationale Versöhnung und Eintracht eintreten.

Jede Handlung, jede Machenschaft des Saigoner Regimes dient schließlich der Realisierung der sogenannten „Sicherheitspläne", die verwirklicht werden, sobald eine „zweiseitige Lösung" existiert. In der Tat liquidiert sie zahllose unbeugsame Menschen, die sie nicht gewinnen konnte – Folter, Terror, verbunden mit Einschüchterung und Täuschung, um zwangsrekrutieren zu können oder zur „Rückkehr" zu locken. Sie ergreift jede Maßnahme, um die Übergabe der politischen Gefangenen zu verweigern; und im Falle eines starken Drucks wurden nur verkrüppelte Gefangene übergeben. Die verbrecherischen Pläne der Vereinigten Staaten und Nguyen Van Thieus bestehen darin, sämtliche oppositionellen Kräfte in Südvietnam zu vernichten, um den Kolonialismus neuen Typs der USA in Südvietnam aufrechtzuerhalten.

Mit diesen Plänen und Handlungen verletzen die Vereinigten Staaten und das Saigoner Regime sehr ernsthaft das Pariser Vietnamabkommen und das Gemeinsame Kommuniqué vom 13. Juni 1973, treten in grober Weise das Völkerrecht mit Füßen, widersprechen offen den dringlichsten und aufrichtigsten Wünschen der südvietnamesischen Bevölkerung nach Frieden, Unabhängigkeit, nationaler Versöhnung und Eintracht. Diese ihre Handlungen sind äußerst freche Herausforderungen an die fortschrittliche Menschheit.

Landsleute im Süden, im Norden und im Ausland!

Hunderttausende von lieben Töchtern und Söhnen, die aufopferungsvoll für das Dasein unserer Nation, für Unabhängigkeit, Freiheit und Glück gekämpft haben, werden gegenwärtig eingekerkert und vernichtet in den Gefängnissen der faschistischen Nguyen Van Thieu-Clique.

Verantwortungsbewußt gegenüber der Nation, in Erfüllung der Pflichten gegenüber unseren an Ketten gefesselten Schwestern und Brüdern, kämpft entschlossen, um dem Thieu-Regime das blutige Handwerk zu legen, es zu zwingen, die Gefangenen in Übereinstimmung mit den im Pariser Abkommen enthaltenen Festlegungen zu behandeln, die Vereinigten Staaten und das Saigoner Regime zu zwingen, die Gefangenen und Inhaftierten sofort und restlos zu übergeben, ohne irgendwelche Gründe an den Tag zu legen und ohne Verzögerung!

Freunde des vietnamesischen Volkes auf dem ganzen Erdball!

Menschen der ganzen Welt, denen Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit teuer sind!

Seit mehreren Monaten verfolgen die internationalen und nationalen Organisationen, Sie, Freunde und viele Persönlichkeiten mit großer Aufmerksamkeit das Schicksal von mehr als zweihunderttausend unserer Schwestern und Brüder, die sich in den Kerkern des Saigoner Regimes befinden und haben ihre anklagende Stimme gegen das grausame Gefängnisregime Nguyen Van Thieu's erhoben. Freunde und Persönlichkeiten, für die Gerechtigkeit und Verantwortung im Einklang mit den humanistischen Gefühlen teuer sind, verurteilen sie noch kraftvoller die Manöver und Verbrechen der faschistischen Diktaturgruppe Nguyen Van Thieu bei der barbarischen Vernichtung politischer Gefangener und der hartnäckigen Verzögerung der Übergabe der Gefangenen und Inhaftierten. Fordern Sie von den Vereinigten Staaten und der Saigoner Verwaltung die ernsthafte Verwirklichung des Pariser Friedensabkommens, die sofortige und restlose Übergabe der Patrioten und friedliebenden Menschen, unter ihnen Angehörige der dritten Kräfte, die gegenwärtig noch inhaftiert sind.

Menschliche Vernunft wird mit Sicherheit über die Barbarei siegen!

Freiheit für alle patriotischen und friedliebenden Menschen, die noch vom Saigoner Regime eingekerkert sind.

Südvietnam, 22. Juni 1973 ■

CHILE: »FRIEDLICHER ÜBERGANG« AUF DEM STERBEBETT

Im ARBEITERKAMPF Nr. 27 (April 73) schrieben wir zum Ausgang der März-Wahlen, in denen der bürgerliche Block sein Ziel einer parlamentarischen Zwei-Drittel-Mehrheit nicht erreicht und die Unidad Popular im Gegenteil an Stimmen gewonnen hatte:

„Nachdem der Versuch eines ‚legalen' Umsturzes vorerst gescheitert ist, bleiben zwei Schlußfolgerungen für die Reaktion, mit denen die chilenischen Arbeiter und Bauern rechnen müssen. Erstens eine Fortführung der Sabotage und Obstruktion, um die Unidad Popular zu weiteren Rückziehern zu zwingen. Die Allende-Regierung würde so immer weniger die Schwierigkeiten des Landes lösen können und schließlich ihr Vertrauen in der Bevölkerung verlieren. Nicht nur die chilenische, sondern darüber hinaus die internationale Reaktion hätte dann ihren „endgültigen Beweis, daß der Sozialismus ins Chaos führt". Zweitens eine weitere Anheizung der Spannung und des Terrors im Land, mit dem Ziel, einen Bürgerkrieg zu entfachen und die Unidad Popular gewaltsam zu stürzen. Die Tatsache, daß das Bündnis von Christdemokraten und Nationaler Partei vorerst auf ‚legalem' Weg sein Ziel nicht erreichen konnte, verringert nicht, sondern erhöht diese Gefahr eines militärischen Umsturzes. Mit beiden Schlußfolgerungen ist zu rechnen, und es ist wahrscheinlich, daß die Reaktion in einem Spiel mit verteilten Rollen von beiden Möglichkeiten Gebrauch machen wird."

Diese Einschätzung hat sich leider als sehr richtig erwiesen. Die chilenische Konterrevolution hat das „Spiel mit verteilten Rollen" gerade in den letzten Wochen und Monaten unnachgiebig und zielstrebig geführt. Wirtschaftssabotage und Obstruktion auf der einen Seite, Anheizung der Spannung und Terror auf der anderen Seite. Der monatelangen Zurückhaltung von Nahrungsmitteln und anderen Konsumgütern durch zahlreiche Groß- und Einzelhändler und dem damit verbundenen Aufblühen eines ausgedehnten Schwarz-

deren Konsumgütern durch zahlreiche Groß- und Einzelhändler und dem damit verbundenen Aufblühen eines ausgedehnten Schwarz-

markts (und der ungeheuren Inflation) folgte der Putschversuch des Panzer- und Infanterieregiments von Tacna Ende vergangenen Junis. Dieser wiederum war das Signal für eine erneute Lahmlegung des Versorgungsnetzes durch die privaten Transportunternehmen. Und parallel dazu eine neue Welle faschistischer Terroranschläge im ganzen Land.

Während die einen die Allende-Regierung im „zivilen" parlamentarischen Schauspiel zu immer weitergehenden Abstrichen vom Programm der Unidad Popular erpressen (die chilenischen Christdemokraten, die übrigens von der westdeutschen CDU kräftige Finanzhilfe für ihre Aktivitäten erhalten), suchen die anderen (faschistische Organisationen wie „Patria y Libertad", ultra-reaktionäre Militärkreise und auch die Nationale Partei) der Allende-Regierung und den mit ihrem Programm sympathisierenden Arbeiter- und Bauernmassen mittels offenem Terror und Putschversuchen das Genick zu brechen. Regisseur und Profiteur ist in allen Fällen die chilenische Bourgeoisie, Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Und mit ihnen im Bunde die internationale Konterrevolution der imperialistischen und reaktionären Staaten, gleichfalls unter Anwendung verschiedener Methoden.

Unter Einsatz ihrer ökonomischen Macht streichen die imperialistischen Staaten und Konzerne der chilenischen Wirtschaft lebenswichtige Kredite, beschlagnahmen und rauben sie chilenische Konten in internationalen Finanzinstituten, manipulieren sie den Weltmarktpreis für Chiles wichtigstes Exportgut, das Kupfer, um fast 30 % in die Tiefe, usw. Daneben gewähren die reaktionären Regimes von Brasilien, Argentinien und Uruguay den alten Großgrundbesitzern Chiles Exil, wo sie ungestört mit den Chefs der faschistischen Terrororganisationen in Chile gegen die Unidad Popular konspirieren und Putschpläne ausarbeiten können. In Bolivien, wo das Regime des Oberst Banzer selbst im August 1971 mit Hilfe des US-Geheimdienstes CIA an die Macht gehievt wurde, werden unter dem Kommando von zwei entlassenen Offizieren chilenische Söldner für eine eventuelle Invasion nach Chile trainiert. Bei der Freizügigkeit, mit der der CIA in Bolivien und in fast allen Ländern Lateinamerikas seine imperialistische Untergrundarbeit betreibt, dürfte er hierbei wohl ebenso seine Finger direkt im Spiel haben. Das wäre ja auch in bezug auf Chile nur eine konsequente Fortführung der verbrecherischen Traditionen des US - Imperialismus: Die ersten Putschpläne, noch in der Zeit zwischen dem Wahlsieg der Unidad Popular und dem Regierungsantritt Allendes, waren bekanntlich vom US-Großkonzern ITT unter Hilfestellung des US-Außenministeriums ausgearbeitet worden.

Unidad Popular auf dem Marsch nach rückwärts

Unidad Popular auf dem Marsch nach rückwärts

Unserer Einschätzung nach sieht das Kräfteverhältnis für die Unidad Popular angesichts dieser gesteigerten Offensive der chilenischen Reaktion und des Imperialismus nicht günstig aus. Zwar hat die bürgerliche Presse nach dem Scheitern des Armeeaufstands Ende Juni in ihren Kommentaren davon gesprochen, daß die Allende-Regierung damit eine „Atempause" erreicht habe – und sie heuchelte sogar davon, daß diese „kurzsichtigen Militärs" mit ihrer „stümperhaften Planung" Allende obendrein noch „Schützenhilfe" geleistet hätten, und daß die Volksfront „im Siegestaumel der mobilisierten Straße ... nun zum erstenmal seit Monaten wieder zur politischen Offensive übergehen" könne (Zitate aus Springers „Welt" vom 2.7.73). Aber diese übereifrigen Kassandrarufe unserer einheimischen Reaktion, die voller Wut über das Scheitern der faschistischen Offiziere von Tacna nur noch „rot" sah, bewahrheiteten sich nicht. Leider!

Nicht die Allende-Regierung erhielt eine Atempause und ging in die politische Offensive über, sondern die chilenische Reaktion steigerte ihre Offensive noch und die Allende-Regierung krümmte ihren Buckel nur noch weiter, anstatt sich aufzurichten: sie nahm Gespräche mit den feindlichen Christdemokraten auf und bot ihnen eine Regierungsbeteiligung an; sie ernannte wieder einige Militärs zu Ministern (womit sie einem „Rat" ihrer Feinde folgte, nämlich der Christdemokraten und der Militärs selbst, wobei die Christdemokraten allerdings inzwischen gemeinsam mit anderen Kräften der schwärzesten Konterrevolution ein reines Militärregime fordern);

sie stattete das Militär mit umfangreichen Befugnissen aus, worunter das wichtigste wohl die Entwaffnung der Arbeiter- und Bauernmilizen ist, die sich zur Abwehr der faschistischen Verbrecherbanden und der weißen Garden der alten Großgrundbesitzer gebildet haben. Daß diese Maßnahmen der Allende-Regierung nicht von einer politischen Offensive gegen die in- und ausländische Konterrevolution zeugen, ist offensichtlich. Daß diese Maßnahmen im Gegenteil sogar eine Ermunterung der Konterrevolution darstellen, sich nur noch dreister zu gebärden, das kann ebenso jeder feststellen, der die Entwicklung in Chile gegenwärtig aus der Presse aufmerksam verfolgt. Allerdings ist dies bereits eine jahrzehntealte Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung; und das wiegt umso schwerer, weil die Parteien der Unidad Popular, zumindest die Kommunistische (in Wahrheit revisionistische) und die Sozialistische Partei, sich ja zu einem Bestandteil dieser internationalen Arbeiterbewegung zählen.

Es genügt demnach zur Erklärung der gegenwärtigen Situation nicht, auf die Offensive der Konterrevolution hinzuweisen, auf ihre ungeheuren Verbrechen; die Wirtschaftssabotage, die auf eine Aushungerung der Bevölkerung abzielt, damit diese gegen die Unidad Popular rebelliert; die unzähligen Bombenanschläge gegen Produktionsanlagen, Brücken, Ölleitungen und Büros der Gewerkschaften und der Parteien der „Volkseinheit"; die faschistischen Morde wie z.B. am Militäradjutanten Allendes und an einem führenden Vertreter der Transportarbeiter - Gewerkschaft; usw.

Sondern es erhebt sich gerade angesichts dieser Offensive die Frage danach, welche Mittel die Unidad Popular und die Allende-Regierung zum Kampf gegen die Konterrevolution ins Feld führen – und wir haben schon gesehen, daß

und wir haben schon gesehen, daß



Allende beschwichtigt und entwaffnet das Volk gegen die Angriffe der Bourgeoisie

ihr hauptsächlichstes Mittel darin besteht, vor der Konterrevolution zurückzuweichen. Nicht so sehr in Worten, als in Taten. Es mangelt natürlich nicht an Appellen, die Konterrevolution zu schlagen, den „revolutionären Prozeß" voranzutreiben, die „Einheit des Volkes" herzustellen usw. Aber kann man die Konterrevolution durch Appelle schlagen? Kann man den „revolutionären Prozeß" und die „Einheit des Volkes" dadurch voranbringen, daß man sie bloß wie eine heiße Kartoffel, die man am liebsten selber ausspucken möchte, im Mund rumwälzt?

Der Unsinn von der „Produktionsschlacht"

Was beinhalten die Appelle der Unidad Popular? Wozu fordert sie die werktätigen Massen konkret auf, um die Konterrevolution zu schlagen? Vor allem sollen die Arbeiter und Bauern die Produktion steigern, um die von der Konterrevolution durch Sabotageakte, Warenhortung, Schwarzmarkt, Schmuggel rarer Güter ins Ausland usw. verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Diese Aufforderung ist angesichts der wirklichen Situation in Chile blanker Zynismus und eine völlige Irreführung über die Hauptaufgaben des Kampfes. Derartige Aufforderungen hat die Unidad Popular schon seit Anbeginn ihrer Regierungszeit (Ende 1970) ausgegeben, aber die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind nicht weniger, sondern mehr geworden – obwohl, wie die DKP-Zeitung UZ Mitte August dieses Jahres triumphal meldete: *„Die Werktätigen arbeiten täglich bis zu zwölf Stunden, um die Produktion zu halten."* Eine wahrhaft beachtliche „Erfolgsmeldung" im Kampf gegen die Konterrevolution!!

Wie ist aber die wirkliche Situation, auf deren Boden die Unidad Popular zum „Kampf für die Produktionssteigerung" aufruft? Die Unidad Popular hat sich hier auf ein Wettrennen eingelassen, bei dem sie und die Arbeiterklasse von vornherein als Verlierer feststehen – gegenüber der Konterrevolution, die sich dabei nur ins Fäustchen lachen kann. Rund 60 % der Industrieproduktion und 75 % des Handels befinden sich noch in privatem Besitz, der Rest in den Händen des Staates. Die Mehrheit der Arbeiter sind Lohnarbeiter in kapitalistischen Betrieben. Sollen diese die Konterrevolution (d.h. die Bourgeoisie, die Kapitalisten!) dadurch schlagen, daß sie die Produktion in den Betrieben der Kapitalisten erhöhen?? Ein Witz, und die DKP hätte das als Rätselaufgabe im „uzetchen" veröffentlichen können, wenn die Situation in Chile nicht so ernst wäre!

Und die Arbeiter in den verstaatlichten Betrieben? Können die Arbeiter einer Minderheit von Betrieben (nicht nur der Anzahl, sondern auch dem Pro-

der Anzahl, sondern auch dem Pro-

duktionsumfangs nach) durch eine Steigerung der Produktion die konterrevolutionären Umtriebe der Bourgeoisie, die immer noch die Mehrheit der Betriebe in ihren Händen hält, ernsthaft besiegen? Die Frage stellen, heißt sie beantworten; man sieht, daß der Appell zur „Produktionsschlacht" allein schon auf ökonomischer Ebene falsch ist.

Die Frage ist indes auch nicht ökonomisch, sondern politisch zu stellen. Trotz der Regierungsbildung durch die Unidad Popular besteht der bürgerliche, d.h. kapitalistische Staatsapparat fort, ist die Bourgeoisie in Chile beileibe noch nicht ihrer politischen, administrativen und militärischen Herrschaftsmittel beraubt. Die Konterrevolution verfolgt auch mit ihrer Sabotage auf wirtschaftlichem Gebiet vor allem politische Ziele, nämlich den Sturz der Unidad Popular von der Regierung und die Verdrängung der Arbeiter und Bauern aus ihren Kampfpositionen, die sie sich unter der Allende-Regierung errungen haben.

Bei alledem ist der Appell zur „Produktionsschlacht" nicht nur auf ökonomischer Ebene falsch; sondern er führt vor allem politisch zu verheerenden Folgen, zu einer Demobilisierung und politischen und ideologischen Entwaffnung der Arbeiterklasse, wenn die Unidad Popular im Kampf gegen die Konterrevolution wesentlich auf eine „Steigerung der Produktion" orientiert. Die Hauptaufgabe ist die, die Arbeiterklasse und die Bauernschaft zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates zu führen, d.h. der Bourgeoisie ihre Herrschaftsinstrumente zu entreißen, mit denen sie immer wieder versuchen wird, das Blatt zu ihren Gunsten, zum Fortbestehen von Ausbeutung und Unterdrückung zu wenden.

Wir werden nie bestreiten, daß die Arbeiterklasse auf dem Weg in den Sozialismus energisch den Hebel der Verbesserung und Steigerung der Produktion ansetzen muß, um wirtschaftliche Schwierigkeiten zu überwinden, die sowohl aus der Sabotage der Konterrevolution als auch aus der anfänglichen Unerfahrenheit der Arbeiterklasse in der selbständigen Leitung der Produktion herrühren. Aber dazu bedarf es erstens bestimmter Voraussetzungen (nämlich die politische Macht erobert und die Enteignung der Produktionsmittel durchgeführt zu haben, zumindest des wichtigsten und überwiegenden Teils) und zweitens kann dies nicht als Hauptparole im Kampf gegen die weiterhin verbleibenden bürgerlichen Elemente, die die Konterrevolution betreiben, ausgegeben werden.

Ist das chilenische Militär ein „loyaler Bündnispartner"?

Wir haben die Frage des bürgerlichen Staatsapparates und der Mobilisierung der Arbeiter und Bauern angeschnitten. Allgemein ist festzustellen, daß die Unidad Popular in ihrer nun mehr als zweidreiviertel-

angeschnitten. Allgemein ist festzustellen, daß die Unidad Popular in ihrer nun mehr als zweidreiviertel-

jährigen Regierungszeit den bürgerlichen Staatsapparat in seinem Wesen völlig unangetastet gelassen hat.

In diesem Rahmen ist die Haltung der „Volkseinheit" gegenüber dem chilenischen Militär besonders aufschlußreich. Bereits im November 1972 haben wir in einer Sondernummer unserer Zeitschrift UNSER WEG ausführlich anhand von Resolutionen und Äußerungen einzelner Führer der Unidad Popular diese theoretisch völlig illusionistische und praktisch kapitulantenhafte Haltung deutlich gemacht. (Chile : „Friedlicher Übergang" zum Sozialismus? ; 1 DM) Es sei nur noch einmal an die dort zitierte Auffassung des Generalsekretärs der KP Chiles, Luis Corvalan, erinnert, der zwar „Umgestaltungen auch in den militärischen Institutionen" für notwendig hält, aber: „...man kann sie nicht aufzwingen. Sie müssen von den Militärs selbst ausgehen, ihrer eigenen Überzeugung entspringen (!). Das Übrige werden die Zeit und das Leben zeigen."

Nun haben „die Zeit und das Leben" inzwischen reichlich gezeigt, welche Umgestaltungen „von den Militärs selbst ausgehen" und „ihrer eigenen Überzeugung entspringen". Das augenfälligste Beispiel aus der jüngsten Zeit ist der gescheiterte Putschversuch des Panzer- und Infanterieregiments von Tacna, eine sogenannte „Eliteeinheit" der chilenischen Streitkräfte.

Dieses Regiment stand ehemals unter dem Kommando des Generals Viaux, der bereits Ende 1970 in die vom US-Konzern ITT ausgearbeiteten Pläne zur Verhinderung des Amtsantritts von Allende verwickelt war, und seitdem im Gefängnis sitzt. Der konterrevolutionäre Geist seiner Truppen blieb erhalten. An der Führung dieses jüngsten Putschversuchs waren nicht nur hohe Offiziere der chilenischen Armee beteiligt, sondern beispielsweise auch Figuren wie Pablo Rodriguez, Präsident der faschistischen Terror-Organisation „Patria y Libertad" („Vaterland und Freiheit"), der nach dem Mißlingen zusammen mit einigen Mitverschwörern Unterschlupf in der Botschaft von Ecuador gefunden hat.

Zwei Tage vor dem gescheiterten Putschversuch am 29. Juni wurde bereits ein geplantes Attentat rechter Kreise auf den Oberkommandierenden des chilenischen Heeres, General Prats (der auch in die Regierung aufgenommen wurde), vereitelt. Dies sollte offenbar das Signal für den nachfolgenden Militäraufstand sein, ähnlich wie es im Oktober 1970 beabsichtigt war, als

der damalige Armeechef General Schneider im Auftrag der Rechten ermordet wurde.

Die Unidad Popular hat im Verlauf ihrer Regierungszeit mehrere Militärpläne für einen rechten Staatsstreich aufgedeckt. So im Dezember 1971, wo der Leiter der Militärschule von Santiago, Colonel Labbe, wegen Vorbereitung eines Putsches zum Rücktritt gezwungen wurde. Heute ist er einer der Führer der Nationalen Partei. Ende März 1972 wurde der Armeegeneral Greene Baquedano im Zusammenhang mit Putschplänen festgenommen. Nach knapp einer Woche wurde Baquedano dann wieder auf freien Fuß gesetzt ... auf Beschluß eines M i l i t ä r g e r i c h t s, was nur ein bezeichnender Beweis für die tatsächliche Macht des Militärs und der in diesen Kreisen eingeborenen reaktionären Gesinnung ist. Im September 1972 wurde dann der Armeegeneral Canales in den vorzeitigen Ruhestand versetzt, weil er den Sturz der Allende-Regierung plante.

Diese Beispiele zeigen erstens, daß das bürgerliche Militär alles andere als ein „loyaler" Bündnispartner beim „friedlichen Übergang zum Sozialismus" ist. Zweitens zeigt sich hier die kapitulantenhafte Haltung der Allende-Regierung. In fast allen Fällen wurden lediglich einige Häupter der Verschwörung in den vorzeitigen Ruhestand versetzt oder vorübergehend verhaftet. Die Unidad Popular beschränkte sich jedesmal darauf, die Verschwörer wortgewaltig „anzuklagen" – weitere Konsequenzen wurden nicht gezogen, und die meisten der „Angeklagten" setzen ihre konterrevolutionären Umtriebe unvermindert fort. Teilweise operieren sie nun vom angrenzenden Ausland, wie z.B. Bolivien. Dort trainieren zwei in den Ruhestand versetzte Offiziere, wie die Zeitung der Sozialistischen Partei „Ultima Hora" vor mehreren Wochen aufdeckte, ungefähr 3 000 chilenische (!) Söldner für eine mögliche Invasion in Chile. (Das gleiche Kapitulantentum der Unidad Popular zeigt sich im übrigen auch gegenüber den faschistischen Organisationen wie „Patria y Libertad", die trotz den faschistischen Organisationen wie „Patria y Libertad", die trotz unzähliger Beweise für ihre konterrevolutionären Mord- und Terroraktionen noch nicht einmal verboten ist. Völlig im Stil des „unbeteiligten Beobachters" und des „Hütürs der Unvoreingenommenheit" versunken, schrieb die UZ Anfang Juli dazu: „Immer stärker wird die Forderung nach einem Verbot der faschistischen Banden der ‚Patria y Libertad' und Säuberung des Verwaltungsapparats." Ja, und w a r u m tut die Allende-Regierung denn n i c h t s, wenn doch die Forderungen „immer stärker" werden? !)

Die Allende-Regierung nutzt nicht die bürgerliche Legalität, die ihr mit ihrem Wahlsieg vom September 1970 „zugefallen" ist, sondern sie b e t e t s i e a n. Die Abhängigkeit der sogenannten „neutralen" chilenischen Streitkräfte vom US-Imperialismus (sowohl in der Ausbildung als auch in der Technologie) setzt sich auch unter der Allende-Regierung fort. Beispielsweise beteiligten sich die chilenische Luftwaffe und Marine an 15-tägigen gemeinsamen Seemanövern mit der US Task Force. Im März 1972 wurde der Chef der US-Luftwaffe, General John Ryan, als „besonderer Gast" von der chilenischen Luftwaffe zur Feier ihres „Luftwaffen-Tages" nach Chile eingeladen. Auch Allende ließ es sich nicht nehmen, an dieser Feier teilzunehmen und Ryan herzlich zu begrüßen. Offiziere der chilenischen Streitkräfte nehmen weiterhin an „Lehrgängen" in den USA teil; und wie die bürgerliche Presse kürzlich meldete, führen die USA auch ihre „Militärhilfe" für die chilenischen Streitkräfte fort. Es bedarf auch keiner großen Überlegungen, warum der US-Imperialismus wohl die wirtschaftlichen Kredite für die Allende-Regierung eingefroren hat, seine Militärhilfe für die chilenischen Streitkräfte aber nicht.

In der jetzigen Situation, wo die Krise im Land sich aufs schärfste zuspitzt, nimmt auch die „Unruhe" in den Streitkräften zu. Dennoch hält die Unidad Popular daran fest, daß die Streitkräfte (abgesehen nur von einigen „unverbesserlichen" Offizieren!) „neutral" seien und der Regierung „loyal" gegenüberstünden. Als „Beweis" dafür dient ihr die Tatsache, daß der Putschversuch des Regiments von Tacna von der Armee selbst niedergeschlagen wurde, und die Bereitschaft hoher Militärs zur Teilnahme an der Regierung. Aber dies sind absolut keine „Beweise" dafür. Es zeigt sich gerade, daß die Unidad Popular sich damit noch mehr zum G e f a n g e n e n des bürgerlichen Militärs macht, daß sie noch weniger etwas g e g e n dessen Willen durchzusetzen vermag. Die Militärs haben indes auch für ihre „Loyalität" ihren Tribut gefordert: vor allem die Vollmacht, die Arbeiter- und Bauernmilizen zu entwaffnen, und gegen militante Demonstrationen der Arbeiter und Bauern und gegen revolutionäre linke Gruppen mit Waffengewalt vorzugehen. Man muß diesen „Übergang zum Sozialismus" schon fast mit dem Weg der Sozialdemokratie in unserem Land vergleichen, die ebenfalls „im Namen des Sozialismus" Ende des ersten Weltkriegs mit dem bürgerlichen Militär zusammenarbeitete, um die revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte zu entwaffnen und zu zerschlagen.

Super-Optimismus und Verzicht auf Massenmobilisierung

So wie die Unidad Popular auf der einen Seite die bürgerliche Legalität anbetet und den bürgerlichen Staatsapparat (mitsamt dem Militär)



Luis Corvalan, Generalsekretär der KP Chiles: mehr Biedermann als Brandstifter

Luis Corvalan, Generalsekretär der KP Chiles: mehr Biedermann als Brandstifter

unangetastet läßt, so verzichtet sie andererseits auf eine konsequente Mobilisierung der Arbeiter- und Bauernmassen gegen die Konterrevolution und zur Eroberung der politischen Macht. Es handelt sich hier in der Tat auch nur um zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Es sei noch einmal daran erinnert, daß die Unidad Popular die von der in- und ausländischen Konterrevolution drohenden Gefahren besonders in der ersten Phase ihrer Regierungszeit mit einer geradezu kindlichen Naivität heruntergespielt hat. Da war die Rede davon, daß in Lateinamerika „die Welle der Reaktion rasch abebbt" (jawohl, in g a n z Lateinamerika!), daß die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Chiles bereits nach 14 Monaten Allende-Regierung „gründlich umgekrempelt" sei, daß die durchgeführten Veränderungen „nicht wieder ausradiert werden können", daß die Pläne des US-Imperialismus zur Unterdrückung der lateinamerikanischen Völker bereits „völlig gescheitert" seien, daß der US-Imperialismus und die lateinamerikanische Reaktion sogar „gezwungen sind, sich mit der in Chile entstandenen Lage abzufinden", usw. usw. (alles Zitate des Generalsekretärs der KP Chiles, Luis Corvalan, und des Politbüro-Mitglieds Volodia Teitelboim). Insbesondere wandten sich die Führer der Unidad Popular aber immer wieder gegen die Notwendigkeit eines gewaltsamen, b e w a f f n e t e n Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie, was Corvalan sogar mit dem Anspruch weltweiter Allgemeingültigkeit folgendermaßen formulierte:

„Die (!) Kommunisten sind gegen die These der Unausweichlichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes, welche von einigen ultralinken Elementen unterstützt wird. Wir sind der Meinung, daß diese These eigentlich reaktionär ist, da sie dazu bestimmt ist, den Kampf der Massen zu lähmen und, in Erwartung des ‚letzten Kampfes', die laufende Aktivität zu schwächen."

Es bleibt demgegenüber nicht nur festzustellen, daß alle bisherige Erfahrung lehrt (seien es die russische Revolution, die chinesische Revolution, die Befreiungskämpfe in Indochina und Palästina oder in anderen Ländern), daß die Herrschaft der Bourgeoisie nicht anders als bewaffnet niederzuringen ist; – sondern die chilenische Entwicklung zeigt darüberhinaus, daß es die Unidad Popular selbst ist, die mit ihrem selbstmörderischen Herunterspielen der konterrevolutionären Gefahr die Vorstellung verbreitet, als ob der „letzte Kampf" s c h o n g e l a u f e n sei, und damit die „laufende Aktivität" der Massen schwächt. Wenn man lange Zeit eine Propaganda betreibt, daß „die Welle der Reaktion rasch abebbt", daß die Reaktionäre sich mit der Situation in Chile „abfinden", weil die Veränderungen ohnehin „nicht wieder ausradiert werden können" usw. – wenn man in derartiger Weise einen himmelschreienden und realitätsblinden Super-Optimismus predigt, dann zimmert man sich natürlich auch das „theoretische" Alibi für den V e r z i c h t auf die Massenbewegung; dann erweckt man bei den Massen selbst ein bürgerliches Sicherheitsgefühl, das vor allem auf die wackelige Regierungsgewalt und auf die „Gunst der Stunde" vertraut, und sowohl das Bewußtsein und die Entwicklung der e i g e n e n Kraft der Massen lähmt. Die Massenbewegung muß auf diese Weise zu einem großen Teil eine s p o n t a n e Bewegung bleiben, die nur hin und wieder von der Unidad Popular zu Kundgebungen zusammengerufen wird, wie beispielsweise nach dem gescheiterten Militärputsch Ende Juni. Regelmäßig ruft die Unidad Popular dann dazu auf, die „Wachsamkeit zu erhöhen" und sich enger zusammenzuschließen gegen die Konterrevolution. Aber ebenso schnell ist sie dann auch schon wieder mit einem Aufruf zur Hand, „die Ruhe zu bewahren" – und daß die Regierung und die „loyalen" Militärs die Situation wieder „unter Kontrolle" haben. P r a k t i s c h führt ihre Politik stets zur Machtstärkung der Militärs g e g e n ü b e r der Massenbewegung.

I n d e r P r a x i s führt die Politik der Unidad Popular auch zur S p a l t u n g der Massenbewegung. Dies entspringt notwendig daraus, daß die Unidad Popular nur gegen T e i l e der Bourgeoisie vorgeht. Auf diesen Zusammenhang hat Miguel Enriquez, Generalsekretär der MIR, einer revolutionären Organisation außerhalb der Unidad Popular, im August letzten Jahres in einem Interview mit der Zeitung „Chile Hoy" hingewiesen:

„Bei der Auswahl der Gegner irrt sich die UP, indem sie nur Teile der herrschenden Klasse schlägt. Sie schlägt sie nicht als Gesamtes und nicht als Klassenfeinde. Ein großer Irrtum der UP ist, daß sie einige Sektoren zerschlägt, andere nur verletzt und andere sogar effektiv schützt. Mehr sogar, sie nimmt sich im Moment vor, einige Teile der Bourgeoisie zu kräftigen. Bei der Wahl der führenden Kräfte und ihrer Alliierten begehen sie zwei Fehler: der eine liegt darin, eine falsche Konzeption über die wirklichen Volksfeinde zu haben. Die Tatsache, daß sie nur kleine Teile der Agrarbourgeoisie als Feinde betrachten (nämlich diejenigen, die mehr als 80 ha bewässertes Land besitzen; Anm. der AK-Red.) *und den Rest schützt, verhindert die Mobilisierung des (gesamten) Agrarproletariats, der Unterbeschäftigten, des Semiproletariats und der armen Bauern. Man verzichtet auf die ungeheuerliche revolutionäre Kraft dieser Teile der Bevölkerung. Dasselbe passiert mit den Arbeitern in der Stadt, sogar der großen Industrie. Man mobilisiert nur die Arbeiter der 91 staatlichen Unternehmen. Die übrigen Arbeiter der Groß-, Mittel- und Klein-Industrie werden nicht mobilisiert. Auf der anderen Seite findet man die abgegebenen Erklärungen und die Pläne, die den Unternehmern der Klein- und Mittelindustrie vorgeschlagen werden* (d.h., daß die Unidad Popular diese als „feste Bündnispartner" ihres „revolutionären Prozesses" betrachtet, worauf wir schon ausführlicher in unserer erwähnten Sonderbroschüre eingegangen sind; Anm. d. AK-Red.).

Der zweite Fehler entstand aus der typisch europäischen Art, mit der die UP die führenden Klassen analysiert (offenbar ist mit der „typisch europäischen Art" gemeint, daß die Unidad Popular die Analyse der Klassenverhältnisse in den hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten Westeuropas schematisch auf die chilenische Situation überträgt; Anm. d. AK-Red.). *Das bringt die UP dazu, große arme Schichten der Stadtbevölkerung zu ignorieren und nicht zu führen* (vor allem die „Pobladores", eine arme und vielfach beschäftigungslose Bevölkerungsschicht in den Slums der Stadtrände; AK-Red.). *Mit diesen Schichten kann und muß das Industrieproletariat ein permanentes Bündnis eingehen."*

Miguel Enriquez führte in diesem Interview weiter zur Frage der Massenbewegung aus:

„Wenn man die Macht nicht erobert hat, wenn man nur einen Teil des Staatsapparates hat, dann ist man in vielfacher Weise beschränkt; dann gibt es andere Elemente des Staatsapparats, die einem absolut feindlich gegenüberstehen, dann hat man ein ungünstiges Kräfteverhältnis. Man muß die Ziele festlegen. Welches ist unser Ziel? Die Eroberung der Macht. Dafür benötigen wir Kraft. Das Problem ist, wie man Kraft sammelt. Man entdeckt, daß man zwei große Instrumente in der Hand hat. Einen Teil des Staatsapparates und die Verankerung in der Massenbewegung. Nun gut, was ist aber geschehen? Kräfte sind nicht gesammelt worden, weil die Forderung der Einheit des Volkes nicht erhoben wurde, weil die Massenbewegung nicht genügend mobi- *nicht erhoben wurde, weil die Massenbewegung nicht genügend mobi-* *lisiert wurde und weil man sich auf die parlamentarischen Abmachungen beschränkte. Den Teil des Staatsapparats, den man innehatte, stellte man nicht in den Dienst der Massenbewegung. Somit bleibt die alte Rolle des Systems und damit der Widerspruch in der Gesamtheit des Staatsapparates bestehen."*

Das Problem des Bürgerkriegs: Sieg oder Niederlage

Es ist von hier aus schwer einzuschätzen, wie weit sich in Chile revolutionäre Kräfte der Arbeiter- und Bauernbewegung tatsächlich entwickelt und gefestigt haben, die über die zum offenen Kapitulantentum gewandelte reformistische Politik der Unidad Popular hinausgehen.



Demonstration in Santiago: der Streik von 125 000 Kaufleuten wird zum Startsignal einer Großoffensive der Bourgeoisie gegen die Volksfront

Die Tagesmeldungen der bürgerlichen Presse geben darüber natürlich keinen oder nur wenig Aufschluß. Die revisionistische Presse, die UZ der DKP, hüllt sich angesichts der Zuspitzung der Krise entweder in betretenes Schweigen oder bringt nur gelegentlich Berichte, die in verantwortungsloser Weise Schönfärberei betreiben und keineswegs den Namen einer ernsthaften Analyse und Auseinandersetzung mit den dortigen Vorgängen verdienen.

Bekannt ist, daß es in Chile einige Ansätze von Arbeiter- und Bauernmilizen gibt, die von der MIR unterstützt und teilweise auch von ihr initiiert werden (und nun im Auftrag der Unidad Popular von den Militärs entwaffnet werden sollen). Außerdem liegen uns Informationen vor, daß in einigen Bereichen Formen von Arbeiterräten (Concejos Comunales de Trabajadores) gebildet wurden, die offenbar auch von T e i l e n der Unidad Popular mitgetragen und initiiert wurden, und die Keimformen einer alternativen Macht zum bürokratischen bürgerlichen Staatsapparat darstellen. Welche Bedeutung diese Räte aber heute schon im Kampf gegen die Konterrevolution und für die Eroberung der Macht haben, wissen wir noch nicht.

Man kann aber davon ausgehen, daß im Verlauf der gegenwärtigen Entwicklung auch eine zunehmende Polarisierung i n n e r h a l b der Unidad Popular stattfindet. Am weitesten scheint sich dies innerhalb der Sozialistischen Partei abzuspielen, während uns für die Kommunistische Partei keine Anzeichen dafür vorliegen. Verschiedentlich ist es zu gemeinsamen Aktionen von Grundorganisationen der Parteien der Unidad Popular mit revolutionären Kräften außerhalb gekommen, und zwar ausdrücklich gegen Direktiven der UP-Führung (in unserer Sonderbroschüre vom vergangenen November berichteten wir darüber anhand der Demonstration im Mai 72 in Concepcion). Für die Sozialistische Partei kann gesagt werden, daß es dort auch vor dem Wahlsieg von 1970 noch recht unterschiedliche Auffassungen über den Weg der „chilenischen Revolution" gegeben hat. Auf dem SP-Kongreß 1967 in Chillán erklärte Carlos Altamirano den bewaffneten Kampf für den einzig gangbaren Weg der chilenischen Revolution, da die Bourgeoisie niemals freiwillig ihre Herrschaft aufgeben werde.

Dies wurde damals sogar vom Kongreß der Sozialisten gebilligt. Gleichzeitig beschloß der Kongreß aber auch, noch einmal an den Wahlen von 1970 teilzunehmen, wobei es Allende gelang, dies als eine A l t e r n a t i v e darzustellen; d.h. ein Erfolg bei diesen Wahlen sollte die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfs w i d e r l e g e n, und nicht nur als eine mögliche Verbesserung der Kampfpositionen verstan- Kampfs w i d e r l e g e n, und nicht nur als eine mögliche Verbesserung der Kampfpositionen verstan- den werden. Der tatsächlich erreichte Wahlerfolg wurde dann auch in diesem Sinne innerhalb der Sozialistischen Partei (und natürlich nicht nur dort) von der Allende-Gruppe ausgeschlachtet. Carlos Altamirano übernahm im übrigen 1971 das Amt des Generalsekretärs der SP.

Die tatsächliche Entwicklung in Chile hat die Konzeption der Reformisten von ihrem „friedlichen Übergang" zum Sozialismus allerdings mittlerweile aufs Sterbebett gedrängt – o h n e daß diese dadurch etwas an ihrer Politik ändern würden. Heute noch in Chile von einer „friedlichen Situation" und von einem „friedlichen Übergang" zu reden, ist blanker Zynismus. Allende behauptet, die Aufnahme der Militärs in die Regierung sei die „letzte Möglichkeit, um den Bürgerkrieg zu verhindern". Aber der Bürgerkrieg ist in Chile schon keine bloße Frage der Zukunft mehr; er hat sich bereits in die gesellschaftliche Entwicklung des Landes eingenistet. Auch zur Verhinderung des Bürgerkriegs wäre die bewaffnete Arbeiterklasse und Bauernschaft der einzige Garant. Heute geht es aber immer weniger um die Verhinderung des Bürgerkriegs (und neuer Putschversuche), sondern darum, daß die Arbeiter und Bauern Chiles den von der Konterrevolution gewollten Bürgerkrieg g e w i n n e n m ü s s e n. Das können sie aber nur, wenn sie über die Waffen verfügen, die ihnen die Führung der Unidad Popular vorenthält. ■

EWG-Großmach[t] europäischen Im[perialismus]

4. Teil Westdeutschland und die EWG

Im ARBEITERKAMPF 28 (Maiausgabe) wurde die Stellung Englands und Frankreichs in der EWG näher untersucht. In dieser und in der nächsten Nummer werden die speziellen Ziele der BRD genauer analysiert.

Es wird dabei auch auf die früheren Europapläne der deutschen Imperialisten eingegangen, um einerseits die Kontinuität der allgemeinen Ziele des deutschen Imperialismus in seiner Europapolitik aufzuzeigen und um andererseits darzustellen, wie er sie – je nach Situation – konkret formuliert hat, um sein allgemeines Ziel zu erreichen. Auf Grund seiner besonders engen Beziehung zu den USA wird in diesem Teil auf die Strategie der US-Imperialisten selber etwas genauer eingegangen.

In der konkreten Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Widersprüche des BRD-Imperialismus zu seinen Konkurrenten wird stärker als im letzten Teil auf die ökonomische Entwicklung eingegangen. Die Haltung der SPD und der Gewerkschaften zu den wesentlichen Fragen kommen auch zur Sprache. Die in der letzten Zeit von einigen kommunistischen Gruppen bestrittene besondere Agressivität des westdeutschen Imperialismus wird besonders herausgestellt. Auf Grund der etwas umfangreicheren Themenstellung wird dieser BRD-Teil selbst in zwei Folgen aufgeteilt.

Darüberhinaus wird die Artikelserie fortgesetzt mit einem Beitrag über die europäische Sicherheitskonferenz und die damit zusammenhängenden Fragen.

Europapläne des deutschen Imperialismus – so alt wie er selbst

Die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa" ist ursprünglich eine Idee des imperialistischen Deutschland gewesen. (Z. B. Friedrich Naumann – er wollte die Arbeiterschaft für ein „soziales Kaisertum" und für den Nationalismus gewinnen). Der Grund, daß diese Idee gerade in Deutschland geboren wurde, lag darin, daß der deutsche Imperialismus seine Expansion vor allem gegen seine Nachbarn richtete und die Herrschaft über Europa anstrebte. Um sich maßgeblich an der Verteilung der Kolonien zu beteiligen, dafür war der deutsche Imperialismus zu spät gekommen. Seine Nachbarn im Osten und Südosten, aber auch Frankreich waren ökonomisch und militärisch weit schwächer als er selbst. Eine solche Expansionspolitik entsprach einerseits seiner gesamten Lage und andererseits auch der preußischen Tradition, die Probleme vorzugsweise militärisch zu lösen pflegte, unter anderem auch das Problem der nationalen Einigung.

Die Gesamtheit dieser Faktoren waren die tieferliegenden Gründe für die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus, sowohl nach außen als auch nach innen.

So schrieb Erich Marcks, ein militanter Vertreter der „Nachtstaatsidee": „Ein neues Mitteleuropa unter deutscher Führung steigt da vor uns auf, als Bild, als Möglichkeit: nicht von Deutschland beherrscht, aber von Deutschland überragt und beschirmt, mit Deutschland, dem Nationalstaat als Kern und Halt; ein Mitteleuropa, in dem die West- und Südslawen, die römisch-katholischen Slawen, mit uns Deutschen zusammenstehen, die Magyaren dazu, vielleicht einmal noch andere, noch viel weiter angelehnte Staaten und Stämme." Wie man sieht, ging es auch schon im ersten Weltkrieg dem deutschen Imperialismus um die hier konkret benannten Ziele.

Die ersten Ausformulierungen der Idee der Vereinigten Staaten von Europa hatten natürlich nicht viel gemein mit der nach 1945 betriebenen tatsächlichen Politik der westeuropäischen Integration.

Denn in diesen Gedankengängen dieser Apologeten des deutschen Imperialismus waren weder zwei Niederlagen noch erfolgreiche sozialistische Revolution in Europa eingeplant. Die scharfen Interessensgegensätze zwischen den europäischen Imperialisten schlossen natürlich eine Teilnahme Englands und auch Frankreichs aus. Es ging mehr um Mitteleuropa.

Mehr Ähnlichkeit mit heute hatten da schon Kautskys Ausführungen von 1898, wo er enthusiastisch die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa" begrüßte, natürlich sozialistisch verbrämt. Sie zeigen, wie sehr sich Kautsky schon damals im Schlepptau des deutschen Imperialismus befand.

Nach der Oktoberrevolution Paneuropa kontra Sozialismus

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution trat zu den bisherigen Plänen, Europa unter deutscher Hegemonie zu einigen, eine neue Komponente hinzu, die Stoßrichtung gegen die Sowjetunion. Ihren ideologischen Niederschlag fanden die gewandelte Europakonzeption deutscher Imperialisten in den Paneuropaideen des Grafen Coudenhove-Kalergie, dessen eifrigster Anhänger Gustav Stresemann war.

Der Zentralgedanke der Paneuropabewegung war, daß sich das imperialistische Europa vor allem deshalb zusammenschließen müsse, um ein weiteres Vordringen der proletarischen Revolution zu verhindern und um einen erfolgversprechenden Versuch einer Niederwerfung der Sowjetunion bei gegebener Zeit durchführen zu können. Unter der Flagge des Kampfes gegen den Bolschewismus empfahlen sich die revanchistischen deutschen Imperialisten den Westmächten als militärischer Stoßkeil, um die Fesseln des Versailler Vertrages schrittweise zu lockern und beendeten das „Zwischenspiel Rapallo". Im Locarnopakt von 1925 anerkannte Deutschland dann auch die Westgrenzen von 1918 (Versailles) und die entmilitarisierte Rheinlandzone. Im Osten durften die deutschen Imperialisten jedoch Revanchepolitik treiben. Die SPD unterstützte die Außenpolitik Stresemanns voll und ganz, nahm in ihr Heidelberger Programm von 1925 die Forderung der Einigung Europas auf mit der Begründung, wirtschaftliche Ursachen machten sie zwingend notwendig und um damit „zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen". Diesen Punkt stellte die SPD besonders heraus. Wie heute verkaufte sie diese Politik als Friedenspolitik und verbreitete große Abrüstungsparolen. Andererseits hetzte sie gegen die Sowjetunion und bezeichnete den Bolschewismus als Kriegsgefahr.

Trotz des Sieges der Oktoberrevolution überwogen auch nach dem ersten Weltkrieg in der internationalen Politik die innerimperialistischen Widersprüche. Auch wenn in der Paneuropabewegung der zwanziger Jahre so maßgebliche Vertreter des deutschen Imperialismus wie Stresemann, Duisberg (Chef von Bayer-Leverkusen), Bosch (BASF), Vögeler (Schwerindustrie), Hjalmar Schacht (Dresdner Bank und später Reichsbankpräsident) und Konrad Adenauer tätig waren. Für sie war Paneuropa nichts mehr als ein Mittel, den deutschen Imperialismus wiederaufzurichten. Die Ideologie drückte mehr die eigene Schwächeposition aus als die eigentlichen imperialistischen Kriegsziele.

Als sie sich wieder stark genug fühlten, um Versailles zu revidieren, wurde sie als ideologischer Ballast über Bord geworfen und durch die nationalsozialistische Europakonzeption ersetzt. Das Dritte Reich sollte „Europäische Ordnungsmacht" werden, und den „europäischen Kontinent völkisch neuordnen", wie es schon im ersten Weltkrieg angestrebt worden war. Allerdings lassen sich viele ideologische Brücken zwischen der klerikalimperialistischen Abendlandideologie des paneuropäischen Stresemann und der Ideologie der völkischen Erneuerung schlagen, wie Alfred Rosenberg und Moeller van den Bruck bewiesen.

20. Juli 1944 – Europa als letzte Rettung ?

Hitlers Expansion und sein Versuch, die Sowjetunion zu zerschlagen, scheiterten bekanntlich an der Roten Armee. Als sich die Niederlage abzuzeichnen begann (nach Stalingrad), entwickelte die Gruppe um Carl Goerdeler und Generaloberst Beck Pläne, wie man die völlige Niederlage des deutschen Imperialismus verhindern und die Antihitlerkoalition spalten könne. Der Kompromiß mit den Westmächten sollte Truppen zur Weiterführung des Krieges gegen die Sowjetunion freistellen. Im Grunde genommen ist dies dem Wesen nach das gleiche, was vier Jahre später (1947 Truman-Doktrin) auch tatsächlich betrieben wurde. Zu diesem Zeitpunkt entsprachen solche Pläne jedoch noch nicht den Interessen der USA, denen der Krieg zwischen den europäischen Imperialisten untereinander und der Sowjetunion sehr gelegen kam, schwächten sie doch alle Beteiligten einschließlich der Sieger. Für die Zeit nach dem Krieg schlug Goerdeler einen europäischen Wirtschaftsrat vor, der die Zollschranken abbauen, das Wirtschaftsrecht und die Währungen aneinander angleichen sollte. Ziel dieser Entwicklung sollte ein europäischer Staatenbund sein (vgl. Erklärung Goerdelers zur Atlantik-Charta vom 13.12.1942). Es ist klar, daß ein solcher Vertreter des deutschen Monopolkapitals auch für die Zeit nach dem 20. Juli 1944, für die er als Reichskanzler vorgesehen war, der deutschen Arbeiterklasse keine demokratischen Rechte gewähren wollte. Seine vorbereiteten Gesetzentwürfe sahen weder das Wahlrecht noch das Recht auf Parteienbildung vor, sondern die Monarchie oder einen autoritären Ständestaat.

Nach der Niederlage – Wiederaufbau unter der Flagge des Kalten Krieges und der westeuropäischen Integration

Die Vorstellungen Goerdelers gingen nach Kriegsende fast wörtlich in die Grundsatzprogramme der CDU/CSU ein. So schrieb die CSU in ihrem Programm vom 15.12.1946: „Wir treten ein für die Schaffung einer europäischen Konföderation zur gemeinsamen Wahrung und Weiterführung der christlich-abendländischen Kultur ... Kein Land Europas kann für sich allein bestehen: Wir treten ein für die Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Wir fordern den Abbau der Zollschranken zwischen den einzelnen Staaten Europas." Für den deutschen Imperialismus war eine andere Konzeption kaum möglich, diese aber – aufgrund einer völlig neuen Weltlage – sehr realistisch, denn die historischen Erfahrungen aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg sprachen vom imperialistischen Gesamtinteresse her dafür, einen imperialistischen Block gegen das sozialistische Lager zu bilden. Die Gründe dafür, daß nun eine Politik der Vereinigung der europäischen Imperialisten berechtigte Chancen hatte und sogar ein relativ geschlossener imperialistischer Block zustande kam und nicht an den innerimperialistischen Interessengegensätzen von vornherein scheiterte, ergeben sich leicht aus einem Vergleich der internationalen Lage von 1919 und 1945.

- Der Sozialismus blieb nicht nur in der Sowjetunion erhalten, sondern siegte in einem Drittel der Erde. 1919 siegte er nur in einem schwachen imperialistischen Land.
- Ein weiterer Aufschwung der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen in den Kolonien – besonders der durch den Krieg stark geschwächten Kolonialmächte Frankreich und England stand bevor.
- In Europa selbst drohte sich der Sozialismus noch weiter auszudehnen (Griechenland, Italien).
- Die europäischen Imperialisten wurden soweit geschwächt, daß sie dem US-Imperialismus nur sehr beschränkten Widerstand leisten konnten. Dieser förderte am Anfang die westeuropäische Integration mit dem Ziel, Westeuropa und insbesondere Westdeutschland in ein militärisches Aufmarschgebiet gegen das sozialistische Lager zu verwandeln und aus dem Wiederaufbau auch besonders hohe Profite zu schlagen. Westdeutschland war das wichtigste Glied in der kapitalistischen Einkreisungspolitik gegenüber dem sozialistischen Lager – u.a. auch deswegen, weil zwischen Westdeutschland und der Sowjetunion sich mehrere Länder befanden, in denen der Widerstand reaktionärer Kreise gegenüber dem neuen sozialistischen Weg noch relativ stark war. England stimmte einer solchen Politik natürlich zu, hatte es doch selbst schon vor dem zweiten Weltkrieg versucht, die Sowjetunion einzukreisen (mit Hilfe Finnlands, der baltischen Staaten, Polens, Rumäniens, Afghanistans und Persiens; fast alles eindeutig britische Einflußsphären oder Länder mit faschistischen Regimes und guten Beziehungen zu England). Frankreich setzte dieser US-Politik auch keinen großen Widerstand entgegen – allein schon deshalb nicht, weil es die USA zur Unterstützung seiner Kolonialkriege brauchte.

Eine Politik nach dem Vorbild von Versailles hätte die innerimperialistischen Gegensätze nur verschärft und auch den ökonomischen Interessen der USA geschadet, wie noch gezeigt wird.

- Speziell für die geschwächten deutschen Imperialisten galt, daß sie nicht nur besonders fleißige Anhänger der europäischen Integration wurden, sondern sich zusätzlich am Anfang besonders eng an die USA anlehnten, um ihr erstes Ziel, die Rückeroberung der DDR und noch weiter östlich liegender ehemals deutscher Gebiete zu verwirklichen. Die deutschen Imperialisten und Militaristen hatten nämlich aus den beiden Niederlagen den Schluß gezogen: Wenn wir in einem kommenden Krieg „auf der richtigen Seite gegen den richtigen Feind" stehen und die USA statt gegen uns mit uns ins Feld ziehen, dann kann es nicht mehr schiefgehen. Hier offenbart sich wiederum die – gesetzmäßige – besondere Aggressivität des westdeutschen Imperialismus, die durch die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges nicht beseitigt worden ist.

Die geschichtlichen Erfahrungen zeigen eindeutig, welches die Ziele des westdeutschen Imperialismus sind, die sich hinter seiner Forderung nach einer europäischen Integration verbergen: Die Vormachtstellung in Europa zu erreichen und dabei seine Stellung exponierte an der Grenze zum sozialistischen Lager für sich auszunutzen. Das Ganze soll unter dem Markenzeichen Völkerverständigung usw. laufen.

Die Entwicklung des BRD-Imperialismus von der vollständigen Niederlage zur stärksten EWG-Macht

Der deutsche Imperialismus war zwar 1945 vollständig besiegt worden, aber seine Produktionsanlagen wurden jedoch nicht vollständig zerstört. Die Luftangriffe zielten im wesentlichen auf die Zerstörung von Wohnvierteln und des Verkehrsnetzes. Nicht nur amerikanische und britische Konzerne blieben von Zerstörung verschont. Die Farbwerke Hoechst z.B. galten in der Bevölkerung als so sicherer Ort, daß sie als Luftschutzbunker benutzt wurden. So erklärte z.B. Oberst Bernstein vor einem US-Ausschuß, daß seine früheren Angaben, daß 75% der deutschen Industrie intakt oder unschwer wieder herzustellen seien, in Wirklichkeit ein Minimum darstellen. Seine eigenen Untersuchungen bezeugten, daß wahrscheinlich 87% in Gang gesetzt werden könnten. Die Zerstörung war aber in den einzelnen Industriezweigen sehr unterschiedlich und in manchen sehr bedeutend. Trotz dieser noch relativ günstigen Ausgangsposition verharrten die westdeutsche Industrieproduktion nach Kriegsende zweieinhalb Jahre auf einem äußerst niedrigen Stand. Die Gründe dafür waren Kohlenmangel, unzureichende Energieversorgung, allgemeiner Rohstoffmangel, Importbeschränkungen durch die Alliierten sowie die Zerstörung der Verkehrsverbindungen. Außerdem fehlte es an Kapital, was in einer kapitalistischen Wirtschaft für das Funktionieren der Wirtschaft unumgänglich ist und um so mehr notwendig ist für das Wiederingangsetzen der Produktion auf einer kapitalistischen Basis. Es fehlte zwar nicht an Geld, aber die Inflation schritt so schnell voran, daß das Geld weitgehend seine Funktion als Zahlungsmittel verlor. An seine Stelle trat die amerikanische Zigarette. Der Schwarzhandel blühte. Die Bevölkerung lebte von Ersparnissen, Hausratsverkäufen, Lebensmittelzuteilungen, z.T. auch von Diebstählen und vom Schwarzmarkt.

In der Zeit von 1945-1948 wurde von den USA 2,0 und von England 0,6 Mrd. Dollar zum Import von Nahrungsmitteln, Treibstoff und Saatgut zur Verfügung gestellt. Die Lebensmittel wurden aus amerikanischen Steuergeldern aufgebracht und an deutsche Stellen verkauft und das dadurch eingenommene Geld zum Teil als Kredite an westdeutsche Industrielle weitergereicht. Der Propagandaapparat der Westmächte pries unter Hinweis auf die Lebensmittellieferungen (CARE-Pakete) die „Großmut" der Sieger mit allen Mitteln und verbarg die wahren Motive. Eine größere ökonomische Bedeutung für die Rekonstruktion der westdeutschen Wirtschaft haben sie nicht erlangt, wie auch die Demontagen diesen Prozeß nicht wesentlich behindert haben. Die

tpläne der perialisten

Kapazitäten waren da, konnten nur nicht genutzt werden.

Der Marshallplan – ein Mittel zur USA-Expansion nach Europa

Die Inkraftsetzung des Marshallplans und die Währungsreform waren dann die entscheidenden Faktoren, die den enormen Aufschwung ermöglichten.

Der Marshallplan entsprang aber nicht nur einem politischen Kalkül der US-Imperialisten, sondern auch ökonomischen Notwendigkeiten. Die USA standen 1948 vor einer ernsten Außenhandels- und Überproduktionskrise. Während des Krieges wurden in den USA die Kapazitäten ungeheuer ausgedehnt, und sie drohten jetzt brach zu liegen, insbesondere auf dem Rüstungssektor, aber auch in anderen Branchen.

Andererseits waren die Absatzmöglichkeiten erheblich geringer geworden, denn der Hauptabnehmer – die europäische Wirtschaft – lag darnieder. Objektiv bestand hier jedoch eine große Nachfrage. Den europäischen Ländern fehlte es weiter an Devisen, um die amerikanischen Waren kaufen zu können. Die hohen, nicht auslastbaren Kapazitäten erfordern zusätzlich einen großen Kapitalexport. Der derzeitige Zustand in Europa – große ökonomische Kapazitäten bei weitgehendem Wirtschaftsstillstand – erforderte also nicht nur aus politischen Gründen – um die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern – eine Änderung. Auch das Interesse der USA an einer Marktausweitung machte es dringend erforderlich. So waren die US-Mono-

<u>und auszubildenden Streitkräfte Verwendung finden werden</u>."

- Die Europäer mußten sich bereit erklären, amerikanische Waren zu weit überhöhten Preisen aufzukaufen und dies durch entsprechende Änderungen des Zoll- und Währungssystems ermöglichen. So mußte England sein Zollpräferenzsystem für das Commonwealth abschwächen. Alle westeuropäischen Länder mußten sich verpflichten, das traditionelle bilaterale Verrechnungssystem zum Devisenausgleich abzubauen und durch ein Clearingsystem zu ersetzen. Ein bilaterales Devisenverrechnungssystem innerhalb Europas verhinderte einen relativ freien Handel in Europa und damit einen Wirtschaftsaufschwung – und nur dieser gestattete den USA sich in Westeuropa festzusetzen. Im Rahmen dieses Clearingabkommens übernahmen die USA praktisch alle Schulden der europäischen Länder, so daß die ehemaligen Schuldnerländer plötzlich nur noch gegenüber den USA verschuldet waren und die alten Gläubigerländer nun zwar entsprechende Forderungen bei den USA anmelden konnten, diese aber sich in einer kaum besseren Situation befanden als die alten Schuldnerländer. Beide waren gezwungen, die überhöhten amerikanischen Waren zu kaufen. Nach mehreren Zwischenstufungen und Abschwächungen dieses Clearingsystems wurde 1958 die partielle Konvertierbarkeit der Währungen wieder eingeführt, wodurch dieses System sich natürlich erübrigte.

ten, die das ERP-Sondervermögen bildeten (ERP = European Recovery Programm = Marshallplan), aus dem mit Zustimmung der Amerikaner Investitionskredite vergeben wurden. Alle Länder, die sich am Marshallplan beteiligten, wurden in der OEEC (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit) zusammengefaßt. Mitglieder waren alle kapitalistischen Länder Europas außer Finnland. Jugoslawien, Kanada und die USA waren assoziierte Mitglieder. In der BRD wurden die Gegenwertkonten bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau geführt, deren Aufgabe die Planung der langfristigen Investitionspolitik war. Der Anteil der Gegenwertmittel an den Gesamtinvestitionen machte 1950 9% und insgesamt 2,5% aus. Die Vorteile der USA waren riesig. 1936 betrug der US-Anteil am deutschen Warenimport 6%, 1949 35%, er sank später ab, nur 4% der deutschen Exporte nahmen jedoch die USA auf. Weitere Einnahmequellen waren Ausfuhr demontierter Ausrüstungen, Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion, die Kontrolle des westdeutschen Außenhandels. Nach dem Zeugnis des Chefs der amerikanischen Verwaltung des Feindvermögens haben allein die direkten Entnahmen deutscher Wer-

voll von gehorteten Waren. Diese Währungsreform verschaffte den Kapitalisten große Kapitalreserven, die eine weitgehende Selbstfinanzierung der Unternehmen ermöglichten. Der Währungsreform folgten hohe Preissteigerungsraten und hohe Gewinne, denn die bisherigen Produktionskosten waren ja faktisch gleich Null gewesen.

Parallel zur Währungsreform wurden sämtliche Bewirtschaftungsmaßnahmen (Lebensmittelzuteilungen usw.) aufgehoben. Formal wurde auch der seit 1935 bestehende Lohnstopp aufgehoben, aber die große Arbeitslosigkeit drückte weiter sehr stark die Löhne. Außerdem wurden weitere steuerpolitische Entscheidungen getroffen, die in derselben Weise zugunsten der Kapitalisten wirkten.

Nach der Währungsreform nahm die westdeutsche Wirtschaft einen ungeahnten Aufschwung. Innerhalb eines halben Jahres nahm die Industrieproduktion um 50% zu und erreichte Ende 1949 wieder den Stand von 1936. Das zeigt ein weiteres Mal, daß nicht ausländische Hilfslieferungen, sondern innere Quellen, vor allem die riesige Kapitalakkumulation auf Kosten der harten Arbeit und der übergroßen Not der Bevölkerung die Ursachen

aushungern. Die Sowjetunion hatte den Personen- und Güterverkehr zwischen ihrer Zone und den Westzonen einschließlich Westberlins blockiert, weil sonst das durch die Währungsreform ungültig gewordene Geld in ihre Zone geflossen wäre und dort großen wirtschaftlichen Schaden angerichtet hätte. Ein Versorgungsstopp war damit aber nicht verbunden. Es wurden konkrete Vorschläge und Angebote gemacht, um die Versorgung Westberlins zu sichern. Die Berlinkrise war sehr genau vorbereitet worden, sowohl organisatorisch (entsprechende Bereitstellung von Lebensmitteln und Flugzeugen) als auch ideologisch!

So sagte J.F. Dulles (der Außenminister der USA) 1949: „Zu jeder Zeit hätte man die Situation in Berlin klären können ... Die gegenwärtige Lage ist für die USA aus propagandistischen Gründen sehr vorteilhaft. Dabei gewinnen wir das Ansehen, die Bevölkerung von Berlin vor dem Hungertod bewahrt zu haben, die Russen aber erhalten die ganze Schuld wegen ihrer Sperrmaßnahmen." Aus dem gleichen Grund wurde der ebenfalls erwogene militärische Durchbruch nach Westberlin nicht durchgeführt. Die



Die Hinterlassenschaft des Naziregimes. Mai 1945 in Berlin

Europapläne des deutschen Imperialismus zum 2. Mal fehlgeschlagen

Marktausweitung machte es dringend erforderlich. So waren die US-Mono-pole bereit, den europäischen Ländern Kredite zur Finanzierung amerikanischer Importe zu gewähren – und zwar relativ großzügige –, wenn diese auch die weitergehenden ame-

wodurch dieses System sich natürlich erübrigte.

Konkret für die BRD hatte der Marshal-Plan sehr große Auswirkungen. Sowohl die fehlenden Rohstoffe und Lebensmittel als auch die zur weiteren Einfuhr notwendigen

Europapläne des deutschen Imperialismus zum 2. Mal fehlgeschlagen



Nach 1945: Die Arbeiterklasse stellt Sozialisierungsforderungen

rikanischen politischen und ökonomischen Bedingungen akzeptierten. Diese Ziele waren:

- Westeuropa sollte sich an den amerikanischen Vorbereitungen auf einen möglichen Krieg mit dem sozialistischen Lager beteiligen, und zwar durch Aufstellung entsprechender Truppen, Ausrichtung der Produktion auf diese Kriegspläne, Abnahme entsprechender Rüstungsgüter aus den USA. So erklärte der US-Außenminister Acheson im Kongreß, daß die Hilfe für die westeuropäischen Länder „<u>fast vollständig aus Gütern militärischer Bedeutung besteht, die für die zu schaffenden</u>

Devisen waren vorhanden bzw. konnten besorgt werden aus den USA oder aus den europäischen Ländern.

Die BRD bekam in den vier Jahren des Marshall-Plans (1948-1952) rund 1,56 Mrd Dollar, die zur Hälfte aus Lebensmittellieferungen bestand und nur 40 Mio Dollar wurden für maschinelle Ausrüstungen und Transportmittel verwendet. Bis 1955 waren es 3,87 Mrd Dollar.

In England und Frankreich war es gerade umgekehrt. Die Empfänger dieser ausschließlich amerikanischen Waren bezahlten diese in Landeswährung auf sog. Gegenwertkon-

te zugunsten der Alliierten vor allem der USA, in den ersten Nachkriegsjahren (ohne Bezahlung der Besatzungskosten und ohne Reparationslieferungen) die stattliche Summe von 7-8 Mrd Dollar erreicht. „Gewiß nahmen die Alliierten mit der linken Hand, wenn sie mit der rechten gaben . . ." sagte hierzu H. Wallich, wobei er feststellt, daß die amerikanische Hilfe ein günstiges Geschäft für beide Seiten war. Die Amerikaner bestimmten auch, daß ein großer Teil der Kredite zur Verschärfung des kalten Krieges verwendet wurde.

Die Währungsreform – in Deutschland ein bewährtes Mittel zur Restauration der alten Machtverhältnisse

Der zweite wichtige Schritt zur Wiederbelebung der westdeutschen Wirtschaft war die Währungsreform, die von Ludwig Erhard nach einem amerikanischen Plan durchgeführt wurde. Alle Schichten der Werktätigen, die Besitzer kleiner Ersparnisse wurden erbarmungslos zugunsten der Besitzer von „Realwerten", d.h. der Industriellen, Großaktionäre, Grundbesitzer usw. enteignet. Jeder erhielt 40 DM bar auf die Hand und zwei Monate später noch einmal 20 DM, Firmen nochmal 60 DM für jeden Beschäftigten, Schulden wurden auf ein Zehntel und Bankguthaben auf 6,5% abgewertet. De facto hieß das, daß die ganze Arbeit der Trümmerbeseitigung und des Wiederaufbaus seit 1945 mit 40 Mark abgegolten wurde, während die Kapitalisten uneingeschränkt über ihren alten nun wiedererrichteten Produktionsapparat und alle bis dahin produzierten und gehorteten Waren uneingeschränkt behalten konnten. Den Kapitalisten wurde schon vor der Währungsreform über die Presse ein Hinweis gegeben, den sie als Aufforderung zum Horten auffaßten. Einen Tag später zeigte sich dann auch das Ergebnis: die Schaufenster waren

des Aufschwungs waren. Die große Not und der Nachholbedarf garantierten den Absatz, so daß der Staat kaum regulierend in den Prozeß der Kapitalakkumulation eingreifen brauchte. 10% Arbeitslose garantierten jetzt zwar steigende, aber doch im Vergleich zur Akkumulation sehr niedrige Arbeitslöhne. Bürgerliche Wissenschaftler garantierten den Gewerkschaften eine „heroische Lohndisziplin". Diese Entwicklung und auch viele natürliche Vorteile der BRD gegenüber der DDR (Ruhrgebiet, Verflechtung mit dem kapitalistischen Westen und entsprechende Importmöglichkeiten, die das Warenangebot vergrößern und vieles andere), nutzten die Kapitalisten aus, um die Bevölkerung für den Westen einzunehmen.

Es wurde ein riesiger Propagandafeldzug für die „soziale Marktwirtschaft", für die Eingliederung in den Westen, gegen die am 7.10. 1949 gegründete DDR durchgeführt. Um dies besser durchführen zu können, wurde die „Berlinkrise" inszeniert. Demagogisch wurde behauptet, die Sowjets wollten Westberlin

Berlinkrise hat wesentlich zur Entstehung der kalten Kriegsstimmung in Westdeutschland beigetragen.

Mit der Währungsreform waren die Weichen zur Teilung Deutschlands gestellt. Vom Standpunkt der Alliierten war das auch die Hauptaufgabe. Der durch das Geld herbeigeführten wirtschaftlichen Spaltung folgte die politische Spaltung.

Die deutsche Monopolbourgeoisie, die vorher und nachher immer nach nationaler Größe und nach nationaler Einheit geschrien hat, war voll für die Spaltung. An der Spitze stand Adenauer, der schon 1923 Präsidentschaftskandidat der Franzosen für die projektierte „Rheinische Republik" gewesen war und bewiesen hatte, daß er zur Teilung des Landes immer bereit war, wenn das Klasseninteresse es verlangte. (Während der französischen Ruhrbesetzung 1923 erstrebte ein größerer Teil der Rhein-Ruhrmonopole die Loslösung vom Reich, nahm jedoch sehr schnell wieder Abstand von diesen Plänen, als der Widerstand der Arbeiter gegen diese Pläne zu stark wurde und Frankreich selbst die Pläne fallen ließ).



November-Revolution (in Berlin): „So was gibt es in Preußen nicht"

Europapläne des deutschen Imperialismus zum 1. Mal fehlgeschlagen

Forts. EWG

DGB und SPD ebenfalls für Marshallplan und Währungsreform

Die Gewerkschaften stimmten dem Marshallplan sofort zu, obwohl eine der Kreditbedingungen der US-Regierung die Preisgabe der Sozialisierungsforderungen gewesen war. Hans Böckler, der erste DGB-Vorsitzende nach dem Kriege, pries den Marshallplan als ein großes Hilfswerk. Wörtlich erklärte er: „Wenn wir uns diesen Notstand, der einen unerträglichen Grad angenommen hat, vergegenwärtigen, so finden wir: es erwächst daraus für jeden einzelnen von uns sowie auch für die Führer der Gesamtheit die Verpflichtung, nichts zu unterlassen, was geeignet ist, uns von diesem unerträglichen Elend zu befreien. Unsere Wirtschaft muß um jeden Preis – koste es, was es wolle – wieder in Gang gesetzt werden. Wir dürfen dem Hunger nicht weitere Opfer bringen." Böckler wußte genau, verschwieg es aber, daß bisher gerade die Westalliierten durch Produktionsbeschränkungen, Zwangsexportierung der Rohstoffe usw. eine Verbesserung des Lebensstandards verhinderten. Er sah auch, daß der Marshallplan zwangsläufig zur Spaltung Deutschlands führt. Doch darauf antwortete er: „Durch die Beteiligung am Marshallplan bekommen wir die Möglichkeit, in der Gesamtheit der europäischen Völker wieder eine Rolle zu spielen ..." Also genau die gleichen Ziele wie die Bourgeoisie. Dafür wurden sie auch vom amerikanischen Oberbefehlshaber in der BRD, General Clay, gelobt. Auf dem ersten IG-Metallkongreß sprach er den Gewerkschaften seine Anerkennung dafür aus, daß es ihnen gelungen sei, „die kommunistische Opposition gegen den Marshallplan in ihren Reihen besiegt" zu haben. Er meinte damit nicht nur, daß in den führenden Gewerkschaftsgremien der Marshallplan angenommen wurde, sondern daß die IG Metall noch weiter ging und die Unvereinbarkeit zwischen der IGM und dem FDGB (der Gewerkschaft in der DDR) feststellte und allen KPD-Mitgliedern die Gewerkschaftsthesen Lenins und Stalins vorlegte und eine Distanzierung verlangte. Nichtunterzeichner wurden als Gewerkschaftsfeinde ausgeschlossen.

Die SPD unter Kurt Schumacher vertrat – in Verbindung mit einer ungeheuren Demagogie – prinzipiell den gleichen Standpunkt – und stellte auch die Alternative Verhungern oder Annehmen. „Ein Projekt von so gewaltigem Ausmaß ist niemals ein Geschäftsprojekt. Ein Projekt von solcher Enormität ist stets ein Stück echter Hilfeleistung und Verantwortung vor der Welt für die Welt". Zur KPD sagte er weiter: „ ... Wir haben in Deutschland eine ganz spezielle Erfahrung darin, wohin Verelendungskrisen führen. Wir sollten uns deshalb von jeder Revolutionsromantik der Verelendung freihalten." Wer den Marshallplan ablehnte, war eben Revolutionsromantiker. Der Währungsreform wurde ebenfalls prinzipiell zugestimmt. Alles hat die SPD bei verbalradikaler Gegnerschaft getan, um den Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Maßnahmen der Besatzungsbehörden abzuwiegeln, in die Irre zu führen oder gar nicht erst aufkommen zu lassen. Sofort nach 1945 wurde der Sozialismus zur Tagesaufgabe erklärt, aber gleich mit dem Zusatz, daß er ja schon fast da ist: „Mit dem Zusammenbruch der Nazis sei auch der Kapitalismus in Deutschland und weiter auch in Mittel- und Westeuropa zusammengebrochen... Wenn diese Einschätzung richtig ist, so käme es nur darauf an, die Trümmer des Zusammenbruchs beiseite zu räumen..." Auf diese Weise mobilisierte er die Arbeiter zum Wiederaufbau des Kapitalismus. Als die Frage nach der Sozialisierung dann schärfer gestellt wurde, verwies er auf den Hunger und „ ... daß nichts gefährlicher wäre, als das wirtschaftliche Leben schematisch nach einem allgemeinen Rezept umwandeln zu wollen" und daß wir „Planwirtschaft und Sozialisierung nicht zentralistisch handhaben, sondern so viel Bewegungsfreiheit wie nur möglich nach unten legen wollen", „ ... denn die private Initiative darf nicht gelähmt werden."

Andererseits hetzte er natürlich gegen die sowjetische Zone bzw. die DDR und setzte Faschismus mit Kommunismus gleich (Totalitarismustheorie). Er fuhr sogar einmal in die USA zu Clay, um sich darüber zu beschweren, daß „die anglo-amerikanischen Besatzungsmächte nicht genügend Gebrauch von ihren Möglichkeiten im Kampf gegen das Eindringen des Kommunismus in die Westzone machen. Der Kommunismus muß planmäßig bekämpft werden". Als er zurückkehrte, erklärte er, die USA hätten nicht die Absicht, daß die Hilfe aus dem Marshallplan an Bedingungen geknüpft sei, die ein Abwürgen der Sozialisierung bezwecken. In den USA regte er im Herbst 1947 die Bildung einer Separatregierung der Westmächte an und zu Hause klagte er die Alliierten an, weil sie die Einheit Deutschlands nicht zustande brachten. Eine Lüge nach der anderen, um die Arbeiter irre zu führen und alles in Absprache und Übereinstimmung mit dem Großkapital, dem westdeutschen wie dem amerikanischen. ■

EWG-Kommission der KB-Gruppe Hamburg

Die EWG auf dem Weg zu einer neokolonialistischen Großmacht

Seit dem zweiten Weltkrieg ist die Position der europäischen Imperialisten in den Ländern der Dritten Welt entscheidend geschwächt worden. Die Ursachen dafür waren der Aufschwung der nationalrevolutionären Befreiungsbewegungen und die Schwäche der alten Kolonialmächte im Vergleich zu den USA. Der französische Imperialismus wurde in Indochina und Algerien geschlagen, mußte den übrigen Kolonien die Unabhängigkeit gewähren. Der englische Imperialismus wurde aus seinen alten Positionen in der Regel von den USA verdrängt (Malaysia, Persischer Golf), die manchmal sogar bürgerlich-nationalistische Strömungen ausnutzten, um den Verfall des britischen Weltreichs zu beschleunigen (Ägypten). Gleich nach Kriegsende mußte mehreren Ländern (Indien usw.) die Unabhängigkeit gewährt werden. Einige Länder (Kenia, Südjemen) erkämpften sich ihre Unabhängigkeit militärisch. Die englischen Imperialisten waren so weit geschwächt, daß sie sich 1970 sogar aus dem Gebiet „östlich von Suez" zurückziehen mußten. Des weiteren verlor Belgien den Kongo und Holland Indonesien, Deutschland nahezu sein ganzes Auslandskapital und Italien „seine" sämtlichen Kolonien (Libyen, Somaliland).

Für die verschiedenen westeuropäischen Imperialisten war es vollkommen aussichtslos, allein den Zerfall ihrer alten Kolonialreiche aufhalten zu können oder gar erneut verlorene Positionen zurückzuerobern. Die Kolonialpolitik durfte also in der Koordinierung ihrer Großmachtpläne nicht fehlen – und fehlte auch nicht. Sie konnte aber auch nicht reibungslos von statten gehen.

Der Prozeß der Auflösung der alten Kolonialreiche war aber nur zu einem Teil Ausdruck des Aufschwungs und der Stärke der antiimperialistischen Befreiungsbewegung. Nur in wenigen Ländern (China, Vietnam, Nordkorea, Albanien und Kuba) wurde der Imperialismus vollständig besiegt. In den anderen unabhängig gewordenen Ländern behielten die alten Imperialisten oder ihre amerikanischen Nachfolger einen mehr oder weniger großen Teil ihrer Macht. In vielen Fällen bestand der Übergang zur Unabhängigkeit lediglich darin, eine Marionette der Imperialisten als „unabhängige" Regierung einzusetzen. Die Auflösung der alten englischen und französischen Kolonialreiche ist daher auch Ausdruck neuer und höherer Formen der Ausbeutung der Dritten Welt. Der Neokolonialismus wurde zur vorherrschenden Form.



Algerier im Barrikadenkampf gegen die französischen Kolonialisten

Der Neokolonialismus: Nachfolger des alten Kolonialismus

Sowohl der alte Kolonialismus als auch der Neokolonialismus verhindern eine selbständige Entwicklung. In beiden Fällen besteht das Wesen darin, Rohstoffe billig bzw. mit großem Profit für die Konzerne herauszuholen, billige Arbeitskräfte in Massen zur Verfügung zu haben und das Land durch höchst einseitige Entwicklung auf ein oder zwei Produkte (z. B. Erdnüsse, Kupfer) ökonomisch in völlige Abhängigkeit von einem Konzern, einem imperialistischen Land oder zumindestens vom kapitalistischen Weltmarkt zu bringen, der von den Imperialisten kontrolliert wird. Außerdem sollen Fertigwaren importiert werden, und hier insbesondere Waffen und Luxusgüter für die Oberschicht.

Im alten Kolonialismus wurden sämtliche wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen unmittelbar von der Kolonialverwaltung gemäß den imperialistischen Interessen dieses einen Landes getroffen.

Im Neokolonialismus ist die Situation der Länder der Dritten Welt insofern etwas besser, als auch in ihrem Gebiet eine Konkurrenz zwischen verschiedenen Imperialisten ausgetragen wird, die es ihnen ermöglicht, die Konkurrenten gegeneinander auszuspielen. Noch einmal verbessert wird ihre Situation durch die Existenz sozialistischer Länder, die bereit sind, uneigennützige Hilfe zu gewähren.

Aber auch die Imperialisten sehen im Neokolonialismus einige Vorteile, die der alte Kolonialismus nicht hatte, vor allem die US-Imperialisten. Als aufsteigende imperialistische Macht, die selbst mal Kolonie gewesen ist, konnte sie natürlich ihren imperialistischen Konkurrenzkampf mit England um Länder der Dritten Welt, vor allem in Südamerika und Arabien als Unterstützung antikolonialer Bestrebungen darstellen. Schon 1898 hatten sie nach der gleichen Methode die spanische Kolonialherrschaft in Kuba beendet, um selber die koloniale Ausbeutung vornehmen zu können. Zu diesem Zweck hatten sie auch offen gemäßigtere Teile der Unabhängigkeitsbewegung unterstützt. Für die Expansion des US-Imperialismus war diese Methode auch viel erfolgversprechender. Der alte englische Weg hätte diese Expansion nur gehindert. Der Widerstand der Völker und auch der alten Kolonialmächte wäre im anderen Fall viel größer gewesen. Der alte Kolonialismus existiert daher heute fast nur noch in seiner portugiesischen Form. Das Ende zeichnet sich bereits ab.

Der Neokolonialismus unterscheidet sich vom alten Kolonialismus aber nicht nur im unterschiedlichen taktischen Vorgehen. Geändert haben sich auch die ökonomischen Methoden der Ausbeutung und die Art und Weise, ganz bestimmte Entscheidungen im Sinne des Imperialismus zu erzwingen. Denn nicht in jedem Fall greifen die Imperialisten unmittelbar ein und nicht jede Regierung kann als eine reine Marionettenregierung betrachtet werden.

Erlaubt der Neokolonialismus einen selbständigen kapitalistischen Entwicklungsweg ?

In der Zeit vor den beiden Weltkriegen war die vorherrschende Form des Kapitalexports die staatliche in Form von Anleihen. Damit werden im wesentlichen Infrastrukturmaßnahmen (Straßen usw.) bezahlt, die sich aber nicht an den allgemeinen Bedürfnissen des Landes ausrichten, sondern die Direktinvestitionen vorbereiten sollen. Heute wird dies in zynischer Weise „Entwicklungshilfe" genannt, obwohl diese Ideologen genau wissen, wem diese Entwicklungshilfe wirklich nützt und wem sie schadet. Der Kapitalexport über Direktinvestitionen ist heute die dominierende Form der ökonomischen Expansion im Ausland und insbesondere in den Ländern der Dritten Welt geworden. Die ökonomische und finanzielle Infiltration ist hier viel tiefer. Die kapitalistische Entwicklung dieser Länder wird dadurch beschleunigt, aber es entwickelt sich keine nationale Industrie, sie wird eher weiter zurückgedrängt, denn sie ist der Konkurrenz nicht gewachsen. Die alte soziale Struktur wird immer weiter zersetzt. Massenelend, Arbeitslosigkeit und Ausbeutung nehmen immer schneller zu. Im Neokolonialismus verschlechtert sich die Situation der Dritten Welt sogar noch, weil sie immer tiefer in den von den imperialistischen Großmächten kontrollierten Weltmarkt hineingezogen werden. Wenn die führenden Kräfte in den neu entstandenen Staaten dann nicht bereit sind, grundsätzlich einen vom kapitalistischen Weltmarkt unabhängigen Weg einzuschlagen, dann wird alleine schon der Zwang der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten die Regierungen dieser Länder zwingen, sich dem Imperialismus weitgehend anzupassen. Viele Entscheidungen, die früher die Kolonialmächte direkt getroffen haben, werden nun über den Markt selbst erzwungen. Dies ist ein sehr wichtiger Punkt, wo der Neokolonialismus dem alten überlegen ist. Einen solchen vom kapitalistischen Weltmarkt unabhängigen Weg können jedoch nur die beschreiten, die sich hauptsächlich auf die Massen stützen, diese zum Kampf gegen die imperialistische Aggressions- und Subversionspolitik mobilisieren und bewaffnen und den Weg des schrittweisen sozialistischen Aufbaus einzuschlagen bereit sind. Diejenigen, die den kapitalistischen Weg gehen wollen, werden nie bereit sein, konsequent die Verbindungen zur internationalen Bourgeoisie abzubrechen, oder gar die Arbeiter zum Kampf gegen die Imperialisten zu bewaffnen. Mehrfach schon hat die Geschichte bestätigt, daß es den Ländern der Dritten Welt unmöglich ist, einen selbstständigen kapitalistischen Entwicklungsweg einzuschlagen. Dieser Weg endete immer in einer neuen imperialistischen Abhängigkeit. Die jüngsten Beispiele hierfür sind Algerien und Ägypten. Die Imperialisten sind aber nicht so friedliebend, als daß sie sich darauf beschränken würden, die Marktgesetze wirken zu lassen. Damit können sie nämlich keine antiimperialistische Massenbewegung zurückwerfen oder schlagen und ihre Machtstellung in diesen Ländern festigen. Hierzu durchsetzen sie den lokalen Verwaltungs- und Militärapparat mit ihren Leuten, bilden sie fachlich aus und schulen sie ideologisch. Die Konzerne bringen ohnehin ihre eigenen Leute mit. Das Geschäft mit der Korruption verstehen sie meisterhaft. Alle Gangstermethoden sind bei ihnen gang und gebe, wenn sie diese oder jene Regierung stürzen wollen. Im Notfall oder wenn sie es für taktisch klug halten, greifen sie auch militärisch ein.

Die EG-Kolonialpolitik: Assoziierung der alten Kolonien ...

Die Kolonialpolitik der EWG ging natürlich von der Situation aus, wie sie Mitte der 50er Jahre bestand. Es wurden aber auch gleich die langfristigen Ziele und Methoden festgelegt, die zu einer Stärkung des kolonialen Einflusses der EWG-Imperialisten führen sollten und mittlerweile auch dazu geführt haben. Der Ausgangspunkt 1957 – dem Zeitpunkt der EWG-Gründung – war, daß im wesentlichen nur Frankreich und Belgien noch Kolonien besaßen. Frankreich verlangte daher auch kategorisch die Einbeziehung seiner Kolonien in die EWG-Verträge. Die anderen Länder, vor allem die BRD, wollten jedoch nicht, daß die französischen Kolonien nur von den französischen Imperialisten ausgebeutet werden dürfen und verlangten beteiligt zu werden. Man einigte sich auf typisch neokolonialistische Assoziierungsvereinbarungen. Hauptinhalt solcher Assoziierungsverträge ist

- Freizügigkeit der Arbeitskräfte,
- gegenseitige Investitionsfreiheit
- Gewährung von „Entwicklungshilfe" aus einem gemeinsamen europäischen Entwicklungsfond natürlich mit entsprechenden Zinsen und entsprechenden Bedingungen.

Aus diesen Verträgen ziehen nur die Imperialisten Gewinn. Der Zollabbau setzt einheimische Waren schutzlos der Konkurrenz der übermächtigen westeuropäischen Industrie aus. Einen Kapitalexport können die ehemaligen Kolonien ohnehin nicht betreiben. Sie müssen aber die ausländischen Konzerne ungehindert hereinlassen und das investierte Kapital noch gegen Enteignung absichern. Diese Konzerne erzielen hier aufgrund der niedrigen Löhne (im Vergleich zu Westeuropa) Extraprofite. Der Auf-



Forts. EWG Neokolonialismus

bau einer einheimischen Industrie wird durch solche Assoziierungsabkommen gleich dreifach verhindert. Die Länder sind weiter dazu verurteilt, Rohstoffe und Produkte landwirtschaftlicher Monokulturen zu exportieren, natürlich weitgehend zollfrei, ganz im Sinne der Imperialisten. Nachdem die ehemals französischen Kolonien Anfang der 60er Jahre un-



abhängig wurden, wurden die Assoziierungsabkommen von Jaunde mit ihnen direkt abgeschlossen, ohne daß sich etwas Wesentliches änderte. Nur Guinea lehnte ab. Die französischen Imperialisten sicherten sich jedoch durch direkte Vereinbarungen mit diesen Ländern weitere Vorzugsrechte, die auch noch gültig sind.

Assoziierungsabkommen wurden auch mit den ehemals britischen Kolonien Kenia, Uganda und Tansania abgeschlossen (1969 Abkommen von Arusha). Durch den jüngst erfolgten Beitritt Englands zur EWG werden in Kürze weitere Staaten vor allem aus Afrika ähnliche Verträge abschließen. Zusammen mit den Verträgen der EWG mit den Mittelmeerländern einschließlich Portugals, die ja auch für die portugiesischen Kolonien Angola und Moçambique gelten, existieren dann mit fast ganz Afrika Vorzugsvereinbarungen mit der EWG, die den Charakter einer regionalen Zollunion, einer Freihandelszone, gegenseitiger Zollpräferenzen haben und die alle Drittstaaten diskriminieren. Diese Abkommen haben natürlich den heftigen Widerspruch der USA hervorgerufen und die Widersprüche EWG – USA verschärft.

.... und „neue Mittelmeerpolitik"....

Die neue Mittelmeer-Politik der EWG hat zu dieser Verschärfung besonders beigetragen. Die afrikanischen Araberstaaten sind nämlich die am weitesten fortentwickelten Staaten Afrikas und – das ist viel wichtiger – haben Öl. Außerdem gehört das Mittelmeer zum natürlichen Einflußbereich der EWG. Andererseits ist das Mittelmeer auch für die USA von großer Bedeutung. Sie haben nicht umsonst ihre stärkste Flotte (die 6.) hier stationiert. Ihre aggressiven Absichten sind klar. Zu ihrer Verstärkung haben die USA in Griechenland und in der Türkei faschistische Regimes eingerichtet (NATO-Südflanke). Sie sichern den Staat Israel und seine Eroberungspolitik ab, immer bereit, notfalls selbst einzugreifen, wie sie es 1958 schon im Libanon und in Jordanien getan haben. Daß das neue Mittelmeerkonzept der EG gerade jetzt vorgelegt wird, ist auch nicht zufällig.

- Mehrere EWG-Länder, vor allem die BRD, sind erfolgreich in die Mittelmeerländer vorgestoßen und haben dort wieder mächtige Positionen erreicht.
- Die erste Aufbauphase der EWG ist abgeschlossen. Außenhandelsverträge werden heute nur noch vom EWG-Ministerrat abgeschlossen und nicht mehr bilateral.
- Der EWG-Beitritt Englands hat die EWG soweit gestärkt, daß die EWG bei einheitlichem Vorgehen mittlerweile auch gegenüber den USA zur Offensive übergehen kann.
- Der englische EWG-Beitritt beendet auch weitgehend die Zeiten, wo die Mittelmeerpolitik der englischen und französischen Imperialisten sich im wesentlichen an den unterschiedlichen Einflußsphären der alten Kolonialzeit ausrichtete.

Eine neue Offensive bedarf natürlich neuer Zielsetzungen, die sich primär an der neuen Lage ausrichtet und nicht an dem, was einzelne Imperialisten früher einmal besessen haben.

Ein Hauptziel der EG-Imperialisten in ihrer Mittelmeer-Politik ist derzeit, einige arabische Länder – allen voran Ägypten – auf ihre Seite zu ziehen. Für einige Zeit hat sich Ägypten außenpolitisch mehr an der Sowjetunion orientiert, vor allem nach der Suez-Aggression von England und Frankreich 1956 und nach dem von den USA unterstützten israelischen Überfall auf die umliegenden arabischen Länder 1967. Von der Sowjetunion hat es zunächst auch Unterstützung bekommen (Assuan-Staudamm).

Die Hinwendung zur Sowjetunion war für Nasser und Co. jedoch eine rein taktische Maßnahme, um sich gegenüber den westlichen Imperialisten besser verkaufen zu können. Innenpolitisch wurde ein reaktionärer, scharf antikommunistischer Kurs betrieben (Kommunismus ist mit Arabien unvereinbar). Ihre ablehnende Haltung einem wirklichen Befreiungskampf gegenüber zeigt sich auch daran, daß sie dem jordanischen Massaker an der palästinensischen Befreiungsbewegung 1970 tatenlos zusahen und den Weg des friedlichen Ausgleichs mit Israel einschlugen. Kurz darauf warfen sie die Sowjets hinaus und nähern sich nun der EWG, die in ihrer Gesamtheit sich nicht so eindeutig auf die israelische Seite geschlagen hat wie die USA.

Ein konkretes Ziel der Mittelmeer-Politik ist es, zusammen mit Israel, Malta, Zypern und den faschistischen Ländern Südeuropas eine Zollunion zu bilden und mit den arabischen Mittelmeerländern Freihandelsabkommen abzuschließen.

Der Türkei, Griechenland, Spanien und Portugal wurde die Vollmitgliedschaft schon in Aussicht gestellt. Zur Zeit ist es jedoch taktisch ungünstig, Länder mit faschistischen Regierungen als Vollmitglieder in die EWG aufzunehmen. Der ökonomische Unterschied zwischen einer Zollunion mit zusätzlichen Vereinbarungen über Freizügigkeit des Arbeitsmarktes und „gegenseitige" Investitionsfreiheit ist jedoch gering. Nominell sind sie dann kein Mitglied, faktisch aber doch, nur mit weniger Rechten. Zur Zeit bestehen im einzelnen etwas unterschiedliche Assoziierungsabkommen mit Griechenland, Türkei, Malta, Zypern, Marokko und Tunesien, ein Freihandelsabkommen mit Portugal, Handelsabkommen über Zollpräferenzen mit Spanien, Israel, Ägypten, Libanon.

Wie weit und in welchem Zeitraum solche globalen Ziele verwirklicht werden, ist noch nicht abzusehen. Im konkreten Vorgehen bestehen unterschiedliche Interessen zwischen Frankreich (es will eine relativ straff organisierte Einflußsphäre mit hohem Abschließungseffekt) und England/BRD, die – schon aus Rücksicht auf die USA – die diskriminierende Wirkung auf Drittländer nicht so weit treiben wollen.

Für die Bevölkerung dieser Länder bedeuten diese ganzen Abkommen nichts anderes als verschärfte Ausbeutung, immer weitere direkte Einbeziehung in die Wirtschaft ihrer imperialistischen Nachbarn, für die sie als Lieferanten billiger Arbeitskräfte und als industrielle Reservearmee dienen sollen. Durch Direktinvestitionen westeuropäischer Konzerne werden zwar neue Arbeitsplätze geschaffen, aber diese Konzerne ruinieren soviel einheimische Industrie, wodurch weitaus mehr Arbeiter wieder auf die Straße geworfen werden. Der Agrarprotektionismus der EWG behindert die Ausfuhr agrarischer Produkte aus diesen Ländern. Die arabischen Länder sollen weiter ihr Öl nur verkaufen, aber keine eigene Ölverarbeitung im eigenen Land unter eigener Kontrolle aufbauen. Ihre Einbeziehung in eine Freihandelszone soll einmal den sicheren Absatzmarkt der EWG-Imperialisten vergrößern, zum anderen diese Länder insgesamt ökonomisch fester an die EWG binden, um ihren Spielraum in der Wahl ihrer Ölkäufer zu verringern. Strategisch wichtig liegende Länder werden außerdem in militärische Aufmarschgebiete verwandelt.



... und Verteidigung der portugiesischen Kolonien

Der Ausbau des kollektiven Neokolonialismus der EWG ist jedoch nur ein Teil der EWG-Kolonialpolitik. Weder die geographische Einschränkung auf Mitteleuropa noch die Beschränkung der Kolonialpolitik auf den Waren- und Kapitalexport und das Aushandeln bzw. Diktieren entsprechender Verträge treffen zu. Der Waffenexport, das mannigfache direkte Eingreifen in die Klassenkämpfe in diesen Ländern als auch die ideologische Absicherung des Neokolonialismus sowohl in der Dritten Welt als auch hier gehören ebenso dazu.

Für den BRD-Imperialismus trifft die Konzentration seiner Expansion auf Afrika am wenigsten zu. Seine Direktinvestitionen gehen vorzugsweise in faschistische Länder, nach Südeuropa, Persien und nach Brasilien. Hier fühlt er sich vor Streiks und Enteignung sicher. Eine besonders schmutzige Rolle spielt er jedoch – gemeinsam mit seinen imperialistischen Kumpanen – in den portugiesischen Kolonien.

Seit den ersten Erfolgen der Befreiungsbewegung in Angola 1961 war klar, daß Portugal – selbst ein Entwicklungsland – zu schwach war, seine Herrschaft in den Kolonien aufrechtzuerhalten. Andererseits wollte es diesen Ländern nicht die „Unabhängigkeit" nach imperialistischem Muster verleihen, da es dann in der weiteren Beherrschung der Kolonien sehr schnell von der stärkeren imperialistischen Konkurrenz ausgeschaltet worden wäre. Macht und Extraprofite sichern sich Portugals Kapitalisten daher durch den Ausverkauf ihres Imperiums. Bevorzugte Partner in diesem Geschäft sind die europäischen Imperialisten, da sie im Gegensatz zu den USA auf die Forderung nach der „Unabhängigkeit" der Kolonien verzichten. Durch ihren starken Einfluß in Portugal selbst und durch großzügige Waffenhilfe verschaffte sich die BRD dabei den Löwenanteil.

Strategisches Ziel der westeuropäischen Expansion in Südafrika ist die Bildung eines „weißen Blocks" gegen den Kommunismus. Nach dem Vorbild der EWG schmieden die Portugiesen in Moçambique und Angola mit den Faschisten in Südafrika und Rhodesien, unterstützt von den europäischen Imperialisten, an einem „gemeinsamen Markt", in den noch Malawi, Namibia und Sambia hineingezwungen werden sollen. Gelingt dieser Plan, dessen erster Schritt der Cabora-Bassa-Damm ist, so ist langfristig nicht nur die „abendländisch-christliche Tradition" des südafrikanischen Zwangsarbeitslagers gesichert. In Ergänzung der NATO könnte dann zusammen mit Australien und südamerikanischen Ländern ein aggressiver Südatlantik-Pakt auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Zur Durchsetzung dieser Pläne muß natürlich erstmal der Kampf um die Beibehaltung der kolonialen Herrschaft in Angola und Moçambique gewonnen werden. Die BRD z.B. lieferte zu diesem Zweck Portugal seit 1961:

- 50 Leichtflugzeuge Do-27A4 mit Kurzstarteigenschaften,
- 40 Kampfflugzeuge Fiat G-91,
- und 12 Nordatlas-Transporter für den Einsatz von Fallschirmjägern und drei in Hamburg gebaute Korvetten.

Wie in Vietnam werden Napalmbomben eingesetzt und ganze Dörfer zerstört.

Die Schwerpunkte der englischen und französischen Kolonialpolitik liegen tatsächlich in ihren alten Kolonien. Die französischen Imperialisten haben es nämlich verstanden, auch nach den Unabhängigkeitserklärungen selbst ihre EWG-„Partner" weitgehend außen vor zu lassen. Für England gilt dies natürlich hauptsächlich für ihre ehemaligen afrikanischen Kolonien einschließlich Südafrika und Rhodesien (Simbabwe). Sie sind von den USA hier weit weniger verdrängt worden als in Asien. Ein anderer Schwerpunkt ist natürlich der persische Golf, wo ihre Konzerne nach den US-Konzernen den meisten Einfluß haben.

Aufgrund dieser Lage braucht die BRD ihre kolonialen Einflußsphären in nächster Zukunft nicht durch direktes militärisches Eingreifen abzusichern. Dies wird vorläufig noch den USA überlassen. Die BRD beteiligt sich jedoch am Waffenexport in diese Länder.

Tabelle 3: **Die Bedeutung westdeutscher Rüstungsausfuhren für die Bewaffnung von Entwicklungsländern**

Gerät	Empfängerland	Anteil der westdeutschen Zulieferung am Gesamtbestand (%)
Kampfflugzeuge	Indien	4,1
	Venezuela	34,0
Schulflugzeuge	Tansania	100
Transportflugzeuge	Nigeria	55,6
Leichtflugzeuge	Indonesien	23,1
Panzer	Israel	21,3
Schützenpanzer	Sudan	41,4
Patrouillenboote	Indonesien	15,0
	Israel	11,1

Methoden des Neokolonialismus: Aggression, Subversion und Kontrolle

Anders ist dies bei England und Frankreich. In mehreren Ländern waren sie es, die dort den größten imperialistischen Einfluß hatten, und ihnen fiel daher auch die Aufgabe zu, die Ausbeuterherrschaft zu verteidigen. Sie gingen dabei nach folgenden Methoden vor:

- gegenseitige Aufhetzung von Teilen der Bevölkerung (Christen gegen Mohammedaner im Tschad und im Libanon, Weiße gegen Schwarze, Einheimische gegen schon lange vorher eingewanderte Inder, Stamm der Ibos gegen Stamm der Hausse in Nigeria, Protestanten gegen Katholiken in Nordirland). Das Ziel ist klar: Der Widerstand soll in falsche Bahnen gelenkt werden. Alle Vorurteile werden zu diesem Zweck ausgenutzt und die Widersprüche im Volk noch verschärft durch materielle Bevorzugung der einen und Verschärfung des Elends der anderen Seite.
- Ausbildung und Schulung des Beamtenapparats durch die Imperialisten, seine Korrumpierung durch Bestechungsmanöver usw. Ein Großteil der alten Kolonialbeamten ist ohnehin noch in den alten Kolonien tätig. Die einheimischen Armeen sind häufig durch Militärberater und Offiziere der alten Kolonialarmee aufgebaut worden.
- Als Ghana unter Nkrumah in einigen Punkten eine antiimperialistische Politik betrieb, senkten die Imperialisten die Kakaopreise von 196 Pfund auf 130 Pfund und stürzten damit das Land in eine ökonomische Krise, in der sie



Forts. Neokolonialismus

dann Nkrumah absetzten.

- 1969 schickte Frankreich eine 3 500 Mann Armee in den Tschad, um den Truppen von Regierungschef Tombalbaye bei der Niederhaltung der Befreiungsbewegung unter Führung der FROLINAT zu unterstützen. Bei diesen Überfällen konnten sich die Imperialisten auf „Verteidigungsabkommen" berufen, die sie wohlweislich dem Unabhängigkeitsvertrag gleich beigelegt haben.

Zahlreich sind die Fälle des direkten militärischen Eingreifens von unterschiedlichem Ausmaß (Suez, Madagaskar, Aden, Kongo, Zypern, Kenia, Oman, Malaysia, Indochina, Algerien u.a.)

Auch in Zukunft werden vor allem in Afrika die europäischen Imperialisten direkt eingreifen oder schicken zu diesem Zweck von ihnen aufgerüstete afrikanische Staaten vor. Hierfür kommen zur Zeit hauptsächlich die Rassistenregime im Süden in Frage – aber nicht nur sie. Hinter innerafrikanischen Kriegen verbergen sich dann die Widersprüche zwischen fortschrittlichen Kräften oder Staaten und den imperialistischen Interessen oder auch zwischen regionalen innerimperialistischen Gegensätzen.

Insgesamt wird die weitere Entwicklung geprägt sein von einer Verschärfung der Widersprüche Westeuropa-Dritte Welt und dementsprechend werden auch die Konflikte zunehmen. Dies kann man sogar in Westeuropa selbst feststellen (Irland, Island). Auf diese Situation werden sich die EG-Imperialisten auch vorbereiten. Einen wesentlichen Teil davon bilden die militärischen Vorbereitungen. Eine weltweite imperialistische Politik bedarf auch einer Armee, die überall in der Welt eingesetzt werden kann.

Aber auch dadurch wird auf die Dauer der revolutionäre Befreiungskampf nicht zu bremsen sein, so daß die westeuropäischen Imperialisten auch ihren Vietnamkrieg führen werden.

Die neokolonialistische Offensive der EG und die Rolle des Mittelmeeres wird aber auch die Differenzen zu den USA vergrößern. Diese Widersprüche werden auch auf die NATO rückwirken und eine gemeinsame militärische und politische Strategie immer mehr erschweren. Das dauert jedoch noch einige Zeit, da Westeuropa heute militärisch (vor allem nuklear) völlig unterlegen ist.

... und Hetze gegen Länder der Dritten Welt

Auf größere Auseinandersetzungen zwischen Westeuropa und Ländern der Dritten Welt bereitet die BRD-Presse in der letzten Zeit die Bevölkerung verstärkt ideologisch vor. Einerseits berichtet man verstärkt von der Aktivität aller möglichen Organisationen (kirchliche, humanitäre, der Entwicklungsdienst usw.), um den Eindruck zu schinden, man täte nun was für die Länder der Dritten Welt, man vergleicht die westliche Entwicklungshilfe mit der östlichen. Das ist ein ganz fauler Trick. Es ist klar, daß auf dieser Ebene der Westen besser abschneidet, denn die Entwicklungshilfe des Westens ist Kapitalexport, die des Ostens nicht oder nur zu einem geringen Teil.

Auf der anderen Seite werden in der nächsten Zeit möglicherweise stattfindende Aggressionen ideologisch vorbereitet. So war vor kurzem eine Sendung im Fernsehen über „die drohende Energiekrise in den USA". Es wird lang und breit über den Reichtum und die Lebensweise arabischer Ölscheichs berichtet und die Lüge verbreitet, diese Ölscheichs seien bald so reich, daß sie durch Finanzaktionen jede westliche Währung in die Krise stürzen könnten. Richtig ist, daß dies nicht die Ölscheichs tun können, sondern die riesigen westlichen Ölkonzerne. Sie sind es, die die tatsächliche Kontrolle über das Öl ausüben und außerdem die großen Ölgewinne einstreichen. Die Scheichs werden nur daran beteiligt, machen gemeinsame Sache mit den Konzernen und sind die reaktionärsten Kreise in ganz Arabien.

Außerdem ist es kinderleicht, ihre Konten bei den westlichen Banken einfach zu sperren. Es soll der Eindruck vermittelt werden, die westlichen Länder seien „Kolonien" solcher Ministaaten wie Kuwait usw. In der „Welt" wurde das auch offen behauptet. Diese antiarabische Hetze wird natürlich durch den Zionismus noch verstärkt. Ganz offen werden daneben Aggressionspläne gegen den Irak, der zur Zeit gute Beziehungen zur Sowjetunion unterhält, verbreitet und verteidigt.

Am Beispiel des Präsidenten von Uganda, Idi Amin, der früher Boxer gewesen war, kürzlich alle Einwohner indischer Herkunft des Landes verwies und Grenzzwischenfälle mit Tansania provozierte, wird das alte Märchen von den unzivilisierten Afrikanern neu aufgewärmt. An solchen Kreaturen zeigt sich aber etwas anderes: mit welchen Leuten die englischen Imperialisten ihre Militärputsche durchführen.

Das Spektrum der ideologischen Absicherung des Neokolonialismus ist natürlich viel breiter als es hier dargestellt werden kann. Antikommunismus, Europachauvinismus, das Märchen von der „Verteidigung der Freiheit" sind nur die wichtigsten Teile davon. ■

EWG-Kommission des KB


Mosambique: FRELIMO-Kämpfer greifen an

EIN REVISIONIST ÜBER SPANIEN

In ihrer Ausgabe vom 6. Juli 73 veröffentlichte die DKP-Zeitung „UZ" einen Artikel des sowjetischen Journalisten N. Chibrikow über Spanien, der teilweise mit Zwischentexten der „UZ" selbst versehen ist. Schon die Themenstellung dieses Artikels läßt daran zweifeln, ob man hier eine „sozialistische" oder eine bürgerliche Zeitung in der Hand hat: *„Spanien: Öffnet das Land die Tür in Richtung Europa?"*

Gegenstand des Artikels ist im wesentlichen der „Kampf zweier Tendenzen in Spanien", nämlich zwischen der „Alten Garde" (den Falangisten) und dem religiösen Orden „Opus Dei". Während die ersten eine „proamerikanische Orientierung" verfolgen würden, hätten die zweiten „eine politische Liberalisierung und eine Anpassung Spaniens an die europäischen Realitäten auf ihre Fahnen geschrieben". Hinter der falangistischen „Alten Garde" und den reaktionären Militärkreisen stehen die „traditionellen (?) Finanz- und Industriegruppierungen die mit dem amerikanischen Kapital verbunden sind". Die religiöse Gruppe „Opus Dei" hingegen, die 1957 erstmals an der Regierung beteiligt wurde, trete in Spanien „faktisch in der Rolle des politischen Hebels der neuen (?) Bourgeoisie auf". Sie will „das Land von einem rückständigen Agrar- zu einem Industrieland entwickeln" und es dem westeuropäischen „Gemeinsamen Markt" anschließen.

Derartige Bestrebungen finden bei Chibrikow und der „UZ" offensichtlich Sympathie, obwohl auch ihr klar sein dürfte, daß es dem „europäischen Flügel" der spanischen Bourgeoisie ebensowenig wie dem „proamerikanischen" um eine Schwächung, sondern um eine Stärkung des spanischen Kapitalismus geht. Daß die eine wie die andere „Orientierung" absolut nichts an der Aggressivität des Spanischen Faschismus ändert, weder nach innen, noch nach außen. Dennoch erweckt Chibrikow den Eindruck, als ob dies der Fall sei: *„Auch die internationale Entspannung ist nicht spurlos an Spanien vorübergegangen. Spanien sprach sich für die europäische Sicherheitskonferenz aus und beteiligte sich an den Vorgesprächen in Helsinki."* Ist denn dies mehr, als ein taktischer Schachzug, mit dem sich der spanische Faschismus internationale Anerkennung verschaffen will? Wer das suggeriert, der beteiligt sich an der Täuschung der Völker über das wahre Wesen des Kapitalismus. Und das genau ist doch das Geschäft, das nicht nur Spanien, sondern alle kapitalistischen Staaten mit ihrem gegenwärtigen „Entspannungs"-Rummel betreiben.

Hat sich etwas an der Politik des spanischen Faschismus gegenüber der spanischen Arbeiterklasse geändert, was das Gerede von der „allgemeinen internationalen Entspannung", die „nicht spurlos an Spanien vorübergegangen" sei, rechtfertigen könnte? Vor kurzem hat Staatschef Franco eine neue Regierung unter Ministerpräsident Carrero Blanco eingesetzt. Die „UZ" schreibt im Vorspann ihres Artikels dazu: *„Die Regierungsumbildung hat eine Festigung des Rechtskurses, eine Verstärkung der Falangisten bewirkt. Die religiöse Gruppe „Opus Dei", die eine politische Liberalisierung und eine Anpassung Spaniens an die europäischen Realitäten auf ihre Fahne geschrieben hat, wurde aus den wichtigsten Ämtern verdrängt."* (Hervorhebungen von uns, AK-Red.).

Die spanische Arbeiterklasse bekommt gegenwärtig also alles andere als „Entspannung" zu spüren. Diesen „Widerspruch" zwischen verschärfter Ausbeutung und Repression nach innen, und Friedens- und Entspannungs-Schalmeien nach außen, pflegt die DKP im allgemeinen dahingehend zu kommentieren, daß das erste das zweite „stört" und es eigentlich auch keine „Berechtigung" mehr für eine Kriegspolitik der Bourgeoisie (nach innen wie nach außen) gibt, da wir ja im „Zeitalter der Entspannung" leben. Tatsächlich liegt hier aber gar kein „Widerspruch" in dem Sinne vor, daß das eine das andere „stört". Im Gegenteil: die ganze „Entspannungspolitik" der kapitalistischen Staaten dient einzig und allein dem Zweck, die Arbeiterklasse nur noch störungsfreier ausbeuten und unterdrücken zu können. Mit welch realistischem Kalkül die Bourgeoisie diese „widerspruchsvolle" Politik betreibt, dafür geben die Revisionisten selbst das beste Beispiel ab: In dem Maße, wie die kapitalistischen Staaten von „Frieden und Entspannung" schwatzen, wie sie sich an völlig unverbindlichen und folgenlosen Konferenzen wie der in Helsinki beteiligen, genau in dem Maße verzichten die Revisionisten immer mehr auf eine Entlarvung und Anklage der Bourgeoisie und des Imperialismus. Nun ist es gar soweit, daß die Revisionisten selbst in einem faschistischen Staat wie Spanien „neue Tendenzen" erblicken, denen sie Beifall spenden.

Man spürt förmlich den Taumel der Entzückung, der Chibrikow ergreift, wenn er im weiteren über die „Verbesserung der Beziehungen mit den sozialistischen Ländern" schreibt: *„In letzter Zeit hat sich der Einfluß der Kreise spürbar verstärkt, die an einer Politik der Verbesserung der Beziehungen mit den sozialistischen Ländern interessiert sind. Polen, Ungarn und Rumänien haben gegenwärtig konsularische und Handelsbeziehungen mit Spanien. Jugoslawien eröffnete eine Ständige Handelsvertretung in Madrid. Zu Beginn dieses Jahres erkannte Spanien die Deutsche Demokratische Republik an und stellte mit ihr diplomatische Beziehungen her. 1970 wurde in Madrid eine Schiffahrtsvertretung der UdSSR gegründet. Spanien stellte für die sowjetische Fischereiflotte im Atlantik einen Ankerplatz bei den Kanarischen Inseln zur Verfügung... Am 15. September 1972 wurde in Paris ein spanisch-sowjetisches Handelsabkommen unterzeichnet, das im Februar dieses Jahres in Kraft trat. Entsprechend dem Protokoll des Abkommens wird in Madrid eine sowjetische Handelsdelegation und in Moskau eine spanische eingerichtet."*

Bei soviel „Entgegenkommen" und „Anpassung an die Realitäten" – hört man Chibrikow im Stillen weiterdenken – soll man ruhig mal etwas „wohlwollender" über die Entwicklung Spaniens schreiben. Zeigt sich hier noch in aller Deutlichkeit, wer hier entgegenkommt und wer davon den Nutzen zieht?

Nun, im vorletzten Absatz erwähnt Chibrikow dann auch, daß „sich in Spanien erneut die Repressalien gegenüber Demokraten und deren Verfolgung verstärkt" haben, und daß Innenminister Garicano Goni im Parlament erklärt hat, daß „die gesellschaftliche Ordnung im Lande um jeden Preis gesichert wird." Und der Chibrikowsche Kommentar dazu: *„Das ist natürlich weder mit der Verbesserung der politischen Atmosphäre (!) auf dem Kontinent noch mit den Ansprüchen Spaniens, eine aktive Rolle in Europa zu spielen (!!), und auch nicht mit seinem Streben zu vereinbaren, die Beziehungen mit den sozialistischen Ländern zu normalisieren."*

Und die „UZ" fügt abschließend noch an: *„Die Regierungsumbildung zeigt, daß der Kampf der beiden Tendenzen in Spanien noch nicht entschieden ist. Noch bewegt sich die spanische Politik weiterhin im Rahmen des Franco-Regimes. Alte überlebte Dogmen (!) beeinflussen weiterhin die Politik des Landes. Eine wirklich unabhängige und den nationalen Interessen des Landes entsprechende Außenpolitik aber wird das Land erst durchführen können, wenn es diese Dogmen (!) über Bord wirft."*

Fazit: Für ein paar betrügerische Entspannungs-Töne, und vor allem für ein paar einträgliche diplomatische und ökonomische Gesten gegenüber der UdSSR usw., sind die Revisionisten bereit, selbst im faschistischen Staat „positive Tendenzen" zu sehen. Das Maß ihrer Kritik richtet sich immer weitgehender nach den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion.

Den i-Punkt setzt aber die „UZ" selbst noch auf die Chibrikowsche Betrachtungsweise: Sie sieht das größte Hindernis für „eine wirklich unabhängige und den nationalen Interessen des Landes entsprechende Außenpolitik" in der Existenz „alter überlebter Dogmen"! Damit gibt die DKP dem wissenschaftlichen Sozialismus einen kräftigen Tritt in den Arsch: waren doch die Kommunisten seit Marx und Engels ungebrochen der Auffassung, daß es die Herrschaft der Bourgeoisie und nicht irgendwelcher „Dogmen" ist, die ein Land in der Außen- wie in der Innenpolitik daran hindert, eine „wirklich unabhängige und den nationalen Interessen entsprechende Politik" zu betreiben. Völker der Welt, vereinigt Euch und besiegt die alten überlebten Dogmen! Mit dieser Parole können sich die Revisionisten wohl beim heiligen Geist und der Bourgeoisie einschmeicheln; sie helfen aber nicht der Arbeiterklasse zu größerer Klarheit über die Aufgaben ihres Kampfes. ■

KONTAKTADRESSEN DES KB

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 022583

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 800747

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Lübeck:
W. Blankschein
24 Lübeck
Postlagerkarte 082 332 A

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60



KRISE IM STEINKOHLENBERGBAU FÜR WEN?



Täglich verlieren in kapitalistischen Ländern Arbeiter und Angestellte durch Rationalisierungsmaßnahmen oder Betriebsstillegungen ihre Arbeitsplätze. Das ist seit eh und je eine normale Erscheinung im Kapitalismus.

Besonders betroffen waren in den letzten 15 Jahren in Westdeutschland die Arbeiter im Steinkohlenbergbau, dessen Bedeutung gegenüber anderen Energiequellen zurückgegangen ist.

Den Bergbaukapitalisten gelang es durch eine langfristige wirtschaftliche und politische Vorbereitung dabei, nicht nur trotz, sondern gerade wegen der „Kohlenkrise" besonders hohe Profite einzustreichen. Gleichzeitig sicherten sie sich entscheidenden Anteil am neuen Erdölgeschäft und kassierten mehrere Mrd. Mark staatlicher Subventionen, die angeblich „zur Erhaltung der Arbeitsplätze" ausgegeben wurden.

Mehrere hunderttausend Arbeiter und Angestellte wurden entlassen, mußten vorzeitig in (niedrigere) Rente gehen, einen schlechter bezahlten neuen Arbeitsplatz hinnehmen und die angestammten billigen Bergarbeiter-Wohnungen räumen. Das Lohnniveau auch der übrigen wurde rapide gesenkt, so daß trotz der sehr schweren Arbeit die Bergarbeiter in der Lohnskala auf den unteren Plätzen landeten.

Dennoch gelang es den Kapitalisten, die ihnen durch ein wachsendes Klassenbewußtsein der Arbeiter gefährlichen politischen Folgen auszuschalten. Dabei bewährte sich insbesondere der Mitbestimmungsschwindel, der in der Montanindustrie seit 1951 gesetzlich geregelt, die Bergarbeiter vom Kampf gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage abzuhalten. Gewerkschaftsführung (Arendt z.B.) und Sozialdemokratie gaben „ihr Bestes", um jeden kämpferischen Widerstand zu unterdrücken und statt dessen Illusionen über die Hilfsbereitschaft des Staates, insbesondere bei der Gründung der Ruhrkohle AG, zu wecken und zu nähren. Die Kommunisten wurden frühzeitig aus Betrieb und Gewerkschaft herausgesäubert.

Von den Kapitalisten wird daher die Lösung der „Kohlenkrise" als Musterlösung für ähnliche Fälle in Zukunft angesehen.

Der Artikel erscheint in mehreren Teilen, wovon der erste auf die Energiepolitik der Kapitalisten und die wirtschaftliche Vorbereitung der Stillegungen im Kohlenbergbau eingeht. Die weiteren Teile werden auf die politische Vorbereitung der Kapitalisten, die Kämpfe der Bergarbeiter (66/67 und 1969), die IG Bergbau und Ruhrkohle AG eingehen, der erste Teil umfaßt die frühere Entwicklung bis 1965.

Die westdeutsche Energiepolitik

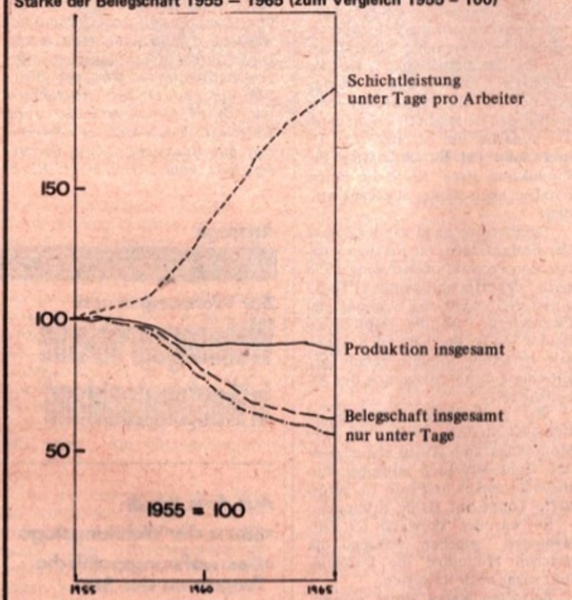
Die Bedeutung der westdeutschen Steinkohlevorkommen, die einst für die industrielle Entwicklung an Rhein und Ruhr entscheidend waren, geht heute gegenüber anderen Energieträgern, in erster Linie Erdöl, aber auch Erdgas und zukünftig verstärkt Kernenergie, ständig zurück.

Die Produktion von Erdöl und -gas ist wesentlich einfacher und liegt – vor allem beim Erdöl – in den vom Imperialismus völlig abhängigen Ländern der dritten Welt mit Hungerlöhnen für die Arbeiter. Durch den Bau von Großtankern und Pipelines etc. konnten die Transportkosten entscheidend gesenkt werden. Als Rohstoffbasis ist Erdöl für die chemische Industrie außerdem besser zu verarbeiten als Steinkohlenteer und andere Kohleprodukte.

Obwohl sich der westdeutsche Energieverbrauch seit 1950 auf ca. 340 Mill. Tonnen (!) Steinkohleeinheiten (entspricht dem Energiewert dieser Menge Steinkohle) mehr als verdoppelte und bis 1980 nach Schätzungen von Wirtschaftsforschungsinstituten auf über 500 Mill. t wächst, stieg daher die Förderung der Steinkohle von 1950 ca. 125 Mill. t bis 1957 auf 150 Mill. t nur gering an. Sie blieb dann bis Mitte der 60er Jahre konstant zwischen 140 und 150 Mill. t.

Bis 1957 sicherte die Steinkohle also nur einen geringen Teil des Mehrverbrauchs an Energie, der dann ab 1958 völlig von Erdöl und -gas gedeckt wurde. Seit Mitte der 60er Jahre haben die westdeutschen Energiemonopole auch die absolute Fördermenge gedrosselt, sodaß heute nur noch ca. 100 Mill. t Steinkohle in Westdeutschland produziert werden.

Beim Einfrieren der Kohleproduktion seit 1958 und dem systematischen Abbau der Förderung seit Mitte der 60er Jahre waren jeweils politische Gründe für die Energiemonopole ausschlaggebend, die mit der politischen Einflußnahme auf den Rohölmarkt durch Westdeutschland zusammenhängen.



1957 war der imperialistische Suezkrieg gegen Ägypten abgeschlossen, in dem Israel zunächst Ägypten angriff und die Sinai-Halbinsel besetzte. England und Frankreich besetzten dann die nördliche Zone des Suez-Kanals. Dem Imperialismus ging es um die Sicherung und Vorherrschaft über die Ölländer des Nahen Ostens und den für den Öltransport damals sehr wichtigen Suez-Kanal. Die Truppen wurden bald wieder abgezogen, denn das Ziel, die politische Einflußnahme zu sichern und den Suez-Kanal ungehindert und uneingeschränkt zu benutzen, war erreicht.

Damit war für die westdeutschen Energiemonopole, die bis dahin im wesentlichen Erdöl nur aus dem damals feudalistischen Lybien, eigenen Quellen und – im Windschatten des französischen Imperialismus – aus Algerien beziehen konnten, der Weg zu weiteren Märkten am Arabischen Meer und Arabischen Golf frei. Die eigene Steinkohleförderung konnte bei 150 Mill. t jährlich eingefroren werden.

Mit den vergrößerten Einkaufsmöglichkeiten und abgesicherten Transporten war allerdings für die westdeutschen Energiemonopole noch nicht genügende politische Absicherung der Erdölversorgung erreicht. Durch die weitere Aufrechterhaltung der Kohleproduktion und möglichst niedrige Kohlepreise konnten außerdem die großen Ölkartelle gezwungen werden, ihr Öl unter den üblichen Monopolpreisen den westdeutschen Konzernen anzubieten. Diese nutzten die Zeit, um inzwischen in den für den westdeutschen Imperialismus politisch „zuverlässigen" Ländern, vor allem Saudi-Arabien, Kuweit und Persien, eigene langfristige Lieferverträge abzuschließen. Mitte der 60er Jahre setzte dann erstmals ein stärkerer Kapitalexport der westdeutschen [illegible] ein, um Beteiligungsgesellschaften mit Schürfrechten aufzubauen.

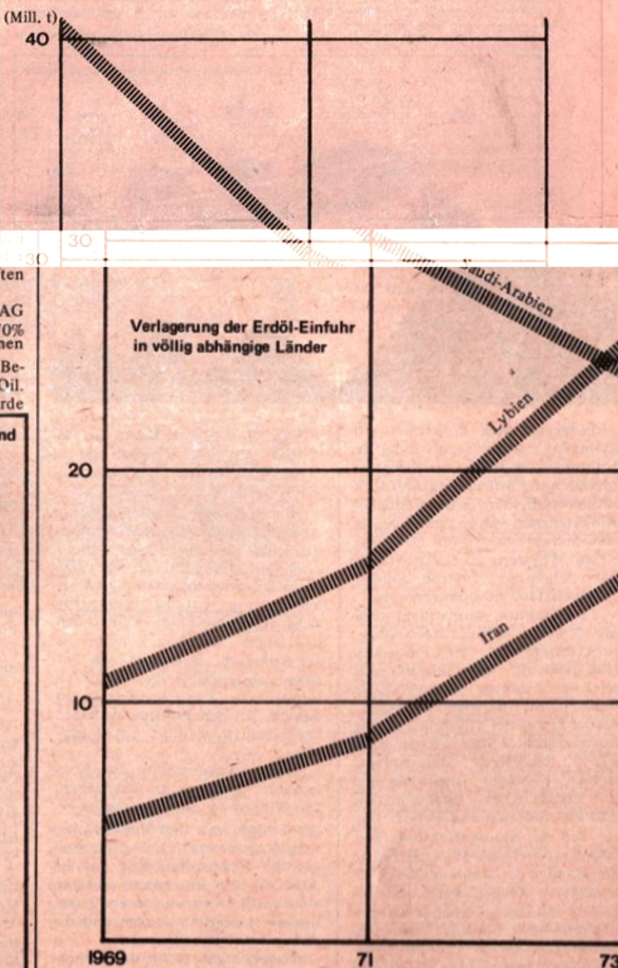
So deckte die Gelsenberg AG (Aral) schon vor drei Jahren 70% ihres Rohöldurchsatzes aus eigenen Quellen in Nahost in einer Beteiligungsgesellschaft mit Mobil Oil. Die Rohöleinfuhr insgesamt wurde in die „krisenfesteren" Länder mit völlig dem Imperialismus hörigen Herrschaftscliquen zu verlagern versucht.

Parallel zu dieser Entwicklung schränkten die Energiemonopole inzwischen die Steinkohlenförderung auch absolut ein, sodaß heute nur noch ca. 100 Mill. t gefördert werden. 1980 soll der Steinkohlenanteil am Energiebedarf sogar nur noch 10% betragen. D.h., die Förderung muß bis dahin noch einmal um 40 Mill. t auf 60 Mill. t gedrosselt werden.

Andererseits will die Kapitalistenklasse auch in Zukunft auf die Steinkohleproduktion nicht völlig verzichten. Ein Teil der Stromerzeugung und die Eisenerzreduktion bei der Stahl- und Eisenproduktion sollen auf Steinkohlebasis betrieben werden.

Trotz höherer Kosten. Denn Kraftwerke auf Erdölbasis sind nicht nur billiger, sondern auch nicht so luftverpestend wie Kohlekraftwerke. Auch in der Stahl- und Eisenerzeugung gibt es inzwischen Reduktionsverfahren mittels Erdöl, die bei einer breiten Anwendung billiger sind.

Der Grund für diese Planungen der Kapitalisten sind kriegswirtschaftliche Überlegungen. Denn alle



Anstrengungen des westdeutschen Imperialismus, die Erdölzufuhr aus Nahost abzusichern, reichen nicht (bzw. noch nicht) aus, diese Energie- und Rohstoffversorgung für jeden Fall zu garantieren.

Was dazu nötig ist, hat die Politik der USA im Nahen Osten seit 1950 gezeigt. Die USA haben z.B. schon 1953 die drohende Nationalisierung der persischen Ölquellen über ihren CIA durch den Sturz der vom Volk gewählten Regierung Mossadegh und Bestechung des korrupten Schah verhindert, der dann ein brutales Militärregime errichtete. Seit dem Suezkrieg 1956 gegen Ägypten operiert ständig die sechste US-Flotte im Mittelmeer mit Invasionstruppen an Bord und bedroht so die arabischen Länder. Schließlich haben die USA maßgeblich die Aufrüstung und kriegerischen Abenteuer Israels finanziert und unterhalten in einigen arabischen Staaten korrupte Herrscher.

Zu dieser Politik reicht die militärische Stärke Westdeutschlands heute nicht aus. Erst der politische und militärische Ausbau der Europäischen Gemeinschaft soll dies ändern. Solange ein großer Teil der westdeutschen Energieversorgung aus den Erdölquellen in Nahost gewonnen wird, müssen sich die westdeutschen Imperialisten daher im Windschatten und in Abhängigkeit vom US-Imperialismus mit seinem riesigen Militär- und Geheimdienstapparat bewegen. Dieser Druck, der den Spielraum des westdeutschen Imperialismus einengt, soll dadurch gemildert werden, daß Erdöl- und -gasquellen in anderen Gebieten erschlossen werden. (Gerade dies war ein wesentliches Thema des Breschnew-Besuches. Es ging um die Ausweitung der Rohstoffeinfuhr, vor allem von Erdöl und -gas aus der Sowjetunion, die auch heute schon ein beachtliches Volumen umfaßt.)

Gleichzeitig wollen die westdeutschen Kapitalisten wenigstens einen Großteil ihrer Kriegsindustrie und

Forts. nächste Seite

Fortsetzung: Kohlenkrise

des damit verbundenen Energiebedarfs auf eigener Rohstoffbasis absichern. **Deswegen soll die Kohleförderung trotz höherer Kosten beibehalten werden.**

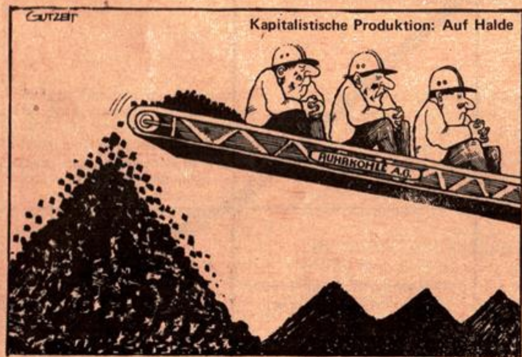
Bundeswirtschaftsminister Friderichs kündigte Anfang des Jahres an, noch im Laufe dieses Jahres ein „energiepolitisches Konzept" der SPD/FDP-Regierung zu veröffentlichen, nach dem mindestens ein Drittel des Stromverbrauchs über Steinkohle gedeckt werden soll, und die Stahlproduktion auf Kohlebasis fußt. Damit wären die kriegswirtschaftlich wichtigen Stahlmonopole und – in gewissem Umfang – Chemiemonopole „krisenfest" in ihrer Rohstoffversorgung, ebenso ein beträchtlicher Teil der Stromversorgung. Für die CDU/CSU forderte deren „Energieexperte", CDU-MdB Prof. Burgbacher, der Vorsitzende der Fachkommission Energie des CDU-Wirtschaftsrates, ein Energieprogramm, das einen „Notplan" zur „Sicherheit der Versorgung bei drohender Mangellage" enthält. („Welt" vom 24.4.73)

Danach sollen sogar drei Viertel der Stromerzeugung auf „heimischer Rohstoffbasis (also Kohle) und Basis Kernkraft" gesichert werden, die „europäische Eisen- und Stahlindustrie langfristig ausreichend" mit Kokskohle versorgt und die „Kohleforschung hinsichtlich ihrer Verwendung als Rohstoffbasis für die chemische Industrie" mit staatlichen Geldern gefördert werden. An diesen Energie-Konzepten wird sichtbar, wie sich hinter dem Gerede von Entspannung etc. nichts weiter verbirgt, als die derzeit noch bestehende militärische Schwäche des westdeutschen Imperialismus, der sich insgeheim auf ganz andere Auseinandersetzungen vorbereitet.

Langjährige Vorbereitung der Monopole

Die Sicherung des Erdölgeschäfts

Schon Anfang des Jahrhunderts beherrschten wenige Monopole die Schwerindustrie an der Ruhr. Mit ihrer Kohle- und Stahlproduktion gehörten sie zu den hauptsächlichen Gewinnern am Kriegsgeschäft im Erten und Zweiten Weltkrieg. In der Weimarer Zeit hatten sie mit riesigen Geldern dem Faschismus schon frühzeitig den Weg gebahnt.



Entgegen dem Potsdamer Abkommen, das die Verurteilung der Hintermänner Hitlers als Kriegsverbrecher und Entflechtung ihrer Konzerne vorsah, sperrten die westlichen Alliierten nur wenige der berüchtigsten Schwerindustriellen (z.B. Abs, Krupp, Thyssen) für einige Wochen zum Schein in „goldene Zellen", „begnadigten" sie dann vorzeitig.

Ihr Eigentum wurde nicht angetastet, so daß sich die Monopolisierung fortsetzte und seit 1950 wieder eine Handvoll – untereinander zahlreich verflochtener – Konzerne den westdeutschen Bergbau beherrscht. An der Spitze der Thyssen-Konzern, Europas größter Stahlkonzern, dann Krupp, Salzgitter, Mannesmann, Hoesch, Klöckner, Rheinstahl und die ausländischen Stahlkonzerne ARBED, Sidechar und Wendel. Dieser Teil der Steinkohlenförderung, insgesamt mehr als 50 %, lag fest in den Händen der Stahlmonopole. Alle anderen Zechen waren mit den großen Öl-Energie-Chemie-Konzernen verbunden. Darunter VEBA und Gelsenberg (ARAL, Gasolin; Großaktionär: Thyssen) und die großen Elektrizitätsgesellschaften.

Bei den vielfältigen Kapitalverbindungen im westdeutschen Steinkohlenbergbau untereinander und mit den Industriezweigen und -monopolen, die die Steinkohle verbrauchten, herrschten Produktions- Preis- und Mengenabsprachen der Zechengesellschaften untereinander. Ab 1958 gab es sogar ein offizielles „Kohle-Öl-Kartell" zur Regelung von Mengen und Preisen. Ohne den Druck einer Konkurrenz bei Preisen und Fördermengen konnten sich daher die Zechenherren auf die Umstellung vom Geschäft mit der Steinkohle auf andere Energieträger vorbereiten.

Um den Kapitalverlust bei der Stillegung von Zechen klein zu halten, wurde eine große Anzahl im Raubbau betrieben, ohne daß noch ein Pfennig investiert wurde. Die Investitionen im gesamten Bergbau gingen daher einschneidend zurück, längst bevor von der „Kohlenkrise" gesprochen wurde. 1950 lagen sie noch bei 14 % aller Investitionen der Industrie, 1965 bei 5 %! Die in den Zechen verdienten Gelder flossen frühzeitig in die neuen Profitquellen, wo in der Ölindustrie z.B. schon 1958 in einem Jahr mehr als 15 000 Mark neu investiert wurden, zehnmal so viel wie im gesamten Industriedurchschnitt.

Als Ende der 50er Jahre mit Abschluß des Suez-Krieges das Erdölgeschäft mit „Volldampf" aufgenommen werden konnte, war daher für das Monopolkapital die „Kohlenkrise" in wirtschaftlicher Hinsicht völlig bewältigt. Durch den jahrelangen Raubbau konnten sie der Stillegung Dutzender von Zechen ruhig entgegensehen, ohne den Verlust von Kapital erwarten zu müssen. An den Profiten im neuen Erdölgeschäft war ihr Anteil gesichert.

Jetzt kam es darauf an, die „Kohlenkrise" politisch zu überstehen, den Widerstand der Bergarbeiter gegen Stillegungen und Massenentlassungen zu brechen, um so die Folgen der Umstrukturierung auf die Arbeiterklasse abzuwälzen und Existenzunsicherheit etc. auszunutzen, um die Löhne zu senken und die Arbeitshetze zu steigern.

Daneben gab es für die Zechenherren noch das Problem der Alt- und Folgelasten der jahrzehntelangen Kohleausbeutung. Berg- und Flurschäden, Wasserpumpkosten etc. in Höhe mehrerer Mrd. Mark (!) standen zu Buche, außerdem Zuschüsse zur Rente und Deputatkohle für die pensionierten Bergarbeiter und ihre Familien.

Weimarer und Nazi-Zeit als Vorbild

Zum Vorsitzenden der Spitzenorganisation der Zechenbosse an der Ruhr, des „Unternehmensverbandes Ruhrbergbau", wurde im Herbst 1958 Bergassessor Dr. Ing. Helmuth Burckhardt gewählt.

Burckhardt, der Sohn eines preußischen Geheimrats, war seit 1925 als Diplom-Bauingenieur Manager für die Kapitalisten. 1933 stieg er zum Betriebsdirektor der größten Aachener Zeche Eschweiler Bergwerks-Verein auf, wurde schon 5 Jahre später als faschistischer Wirtschaftsführer dort Vorstandsmitglied und 1951 Generaldirektor. Gleichzeitig hatte er den Vorstandsposten des – von ihm selbst gegründeten – „Unternehmensverbandes des Aachener Steinkohlenbergbaus" inne.

Für die Kapitalisten war Burckhardt jetzt der richtige Mann wegen seiner Erfahrungen aus der Weimarer und Nazi-Zeit. Dort hatte Burckhardt die umfangreiche „Rationalisierungswelle" im deutschen Kohlenbergbau von 1920 bis 1929 und anschließend die Produktionseinschränkungen nach der Wirtschaftskrise 1930 bis 1933 miterlebt und mitgestaltet. Das gleiche Konzept sollte jetzt auch im westdeutschen Kohlenbergbau zum Tragen kommen. In einem Gespräch mit dem „Spiegel" Anfang 1959 berichtete Burckhardt darüber:

„In den zwanziger Jahren haben wir keinen großen Rückgang in der Förderung gehabt. Von 1920 bis 1929 fand zunächst eine große Rationalisierungswelle statt. In dieser Zeit wurden 65 Zechen mit einer Förderkapazität von fast 9 Mill. t und 42 000 Mann Belegschaft stillgelegt. Gleichzeitig ging durch die Rationalisierung in den übrigen Betrieben die Belegschaft des Ruhrgebiets um fast 100 000 Mann zurück, wobei die Förderung jedoch durch die Rationalisierung um rund 35 Mill. t auf 123 Mill. t im Jahr 1929 stieg."

„Spiegel": *„Interessante Zahlen"*

Burckhardt: *„In der Zeit der großen Wirtschaftskrise, als sich bei uns die Halden zu bilden begannen, trat dann eine andere Entwicklung ein. Von 1930 bis 1933 wurden 5 weitere Zechen mit rund 900 000 t Förderung und 2 500 Mann Belegschaft stillgelegt. In dieser Zeit mußte nun aber unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise verstärkt rationalisiert und die Förderung systematisch eingeschränkt werden ... Die Belegschaft ging in diesen 4 Jahren um weitere 165 000 Mann auf 210 000 Mann zurück, und die Förderung fiel von 123 Mill. t auf 78 Mill. t 1933 ab."*

„Spiegel": *„Wird man sowas nicht jetzt auch machen müssen?"*

Burckhardt: *„Die Maßnahmen zur Rationalisierung und zur Erhöhung unserer Wettbewerbsfähigkeit sind in ähnlicher Weise bereits im Gange ..."*

Von Burckhardt wurden also die Rationalisierungen der Weimarer und Nazi-Zeit offen als Vorbild gepriesen, bei denen durch den Druck der Massenarbeitslosigkeit die Arbeitshetze so weit gesteigert werden konnte, daß die Produktion trotz Abbau der Belegschaft um mehr als 1/5 zunächst um ca. 40% stieg (!) und dann bei Einschränkung der Produktion nach 1929 die Belegschaften noch stärker abgebaut wurden!

Dementsprechend war der Zweck der Entlassungen, die bei dem kurzfristigen Produktionsrückgang 1958 nach der Hochkonjunktur 56/57 einsetzten, nicht die Senkung der Produktion, wie die Kapitalisten immer wieder gegenüber den Arbeitern betonten, sondern gerade ihre Erhöhung durch Steigerung der Arbeitshetze.

Der geringfügige Rückgang im Energieverbrauch wurde von den Monopolen zum Anlaß genommen, den Kohleverbrauch zunächst drastisch zu senken und jede 10. geförderte Tonne auf Halde zu kippen.

So war der Vorwand für Entlassungen gegeben, während die gleichen Monopole die Erdöleinfuhr sogar noch steigerten.

Betroffen waren ältere, gesundheitlich geschädigte oder aus anderen Gründen nicht voll einsatzfähige Kollegen; „Bummelanten" in der Sprache der Kapitalisten. Um möglichst alle Bergarbeiter einzuschüchtern, wurden diese 21 000 (von ca. 600 000) in allen Zechen zusammengesucht, während die übrigen 1958 durchschnittlich sechs „Feierschichten" verfahren mußten, die mit Lohneinbußen verbunden sind. Insgesamt 3,2 Mill. Feierschichten.

Der Produktionsrückgang um einige hunderttausend Tonnen (bei 135 Mill.) blieb dem gegenüber minimal, während die Schichtleistung „vom Januar 1958 auf Januar 1959 um über 100 Kilo gestiegen ist. Das ist seit dem Jahre 1950 oder 1949 in einem solchen Rhytmus noch nie dagewesen...", wie Burckhardt im „Spiegel" zu berichten wußte.

Während die Bergarbeiter an einen kurzfristigen Konjunkturrückgang glaubten, standen die Kapitalisten am Beginn der Rationalisierungswelle riesigen Ausmaßes. Wie die Offensive gegen die Bergarbeiter weiter geplant war, darüber gab Burckhardt im „Spiegel" Auskunft:

„Ich weiß genau, daß eine ganze Menge Stillegungsaktionen eingeleitet sind. Aber eine Stillegungsaktion im Bergbau geht nicht von heute auf morgen. Man kann sie natürlich auch von heute auf morgen machen, wenn man ein politisches Schauspiel wünscht, dann kann man solche Dinge durchaus von heute auf morgen machen, dann geht man nämlich hin und erklärt: Ab morgen oder in 14 Tagen wird die Grube stillgelegt. Wenn man es aber einmal mit Rücksicht (!) auf die Belegschaft und zweitens mit Rücksicht auf das Geld, das man darin investiert hat, machen will, dann macht man das anders. In einer Grube sind für die Kohle, die ich heute abbaue, die Vorbereitungsarbeiten vor 3 bis 5 Jahren gemacht worden, oder 3 bis 7 Jahren kann man vielleicht sagen. Wenn ich also heute zu dem Ergebnis komme, die und die Grube müsse stillgelegt werden, dann lege ich die Vorbereitungsarbeiten still, und dann kann ich noch 1, 2, 3, vielleicht sogar 4 und 5 Jahre wahrscheinlich sehr viel produktiver arbeiten, als ich bisher gearbeitet habe. Das ist allerdings meistens unwiderruflich..."

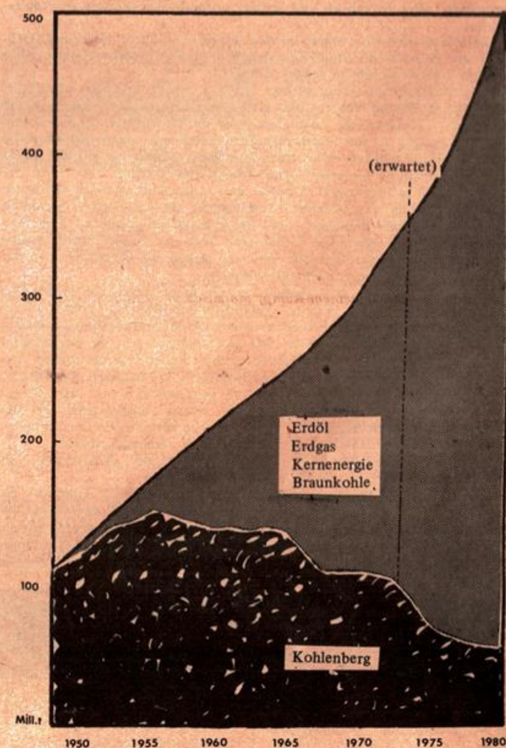
Burckhardts Offenheit ist beachtlich. Fast 10 Jahre vor dem Höhepunkt der „Ruhrkrise" (1966/67 mit danach folgender Gründung der Ruhrkohle AG) legt er die weitere Entwicklung des Steinkohlenbergbaus präzise dar. Eingeleitet sind „eine ganze Menge Stillegungsaktionen", die nach und nach vollzogen werden sollen, da „man" kein „politisches Schauspiel" wünscht. Lieber setzen die Zechenbosse hunderttausende Bergarbeiter nach und nach auf die Straße, damit hinter dem Vorhang von freier und sozialer Marktwirtschaft der Klassencharakter des Kapitalismus verborgen bleibt. Gleichzeitig läßt sich so – ganz nach dem Rezept der Weimarer und Nazi-Zeit – durch die Existenzunsicherheit die Produktivität enorm steigern, zumal die „Vorbereitungsarbeiten", also Investitionen, entfallen.

Von 1958 bis 1965 wurden dementsprechend 56 von 163 Zechen stillgelegt, ungefähr alle 1 1/2 Monate eine Zeche! Die Zahl der Beschäftigten fiel im gleichen Zeitraum von über 600 000 auf unter 390 000, als um mehr als ein Drittel, unter Tage sogar noch stärker (s. Grafik)! Die Schichtleistung unter Tage wurde allerdings fast verdoppelt von 1 600 kg pro Mann auf über 2 700 kg, so daß die gesamte Förderung zwischen 1958 und 1964 bei ca. 143 Mill. t gleich blieb.

Die Rechnung der Kapitalisten war aufgegangen. Sie hatten nicht nur trotz, sondern gerade wegen der „Kohlenkrise" riesige Profite gemacht. ■

Dieser Artikel wird in den nächsten Ausgaben des ARBEITERKAMPFES fortgesetzt.

Der Energieverbrauch und die Steinkohlenförderung in der BRD seit 1949 (in Steinkohleneinheiten SKE)



Folter in Spanien

Die „Freundschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes" berichtete im Juli in einem Informationsbrief über Massenverhaftungen und Folterungen nach dem 1. Mai in Spanien. Zehntausende spanischer Arbeiter hatten am vergangenen 1. Mai ihre Forderungen gegen das faschistische Franco-Regime erhoben. In mehreren Städten kam es zu heftigen Straßenschlachten mit Polizeitruppen, als diese die für illegal erklärten Demonstrationen brutal auseinanderzutreiben versuchten. In Madrid wurde im Verlauf dieser Kämpfe ein faschistischer Agent der BPS von Demonstranten getötet (BPS = Brigada Politico-Social, eine nach dem Vorbild von SS und Gestapo aufgebaute politische Polizei in Zivil).

Schon vor dem 1. Mai waren mehrere Arbeiter bei Streiks von der BPS ermordet worden. Nach den Mai-Demonstrationen setzte eine neue Welle der Verfolgung, Verhaftung und Folter ein: vor allem in Madrid, aber auch in Valencia, Valladolid, Pamplona, Elche, Alicante und in mehreren anderen Orten. Das „Komitee für die Revolutionäre Antifaschistische Patriotische Front (F.R.A.P.)" spricht in einem Aufruf an alle deutschen Antifaschisten und Antiimperialisten davon, daß die Unterdrückung und Folterungen ein Ausmaß an Grausamkeit erreicht haben, das einmalig in der Nachkriegsgeschichte des spanischen Faschismus ist: *„Die Mörder der BPS prügeln die Verhafteten schwer, vergewaltigen Frauen, drohen, versuchen zu lynchen und wenden eine Unzahl ‚verfeinerter' Bestialitäten an, die sie von ehemaligen Mitgliedern der Gestapo und von den Folter-Technikern des CIA gelernt haben."* Das Komitee erinnert weiter in seinem Aufruf an die heldenhaften Tage des spanischen Bürgerkriegs, als u. a. deutsche Arbeiter in den Internationalen Brigaden gegen den Franco-Faschismus kämpften: *„Wir rufen die Freudschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes, alle demokratischen Organisationen, das deutsche Volk und alle Antifaschisten auf, die historische Freundschaft zwischen den Völkern von neuem Wirklichkeit werden zu lassen, indem wir uns an die Tausende deutscher Antifaschisten erinnern, die gegen den Faschismus in Spanien gekämpft haben und von denen viele gefallen sind, mit der Thälmann-Brigade an der Spitze. Unterstützt das spanische Volk in seinem Kampf moralisch und ökonomisch. Leistet Hilfe für die Verhafteten und ihre Familien."*

Von der „Freundschaftsgesellschaft" wurde ein Spendenkonto eingerichtet dessen Gelder an die F.R.A.P. in Spanien übergeben werden: Postscheckkonto 13490-467 Dortmund, Projektgruppe Internationalismus, 463 Bochum, Lennershoferstr. 66, B. 8, Kennwort „Spanien". Über die angegebene Adresse werden auch genauere Informationen über die Vorgänge in Spanien verschickt.

Im folgenden drucken wir einen Auszug aus dem Informationsbrief der „Freundschaftsgesellschaft" über die Folter in Spanien nach. Es handelt sich dabei ausschließlich um Folterungen in e i n e r Stadt, nämlich Madrid.

Zusammengestellt von dem C.C. pro-F.R.A.P.



Überall in Spanien gehen Polizei und Militär gegen demonstrierende Arbeiter vor, so wie hier am 1. Mai in Barcelona

Die im folgenden dargestellten Foltermethoden wurden nach den Ereignissen des 1. Mai nicht erstmalig angewandt, sondern sie sind schon seit langem Bestandteil des geplanten physischen und psychischen Terrors zur Erpressung von Geständnissen und als Racheakt.

Schon bei der Feststellung ihrer Personalien in der Sicherheits-Generaldirektion (DGS) wurden die Verhafteten wiederholt von Angehörigen der „bewaffneten Polizei" geschlagen. Sie mußten sich ausziehen und wurden am ganzen Körper mit Fäusten und Stöcken geprügelt. Wenn die „bewaffnete Polizei" die Verhafteten aus den Gefängnissen zu der BPS (politische Polizei) zum Verhör brachte, wurden sie oft die Treppen hinaufgeprügelt. Es gab sogar Fälle, wo Gefangene auf dem Weg zur Vernehmung bei der Uberquerung des Innenhofs der DGS von Mitgliedern der BPS selbst geprügelt wurden. Dem 18jährigen José Jiménez Yubero wurden dabei die Schultern gebrochen.

Der Terror erreichte solche Ausmaße, daß viele Gefangene bei den Vernehmungen und Folterungen Geständnisse ablegten, in denen sie von ihnen nicht begangene Delikte zugaben. Viele der Festgenommenen wurden länger als 72 Stunden in dem Gefängnis der DGS festgehalten. Dies verstößt gegen das Haftgesetz. Mehrere der Festgenommenen wurden sogar bis zu sechs Tagen widerrechtlich in den Zellen der BPS gequält und verhört.

Sowohl in dem Provinzgefängnis als auch in der ihm angeschlossenen psychiatrischen Klinik kam es wiederholt zu „Unregelmäßigkeiten". Gefangene, die durch das Militärgericht in die Klinik eingewiesen worden waren – u.a. von dem Untersuchungsrichter Jesus de las Penas Grifo, Kommandant des Heeres, der den Fall 124/73 bearbeitet – wurden trotzdem in die Gefängnisse der DGS zurückgebracht. Die Verhafteten, u.a. Juan Díaz Fernandez, Fernando Provenza González, Paloma del Hoyo Sevilla, wurden so erneut Opfer von Verhören und Folterungen. Gefangene, die der Militärgerichtsbarkeit unterstanden, wurden in den Gefängnissen der DGS festgehalten und dort verhört und gefoltert. Alle diese Vorfälle wurden dem Untersuchungsrichter, Kommandant de las Penas Grifo, mitgeteilt. Er aber ging auf keinen der Berichte über Folterungen und schlechte Behandlung ein, sondern griff sogar die Gefangenen an.

Um die Folterungen zu verbergen, wurde den Gefangenen verboten, sich von Ärzten behandeln zu lassen oder Rechtsanwälte zu empfangen. Ärzten und Rechtsanwälten wurde der Eintritt in das Provinzialgefängnis von Carabanchel verboten. Die Anwälte erhoben Protest gegen die Behinderung an der Ausübung ihrer Berufsfunktion.

Männer wie Frauen wurden unterschiedslos auf grausamste Art gefoltert. Elektroschocks wurden durch die Genitalien geleitet, Frauen wurden vergewaltigt. Eine Gefangene, die im achten Monat schwanger war, erlitt als Folge der Foltern eine Fehlgeburt. Einige der Gefolterten haben gebrochene Arme und Beine, geplatzte Trommelfelle, Rückgratverletzungen, Bewußtlosigkeit mit Erbrechen und Herzanfälle. Eine Frau wurde zwei Stunden lang mit der Drohung erpreßt, man würde in ihrer Gegenwart ihren einjährigen Sohn foltern.

Die Folterknechte der BPS werden bekanntlich von ehemaligen Mitgliedern der GESTAPO und von CIA–Agenten ausgebildet. Das Koordinationskommitee pro – FRAP hat viele Folterer identifizieren können. Vor allen antifaschistischen Kämpfern und vor den Volksmassen Spaniens erklären wir: diese bestialischen und unmenschlichen Folterer werden wir ihrer gerechten Strafe durch die Justiz des Volkes zuführen, ebenso wie den jetzigen Innenminister und seine Gehilfen.

Besonders hervorgetan haben sich bei den Foltern und Quälereien die bekannten Mörder der BPS Yague, Creis, Conesa, Delso, Billi el Nino.

Ein Psychologe leitete die Foltern, um rechtzeitig verhindern zu können, daß die Grenze der menschlichen Widerstandsfähigkeit überschritten wurde.

Es folgen einige typische Beispiele für die angewendeten Foltermethoden:

Paloma del Hoyo Sevilla: Prellungen an Schultern und Gesäß infolge von Schlägen mit Knüppeln und Fäusten von Funktionären der BPS, von denen sie verhört wurde. Sie mußte sich auf einen Stuhl knien und wurde auf die Fußsohlen geschlagen. Nach ihrer Aussage vor dem Militärgericht wurde sie erneut zur BPS gebracht und abermals gefoltert. Sie hatte am ganzen Körper Quetschungen und wurde in die psychiatrische Klinik des Gefängnisses eingeliefert. Sie ist 17 Jahre alt.

Gloria Oliva Calvo: Sie wurde von dem Moment an geschlagen, an dem sie in die DGS gebracht wurde. Prellungen am ganzen Körper und Quetschungen an Schultern und Gesäß. 17 Jahre alt.

Petra de la Torre Romero: Sie mußte mehrmals in die psychiatrische Klinik des Gefängnisses gebracht werden, da sie ohnmächtig wurde und Blutstürze erlitt. Sie hatte schwere Prellungen an Schultern und in der Nierengegend, das Gesäß war schwarz von Schlägen durch Gegenstände und Fäuste, das Gesicht war durch Schläge entstellt.

Antonio Jalon Ramos: Er wurde mit Stöcken aus Weiden, die mit Eisen beschlagen waren, auf die Fußsohlen geschlagen. Die Füße waren so stark zerrissen, daß er bei seiner Einlieferung in das Provinzialgefängnis von Carabanchel nicht laufen konnte. Ihm wurde außerdem Kalk in den Mund gestopft. Er ist 20 Jahre alt.

Luis Manuel Barrágan Montero: Er bekam alle Arten von Schlägen auf den ganzen Körper, Tritte gegen die Beine, Stockschläge auf die Fußsohlen, Schläge mit einem Regenschirm auf den Kopf, bis der Schirm zerbrach. Er wurde gezwungen, in Hockstellung mit gefesselten Händen hinter den Beinen zu springen, während er mit dem Stock Schläge auf den Kopf erhielt. Diese Folter heißt „Känguruh".

José Valero del Pino: Durch Schläge auf Kopf und Körper bekam er eine Platzwunde, die mit mehreren Stichen genäht werden mußte.

José Ramon Mao Mayoral: Peitschenhiebe und Schläge auf den ganzen Körper, man zwang ihn, im Kreis zu laufen, während Funktionäre der BPS auf ihn einschlugen.

Ildefonso López Doblas: Er wurde schon bei seiner Festnahme auf der Straße geschlagen. Im DGS erhielt er Schläge mit einem lederüberzogenen Eisenstab. Man zwang ihn in der bekannten Art der „Ente" zu gehen und schlug ihn dabei mit allen Arten von Gegenständen. Starke Prellungen im Gesicht.

Manuel Losada Cabrera: Wurde schon vom Augenblick seiner Festnahme auf der Plaza de Anton Martin Opfer von brutalen Angriffen der BPS. Zwei Platzwunden auf der Stirn, ein Auge total verfärbt.

Antonio Hernandez Lezana: Er ist herzkrank und wurde während des ganzen Verhörs von 21 Uhr bis 3.30 Uhr morgens so stark geschlagen, daß er ohnmächtig wurde. Man mußte ihm eine starke Dosis „Erfortil" (Stärkungsmittel) geben, um ihn wieder zu Bewußtsein zu bringen. Ein mitgefangener Arzt stellte eine unnatürliche Blässe in seinem Gesicht fest. Am dritten Tag konnte er nur noch schwer auf Fragen antworten, er hatte einen psychischen Schock erlitten. Am vierten und am fünften Tag wurde ihm übel, er mußte sich oft übergeben, bekam schwere Angstzustände mit Wahnvorstellungen, Schüttelfrost mit Fieber. Er konnte sich nicht mehr richtig ausdrücken, konnte keine Worte mehr formulieren. Auf den Transporten wurde er trotz seines ernsten Zustandes weiter gequält.

Gabriel Mozo Ruiz: Seine Schultern waren voller Prellungen von Schlägen, er wurde ins Gesicht getreten, so daß die Nase stark anschwoll und ein Auge sich verfärbte. Während des Verhörs durch die BPS wurde er weiter geschlagen. Er ist 16 Jahre alt.

José Luis Jiménez Yubero: Nach seiner Festnahme am Tor eines Hauses in der Straße Santa Isabel wurde er mit Knüppeln die Treppe hinuntergetrieben, schon am Eingang der DGS wurde er von sechs Funktionären der BPS geschlagen. Ihm wurden Haare büschelweise ausgerissen, man schlug ihn fest mit dem Kopf auf einen Tisch, so daß er noch heute Kopfschmerzen hat. Er wurde vom 3. Mai, 14.30 Uhr bis zum Morgen des 4. Mai, 2 Uhr verhört. Während des Verhörs wurde er in die Fersen, Waden und Hoden getreten und laufend geschlagen. Als er zu diesem Verhör abgeführt wurde, begegnete ihm auf dem Innenhof der DGS ein Funktionär der BPS, der ihm zwei Schläge auf den Kopf versetzte. Er ist 18 Jahre alt.

Fernando Cuerva Martín: Er wurde in der DGA mit Fäusten in die Nieren geschlagen, mit einem Ochsenschläger aus Bambus wurde er auf die Fußsohlen geschlagen, ebenso auf Hoden und Waden. Er erlitt starke Prellungen und leidet seither an Sprachschwierigkeiten.

Gefangene, die nach dem 1. Mai im Zuge der einsetzenden Verfolgungswelle festgenommen wurden:

Rafael Vallejo Perez: Er wurde von Yague und einem BPS aus dem Trupp des Delso geschlagen. Gesäß, Rücken und Schultern sind durch Schläge verfärbt, ein Zahn wurde ihm ausgeschlagen, eine Platzwunde an der Stirn. Die Handgelenke wurden bei der „Enten"–Folter schwer verletzt.

Fernando Procenza González: Der Richter de las Penas Griffo verfügte seine Einlieferung in das Provinzialgefängnis von Carabanchel, um ihn dann erneut in die DGS zu Folterungen zu bringen. Er wurde neunmal verhört und dabei schwer gefoltert. Er wurde auf einen Tisch gebunden, so daß sein Oberkörper frei herunterhing. Der Oberkörper wurde nach unten gedrückt, während er in die Seiten und auf den Rücken geschlagen wurde. Das ganze Gesäß wurde zerschlagen. Man warf ihn mit gefesselten Händen mit dem Kopf zuerst auf den Boden und schlug ihn dann bewußtlos.

José Luis Dias Fernandez: Auch er wurde nach seiner Vorführung vor dem Militärgericht wieder in die DGS gebracht, wo auch er durch verschiedene Folterungen gequält wurde: "Ente", "Operationstisch", Prellungen an Händen und Füßen durch Faust- und Knüppelschläge.

Enrique Aguilar Benites de Lugo: Er wurde zweimal mit Gas fast erstickt, worauf er einen Herzanfall erlitt. Durch Elektroschocks ist ein Arm gelähmt.

Jorge y Jesús Diz Gómez: Die beiden Brüder wurden am ganzen Körper mit Elektroschocks gequält, bis zu zwölf Stunden hintereinander. Dann wurde die Methode „eckiger Kugelschreiber" angewendet. Die Hände waren zerrissen, Prellungen am ganzen Körper, einer brach sich den Unterkiefer.

José Hernandez Ormigon und José Rodriguez Barrios: Starke Schläge mit Gummiknüppeln auf den Rücken, Schnitte mit einem Messer an Hals und Schultern.

Antonio Chapero: Schläge auf den ganzen Körper mit dem Griff einer Pistole; er mußte 48 Stunden stehen, bekam nichts zu essen und zu trinken und wurde mit einem Rohrstock auf die Beine geschlagen. Seine Frau wurde festgenommen und es wurde ihr gedroht, daß man ihren einjährigen Sohn foltern wolle.

Antonio Hernandez Lopez: Er wurde drei Tage lang geprügelt, dabei wurde ihm der Unterkiefer ausgerenkt.

Benito de Miguel: Er wurde eine Nacht lang geschlagen, dabei wurden ihm büschelweise Haare ausgerissen. Danach durfte er 72 Stunden nicht schlafen, er mußte mit gefesselten Beinen die ganze Zeit stehen und bekam nichts zu essen und trinken.

Einige gebräuchliche Foltermethoden:

Operationstisch: Der Gefangene wird so auf einen Tisch gelegt, daß sein Oberkörper frei herunterhängt. Man schlägt ihn dann in die Seiten und in den Magen. Manchmal wird der Kopf in einen Eimer Wasser gesteckt.

Ente: Der Gefangene muß sich niederkauern, die Hände unter den Beinen gefesselt. Man zwingt ihn durch die gefesselten Hände durchzusteigen und zu gehen. Beim Stolpern über die Fesseln werden die Handgelenke stark verletzt.

Känguruh: wie die „Ente", nur wird der Gefangene noch dazu gezwungen, zu springen.

Eckiger Kugelschreiber: Ein metallener mehrkantiger Stab wird zwischen die Finger gesteckt, die dann zusammengedrückt werden. Der Stab wird langsam herumgedreht, dadurch werden die Finger zerrissen. ■

Sonderschulstreik in Lübeck-Moisling:

Spaltung proletarischer Eltern vorerst geglückt

Die Schulsituation im Lübecker Stadtteil Moisling ist typisch für sogenannte Trabantenstädte, die es überall am Rande der Großstadt gibt.

In kürzester Zeit, in den letzten 10 Jahren, sind hier Betonsilos und Wohnblocks aus dem Boden gestampft worden. Die Einwohnerzahl ist in diesem Zeitraum um das sechsfache gestiegen. Moisling ist ein vorwiegend proletarischer Stadtteil, ein hoher Prozentsatz der Bewohner kommt aus ehemaligen Barackenlagern. Die meisten Familien sind kinderreich, die Hälfte der Einwohner sind Kinder oder Jugendliche.

Angesichts der ständig steigenden Schülerzahl reichen schon heute die Räume der drei Volksschulen nicht aus, um alle Klassen unterzubringen. Die Schüler werden teilweise in auf dem Schulhof errichteten Holzpavillons unterrichtet. Raum- und Lehrermangel führen zu viel zu großen Klassen. Ein Unterricht, der – wie es im Interesse der Kinder nötig wäre – die Schüler fördert und ihnen bei der Überwindung ihrer Lernschwierigkeiten hilft, ist in Klassen mit mehr als 35 Kindern nicht möglich. Die Schüler brauchen eine solche Hilfe umso nötiger, als der größte Teil von ihnen aus den untersten Arbeiterschichten kommt und ihre Eltern teilweise sogar Ausländer sind, die nach dem 2. Weltkrieg nicht in ihre Heimat zurückgegangen sind (Polen, Letten, Russen). Seit etwa sieben Jahren erfahren die Moislinger Sonderschüler und ihre Eltern die Schulmisere in besonderem Maße. Die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, das Bedürfnis aller Kinder nach einer guten Ausbildung zu erfüllen, zeigt sich im Sonderschulbereich am deutlichsten.

Wie wird man Sonderschüler ?



„Bürgerliche Demagogen scheuen vor nichts zurück: Volksschüler werden gegen Sonderschüler gehetzt"

Wie wird man Sonderschüler ?

Die Sonderschulen für Lernbehinderte sollen die Kinder aufnehmen, „die wegen ihrer Lernbehinerung dem Bildungsgang der Volksschule nicht zu folgen vermögen". Der überwiegende Teil der Sonderschüler kommt aus Familien, in denen die finanzielle Not besonders schlimm ist: In vielen der meist sehr kinderreichen Familien war der Vater mal längere Zeit krank oder arbeitslos. Die Preise steigen, die Miete für eine 80 qm „Sozial"-wohnung beträgt in Moisling 350 Mark, so daß die Mütter praktisch immer mitarbeiten müssen. Dies alles geht zu Lasten der Kinder, um die sich niemand ausreichend kümmern kann, denn Kindergärten stehen nicht genügend zur Verfügung.

So wird dann in vielen Gebieten, in denen sogenannte „Schlichtwohnungen" oder andere „Wohnungen" für den ärmsten Teil des Proletariats eingerichtet werden, der Bau einer Sonderschule von vorneherein mit eingeplant!

Die Sonderschüler kommen also im allgemeinen aus den untersten Schichten des Proletariats – nur die schlimmsten Zyniker wagen heute noch zu behaupten, daß die Lernschwierigkeiten der Sonderschüler angeboren sind. (Im ARBEITERKAMPF 24 berichteten wir ausführlich über die Methode bürgerlicher Wissenschaftler, Eltern von Kindern mit Lernschwierigkeiten einzureden, daß ihre Kinder und vielleicht auch sie selbst einen Hirnschaden hätten, und somit die Verantwortung für gesellschaftliche Mißstände weit von sich zu schieben.)

Ist es ein Wunder

- ▷ daß ein Kind aus engsten Wohnverhältnissen „Konzentrationsschwierigkeiten" in der Schule hat?
- ▷ daß ein Kind, das spürt, daß die Aufgaben, die die bürgerliche Schule ihm stellt, nichts, aber auch gar nichts an seiner eigenen Situation ändern, nicht „fleißig" ist und „Anpassungsschwierigkeiten" zeigt?
- ▷ daß diese Kinder im bürgerlichen Sinne nicht „intelligent" sind? Intelligenz heißt im Kapitalismus die Fähigkeit, Kenntnisse zu erwerben und zu verarbeiten, die dem Bestand der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nützen. Eine Gesellschaftsordnung also, die den Kindern nichts zu bieten aht als Anpassung an Ausbeutung und Unterdrückung.

Wen wundert es, wenn hauptsächlich Kinder aus Arbeiterfamilien sich zu den geforderten Sprach-, Denk- und Verhaltensweisen im Widerspruch befinden und als „lernbehindert" gelten?

Hinzu kommen:

- ▷ überfüllte Klassen: Wenn Schulanfängerklassen mit 30 bis über 40 Kindern an der Tagesordnung sind, können selbst Lehrer, die nicht mit dem weitverbreiteten kleinbürgerlichen Bewußtsein („der Kleine ist eben zu dumm für diese Schule, kein Wunder bei d e n Eltern") an ihren Unterricht herangehen, sich einfach nicht genügend um die Lernschwierigkeiten der einzelnen kümmern.
- ▷ Die Lehrerausbildung erfolgt immer noch, ohne daß der künftige Lehrer Einsichten in die gesellschaftlichen Bedingungen seines Unterrichts erwirbt.
- ▷ Die berufliche Belastung besonders in der Anfangszeit führt leicht zu Resignation und Abstumpfung des zunächst oft engagierten Lehrers.
- ▷ Übereifriges Vorgehen ohne geduldige Zusammenarbeit mit den Eltern treibt wohlmeinende Lehrer leicht in die Isolierung und erleichtert ihren Abschuß durch die Schulbehörde und reaktionäre Teile der Lehrer- und Elternschaft.

Selbst Einsatzfreude und methodisches Geschick einzelner Lehrer können nicht verhindern, daß Lernbehinderte schon in den ersten Schuljahren ausgesondert werden. Zwar werden die Eltern vorher „gehört", aber aus Angst vor Repressalien oder aus einfacher Hilflosigkeit werden die ohnehin geringen Einspruchsmöglichkeiten nicht genutzt.

Was geschieht mit den Sonderschülern ?

Es ist stets das Bestreben der Kapitalisten gewesen, die Arbeiterklasse zu spalten, um das für die Kapitalistenklasse gefährliche Bewußtsein der Gemeinsamkeit zu verhindern.

Jedoch: Nur Bewußtsein über die Gemeinsamkeit der miesen Lage kann zur Gemeinsamkeit im Kampf um deren Überwindung führen!!!

Ein bewährtes Spaltungsmittel der Kapitalisten ist die Ideologie der privaten Familie: „Familiensorgen sind private Sorgen – also Deine eigenen! – Deine Kinder sind Dein Eigentum, deren Probleme oder Erfolge sind allein Deine, sie haben mit den Problemen oder Erfolgen der anderen überhaupt nichts zu tun!" Mit Hilfe dieser Ideologie ist es den Kapitalisten auch gelungen, die Eltern der Kinder in unterschiedlichen Schulen und Schularten zu spalten und ihnen das Gefühl „besonderer" Interessen zu geben. Proletarische Eltern schätzen sich oft glücklich, wenn ihre Kinder eine Realschule oder ein Gymnasium besuchen können. Sie werden dann mal „was besseres". Doch einzelne „Aufsteiger" ändern am Schicksal der Kinder der ganzen Arbeiterklasse absolut gar nichts.

Mit der kleinsten Elterngruppe im Proletariat haben die Kapitalisten das leichteste Spiel:

- ▷ Im ganzen Bundesgebiet werden die Sonderschüler in den schlechtesten und ältesten Gebäuden untergebracht (von Renommierausnahmen abgesehen).
- ▷ In den Sonderschulen ist der Anteil derjenigen Lehrkräfte, die hierfür keine besondere Ausbildung haben, am höchsten.
- ▷ Sonderschüler haben die geringste Wochenstundenzahl – angeblich um die Kinder nicht zu überfordern, ist das Ziel ihres Unterrichts die „Vermittlung eines Mindestwissens" („Mindestwissen" wozu?).
- ▷ Der Unterrichtsausfall (Fehlstunden) ist darüber hinaus in diesem Schulzweig auch noch am höchsten, in Schleswig-Holstein doppelt so hoch wie bei den Gymnasien, nämlich 18,4 %!

Im Lübecker Stadtteil Moisling ist die Zahl der „Lernbehinderten" besonders hoch, z.Zt. etwa 250 Kinder. Für die Sonderschüler wurde bisher aber keine eigene Schule gebaut; die Sonderschüler wurden aufgeteilt, andere Schulen mußten „etwas zusammenrücken" und Räume abgeben und zusätzlich wurden noch einige primitive Pavillons aufgestellt. Zum Fachunterricht (Kochen, Turnen) wandern die Schüler in andere Gebäude. Wegen Lehrermangel wurde der Unterricht gekürzt – oft kommen 10jährige aus der 3. Klasse schon nach 2 1/2 Stunden wieder nach Hause, bei Krankheit eines Lehrers fällt der Unterricht häufig ganz aus.

Das Ergebnis ist klar: nicht die angeblich angestrebte Rehabilition (Überwindung der Lernschwierigkeiten) und Resozialisation (Wiedereingliederung in die „normale" Schule), sondern Vertiefung der Absonderung. Das in der Sonderschule erworbene „Mindestwissen" erlaubt später keine weitere berufliche Qualifizierung mehr, die Chancen beim Verkauf der Arbeitskraft sind gering, Ausbildungsverträge für Sonderschulabgänger sind eine Seltenheit. Kommt trotzdem mal ein Ausbildungsvertrag zustande, dann nur, weil Sonderschüler „meist sehr willig bei der Arbeit sind" und sie als Lehrlinge noch billiger sind, als wenn man gleich den Hilfsarbeiterlohn bezahlen müßte.

Schulstreik in Moisling

Nachdem die Sonderschuleltern in Moisling jahrelang auf den Bau einer eigenen Schule vertröstet worden waren, stellte man ihnen im letzten Jahr einen ungenutzten Teil der noch im Aufbau befindlichen Geibel-Realschule am Brüder-Grimm-Ring für die Oberstufe zur Verfügung. Die Schwierigkeiten ließen sich aber schon absehen für den Zeitpunkt, wo die Realschule ihre Räume selbst benötigen wird. Die Eltern verstärkten ihre Proteste und sahen den Erfolg nahe, als plötzlich im Februar 73 Geld aus einem Schulbau-Sonderprogramm bereitgestellt wurde.

Als Baugelände war der Platz direkt neben der Brüder-Grimm-Schule (BGS), der Volksschule im Brüder-Grimm-Ring neben der Geibel-Realschule, vorgesehen.

Dieser Bauplatz entsprach den Vorstellungen der Sonderschuleltern: ihre Kinder würden nicht auch noch räumlich von den anderen Kindern abgesondert, eine meist bei Aufnahme in die Sonderschule in Aussicht gestellte Rückgliederung würde nicht auch noch durch räumlich bedingte Verständigungsschwierigkeiten zwischen den Lehrern der betreffenden Schulen erschwert, während bei Wegen von z.B. 1 1/2 km sowieso schon überforderte Lehrer sich kaum noch die Mühe machen würden, ständige Kontakte zu den Lehrern anderer Schulen zu unterhalten.

Der Bauplatz paßte auch in das SPD-Konzept des Lübecker Senats für ein Schulzentrum (Mini-Gesamtschule), womit die SPD „Chancengleichheit" zu verwirklichen vorgibt. Zudem könnte sich die Lübecker SPD für die Gemeindewahl 1974 durch sofortige Inangriffnahme des Baus als „Anwalt der Unterprivilegierten" empfehlen.

Die CDU war jedoch auch nicht faul: Sie sah eine Gelegenheit, ihre eigenen reaktionären Bildungsvorstellungen, zu denen auch die Aufrechterhaltung eines möglichst vielgliedrigen Schulsystems gehört, mit dem Bestreben zu verbinden, im Arbeiterviertel Moisling unter den Eltern Fuß zu fassen. Dabei nutzte sie auf geschickte Weise die oben schon erwähnte Spaltung der Elternschaft in Eltern verschiedener Schularten demagogisch aus und klemmte sich hinter den Rektor der BGS. Dieser war auch schon gegen den Bau der Geibel-Realschule neben „seiner" Volksschule gewesen und lieferte bereitwillig die Scheinargumente:

Durch den Bau der Sonderschule neben der BGS würde den Kindern aus der Umgebung der dort befindliche einzige Bolzplatz verloren gehen, den er außerdem für den Turnunterricht seiner Schule benötigte.

Schlimm genug, daß es in Moisling nur einen einzigen größeren Platz mit Spielmöglichkeiten für die Kinder gibt - ansonsten existieren nur ziemlich trostlose ‚Spielecken' (kleine sandige Flächen mit Schaukel und Sandkiste) –. Hinzu kommt, daß der Bolzplatz wegen seiner Lage am Stadtrand sowieso für die meisten Moislinger Kinder zu weit entfernt und überdies in einem Zustand ist, daß er sich bei Regen sofort in eine Schlammwüste verwandelt und nicht bespielbar ist. Schulisch wird er zur Zeit nicht genutzt.

Hier wird der katastrophale Mangel an geeigneten Spielplätzen in Neubaugebieten mit „sozialem Wohnungsbau" auch noch frech zur Spaltung der unmittelbar davon Betroffenen ausgenutzt.

Der Elternrat der BGS fiel auf dieses Manöver hinein – soweit das Bolzplatz-Argument nicht nur zu verbergen half, daß man seine „normalen" Kinder von den „Doofen" fernhalten wollte.

Als weiterer Bundesgenosse wur-

Als weiterer Bundesgenosse wurde außerdem der sog. „Gemeinnützige Verein Moisling" unter Vorsitz des Seelenhirten Gorgs gewonnen – (Wer spielt in solchen Vereinen eigentlich die erste Geige – die Arbeitereltern?).

Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, mit Hilfe der BGS-Eltern den Sonderschuleltern eins zu verpassen. Am 4. April kam es schließlich zu einem Protestmarsch der Brüder-Grimm-Schüler durch Moisling unter Transparenten wie „Laßt uns unseren Bolzplatz" – „Baut Euch woanders eine Schule".

Die Spaltung war geglückt.

(In AK 24 und 30 wurde bereits darauf eingegangen, wie schädlich die Spaltung der Elternschaft einer Schule für den gemeinsamen Kampf ist. Im Fall Moisling wurde die allgemeine Spaltung in Schularten ausgenutzt.)

Nach der Spaltung zugeschlagen

Jetzt konnte die CDU einen parlamentarischen Trick anwenden: Auf der Bürgerschaftssitzung am 24. Mai nutzte sie die n i c h t z u f ä l l i g e Abwesenheit fast eines Drittels der SPD-Mehrheit (diese Herren waren jeweils zu den Sitzungen „verschnupft", weil sie nicht erneut als Kandidaten für die kommende Kommunalwahl aufgestellt wurden.), um mit einem Überraschungsantrag ihres „Schulexperten" Schütt (im Nebenberuf leitender Regierungsdirektor im Kieler Landesschulamt) den Beschluß fassen zu lassen, daß die Sonderschule am äußersten Stadtrand südwestlich des Freibades an der Niendorfer Straße gebaut wird, etwa 1,5 km von der BGS entfernt.

Moisling, das ehemalige Judenghetto Lübecks, sollte nun ein Ghetto für Sonderschüler erhalten.

Daß als krönender Abschluß der Spaltungstaktik die Volks- und Realschüler und ihre Eltern nicht auch

▶▶

Forts. Sonderschulstreik

noch übers Ohr gehauen wurden, lag leider nicht an deren Wachsamkeit. Es kam vielmehr so:

Streik der Sonderschüler

Als richtiges Mittel, um den Unmut der Sonderschuleltern gegen dieses Vorgehen deutlich zu machen, organisierte der Elternratsvorsitzende am 25./26. Juni einen zweitägigen Warnstreik, der durch seine hohe Beteiligung – am zweiten Tag fehlten über 80 % der Schüler – o h n e daß vorher noch eine Elternversammlung stattgefunden hatte – die große Erbitterung der Eltern signalisierte.

Zwei Tage später fand eine erneute Bürgerschaftssitzung statt, auf der diesmal alle SPD-Abgeordneten anwesend waren, die nun als „Retter in der Not" beschlossen, daß die Sonderschule doch noch neben der BGS gebaut wird.

Mehr Demokratie wagen ?

Wie schon erwähnt, paßte das Streikziel in das Konzept der Lübecker SPD, sich als „Anwalt der Unterprivilegierten" hervorzutun und damit Illusionen bei den Arbeitereltern über ihre wahre Rolle neue Nahrung zu geben.

In diesem Fall gab zwar die CDU den aktuellen Anlaß für die Zuspitzung der Lage in Moisling, aber hat nicht die SPD mit ihrer Mehrheit in der Lübecker Bürgerschaft jahrelang die Verantwortung für Stadtplanung und Schulbau in Moisling getragen?

Beim Moislinger Schulstreik verhielt sich das SPD-Stadtschulamt zwar „neutral", doch: Geschah das in der Überzeugung, daß die Eltern ihre Sache selbst in die Hand nehmen müssen, weil man „mehr Demokratie wagen" muß, oder geschah es, weil man hier in die Robe des Anwalts für die „Unter"privilegierten schlüpfen und von den bisherigen eigenen Versäumnissen ablenken konnte?

Die Antwort fällt eindeutig aus. Man braucht sich nur das Verhalten der SPD-Schulbehörde in Hamburg vor Augen zu führen, die kampfbereite Elternräte, die sich konsequent für das Wohl aller Kinder an ihrer Schule einsetzen, als „Druck der Straße" diffamiert und Schulstreiks in Arbeitervierteln als „illegal" kriminalisieren will. (Siehe dazu unsere Berichte über die Vorkommnisse an verschiedenen Hamburger Schulen in AK 24, 28, 30).

Erst Ende Mai hat die Kultusministerkonferenz unter Beteiligung der Minister aus den SPD-Ländern das „organisierte Fernbleiben der Schüler vom Unterricht" einfach verboten. Hier ging die „Mitbestimmung" zu weit!

Spontane Aktion – Wer bleibt Sieger ?

Besonders die Erfahrungen, die Hamburger Eltern bei ihrem Kampf für eine bessere Schulausbildung ihrer Kinder gemacht haben, legen den Schluß nahe, daß der Bau der Sonderschule nicht allein als Erfolg einer konsequenten Aktion der Sonderschuleltern gewertet werden darf.

Die Schwäche des Moislinger Schulstreiks lag darin, daß es eine spontane Aktion war, in der das bewußte Element an keiner Stelle sichtbar geworden ist. Es herrschte bei den Beteiligten kein Bewußtsein über die politischen Ursachen und Hintergründe der Schulmisere im allgemeinen und besonders in Moisling. Das Sonderschulproblem ist nur ein verschärfter Ausdruck der allgemeinen Schulmisere und nicht durch das „schmutzige Geschäft" der einen oder anderen Partei zu erklären.

Gerade weil dieses Bewußtsein fehlte, war es der SPD schließlich doch noch möglich, sich als „Anwalt der Unterprivilegierten" nicht zu diskreditieren. Eine Loslösung von den bürgerlichen Parteien mit Richtung auf eine allseitige Klassenpolitik hat bei den proletarischen Eltern noch nicht stattgefunden.

Aus diesen Gründen wäre es auch falsch, den Streik einseitig als „tollen Erfolg" hochzujubeln und zu meinen, die Eltern hätten doch „solidarisch ihre Sache in die Hand genommen" und „gesehen, daß ein Streik Wirkungen zeigt" (wie man nach der Aktion hören konnte), das wäre doch schon allerhand.

Natürlich ist es ein wichtiger Schritt, daß die Moislinger Eltern aus der Einsicht heraus den Streik durchgeführt haben, sich nicht länger mit Versprechen der Parteien abfinden zu wollen. Dennoch fehlte es an Klarheit über die Notwendigkeit eines langfristig zu führenden Kampfes um die Verbesserung des Schulwesens für a l l e Arbeiterkinder. Der Nachteil der Zersplitterung der Kräfte konnte schon jetzt von den Moislinger Eltern erfahren werden. Das Ergebnis des Streiks kann leicht falsch als Sieg der Sonderschuleltern über die anderen Eltern verstanden werden – und mit diesem Ziel wurden auch die Fronten von außen errichtet.

Darauf zielte auch das Verhalten der Presse ab, die in ihrer „objektiven" Berichterstattung durch die Veröffentlichung unterschiedlicher Stellungnahmen zur Verwirrung unter den Eltern beitrug. Ein Musterbeispiel dafür war während des Streiks in der NDR „Umschau am Abend" zu finden, in der „beide Elternseiten" zu Wort kamen, und der Kommentator anschließend sinngemäß ganz frech den Streik als „kleinkarierten Streit" um ein paar hundert Meter Abstand zwischen den Schultüren abtun konnte.

Um einer Vertiefung der Spaltung der Elternschaft durch diesen Streik entgegenzuwirken, wäre es unbedingt wichtig gewesen, auf die unmittelbaren Folgen des Schulbaus am Freibad (also nicht neben der BGS) auch für die Schüler der Volks- und Realschulen hinzuweisen und unmißverständlich zu zeigen, daß diese nach gelungener Spaltung auch noch übers Ohr gehauen werden sollten durch

- Verzögerung des Sonderschulbaus und die damit verbundene zusätzliche Verschärfung der Schulraumnot für alle Schüler auf mindestens zwei Jahre, (wobei noch nicht einmal sichergestellt war, daß das nötige Geld dann auch noch zur Verfügung steht)
- durch Wegfall der geplanten drei-teiligen Sporthalle für alle Schulen am Brüder-Grimm-Ring
- und keine Sanierung der auch nach Sonderschulbau verbleibenden 3 000 qm des Bolzplatzes.

Ergebnis der Spaltungstaktik wären letztlich Nachteile für alle Moislinger Eltern und Schüler gewesen!!!

Guter Wille allein genügt noch nicht

Eine Gruppe jüngerer gewerkschaftlich organisierter Lehrer beschloß etwa zehn Tage vor dem Streik, die Sonderschuleltern bei ihrem Kampf zu unterstützen und wurde vom Elternrat gebeten, ihm bei der Durchführung der Urabstimmung durch die Befragung und Unterschriftensammlung (Urabstimmung zum Streik) zu helfen. Die Eltern lernten diese jungen Lehrer also durch einen einzigen Hausbebesuch kennen. Kontakte zu den Eltern der anderen Schulen sowie zu den Lehrern aller beteiligten Schulen konnten aus Zeitdruck nicht aufgenommen werden.

Wie es bei einer derart kurzfristig durchgeführten Aktion auch nicht anders sein konnte, beschränkten sich die Lehrer auf eine rein organisatorische Unterstützung – weder während des Streiks noch danach konnten sie eine eigene politische Stellungnahme abgeben. Kritik an der Vorgehensweise dieser Lehrer ist deshalb angebracht, weil der Großteil das Selbstverständnis hat, die Arbeiterklasse in ihrem Kampf zu unterstützen. Ein solches Selbstverständnis verlangt geradezu danach, den politischen Charakter des Sonderschulbauproblems genauer zu untersuchen. Das ist anscheinend unterlassen worden, so daß entgegen ihrem Selbstverständnis die Lehrer sich auf rein organisatorische Unterstützung beschränken mußten.

Ziel für die Zukunft müßte sein, daß fortschrittliche Lehrer gemeinsam mit den Eltern aller dortigen Schulen den Kampf gegen die Schulmisere in Moisling aufnehmen, wobei sie nicht in einer einmaligen, sicher gut gemeinten Aktion, sondern in ständiger Kleinarbeit beweisen müssen, auf welcher Seite sie stehen.

Dabei geht es nicht darum, daß sie als Lehrer den Eltern „gute Ratschläge" geben oder daß sie sich als Anwälte aufspielen („Der Lehrer als Anwalt des Kindes") und dabei die Augen verschließen vor der Notwendigkeit, aber auch der Möglichkeit, daß die Eltern für die Verbesserung ihrer Lage selbst kämpfen.

Den Kampf der Eltern dürfen sie nicht als deren Stellvertreter führen, sie können aber unterstützend dazu beitragen, indem sie Informationen und Kenntnisse weitergeben, die sie durch ihre berufliche Ausbildung erworben haben oder die sie durch Untersuchungen in ihrem Arbeitsbereich gewinnen.

Auf jeden Fall verkehrt wäre es, wenn die Lehrer sich mehr nach der Devise „Dabei sein ist alles!" als aus bestimmten politischen Einsichten heraus an Bewegungen in Schulen heranhängen. Tendenzen in diese Richtung hat es schon während des Sonderschulstreiks in Moisling gegeben.

Wie geht es weiter in Moisling ?

Mit dem Bau der Sonderschule sind die Schulprobleme in Moisling natürlich längst nicht beseitigt. Zu große Klassen, zu wenig Lehrer, mangelnde Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln in a l l e n Schulbereichen werden den Moislinger Eltern noch viel mehr Sorgen bereiten als dies bisher der Fall war. Sieht man einmal davon ab, daß insgesamt in der BRD mit einer Verschlechterung der Zustände an den Volks- Real- und Sonderschulen zu rechnen ist (siehe hierzu unseren in AK 31 veröffentlichten Artikel „Lebensqualität an Schulen – ein Trugschluß"), verschärft sich die Lage noch dadurch, daß es sich um ein noch im rapiden Ausbau befindliches Wohngebiet handelt. Die ständig neu aus dem Boden gestampften Wohnsilos werden häufig von kinderreichen Familien bezogen, so daß in den nächsten Jahren die Klassenzimmer in Moisling bis zum Erbrechen gefüllt sein werden.

Verbesserungen werden die Eltern aber nur dann wirksam erreichen können, wenn mit größtem Maß an Einheit gegen diese Entwicklung gekämpft wird. Die Spaltung der proletarischen Eltern zu überwinden wird eine schwierige Aufgabe sein, da sich jetzt eher eine Vertiefung als erste Schritte zur Überwindung ergeben hat. Es handelt sich hierbei um das Ergebnis des spontanen Charakters des Sonderschulstreiks.

Auf der anderen Seite zeigt der durchgeführte Streik aber auch, daß ein Teil der Moislinger Eltern nicht mehr gewillt ist, sich länger durch großartige Versprechungen hinhalten zu lassen. Die Erfahrungen, die von ihnen in den vergangenen Jahren mit der Schulverwaltung und den bürgerlichen Parteien gemacht wurden und die während des Streiks gewonnenen Erkenntnisse müssen in Zukunft r i c h t i g verwertet werden.

So war es falsch, daß sich der Elternratsvorsitzende erst an die gesamte Elternschaft wendete, nachdem er bereits an die Öffentlichkeit (Presse usw.) getreten war. Parteien und Presse hatten infolgedessen leichtes Spiel, durch verwirrende Stellungnahmen Illusionen unter den Sonderschuleltern zu schüren, die darin bestanden, daß der „Erfolg" ihres Kampfes nur im Bau der Sonderschule bestehen müsse, nicht aber in der Verbesserung an a l l e n Schulen. Die Resignation wird spätestens dann auf dem Fuße folgen, wenn die Verschlechterung der Schulausbildung für die Kinder aller Eltern spürbar wird. Der Bau der Sonderschule am BG-Ring entpuppte sich dann als Tropfen auf den heißen Stein.

„Aufschwung der Schulkämpfe" ?

Der Verlauf des Schulkampfes in Moisling ist jedoch nicht nur kennzeichnend für spontane Schulkämpfe schlechthin, sondern auch kennzeichnend für den Stand der Arbeiterbewegung überhaupt.

Ebenso wie die Bewegung in Betrieben und Gewerkschaften noch stark zersplittert ist, sind auch Bewegungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen meist isolierte Aktionen, die häufig mit Mißerfolgen enden. Nur in Einzelfällen bestehen Elterngruppen, die den Kampf um bessere Ausbildungsbedingungen schon als Teil eines einheitlichen Klassenkampfes des Proletariats auffassen und dementsprechend Schulkämpfe zu weiterreichenden Erfolgen führen können.

Festzustellen ist, daß das Ausmaß solcher spontanen Kämpfe an Schulen zwar zunimmt, während die Qualität demgegenüber weit zurückhinkt. Kurzfristige Aktionen empörter Eltern müssen verpuffen, solange sie sich nicht auf langfristig angelegte Kämpfe gegen die Verschlechterung der Schulsituation einrichten und nicht erkennen, daß ihr Kampf wirklich erfolgreich nur dann zuende geführt werden kann, wenn er gegen das ganze bestehende Schulsystem als Instrument der Kapitalisten geführt wird.

Davon sind wir aber noch weit entfernt, auch wenn viele „linke" Gruppen das nicht wahrhaben wollen. ■

Vertriebsorganisation des KB/ Lübeck – Bezirk Süd

Demokratisierung der Schule ?

Unter dem Aushängeschild „Demokratisierung der Schule" ist am 1. August 73 in Hamburg das neue Schulverfassungsgesetz in Kraft getreten, das das alte Schulverwaltungsgesetz ablöst. Während die CDU, unterstützt von den reaktionären Lehrerverbänden, ein großes Geschrei anstimmte, das SPD-Modell ermögliche es „extremistischen Schülern und Junglehrern", die Schulen in „radikalpolitische Konfessionsschulen" umzuwandeln, konnte die SPD umso besser die „Fortschrittlichkeit" ihres Gesetzes herausstreichen. Das neue SVG gewähre allen an der Schule beteiligten Gruppen, Lehrern, Eltern und Schülern, weitgehende Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte. Zweck des Gesetzes sei das „demokratische Zusammenwirken und die echte Teilhabe der betroffenen Gruppen".

Rechtzeitig vor Inkrafttreten des SVG probierten Schulleiter, Hauptseminarleiter (Ausbilder der Referendare; erfahrungsgemäß eine Absprungbasis für einen guten Posten in der Schulbehörde) mit Hilfe eines Planspiels aus, wie man mit dem neuen Gesetz der an der Schule zu erwartenden Konflikte Herr werden kann.

Laut *Planspiel* braucht man von der Gruppe der Lehrer offensichtlich keine Bedrohung gegen die kapitalistische Bildungspolitik zu befürchten, dagegen muß man sich mit Eltern und Schülern befassen, von denen man künftig verstärkt mit Widerstand und Kampfmaßnahmen rechnet. Wie müssen wir vorgehen, wenn die Eltern einen Schulstreik beabsichtigen? fragen sich also die Schulleiter. Am besten man verhindert überhaupt das Zustandekommen des Streikbeschlusses im Elternrat, indem der Schulleiter selbst in die Diskussion „eingreift". Beschließen die Eltern dennoch den Streik, sind sie verpflichtet, sich wegen der Ausführung ihres Beschlusses mit dem Schulleiter zu verständigen. „Wird keine Verständigung erzielt, so ist der Beschluß der Schulkonferenz vorzulegen." (§ 29,6). Im *Planspiel* wird gezeigt, wie man in diesem Gremium, in dem alle Gruppen „gemeinsam und gleichberechtigt" mitwirken sollen (so im Vorwort zum SVG), mit dem Streikbeschluß der Eltern zu verfahren beabsichtigt: „ – nach der Diskussion, in die auch der Schulaufsichtsbeamte mehrfach eingriff, wurde folgender Antrag zu dem Thema (Schulstreik) angenomman: Die Schulkonferenz fordert das Amt für Schule auf, darzulegen, welche Maßnahmen in welchem Zeitraum zur Senkung der Klassenfrequenzen in der Schule Kupferhof ergriffen werden sollen."

Was ein „Eingreifen" der Schulaufsicht zum Thema Schulstreik nur heißen kann, haben die bisherigen Erfahrungen unmißverständlich klar gemacht. In den Streik der Eltern der Schule Kielortallee griffen Oberschulrat Kayser und Schulsenator Apel mit Briefen an alle streikwilligen Eltern ein, in denen ihnen rechtswidriges Verhalten vorgeworfen wurde und ihnen mit Bußgeldstrafen gedroht wurde. Einschüchterungen und Bedrohungen sind ein Mittel des Versuchs, die Kampfbereitschaft der Eltern zu brechen, ein anderes Mittel wird ebenfalls gleich eingeplant. Der Beschluß, den man die Schulkonferenz beschließen läßt, zeigt deutlich: Mit Versprechungen, ihre Forderungen zu überprüfen und das Möglichste zu tun, sollen die Eltern vertröstet werden, sich Hoffnungen machen und abwarten.

Nach dem Motto „Zuckerbrot und Peitsche" sollen die Eltern vom Kampf für die Interessen ihrer Kinder abgehalten werden und das neue SVG erweist sich hierzu als ausgezeichnetes Instrument.

Wie man beabsichtigt, Konflikte mit Schülern zu lösen, wird im *Planspiel* am Fall eines Schülers demonstriert, der wegen „erheblichen Verstoßes gegen die Schulordnung" abgeschult werden soll. Laut *Planspiel* ist er Mitglied des Marxistischen Schülerbundes, sein Verhalten wird als anarchistisch dargestellt.

In allen drei Gremien, Lehrerkonferenz, Eltern- und Schülerrat, ist gegen die Abschulung gestimmt worden. Als die Gremienvertreter in der Schulkonferenz endgültig über die Abschulung entscheiden wollen, hat der Schulleiter schon gehandelt und den Schüler vom Unterricht ausgeschlossen, völlig im Einklang mit dem neuen SVG: „In Angelegenheiten, in denen eine sofortige Entscheidung notwendig ist, kann der Schulleiter diese allein treffen". Die sofortige Maßnahme schien dem Schulleiter notwendig, weil der Schüler ohne Rücksprache mit ihm einen Verkaufsstand in der Schule errichtet hatte, um marxistische Literatur zu verkaufen. Im *Planspiel* wird gleich weiterentwickelt, wie man sich zu verhalten hat, falls die Schulkonferenz die Entscheidung des Schulleiters nicht nachträglich bestätigt. Auch für diesen Fall ist im SVG vorgesorgt. Der Schulleiter erhebt Einspruch gegen den Beschluß der Schulkonferenz, wozu ihn § 17 des Gesetzes sogar „verpflichtet", wenn er „für die Durchführung des Beschlusses nicht die Verantwortung übernehmen kann". Daß der Schüler von der Schule muß, sei man den anderen Schülern und sich selber schuldig, heißt es in der Begründung.

»

10. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin, DDR

Vom 28. Juli bis zum 5. August fanden dieses Jahr in Berlin/DDR die zehnten Weltfestspiele der Jugend und Studenten statt. Unter dem Motto: „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft" trafen sich in Berlin 26 000 Jugendliche aus 140 Ländern. Christliche, demokratische, sozialistische und kommunistische Organisationen waren in Berlin vertreten, insgesamt rund 1 600. Aus der BRD waren 800 Delegierte aus über 40 Jugend- und Studentenorganisationen dabei.

Die Weltfestspiele sind die größten internationalen Jugendtreffen der Welt. Initiator der Festspielbewegung ist der „Weltbund der Demokratischen Jugend" (WBDJ). Der WBDJ ist nach dem zweiten Weltkrieg von 63 antiimperialistischen Jugendverbänden gegründet worden, in der BRD ist die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ) Mitglied.

Dieses zehnte Festival zeichnete sich im Gegensatz zu den neun vorhergegangenen dadurch aus, daß es zum ersten Mal eine politische Parole in den Mittelpunkt gestellt wurde: „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft". Vorher standen in der Regel moralische Appelle wie „Nieder mit dem Haß für immer" über den Festspielen.

Schon bei der Eröffnungsveranstaltung, dem Einmarsch der Delegationen in das „Stadion der Weltjugend" zeigte sich, daß die Parole „Für antiimperialistische Solidarität Frieden und Freundschaft" unterschiedlich interpretiert wurde.

So sagte der Präsident des WBDJ Viezzi bei der Eröffnung: „Unser Zusammenfinden zeigt, daß sich die übergroße Mehrheit der Jugend vereinigen kann und bereit ist, gemeinsam um die Lösung der Lebensfragen unserer Zeit zu kämpfen." Und Leonid Breschnjew schrieb in seiner Grußbotschaft: „In unseren Tagen schaltet sich die junge Generation, die sich für das Schicksal des Friedens und eine bessere Zukunft der Menschheit mitverantwortlich fühlt, aktiv in den Kampf dafür ein, daß allen Völkern die Möglichkeit garantiert wird, unter den Bedingungen eines dauerhaften Friedens und internationaler Sicherheit schöpferisch tätig zu sein... Um aber die gegenwärtige und insgesamt positive Entwicklung der internationalen Lage unumstößlich zu machen, sind weitere entschiedene Bemühungen sowie aktive gemeinsame Aktionen aller fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte notwendig..."

Überschätzung des Kräfteverhältnisses war Grund zum Jubeln

Diese beiden Äußerungen kennzeichnen den offiziellen Tenor der Weltfestspiele: Die „positive Entwicklung der internationalen Lage", die Unterschätzung des Imperialismus also, der Glaube an die Sicherheit der „friedlichen Koexistenz" durch Verträge und die Einschätzung, daß die Jugend der Welt sich so gut wie einig im antiimperialistischen Kampf ist, gaben auf allen Veranstaltungen den Vorwand zum Jubeln.

Dagegen traten die Delegationen aus den Ländern, die in direkter militärischer und politischer Auseinandersetzung mit dem Imperialismus stehen, sehr ernst und kämpferisch auf. Die Konfrontation mit dem imperialistischen Feind führt offenbar zu einer nüchterneren Einschätzung des Kräfteverhältnisses. So richteten die Südvietnamesen einen Appell „An die Völker der Welt, denen Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit teuer sind", in dem



Afrikanische Genossen beim Festival

sie um Solidarität mit den rund 200 000 politischen Gefangenen in in Südvietnam baten, die nach wie vor in südvietnamesichen Gefängnissen bestialisch gefoltert und ermordet werden. In diesem Appell ist auch zu lesen, was von mit Imperialisten geschlossenen Verträgen zu halten ist: „Mit diesen Plänen und Handlungen verletzen die Vereinigten Staaten und das Saigoner Regime sehr ernsthaft das Pariser Vietnamabkommen und das Gemeinsame Kommuniqué vom 13. Juni 1973, treten in grober Weise das Völkerrecht mit Füßen, widersprechen offen den dringlichsten und aufrichtigsten Wünschen der südvietnamesischen Bevölkerung nach Frieden, Unabhängigkeit, demokratischen Freiheiten, nationaler Versöhnung und Eintracht. Diese Handlungen sind äußerst freche Herausforderungen an die fortschrittliche Menschheit." Hier bietet die politische Situation wahrhaftig keinen Grudn zum Jubeln.

Wie aus den Delegierten der Jungen Union „Antiimperialisten" gemacht wurden

Nach der Melodie von „Horch, was kommt von druaßen rein, holla hi, holla ho..." marschierten die Delegierten aus der BRD ins Stadion, zu denen auch 17 Delegierte der Jungen Union gehörten. Unter Einschluß der Jungen Union wurden die Delegierten aus der BRD offiziell immer wieder als Vertreter der antiimperialistischen Jugend der BRD begrüßt; die weite Zersplitterung der politischen Bewegung in der BRD, die schweren politischen Differenzen im Kampf der Jugend wurden zwecks „Einheit" einfach unter den Teppich gekehrt; so tauchten am Rande nur noch „unterschiedliche Meinungen in Einzelfragen zum politischen Kampf" auf.

„Die Einheit der Weltjugend im Kampf gegen den Imperialismus"...

Wie schon auf der Eröffnungsveranstaltung zog sich durch alle offiziellen Beiträge die Geschichte von der Weltjugend, die in Berlin die Einigkeit im Kampf gegen den Imperialismus demonstriert. Und das angesichts einer politischen Situation in nahezu allen kapitalistischen Ländern, die durch Zersplitterung und Polarisierung der fortschrittlichen Jugendbewegung und der Jugend allgemein gekennzeichnet ist; das angesichts der Tatsache, daß solche Organisationen wie die Junge Union durch ihre Angriffe gegen demokratische Organisationen ihre Solidarität mit dem kapitalistischen Staat beweisen.

...ist noch Utopie

Das Gastgeberland DDR hatte sich alle erdenkliche Mühe gegeben, es ihren Gästen an nichts fehlen zu lassen. Der materielle Aufwand veranlaßte einige Vertreter der Befreiungsorganisationen sogar zu der Meinung, daß ein Teil des für das Festival aufgewandten Geldes umgesetzt in Maschinengewehre für die Länder, die im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus stehen, eine größere Hilfe gewesen wären. Überraschend war für alle Delegierten das sichere, selbstbewußte Auftreten der Jugend der DDR, die in Berlin durch mehr als 500 000 FDJ'ler vertreten war. In zahllosen Einzelgesprächen mit FDJ'lern stellte sich heraus, daß an den Märchen der bürgerlichen Presse von der „gleichgeschalteten Jugend" kein Krümel Wahrheit ist. Das Bekenntnis zum Sozialismus ist fast durch die Bank mit Kritik an den Fehlern der SED verbunden.

So verstehen es viele als Kampfaufgabe, die Entschädigung enteigneter Kapitalisten mit 20 000 bis 100 000 jährlich abzuschaffen. So sind auch viele Jugendliche nicht einverstanden mit den inhaltsleeren Schimpfkanonaden gegen die VR China. Einzige Grundlage für die Auseinandersetzung mit der Politik Chinas ist eine Hetzschrift („Kritik der theoretischen Auffassungen Mao Tse-Tungs"), die sich darauf reduziert, daß China chauvinistische Politik macht und den Atomkrieg vorbereitet. Vielfach besteht daher ein Bedürfnis nach echter Information über China und den „Maoismus".

Festspiele können das Kräfteverhältnis nicht ändern

In vielen Köpfen spukte auf dem Festival die Meinung herum, daß durch eine „Demonstration der friedlichen Jugend" irgendein Druck auf die Imperialisten ausgeübt werden könne. Das ist sicher falsch, denn die Imperialisten wissen genau, daß sich die Jugendlichen, die sich in Berlin als „machtvolle" Masse darstellten, nach dem Festival wieder auf über 1600 Organisationen in über 140 Ländern aufteilen. Und vor allen Dingen werden die Imperialisten ihr Geschäft mit der Spaltung der Jugend nach wie vor weitertreiben.

Ohne Zweifel haben die Festspiele aber zum Abbau des Antikommunismus in der Welt beigetragen. Viele Teilnehmer aus kapitalistischen Ländern, das gilt besonders für die Deligierten aus der BRD, haben als Ergebnis des Kalten Krieges und der antikommunistischen Kampagnen der kapitalistischen Länder gegen Sozialismus und Kommunismus immer noch recht wirre Vorstellungen vom Sozialismus. So ist zur Zeit des Kalten Krieges allen jungen Menschen in der BRD die Gleichung: Sozialismus = DDR=Unterdrückung=alles grau in grau und keine Zitronen" in den Hinterkopf gepflanzt worden. Daß es in der DDR Zitronen gibt und daß die Bevölkerung nicht aus grauen Einheitsmäuschen besteht, hat in Berlin jeder mitgekriegt, das konnte in den kapitalistischen Ländern sogar die bürgerliche Presse nicht ganz verschweigen.

Daß die DDR nicht das Paradies auf Erden ist, wie es uns hier die DKP gern erzählen möchte, konnte man von den FDJ'lern hören. In vielen anderen Fällen stellte sich immer wieder heraus, daß die DKP & Co. im Gegensatz zu den FDJ'lern, was die politisch-ideologische Klarheit betrifft, nur ein müder zweiter Aufguß ist.

Der Kampf der bürgerlichen Presse

Um negativ über das Festival berichten zu können, mußten die Kommentatoren der reaktionären Presse in der BRD sich ganz schön in demagogische Verstrickungen begeben, da mußten sie Randerscheinungen zu beherrschenden Eindrükken machen, da mußten sie in üblicher Manier lügen und verdrehen. Dazu ließen sie allerdings keine Gelegenheit aus.

Zwei besonders üble Beispiele: Matthias Walden, einer von Springers Obereinpeitschern, schrieb am 1.8.73 in der „Welt" unter dem Titel „Kollektivabfütterung mit Phrasen ersetzt Diskussion" „...die elektronischen Verstärker preisen auch die 'Befreiungsbewegungen' Indochinas, die vom Krieg nicht lassen wollen. Frelimo, die Organisation der afrikanischen Bombenleger und Tretmineninstallateure, empfängt Massenapplaus."

Über die Eröffnungsveranstaltung schrieb das „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt": „Und die Sportübungen der FDJ, bei denen selbst die gebräunte Haut nicht im Farbton voneinander abwich, ließen zwangsläufig Erinnerungen an NS-Shows aufkommen."

Die armen FDJ'ler, die sich nach der Parteipfeife in die Sonne legen mußten!

Solche Berichterstattung läßt zwangsläufig die Erinnerung an den übelsten NS-Journalismus aufkommen.

CDU-Rollmann und Junge Union als Kapitalismus-Missionare im Abseits gelandet

Besondere Aufmerksamkeit schenkte die BRD-Presse dem CDU-Uralt-„Jugendlichen" Dietrich Rollmann, der als Delegierter der „Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend" mit nach Berlin gekommen war. Während jeder Schritt und Tritt Rollmanns, jede seiner Äußerungen in der BRD-Presse begierig aufgegriffen wurde, um mit ihm einen Zeugen für die grundsätzliche Richtigkeit des Antikommunismus repräsentieren zu können, war er in Wirklichkeit in Berlin nur ein Furz am Rande: Etwas Gestänker, aber schnell verflogen und vergessen. „Die Stimme des freien Deutschland muß so oft wie möglich in der DDR und in Ost-Berlin zur Geltung gebracht werden." Mit derartigen Sprüchen und mit seinen spektakulären Versuchen, die Bevölkerung der DDR auf dem Alexanderplatz vom Kapitalismus zu überzeugen, schaffte er es lediglich, sich in der BRD-Presse in Szene zu setzen. Wegen „unsolidarischen Verhaltens" und „Verstoßes gegen die gemeinsamen Interessen" der Evangelischen Jugend" wurde Rollmann am 31. Juli aus der Delegation ausgeschlossen.

Auch die Versuche der Delegierten der Jungen Union und nachträglich eingereister Jung-Uniönler,



CDU-„Jugendlicher" Rollmann (Mitte mit Anzug) und seine Mannen (helle Pullover) beim Festival – was hat das noch mit Anti-Imperialismus zu tun?

Forts. Demokratisierung der Schule

Hält die Schulkonferenz dennoch auch in der nächsten Sitzung an ihrem Beschluß fest, wird der Konflikt von der Schulbehörde „neutral" entschieden. (§ 17,2)

Bewußt beabsichtigt man offensichtlich, Disziplinierungsmaßnahmen besonders gegen fortschrittliche Schüler anzuwenden, die sich zu spontanem und unüberlegtem Handeln hinreißen lassen. Man kann diese Schüler leicht kriminalisieren und damit die fortschrittliche und sozialistische Schülerbewegung diffamieren. Die Entwicklung eines solidarischen Widerstands der Schülerschaft gegen Disziplinierungen von Schülern, die der Bourgeoisie nicht passen, wird erschwert.

Deutlicher als durch diese beiden Fälle konnte man uns kaum demonstrieren, was Senator Apel tatsächlich meinte, als er von Demokratie und Selbstverwaltung als den Prinzipien der neuen Schulverfassung sprach. Das SVG stärkt insbesondere den Einfluß der Schulbehörde und der Schulleiter und schwächt den Einfluß der Lehrer, Eltern und Schüler. Im SVG wird der Schulleiter als „Sachwalter" aller an der Schule beteiligten Gruppen bezeichnet, im *Planspiel* wird jedoch klar, daß die besondere Verantwortung des Schulleiters, mit der seine starke Position begründet wird, ausschließlich Verantwortung gegenüber der Schulbehörde bedeutet, nicht aber gegenüber den Interessen von Eltern und Schülern.

Das neue SVG ist ein weiteres Beispiel dafür, was hinter der sozialdemokratischen Politik der „Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche" steckt, nämlich Scheinreformen, durch die in Wirklichkeit demokratische Rechte abgebaut werden. ■

antikommunistische Propaganda zu verbreiten, scheiterten an den überzeugenden Argumenten der FDJ'ler. So blieb denn auch der reaktionären Presse in der BRD nichts anderes übrig, als die so zu Fall gebrachten Unionler als standhafte Zinnsoldaten bei der Verbreitung „Freiheitlich-demokratischer Prinzipien" darzustellen („...die Junge Union, die auf dem Alexanderplatz geradezu märtyrerhaft vom Mittag bis abends bis zur physischen Erschöpfung ihre Positionen vertritt..."). Nach einigen Tagen vergeblichen Versuchens begaben sich Rollmann und Konsorten in den Schmollwinkel.

Die Jusos als Aushängeschild der SPD

Die Jusos nahmen demgegenüber die Gelegenheit wahr, sich den Jugendlichen der DDR von der Schokoladenseite zu zeigen. Zwar verzichteten sie nicht darauf, eine Broschüre in sechs Sprachen zu verteilen, in der die SPD-Regierung als Regierung der „notwendigen Reformen im Interesse der Bevölkerung" und der „Entspannungs- und Friedenspolitik" angepriesen wurde.

Ansonsten wurde aber von den Jusos weitgehend versucht, sich als ernstzunehmender Gesprächspartner zu profilieren. Hierbei half ihr das Spiel mit den verteilten Rollen zusammen mit der Jungen Union. Während der Jungen Union objektiv die Rolle des politischen Hampelmannes und lächerlichen Reaktionärs zufiel, stachen die „antiimperialistischen" Schnacks von Roth & Co. umso vorteilhafter ab, und ließen vielleicht einige Jugendliche vergessen, daß die SPD immer noch die Partei ist, die das Berufsverbot durchsetzt, das Zustandekommen normaler Beziehungen zwischen BRD und DDR auf der Basis der Gleichberechtigung immer noch hintertreibt usw.

Die reaktionäre bürgerliche Presse – vor allem des Springer-Konzerns – griff die Jusos wegen ihres Verhaltens in Berlin hart an: sie hätten gemeinsame Sache mit dem Kommunsimus gemacht, dem Ansehen der BRD geschadet usw. Dagen betonte Wolfgang Roth, daß der Bourgeoisie schließlich nicht damit gedient gewesen wäre, wenn auch die Jusos im Stil der Jungen Union in Berlin „den großen Otto losgemacht" hätten, d.h. offen gegen den Sozialismus zu Felde gezogen und damit dann ebenfalls auf den Bauch gefallen wären. Nein, ein bißchen Heuchelei und „anti-imperialistisches" Getue mußte schon sein, – da hat der Roth ganz recht!

Die Einheit der BRD-Jugend – nur auf dem Papier

Aus der BRD waren in Berlin über 40 Jugend- und Studentenorganisationen vertreten. Schon bei der Vorbereitung in der BRD hatte sich erwiesen, daß diese vielfältigen Organisationen nicht unter einen Hut zu bekommen sind. So bildeten sich zwei Vorbereitungsgruppen: Ein Arbeitskreis Festival, der alle DKP nahestehenden Jugend- und Studentenorganisationen zusammenfaßte (SDAJ, MSB Schüler und Studenten, DFU, etc.), und eine „Koordinierungsgruppe", die sich aus einem breiten Spektrum von Jugendorganisationen zusammensetzt (u.a. Jusos, Judos, Evangelische und Katholische Jugend, Bund Demokratischer Jugend, Falken, Naturfreundejugend, Esperanto-Jugend, Junge Union, etc.). Die einzige Gemeinsamkeit aller dieser Organisationen war die Teilnahme an den Festspielen.

Auf diesem Hintergrund einer breiten Zersplitterung stellt sich der Bundesvorsitzende der SDAJ Priemer bei einer Gedenkfeier im KZ Buchenwald an das Rednerpult und sagt ernsthaft: „Unter der Losung ‚Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft' haben sich in der BRD Jugendliche unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Positionen in Vorbereitung der Weltfestspiele zusammengefunden." Der Gute! Zwecks „Einheit" schließt er einfach die Junge Union, die jeden Tag ihre Solidarität mit den Imperialisten unter Beweis gestellt hatte, mit in diese Formel ein, da vergißt er auch kurzerhand, daß die 40 Jugendverbände überhaupt nicht in der Lage sind, politisch irgendetwas zusammen zu unternehmen. In seiner abschließenden Stellungnahme zum Festival sagte Priemer für die SDAJ: „Das Festival hat eindrucksvoll gezeigt, daß die Zahl derer, die in aller Welt gegen Imperialismus und Krieg kämpfen, immer größer wird." Sie stellen „eine unüberwindliche Kraft im antiimperialistischen Kampf dar. Das Festival hat weiterhin deutlich gemacht, daß die fortschrittliche Jugend immer dann erfolgreich ist, wenn sie einheitlich und geschlossen auftritt." So hat auch der Initiativausschuß X. Weltfestspiele der BRD die Zusammenarbeit der verschiedenen Jugendverbände in der BRD als nützlich und vorteilhaft eingeschätzt. Wir wollen alles tun, damit dieses Zusammenwirken weitergehen kann."



Dieses, hauptsächlich von den revisionistischen Organisationen betriebene Streben nach Einheit der Delegation um jeden Preis und wenn es auch nur auf dem Papier ist, führte dann zu solchen Minimalplattformen, auf die sich auch die Junge Union stellen konnte – und das wurde und wird ernsthaft als politischer Erfolg verkauft. Ein Ergebnis dieser Einheitsmeierei war die Abschlußerklärung der BRD-Delegation. Da steht unter anderem drin: „Die Delegation hat im Sinne der Zielsetzung des Festivals dazu beigetragen, die Bestrebungen der Jugend- und Studentenorganisationen mit unterschiedlichen politischen, philosophischen und religiösen Anschauungen zu stärken, die auf die Ziele der Solidarität des Friedens und der Freundschaft gerichtet sind und der Entwicklung der Zusammenarbeit, des Verständnisses und der Freundschaft der Jugend der Welt dienen. Die Teilnehmer unserer Delegation haben sich in vielen freimütigen Diskussionen wie auch in Aktionen für ein Leben ohne Ausbeutung, gegen Unterdrückung und Krieg, für Solidarität, Freiden und Freundschaft eingesetzt . . ." Über konkrete Kampfaufgaben der politischen Jugendbewegung in der BRD steht in dieser Erklärung nichts. Zwei Jugendverbände, die Naturfreundejugend und der Bund Demokratischer Jugend haben diese Abschlußstellungnahme nicht mit unterzeichnet. In seiner eigenen Abschlußstellungnahme sprach der Bund Demokratischer Jugend davon, daß die Bundesrepublik einer der größten imperialistischen Staaten ist, und daß der Kampf der Jugend unter sehr ungünstigen Bedingungen stattfinde.

Die SDAJ hat angekündigt, daß sie in der nächsten Zeit über 400 Veranstaltungen abhalten will, auf denen über den Erfolg des Festivals berichtet werden soll. Sicher werden diese Veranstaltungen unter dem Motto: „Macht die SDAJ, den MSB, die DKP stark" stehen. Ob von diesen Veranstaltungen eine Stärkung ausgehen wird, ist allerdings unwahrscheinlich, denn diese Organisationen werden auch ihr Taktieren mit der Jungen Union verantworten müssen, sie werden sich den Vorwurf anhören müssen, daß sie damit die Fronten im antiimperialistischen Kampf verwässert haben, sie vor allen Dingen über allem Jubel nicht an den konkreten Kampfaufgaben und -bedingungen in der BRD vorbeikommen. Mit Illusion und Heiterkeit ist der fortschrittlichen Bewegung in der BRD überhaupt nicht gedient.

Sicher kann die fortschrittliche Bewegung in der BRD mehr von den Vietnamesen als von DKP & Co. lernen: Auf einem Freundschaftstreffen zwischen den Delegationen aus der BRD und aus Vietnam wünschte eine vietnamesische Rednerin der Jugend der BRD viel Erfolg im Kampf gegen Faschismus und Neo-Faschismus. ■

Bündniskommission des KB/Gruppe Hamburg

Einschüchterungsversuch gegen antifaschistischen Jugendbund

Die gegenwärtige Antikommunismus-Kampagne der Bourgeoisie betrifft auch antifaschistisch-demokratische Bewegungen. Verstärkt gehen Behörden, bürgerliche Parteien und reaktionäre Presse auch z.B. gegen fortschrittliche Bestrebungen in den demokratischen Jugendverbänden vor. Dieses Vorgehen verschärft sich, wenn – zu recht oder zu unrecht – vermutet wird, daß Verbände oder Teile von Verbänden der Gängelung durch den bürgerlichen Staat entgleiten könnten, oder sich gegen diese Bevormundung sträuben. Das neueste Beispiel hierfür ist der von der Hamburger CDU angezettelte Versuch, gegen den „Ring Bündischer Jugend" (R.B.J.) eine reaktionäre Kampagne zu entfesseln.

Der „Ring Bündischer Jugend" trat als Zusammenschluß mehrerer demokratischer Jugendbünde seit einigen Jahren vor allem in Hamburg mit Kampagnen gegen die reaktionären Jugendorganisationen („Deutsche Jugend des Ostens", „Junge Union" usw.), durch Beteiligung an antifaschistischen Aktionsbündnissen (u.a. gegen einen NPD-Kongreß, gegen ein Auftreten von Strauß beim Kongreß des Bundes deutscher Kriminalbeamter) und durch die Unterstützung von Protestbewegungen (Spielplatzkampagne im Neubauviertel Osdorfer Born, Aktion 218, Initiativen gegen Berufsverbote u.a.) aktiv auf. Er führte Kampagnen zur Unterstützung des Befreiungskampfes der indochinesischen Völker und des antifaschistischen Kampfes der südeuropäischen Völker durch. In Zeitschriften, Erklärungen und öffentlichen Veranstaltungen kritisierten Gruppen und Mitglieder des „Ringes Bündischer Jugend" die bürgerliche Schul- und Jugendpolitik und nahmen gegen Erscheinungsformen der Faschisierung von Staat und Gesellschaft Stellung.

In der letzten Zeit hat der „Ring Bündischer Jugend" Schritte zur Ausweitung seiner Arbeit unternommen. Im September 1972 wurde von einer Reihe demokratischer Gruppen formell ein Verband auf nationaler Ebene gegründet, der sich im Dezember mit dem „Bund Deutscher Pfadfinder" (BDP) zum „Bund Demokratischer Jugend" (BDJ) zusammenschloß. Der „Bund Deutscher Pfadfinder" war kurz zuvor aus dem imperialistischen Weltpfadfinderverband ausgeschlossen worden, weil er durch antikapitalistische Erklärungen und durch demokratische Opposition gegen den Kurs des imperialistischen Pfadfindertums das Mißfallen der Finanziers und Führer dieser reaktionären Jugendarbeit erregt hatte.

Der „Bund Demokratischer Jugend" erklärte in seiner Satzung, daß er „im Bündnis mit den fortschrittlichen Kräften der Gesellschaft allen imperialistischen, nationalistischen und militaristischen Kräften und Ideologien" entgegentreten wolle. Aktivitäten wie politische Bildungsveranstaltungen, internationale Treffen, Schüler- und Kindergruppen, Jugendzentren und Jugendwohnkollektive, Kampagnen und politische Jugendzeitungen sollen u.a. diesem Ziel dienen.

Erwartungsgemäß blieb bei einer solchen Politik eine Gegenreaktion der Bourgeoisie nicht aus. Im November 1972 startete die CDU – als Vorreiter, wie auch sonst oftmals bei derartigen Aktionen der Bourgeoisie – eine Kampagne gegen den „Ring Bündischer Jugend" in Hamburg. Zunächst beantragte sie insgeheim eine politische Überprüfung des Verbandes und seiner Gruppen durch die Jugendbehörde. Besonders schürte sie den Verdacht, daß der R.B.J. mit der Feststellung, daß in der BRD ein Faschisierungsprozeß betrieben wird, gegen die „verfassungsmäßige Ordnung" verstoßen habe. Dazu brachte die Jugendbehörde ein Flugblatt („Gegen die Treibjagd auf ausländische Arbeiter und Studenten") auf den Tisch, das vom KB, vom Studenten-SSB, Schüler-SSB und von der Initiative Sozialistischer Erzieher (ISE) unterzeichnet war und auf dem vermerkt war, daß der R.B.J. und das „Initiativkomitee Arbeiterhilfe" ebenfalls zu der angekündigten Demonstration aufrufen würden; der R.B.J. rief damals mit einem eigenen Flugblatt zur Aktionseinheit auf.

Dieses R.B.J.-Flugblatt wurde bei der weiteren „Begutachtung" des Verbandes ignoriert. Stattdessen wurde von der Jugendbehörde behauptet, das Flugblatt vom KB, SSB, SSB und ISE sei auch vom R.B.J. unterzeichnet worden; gleichzeitig wurde einschränkend bemerkt, daß der R.B.J. eventuell nicht mit jeder Formulierung einverstanden gewesen sei, „da auch kommunistische Organisationen daran beteiligt gewesen seien". Auf diese Weise sollte offenbar der R.B.J. verleitet werden, sich von der Aktion zu distanzieren; die Verdrehung sollte wohl eine „goldene Brücke" zur antikommunistischen „Abgrenzung" des R.B.J. bilden. Es wurde von der Jugendbehörde behauptet, der R.B.J. bediene sich einer „unqualifizierten, undifferenzierten, grob vereinfachenden, sowie beleidigenden oder verleumderischen Ausdrucksweise". Das zielt offenbar vor allem auf die Diskriminierung kommunistischer Argumentation, von der sich der R.B.J. distanzieren soll.

Vor allem durch die CDU und ihren jugendpolitischen Sprecher Kelber wurde mehrfach in Parlamentsdebatten, auf Veranstaltungen der CDU bzw. der „Jungen Union" und in Presseberichten versucht, die antifaschistischen Äußerungen des R.B.J. als „verfassungswidrig" usw. anzuprangern und das gemeinsame Vorgehen aller bürgerlichen Parteien gegen den Verband zu propagieren. Vor allem sollten dem R.B.J. in Hamburg die staatlichen Zuschüsse für Seminare, Gruppenräume usw. und für das Gehalt eines Jugendbildungsreferenten gestrichen werden. Auf diese Weise versuchte die Bourgeoisie, allen Jugendverbänden drastisch deutlich zu machen, daß sie ihren Einfluß auf die gesamte Jugend gegen jeden Widerstand zu sichern wünscht; das Durchgreifen gegen den R.B.J. soll eine „Lehre" für alle demokratischen Kräfte in den Jugendverbänden sein.

Mit den Stimmen der SPD und der FDP beschloß dann die Deputation der Jugendbehörde (Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung), den R.B.J. einstweilen noch weiter staatlich zu fördern, ihn jedoch gleichzeitig unter verschärfte Beobachtung der Staatsorgane zu stellen. Im Klartext heißt das, daß zunächst einmal der Verfassungsschutz ausdrücklich grünes Licht erhält. Die Bourgeoisie will beobachten, welche Wirkung ihre Drohungen und Verwirrungsmanöver im R.B.J. und in den anderen demokratischen Jugendorganisationen haben. Damit soll zum gegenwärtigen Zeitpunkt erreicht werden, daß sich die demokratische Jugendbewegung von den Kommunisten distanziert und ihre gesellschaftspolitischen Aussagen – z.B. zur Rechtsentwicklung in der BRD – auf das Maß an Beliebigkeit reduziert („differenziert"), das von der „linken" Sozialdemokratie oder von den „progressiven Liberalen" ohne weiteres integriert werden kann.

Gewollt oder ungewollt gefallen sich die Revisionisten dabei wieder einmal in der glorreichen Rolle der nützlichen Idioten: Von „MSB-Spartakus", „Marxistischem Schülerbund" u.a. wird das Gerücht verbreitet, daß die Leitung des R.B.J. „im KB organisiert" sei, was von einigen „Links"-Sektierern noch überboten wird mit der Behauptung, der R.B.J. sei eine demokratische Tarnorganisation des KB". Es gehört zu den üblen Auswüchsen der Parteiladen-Politik, fortschrittliche Kräfte ans Messer der Bourgeoisie zu liefern, wenn sie sich dem eigenen „Führungsanspruch" nicht unterordnen wollen. In zynischer Weise wird von diesen Kräften der Versuch der Bourgeoisie, einen antifaschistischen und demokratischen Jugendverband einzuschüchtern und zu isolieren, ausgenutzt, um ihrem Haß gegen den KB Luft zu machen und antikommunistische Stimmungen unter demokratischen Jugendlichen zu schüren. Die schlichte Tatsache, daß der R.B.J. mehrfach u.a. mit dem KB Aktionsbündnisse eingegangen ist, reicht diesen Kräften aus, um sich an der Kampagne der Bourgeoisie objektiv unterstützend zu beteiligen. Daran wird man die „Aktionseinheit aller fortschrittlichen Kräfte", nach der Machart der Revisionisten, zu messen haben.

Diese Leute hauen bezeichnenderweise genau in die Kerbe der „Jungen Union" – Parteijugend der CDU, die auf einem Flugblatt den R.B.J. als „kommunistische Gruppe" bezeichnete und in einer Reihe mit „KPD" (!) und „SDAJ" (!) stellte. ■

Bündniskommission des KB/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag: J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35.

verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage 15.000, Erscheinungsweise: monatlich, Verkaufspreis 50 Pfg. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595 J. Reents

TAKTISCHES WIRRWARR

ZUR POLITIK DES ZIRKELBLOCKS (KBW) 2.TEIL

Mehrere örtliche Gruppen haben sich vor einigen Wochen unter dem Namen „Kommunistischer Bund Westdeutschlands" (KBW) als Organisation konstituiert. Ihm gehören u.a. Gruppen in Bremen, Heidelberg, Freiburg und Göttingen an. Ferner hat der KBW einen großen Sympathisantenkreis – zumeist studentische Gruppen, die „im Proletariat arbeiten" wollen.

Der erste Teil dieses Artikels (AK 31) beschäftigte sich mit der Einschätzung, die diese Gruppen von dem Stand der Klassenkämpfe und des Kräfteverhältnisses in der BRD haben. Da die Genossen die spontanen wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse maßlos überschätzen (während sie die politisch-ideologische Offensive der Bourgeoisie unterschätzen), kommen sie notwendig zu falschen Vorstellungen über die Rolle der Kommunisten in diesen Kämpfen.

Wie in AK 31 geschildert, gibt es vor allem zwischen den Gruppen Heidelberg (ehem. „Neues Rotes Forum") und Bremen (ehem. KBB) des KBW Differenzen in einer Reihe „taktischer" Fragen. Den Bremer Genossen ist dabei vorgeworfen worden, daß ihre Thesen „ökonomistische Fehler" enthielten („Kommunistische Volkszeitung" des KBW, Juli). Wir sind dagegen der Meinung, daß gerade die Neigung zum Ökonomismus – d.h. zur Vernachlässigung der politischen und theoretischen Aufgaben der Kommunisten – eine entscheidende G e m e i n s a m k e i t der unterschiedlichen Tendenzen innerhalb des KBW bildet. Das soll im wesentlichen der Gegenstand dieses Artikels sein.

Lenin gegen den Ökonomismus

Lenins wichtigste theoretische Schrift gegen den Ökonomismus ist das Buch „Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung", das er zwischen Ende 1901 und Anfang 1902 schrieb.

Lenin geht in „Was tun? " davon aus, daß der Aufschwung der Arbeiterbewegung zunächst einmal spontan vor sich geht und insofern nur eine „Keimform des Klassenkampfes" ist (Lenin versteht hier unter Klassenkampf den bewußt geführten Kampf Klasse gegen Klasse, d.h. von seiten der Arbeiterklasse den sozialistischen Kampf).

Den Arbeitern fehlt – beim spontanen Verlauf der Bewegung – das sozialistische Bewußtsein, d.h. das Bewußtsein von der unversöhnlichen Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zum gesamten politischen und sozialen System des Kapitalismus, und von daher natürlich die Einsicht in die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution.

Dieses sozialistische Bewußtsein kann den Arbeitern „nur von außen" gebracht werden; d.h. aus einem Bereich außerhalb des unmittelbaren „Erfahrungshorizonts" der Arbeiterbewegung.

„*....die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung führt eben zu ihrer Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie.*" „*Die Arbeiterklasse fühlt sich spontan zum Sozialismus hingezogen, aber am weitesten verbreitete (und in den mannigauferstehende) bürgerliche Ideologie drängt sich trotzdem dem Arbeiter am meisten auf.*" (Lenin)

Aus dem Aufschwung der Arbeiterbewegung schlußfolgerten die Ökonomisten, sie müßten ihre gesamte Tätigkeit auf die Kämpfe ausrichten, die die Arbeiter im gegebenen Moment von sich aus, spontan schon führen. Da diese Kämpfe eben in erster Linie keine politischen, sondern bloß wirtschaftliche Kämpfe seien, sollten auch die Sozialisten sich daran anpassen und politische Arbeit nur auf dem Boden der stattfindenden spontanen wirtschaftlichen Kämpfe betreiben.

Lenin hielt dagegen: **„Je stärker der spontane Aufschwung der Massen ist, je breiter die Bewegung wird, desto schneller, unvergleichlich schneller wächst das Bedürfnis nach einer Masse von Bewußtheit sowohl in der theoretischen als auch in der politischen und organisatorischen Arbeit der Sozialdemokratie."**

Lenin stellte deshalb den Sozialisten die Aufgabe, im weitesten Sinn „politische Enthüllungen" zu verbreiten über alle Seiten der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen: Polizei-Willkür, Bestechlichkeit im Staatsapparat, Unterdrückung bestimmter Gruppen, Unterdrückung der Studenten, Militarismus etc. – Nur so kann nämlich das umfassende, allseitige Bewußtsein des Proletariats über alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens, über die grundsätzliche Untauglichkeit des Kapitalismus entstehen:

„*Das Bewußtsein der Arbeiterklasse kann kein wahrhaft politisches sein, wenn die Arbeiter nicht gelernt haben, auf a l l e und j e g l i c h e Fälle von Willkür und Unterdrückung, von Gewalt und Mißbrauch zu reagieren, welche Klassen diese Fälle auch betreffen mögen, und eben vom sozialdemokratischen und nicht von irgendeinem anderen Standpunkt aus zu reagieren...*"

Den Standpunkt der Ökonomisten dagegen kann man so kennzeichnen, daß sie die Notwendigkeit der Organisierung allseitiger „politischer Enthüllungen" nicht anerkannten. Sie sagten, „daß der ökomonische Kampf im allgemeinen 'das weitest anwendbare Mittel' zur Einbeziehung der Massen in den politischen Kampf" sei (Lenin). Die Ökonomisten betonten, der spontane wirtschaftliche Kampf stoße ja ohnehin die Arbeiter auf die Frage ihrer Rechtlosigkeit und Unterdrückung; an diese unmittelbaren Erfahrungen anzuknüpfen, sei die Hauptform politischer Agitation der Sozialisten im Proletariat. Lenin sagte dagegen, daß von der gesamten gesellschaftlichen Unterdrückung nur ein recht kleiner Teil direkt im nur-wirtschaftlichen Kampf stattfindet, und daß daher die von den Ökonomisten vertretene „politische Agitation auf ökonomischen Boden " eine schädliche Einengung des politischen Kampfes bedeutet.

Die Auseinandersetzungen während der Metall-Tarifrunde 1971

Zur Metall-Tarifrunde 1971 trafen sich zweimal zahlreiche örtliche Gruppen, um ihre Tätigkeit zu vereinheitlichen.

Bereits auf dem ersten dieser Treffen, das am 25. Juli stattfand, wurde relativ breit über die Frage des Ökonomismus diskutiert (ein ausführlicher Artikel dazu ist in der KAB-AZ Nr. 9 unter dem Titel „Zu einigen Punkten der Diskussion" nachzulesen).

Als Vertreter ökonomistischer Tendenzen traten auf diesem Treffen der KB/ML Westberlin und die ABG München auf. Von diesen beiden hat inzwischen der KB/ML Westberlin die äußerste Konsequenz gezogen, sich selbst aufzulösen, um nur noch in isolierten Gruppen dem spontanen nurgewerkschaftlichen Kampf am besten dienen zu können.

Als Gegner dieser Tendenzen traten vor allem der KBB (jetzt im KBW) und die „Gruppe KAB Hamburg" (jetzt im KB).

Es wurde behauptet, „die Hauptfront des Klassenkampfes" in der BRD sei „gegenwärtig noch die des ökonomischen Kampfes". Diese Aussage wurde ausdrücklich auch auf die Bourgeoisie bezogen: auch diese führe ihren Kampf gegen die Arbeiterklasse in erster Linie ökonomisch.

Der weitere Gedankengang war dann: die Arbeiter lernen in erster Linie durch ihre eigenen Erfahrungen und nicht durch „politische Enthüllungen". Erfahrungen machen die Arbeiter jedoch in den Kämpfen, die sie führen, und diese Kämpfe sind nun einmal gegenwärtig noch fast ausschließlich wirtschaftliche Verteidigungskämpfe. Aufgabe der Kommunisten könne deshalb nur sein, „aus dem ökonomischen Kampf die politische Entwicklung vorzubereiten", d.h. eben vorwiegend „politische Agitation auf ökonomischem Boden." Im Grunde also herrschte bei diesen Genossen die Auffassung vor, daß die Arbeiter aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen, die sie im ökonomischen Kampf machen, dann zu einem späteren Zeitpunkt weitestgehend spontan auch den politischen Kampf aufnehmen werden – wobei die Hauptaufgabe der Kommunisten ist, in die wirtschaftlichen Kämpfe „einzugreifen".

Die ABG München machten daraus folgendes Schema: die Kommunisten haben eine Hauptaufgabe. Diese Hauptaufgabe hat zwei Seiten: zum einen den „Wiederaufbau" der Kommunistischen Partei, und auf der anderen Seite „die Anleitung, Unterstützung und Vorantreibung des ökonomischen Kampfes".

Die KAB-AZ (Nr.9) schrieb dazu: **„Hauptaufgabe der Kommunisten kann nicht sein, die spontanen ökonomischen Abwehrkämpfe der Arbeiter schlechthin zu 'unterstützen', obwohl auch das zweifellos wichtig ist. Als Hauptaufgabe muß vielmehr gefaßt werden: umfassend über den Gesamtcharakter der politischen, ideologischen und ökonomischen Angriffe der Kapitalistenklasse aufzuklären und die Arbeiterklasse propagandistisch wie auch praktisch auf ihre Kämpfe auf allen Ebenen vorzubereiten . . ."**

Wie schon gesagt, sind die Genossen vom KB/ML Westberlin inzwischen bis zur äußersten Konsequenz ihrer ökonomistischen Auffassungen gegangen, indem sie ihre Organisation auflösten. In einer Schrift „Auflösung und Lernprozesse (? ? !) eines ML-Zirkels" (Westberlin 1973) legt ein Teil der Genossen seine Auffassungen dar: die Parteitheorie Lenins sei eigentlich eine speziell russische Geschichte. Daß der wissenschaftliche Sozialismus „von außen" in die Arbeiterklasse hineingetragen werden muß (wie Lenin sagt!), sei „unmaterialistisch und undialektisch". Die „autonomen und spontan geführten Kämpfe der Arbeiterklasse" seien „vernachlässigt" worden, an die Stelle der „aktuellen ökonomischen und politischen Kämpfe" der Arbeiter seien „sektiererische Sonderinteressen" getreten.

Die Bremer Thesen

In den Thesen des KBB (Beilage zur „Wahrheit" Nr. 5/6, 73) wird davon ausgegangen, daß aus „objektiven Gründen die Kräfte der Revolution noch weitaus schwächer sind, als die der Konterrevolution". Die revolutionären Kräfte befinden sich daher in der „strategischen Defensive" (vgl. dazu den 1. Teil des Artikels in AK 31).

Vor diesem Hintergrund wird in den Thesen als „Hauptaufgabe der Kommunisten" angegeben, „den bürgerlichen Einfluß in der Arbeiterbewegung zu brechen".

Auf welche Weise geschieht das? Dazu heißt es in den Thesen:

„*Der zentrale Punkt nun, an dem sich die Auseinandersetzungen breiterer Arbeitermassen mit bürgerlicher Politik in der Arbeiterbewegung heute entfalten, an dem in Ansätzen auch die Rolle des bürgerlichen Staates erfaßbar wird, das ist gegenwärtig der wirtschaftliche Kampf gegen die Kapitalisten und die Lohnpolitik des Staates.*"

Daraus folgt für die Aufgaben der Kommunisten:

„Unsere vornehmste Aufgabe ist die Entwicklung der Arbeiterbewegung an den Fragen, die sich ihr stellen."

Und das heißt doch wohl in diesem Zusammenhang: unsere eigentliche, wichtigste, zentrale Aufgabe ist „politische (?) Agitation auf ökonomischem Boden". Denn der wirtschaftliche Kampf, das ist der Kampf, der „möglich" ist, der sich ohne weiteres „stellt".

Wir sagen im Gegensatz dazu, daß es gerade d a r u m gehen muß, die Entwicklung der Arbeiterbewegung an solchen Fragen voranzutreiben, die sich ihr durchaus noch nicht unmittelbar „stellen", weil nämlich der wirtschaftliche Kampf sie nicht darauf „stößt" – wie etwa Abbau demokratischer Rechte, Berufsverbot gegen „extremistische" Intellektuelle, Kommunisten-Jagd, Bürgerkriegs-Vorbereitungen, die Situation an den Schulen u.a.m.

Die Thesen konstatieren dann, daß der demokratische und anti-imperialistische Kampf in erster Linie von Studenten und Schülern geführt wird, während die Arbeiter bloß den wirtschaftlichen Kampf führen. Die Studenten und Schüler sollten diesen Kampf auch ruhig weiter führen; falsch sei es aber, „aus der Logik der Studentenbewegung heraus" (? !) „Kampagnen zu planen und in die Betriebe zu tragen". Mit anderen Worten: wenn die Kommunisten Kampagnen (im Rahmen des demokratischen und anti-imperialistischen Kampfes) führen wollen, dann müssen sie sich **„auf vorhandene oder zu erwartende (?), durch unsere Agitation unmittelbar (!?) auslösbare Massenbewegung (?) beziehen . . . Darum kann es sein, daß eine allgemein-politische (? ? ?) Kampagne, die an den Universitäten auf der Ebene der Massenagitation vorangetrieben wird, im Betrieb nur in der Zeitungspropaganda erscheint, wo sie die fortschrittlichen Arbeiter erreicht."**

Das eben ist völliger Opportunismus, das Anpassen an die Lage, „wie sie nun einmal ist". An den Universitäten kann man demnach schon mal eine „allgemein-politische" (was heißt das bloß?) Kampagne riskieren, denn da ist der Boden schon vorbereitet. In den Betrieben kann man das nicht, weil leider „die Arbeiter noch nicht soweit sind", sondern bloß den wirtschaftlichen, nur-gewerkschaftlichen Kampf führen. Oder anders gesagt: „Die Arbeiter sollen den ökonomischen Kampf (genauer müßte man sagen: den trade-unionistischen Kampf, denn dieser umfaßt auch die spezifische Arbeiterpolitik) führen, die marxistische Intelligenz aber soll sich mit den Liberalen zum politischen ‚Kampf' verschmelzen " (mit diesen worten kennzeichnet Lenin an einer Stelle in „Was tun? " die Position der Ökonomisten).

Wir sagen dagegen, daß politische Themen – wie etwa vor einigen Monaten die Polizei-Maßnahmen gegen die Gruppe „KPD" – nicht nur an die Universitäten gehören, daß sie auch nicht nur in die Zentralorgane gehören (wo sie ein kleiner Teil der Arbeiter lesen wird), sondern daß solche Fragen in die Massenagitation gehören (Flugblätter auch vor Betrieben bzw. im Berufsverkehr, Artikel in den Betriebs-Zeitungen).

„*Es ist notwendig, jede konkrete Erscheinung dieser Unterdrückung*" (der politischen Unterdrückung – Anm. AK) „*für die Agitation auszunutzen (so wie wir die konkreten Erscheinungen der ökonomischen Unterdrückung für die Agitation ausgenutzt haben . . . Ist es doch, um die konkreten Erscheinungen der Unterdrückung für die Agitation auszunutzen, notwendig, diese Erscheinungen zu enthüllen (Wie man die Mißstände in den Fabriken enthüllen mußte, um ökonomische Agitation zu treiben).*"

Wenn die Arbeiter gegenwärtig fast nur den wirtschaftlichen Kampf führen, wie kommen sie dann überhaupt zum politischen (demokratischen) Kampf? Dazu heißt es in den Bremer Thesen:

„*Für die breite Einbeziehung von Arbeitermassen in den demokratischen Kampf bedeutet das, daß diese Einbeziehung nur dort geschehen kann, wo Arbeitermassen, in wie begrenzter Form auch immer, einen demokratischen Kampf schon führen ...*"

Das klingt zunächst vollkommen sinnlos: Die Arbeiter können in den demokratischen Kampf nur einbezogen werden, wo sie ihn schon führen? !

Die Thesen erklären das so: in jedem ökonomischen Kampf, und sei er noch so begrenzt, „nehmen" die Arbeiter „sich Rechte, die ihnen der bürgerliche Staat ausdrücklich verweigern will". Deshalb ist der demokratische Kampf sozusagen im Ansatz in jedem ökonomischen Kampf schon enthalten – und dies bewußt zu machen, sei die Aufgabe der Kommunisten, um die Arbeiter in den demokratischen Kampf einzubeziehen („heranzuführen" sagt die DKP dazu).

Das ist genau die alte, abgedroschene ökonomische Geschichte: der ökonomische Kampf „stößt die Arbeiter auf die Frage ihrer Rechtlosigkeit", deshalb ist der ökonomische Kampf „das weitest anwendbare Mittel" zur Einbeziehung der Massen in den aktiven politischen Kampf.

Allerdings enthält der wirtschaftliche Kampf immer auch politische Elemente, z.B. der Einsatz der bürgerlichen Presse, Konfrontation mit der Polizei etc., die unbedingt in der Massenagitation aufgenommen werden müssen. Niemals aber darf von uns eine derartige „politische Agitation auf ökonomischen Boden" als wichtigstes oder gar e i n z i g e s Mittel angesehen werden, um die Arbeiter in den demokratischen (politischen) Kampf „einzubeziehen", wie es in den Bremer Thesen geschieht.

Übrigens lehrt uns der „schlichte Augenschein", daß es sich nicht so verhält, wie die Bremer Thesen voraussetzen. Denn es gibt ja genug Beispiele, wo die Arbeiter auch politische Kämpfe geführt haben – freilich im Rahmen bürgerlicher Politik, d.h. des Sozialdemokratismus – o h n e von ihren wirtschaftlichen Kämpfen unmittelbar darauf gestoßen worden zu sein: der Kampf gegen das BVG, gegen die Wiederaufrüstung, gegen die Atombewaffnung in den 50er Jahren, oder der Kampf gegen das Mißtrauensvotum der CDU/CSU 1972. Die Einbeziehung der Arbeiter in diese Kämpfe erfolgte durchaus a u ß e r h a l b ihrer wirtschaftlichen Kämpfe.

In diesem Zusammenhang scheint uns folgendes bemerkenswert: auf der KBW-Konferenz wurde eine Resolution „Die Entwicklung des Klassenkampfes und die Aufgaben der westdeutschen Kommunisten" abgefaßt. Während diese Resolution in weiten Teilen eine wörtliche Übernahme vom „Politischen Bericht des ZA der KG (NRF)" (Heidelberg) ist, wurde ausgerechnet der oben zitierte Satz aus den Bremer Thesen in die Resolution hineingenommen, nämlich:

„*Die breite Einbeziehung von Arbeitermassen kann nur dort gelingen, wo die Arbeitermassen den demokratischen Kampf in wie begrenzter Form schon führen.*" (so im Text der Resolution).



Forts. Zirkelblock

Die Genossen haben es offenbar instinktiv geschafft, alle r i c h t i g e n Aussagen der Bremer Thesen (vgl. dazu AK 31) unter den Teppich zu kehren und die f a l s c h e n Aussagen sozusagen als Rosinen herauszupicken und zu übernehmen.

Die Heidelberger „Nächsten Aufgaben"

Eine Reihe ökonomistischer Fehlpositionen enthielt auch der Artikel „Die nächsten Aufgaben der Kommunisten" in der Heidelberger „Arbeiterzeitung" vom Juni. Die ganze Tendenz des Artikels ist es, als „nächste Aufgaben" der Kommunisten die Orientierung auf die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter in den Vordergrund zu stellen, und die Frage des p o l i t i s c h e n Kampfes gegen den Abbau demokratischer Rechte, Kommunisten-Jagd etc. entweder in ihrer Bedeutung herabzusetzen oder überhaupt abzulehnen.

Andererseits (?) fällt in dem Artikel der teilweise geradezu groteske Gegensatz zwischen „links"- und rechtsopportunistischen Aussagen über die Aufgaben der Kommunisten auf. Vor allem am Beispiel der beiden folgenden Sätze:

„Die Kommunisten müssen nicht irgendetwas künstlich in Gang setzen, sie müssen das, was in Gang ist, anleiten und zusammenfassen."

Und andererseits:

Und andererseits:

„Die Überwindung dieser Zersplitterung, die Zusammenfassung dieser Kämpfe zum einheitlichen Klassenkampf gegen die bürgerliche Diktatur und für den Sozialismus, das ist die nächste, brennende und aktuelle Aufgabe der Kommunisten."

Im ersten Satz wird die Aufgabe der Kommunisten herabgedrückt auf das, „was in Gang ist", und das ist doch wohl für die Arbeiter weitgehend der nur-gewerkschaftliche Kampf.

Im zweiten Satz dagegen wird den Kommunisten kühn als „nächste", „aktuelle" Aufgabe gestellt, die stattfindenden Kämpfe „zusammenzufassen" zum Kampf für den Sozialismus!! Das ist in doppeltem Sinn falsch: erstens ist der Kampf um den Sozialismus noch keine „aktuelle" Aufgabe (falls man den Begriff „aktuell" nicht in allgemeinster, nichtssagender Weise verstehen will). Und zweitens kann der Kampf um den Sozialismus nicht einfach – wie es hier dargestellt wird – das Ergebnis einer „Zusammenfassung" der Kämpfe sein, die im Moment stattfinden.

Demokratischer Kampf: „offensiv"... oder gar nicht?!

Die Heidelberger Ideologen haben eine besonders schlaue Kritik an uns entwickelt: der KB führe den demokratischen Kampf bloß defensiv, als Abwehrkampf. Man müsse ihn aber „offensiv" führen.

So betonte J. S., „daß wir den Kampf gegen die politische Reaktion als Offensivkampf führen und ihn direkt mit dem Kampf für den Sozialismus verbinden müssen...

Deshalb stellt die Kommunistische Gruppe (NRF) die gegenwärtigen Kämpfe unter die Hauptparole: ,Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!' "

(NRF 3/72 – Unterstreichung des Wortes „direkt" durch J. S.)

Diese Theorie übernahmen alsbald auch die KBB-Führer, sodaß in der „Wahrheit" vom November 72 zu lesen war:

„ ... wir können den demokratischen Kampf in der Arbeiterklasse nur verankern, wenn wir ihn mit dem Kampf um den Sozialismus verbinden, wenn wir uns nicht in einen defensiven Abwehrkampf drängen lassen, sondern offen den Sozialismus propagieren ..."

Zu dieser Theorie vom „offensiven" demokratischen Kampf ist zu sagen: im gegenwärtigen Stadium der Klassenkämpfe kann der demokratische Kampf nur ein Abwehrkampf sein. Niemand (und wahrscheinlich nicht einmal die KBW-Führer) wird ernsthaft annehmen, heute die Arbeiterklasse unter der Parole des Sozialismus zum demokratischen Kampf zusammenschließen zu können. Dieser Kampf setzt sich zunächst durchaus „bescheidene" Ziele wie Verhinderung bestimmter Gesetze (BVG, Notstandsgesetze), Schutz angegriffener Kollegen etc.

Für die Kommunisten stellt sich dabei die Frage, ob sie in derartigen Kämpfen „aufgehen", d.h. zugunsten der Propagierung allgemein-demokratischer Ziele die Propaganda des sozialistischen Endziels „vergessen". Diese Gefahr besteht zweifellos. Das darf aber nicht verwechselt werden mit der Frage „defensiv" oder „offensiv". Die „offensive" Führung des demokratischen Kampfes durch die Kommunisten ist beim jetzigen Kräfteverhältnis eine leere Phrase. Bei den KBW-Ideologen besteht der Irrtum, die bloße Propaganda des wissenschaftlichen Sozialismus durch kommunistische Zirkel schon für eine „offensive" Handlung zu halten. Das kommt auch in der Resolution der KBW-Konferenz zum Ausdruck, wo es heißt: „Die ideologische Offensive führen". In Wahrheit wird darunter nur eine Verstärkung der kommunistischen Agitation und Propaganda gefaßt, was aber an der politischen, ideologischen und organisatorischen Defensiv-Situation der kommunistischen- und Arbeiterbewegung unmittelbar noch nichts Wesentliches ändert.

Alt-Heidelberg

In einem verstaubten Aktenordner fand ein Genosse nicht ohne Rührung ein uraltes Exemplar der Heidelberger Studenten-Zeitung „Neues Rotes Forum" aus dem Jahre 1971. In einer so ungeheuer langen Zeit – es sind fast zwei Jahre! – verschiebt sich natürlich die politische Sicht, wie folgendes Zitat aus diesem antiken NRF (es handelt sich um die Nr.6/71) zeigt:

„Die KPD/ML befreit sich...unter Hinweis auf die allgemeine Aussage Maotsetungs 'Die Haupttendenz in der Welt ist Revolution' von der Notwendigkeit, eine taktische Klassenkampfsituation in einem bestimmten Land zu einem bestimmten Zeitpunkt zu untersuchen. Die strategische Aussage Maos und Lenins bezieht sich auf die Epoche des Imperialismus und des beginnenden Sieges der sozialistischen Revolution, erübrigt aber keineswegs eine konkrete Analyse der nationalen Klassenkämpfe und eine taktische Einschätzung von deren Entfaltung. Die Tatsache, daß die westdeutsche Kapitalistenklasse die verschärften Widersprüche der imperialistischen Konkurrenz durch verstärkten Druck auf die Arbeiterklasse zu lösen versuchen muß, und daß dieser Lösungsversuch eine Verschärfung des Klassenkampfes bedeutet, kann uns keineswegs dazu veranlassen, den defensiven und unentfalteten Charakter des proletarischen Klassenkampfes zu übersehen und in triumphalistische und abenteuerliche Phrasen auszubrechen..."

Gell, das ist schön?! Ist aber auch schon arg lange her! Inzwischen sind die Genossen genau auf dem Trip, den sie damals richtig kritisiert haben! Was mag sie bloß dazu „veranlaßt" haben?

Die Theorie vom „offensiven" demokratischen Kampf scheint eine besonders „linke" Theorie. Ihre p r a k t i s c h e Konsequenz jedoch ist ein opportunistisches Zurückweichen vor der Aufgabe, die gesamte politische Unterdrückung vor den Arbeitern zu „enthüllen" und die Arbeiter für den demokratischen Kampf zu gewinnen.

Dieser Widerspruch ist beim ehemaligen KBB sehr anschaulich. Einerseits: die Kommunisten können die Arbeiter nur für den demokratischen Kampf gewinnen, indem sie ihn mit dem Kampf um den Sozialismus verbinden. Andererseits: Die Arbeiter können in den demokratischen Kampf nur dort „einbezogen" werden, wo sie ihn, „in wie begrenzter Form auch immer", spontan schon führen. („Thesen" – s.o.)

Sabotage am Kampf gegen die Kommunisten-Verfolgung

Der Polizei-Überfall auf die Gruppe „KPD", verbunden mit einer antikommunistischen Hetzkampagne in der bürgerlichen Presse und massiven Verbotsdrohungen gegen alle kommunistischen Organisationen, sie sich im Mai und Juni zuspitzten, gaben dem KBW Gelegenheit, die Konsequenzen seiner Haltung in der Praxis zu demonstrieren.

In dem Artikel „Die nächsten Aufgaben der Kommunisten" (Heidelberger „Arbeiterzeitung" vom Juni) heißt es dazu:

„In der gegenwärtigen Situation sich entwickelnder Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes müssen die kommunistischen Organisationen alle Tendenzen ... zum Starren auf den eigenen Nabel vermeiden ..." Und weiter: „Wenn in dieser Lage die Kommunisten den Angriff der Bourgeoisie auf sich selbst zum Hauptgedanken (? !) ihrer Agitation machen, dann (!) sind sie verloren. Wenn die Kommunisten jetzt an einer Nebenfront (!!) den Kampf entwickeln wollen und sich nicht in jedem Schritt die Organisierung und Zusammenfassung der Bewegungen, die jetzt und heute schon (!!) große Teile des Volkes (!!!) erfassen, zur Aufgabe stellen, dann werden sie geschlagen werden und zwar vernichtend."

Mit anderen Worten: je mehr „Aufhebens" wir von der Kommunistenverfolgung machen, umso schlimmer für uns. Und umgekehrt, wenn wir die Kommunistenverfolgung möglichst gar nicht oder nur ganz am Rande erwähnen (an dieser „Nebenfront" natürlich auch keine Kämpfe führen), und uns stattdessen (!) auf die Kämpfe konzentrieren, die „jetzt und heute" schon massenhaft geführt werden, dann kann uns die Bourgeoisie nichts anhaben.

Das ist die letzte Konsequenz dieser Maulhelden des „offensiven" demokratischen Kampfes!

Die praktische Umsetzung dieser krass rechtsopportunistischen Linie sah zunächst einmal so aus: in der „Arbeiterzeitung" (Juni) ganze drei (!) Zeilen über den Polizei-Überfall gegen die Gruppe „KPD".

Etwas breiter wurde daneben in einer (ca. 3/4 Seite) Reportage über die brutale Durchsetzung des Demonstrationsverbots in Dortmund berichtet. Das wurde in diesem Artikel („Demonstrationsverbote in Dortmund") so begründet:

„Die Aufgabe der Kommunisten ist also nicht der Protest und die demonstrative Abwehr einzelner Maßnahmen des Staates, mit denen die kommunistische Bewegung getroffen werden soll, gerade insoweit sie getrennt von den Massen ist."

Die dahinter stehende Einschätzung ist, daß gegenwärtig das Kommunisten-Verbot die Arbeiterklasse nicht betrifft (und daher nicht interessiert), wohl aber ein Demonstrationsverbot, weil das Demonstrationsrecht ein Recht ist, von dem die Arbeiterklasse selbst heute schon relativ breit und häufig Gebrauch macht.

Im Gegensatz zu dieser u.E. verantwortungslosen Haltung hat Lenin den Kommunisten die Aufgabe gestellt, j e d e Erscheinung der politischen Unterdrückung vor der Arbeiterklasse zu „enthüllen". So haben wir z.B. im AK aus Anlaß des Polizei-Überfalls auf die „KPD" versucht, die Absichten der Bourgeoisie aufzuzeigen, die Haltung der bürgerlichen Presse wie auch einiger „Linker" (DKP) zu beleuchten, schließlich auch Kritik an „KPD" und „KPD/ML" hinsichtlich ihres Verhaltens in der Solidaritätskampagne.

Lenin schreibt in „Was tun?": „Warum zeigt der russische Arbeiter noch so wenig seine revolutionäre Aktivität in bezug auf die bestialische Behandlung des Volkes durch die Polizei, im bezug auf die Verfolgungen der Sektierer (Lenin meint hier allerdings religiöse Gruppen), **die Mißhandlungen der Bauern, das Wüten der Zensur, die Soldatenschindereien, die Verfolgung selbst der harmlosesten kulturellen Bestrebungen usw.? Darum etwa, weil ihn der 'ökonomische Kampf' nicht darauf 'stößt', weil ihm das keine 'greifbaren Resultate verheißt' und wenig 'Positives' gibt? Nein, eine solche Ansicht ist, wie gesagt, nichts anderes als der Versuch, die eigene Schuld anderen in die Schuhe zu schieben, das eigene Philistertum (alias Bernsteinianertum) auf die Arbeitermasse abzuwälzen. Wir müssen es uns selbst, unserem Zurückbleiben hinter der Bewegung der Massen zuschreiben, daß wir es noch nicht verstanden haben, genügend umfassende, aufrüttelnde, rasche Enthüllungen all dieser Schandtaten zu organisieren..."**

Ohne diese Sätze schematisch auf die gegenwärtige Situation übertragen zu wollen, läßt sich doch sagen, daß bei den NRF-Ideologen eben diese Haltung festzustellen ist, ihre kommunistischen Pflichten zu versäumen und sich stattdessen zu verstecken hinter den Kämpfen, die „jetzt und heute" schon unter Beteiligung breiter Massen stattfinden; d.h. hinter der spontanen Bewegung, die es angeblich nicht erfordert oder gar nicht zuläßt, über eine so „nebensächliche" Frage wie die Kommunistenverfolgung umfassende „Enthüllungen" zu organisieren.

Die äußerste Konsequenz dieser Politik zog eine studentische Sympathisantengruppe des Zirkelblocks, die „KG" Köln. Ihre „Zentrale Leitung" erklärte am 26. Mai klipp und klar:

und klar:

„Wir werden deshalb keine Demonstration gegen das Demonstrationsverbot organisieren oder unterstützen, solange die Massen (!) nicht selbst aufgrund ihrer eigenen Erfahrung (!!) bei der Unterdrückung ihrer Kämpfe zum Träger (!) dieser Demonstrationen werden . Dies gilt auch für den Fall, daß die Bourgeoisie ihre Verbotsdrohung gegen die 'KPD' wahrmacht. Dies gilt auch, wenn die Bourgeoisie die Verbotsdrohungen auf die gesamte kommunistische und demokratische Bewegung ausdehnt."

Das heißt, den demokratischen Kampf gegen die Anschläge auf Demonstrations- und Organisationsfreiheit etc. wollen wir erst dann unterstützen, wenn die Erfahrungen des spontanen Kampfes die Arbeiterklasse selbst zum demokratischen Kampf treiben. Solange das nicht der Fall ist, mag die Bourgeoisie uns ruhig verbieten – wir werden keinen Finger rühren.

Nicht so eindeutig, sondern mehr als Eiertanz, kommt die "Kommunistische Volkszeitung" des KBW vom Juli zu inhaltlich ähnlichen Schlußfolgerungen wie die Kölner Gruppe. Es heißt da u.a.:

„Die Kommunisten sind nicht sentimental, sondern nüchterne Vorkämpfer der Arbeiterklasse, deshalb bestimmen sie ihre Handlungen nicht nach irgendwelchen Solidaritätsgefühlen in der 'ganzen Linken', sondern nach den Notwendigkeiten des Klassenkampfes. Deshalb räumen sie nicht irgendwelchen Solidaritätsaktionen den Vorrang ein, sondern der Entwicklung der Massenkämpfe dort, wo sie stattfinden..."

O ja, wir sind nicht so „sentimental", daß wir für eine politische Enthüllung über die Kommunistenverfolgung mehr als drei Zeilen in unserem Zentralorgan übrig haben. Wir sind erst recht nicht so „sentimental", mit verfolgten Genossen Solidarität zu üben. Die Hamburger Sympathisantengruppe des KBW, die SSG/„KG", meinte sogar, Solidarität sei bloß ein „moralischer" Begriff, und „moralisch" wollen wir ja nicht mehr sein, nicht wahr? Nein, wir sind entschieden so „nüchtern", mit Andacht „den Hintern des Proletariats zu betrachten" (Lenin) und uns ganz auf die Kämpfe "jetzt und heute" zu orientieren. Der spontane Kampf treibt die Arbeiter nicht zum Kampf gegen Demonstrationsverbot, Kommunistenverfolgung etc.? Dann werden wir eben auch darauf verzichten.

Allerdings wagen wir die Voraussage, daß diese „nüchternen" Genossen trotz ihrer Sprüche ein Riesengeschrei anstimmen werden, sobald sie s e l b s t von der Bourgeoisie härter angefaßt werden sollten, daß sie dann gebieterisch von der gesamten kommunistischen Bewegung Solidarität verlangen werden, und daß sie vielleicht sogar wieder mal eine „zentrale Demonstration" einberufen werden. Wir können diese Voraussage wagen, weil wir uns noch genau an das Theater erinnern, das die Genossen vor einigen Monaten aufgeführt haben: damals hatte die Bremer CDU das Verbot des KBB (jetzt im KBW) gefordert. Noch am selben Tag erreichte uns ein Telefonanruf aus Bremen, mit dem wir dringend zur „Solidarisierung" aufgefordert wurden. In Bremen wurde eine Art norddeutscher Sternmarsch organisiert und zwar sinnigerweise so, daß z.B. Hamburger Genossen, die berufstätig sind, zeitlich gar nicht daran teilnehmen konnten, was u n s dann noch von den SSG-Studenten als Mangel an Solidarität (!) ausgelegt wurde. Die Bremer „Wahrheit" schließlich widmete dem aufregenden Ereignis volle vier (!!) Seiten, davon allein mehr als zwei Seiten „Solidaritätserklärungen", die den KBB aus dem gesamten Bundesgebiet erreicht hatten.

Wenn bei den Genossen ein echter Sinneswandel vorläge, so wäre vielleicht eine Selbstkritik fällig? Aber ist es nicht vielmehr so, daß sie „solidarisch" sind, wenn es um sie s e l b s t geht, und „unsentimental" und „nüchtern", wenn es andere trifft?

Die Rolle der Zeitung

Die Rolle der Zeitung

Über die Funktion des Zentralorganes bestanden vor allem zwischen KBB und NRF von Anfang an bedeutende Meinungsverschiedenheiten. Diese sind sogar noch auf der KBW-Konferenz offen zutage getreten. Das ist bemerkenswert, da es ja nun ein g e m e i n s a m e s Zentralorgan gibt, die „Kommunistische Volkszeitung".

Die Bremer „Wahrheit" erschien seit dem Februar 1972 und löste die bis dahin erschienene „Kommunistische Arbeiterkorrespondenz" ab. Bereits in der ersten Nummer legten die Genossen in einem Artikel „Unsere nächsten Aufgaben und die Rolle der Zeitung" ihre Vorstellungen umfassend dar:

„Unter politischer Zeitung verstehen wir ein Organ, das auf alle Fragen des Kampfes der Arbeiterklasse und auf die Kämpfe aller anderen werktätigen Klassen eingeht, sie vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus aus beleuchtet und – soweit das beim jetzigen Stand der Auseinandersetzung möglich ist – darüber zur politisch-theoretischen Anleitung wird."

Aus dem Text geht außerdem hervor, daß die Genossen in der politischen Zeitung auch „die Darstellung der Auseinandersetzung über die grundlegenden Fragen der Revolution in Westdeutschland" sehen wollten.

Der Artikel setzt sich speziell auseinander mit dem Typ der „Arbeiterzeitung".

„Dieser Zeitungstyp fällt dadurch auf, daß er die Fragen des praktischen Kampfes nur in sehr oberflächlicher Weise theoretisch beleuchtet : Die Auseinandersetzung innerhalb der kommunistischen Bewegung findet in den Spalten der 'Arbeiterzeitung' nicht statt. Die Schreiber dieser Zeitung gehen offenbar davon aus, daß für die Arbeiter eine besondere Propaganda notwendig ist, die sie möglichst mit theoretischen Fragen, mit der Auseinandersetzung unter den Kommunisten, mit den grundsätzlichen Fragen von Strategie und Taktik nicht belastet..."

Diese Kritik traf damals schon gerade die Heidelberger „Arbeiterzeitung" des NRF, und genauso ist stets die inhaltliche Ausrichtung der Heidelberger Zeitung geblieben.

Vom ARBEITERKAMPF, der zum Zeitpunkt dieses Artikels auch erst in zwei oder drei Ausgaben vorlag, heißt es, daß seine weitere Entwicklung „noch unklar" sei, da sich damals auch beim ARBEITERKAMPF immer noch die Kennzei-

Forts. Zirkelblock

chen der oben beschriebenen „Arbeiterzeitung" geltend machten.

In der März-Nummer des AK („Zur Zeitungsarbeit des Kommunistischen Bundes") nahmen wir diese Kritik der „Wahrheit" auf und erkannten ihre grundsätzliche Berechtigung an. Wir haben den genannten Artikel der „Wahrheit" auch als Hilfe bei der Ausrichtung unserer eigenen Zeitungs-Arbeit verstanden.

Allerdings hielten die Bremer Genossen selbst sich nicht völlig an die von ihnen propagierten Prinzipien. In der „Wahrheit" nahm der politisch-theoretische Kampf innerhalb der kommunistischen Bewegung immer nur einen zu geringen Raum ein. Im Vordergrund standen in der Regel abstrakt-organisatorische Abhandlungen, die vom politischen Inhalt losgelöst waren, und die wesentlich dem formalen Zusammenschluß des Zirkelblocks dienen sollten, ohne dessen politisch-theoretische Ausrichtung jemals ernsthaft zur Diskussion zu stellen. (Das gilt natürlich nicht für die Veröffentlichung der „Thesen" als Beilage zur „Wahrheit" im Mai/Juni 73, aber eben das auch erst unmittelbar vor der formalen Gründung des KBW). Mit anderen Organisationen hat sich die „Wahrheit" im wesentlichen nicht auseinandergesetzt, abgesehen von der praktischen Frage der Haltung zu den Bundestagswahlen sowie zwei langen Artikeln zur Gruppe „KPD/ML".

Dennoch muß differenziert werden, daß die Bremer „Wahrheit" insgesamt die Funktion einer politischen Zeitung entschieden vollständiger ausfüllte als die Heidelberger „Arbeiterzeitung". Denn das NRF lehnte es ausdrücklich ab, die Auseinandersetzungen innerhalb der kommunistischen Bewegung in seine „Arbeiterzeitung" aufzunehmen (vgl. dazu AK 25, S.9: „Warum muß die Auseinandersetzung vor der Arbeiterklasse geführt werden?").

In den Bremer „Thesen" (Mai/Juni 73) wurde zur Rolle der Zeitung folgendermaßen Stellung genommen:

„Eine politische Zeitung von Kommunisten, welche die Entwicklung des Klassenbewußtseins vorantreiben soll, muß gerade den einzelnen Arbeitern, die sich uns heute zuwenden, Material zum Lernen geben, auf ihre Fragen antworten. Sie muß darum der Behandlung unserer gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, der Kritik falscher Anschauungen, der Darlegung und Erörterung taktischer Fragen und der umfassenden Information über die Entwicklung der proletarischen Befreiungsbewegung in der ganzen Welt Vorrang geben vor dem Versuch, heute schon A u s d r u c k der Proletarischen Klassenbewegung in Westdeutschland zu sein...Ausdruck der westdeutschen Arbeiterbewegung wird eine kommunistische Zeitung heute nur sehr begrenzt sein können, so sehr sie sich bemühen muß, z.B. über die Anregung und Veröffentlichung von Arbeiterkorrespondenz den Weg dahin zu gehen. Ihr Hauptehrgeiz aber muß heute darauf gerichtet sein, durch die Reichhaltigkeit ihrer Meldungen und Berichte, die Klarheit und Gründlichkeit ihrer Artikel das Interesse der Fortgeschrittenen zu erregen und ihnen immer mehr unentbehrlich zu werden für ihr politisches Lernen. Nur über diesen Weg kann sie dahin kommen, auch zum Ausdruck einer neu sich entwickelnden kommunistischen Arbeiterbewegung zu werden."

Das halten wir durchaus für richtig, und es entspricht dem, worum wir uns in unserer Presse-Arbeit bemühen. Innerhalb des KBW konnten sich diese Vorstellungen jedoch nicht durchsetzen.

In dem Bericht der KVZ über die KBW-Konferenz heißt es dazu:

„...Demgegenüber vertrat die spätere Mehrheit die Auffassung, daß sich die Zeitung auf die gegenwärtigen Kämpfe ausrichten müsse und auch wenn sie vorläufig nur eine geringe Zahl der fortgeschrittenen Arbeiter erreicht, anleitend in die Kämpfe eingreifen müsse. Die Propaganda selbst müsse sich auf die praktischen Kämpfe beziehen und dürfe nicht als losgelöste Propagierung des wissenschaftlichen Sozialismus verstanden werden."

Außerdem wurde den Bremer Genossen vorgeworfen, sie hätten sich „nicht auf die Massenkämpfe, sondern auf ein falsch verstandenes Bildungsbedürfnis der fortgeschrittensten Arbeiter ausgerichtet".

In der schließlich beschlossenen Resolution der KBW-Konferenz heißt es: „Das Zentralorgan. Es ist das wichtigste Mittel für die Gewinnung und Erziehung der fortschrittlichen Arbeiter und für die politische Anleitung der Organisation. Es nimmt Stellung zu allen politischen Fragen der Arbeiterbewegung, dient der Zusammenfassung der Kämpfe zum politisch geführten Klassenkampf und stellt den Zusammenhang des national geführten Klassenkampfes mit den internationalen Klassenkämpfen und den Befreiungskämpfen der unterdrückten Völker her. Das Zentralorgan kann seine politische Aufgabe nur erfüllen, die fortschrittlichen Arbeiter zu gewinnen und die Arbeit der Kommunisten anzuleiten, wenn es sich an die Massen wendet und dadurch direkt der Massenarbeit der Kommunisten und der Auseinandersetzung der fortgeschrittensten Arbeiter mit ihren Kollegen dient."

Diese Aufgaben-Bestimmung ist in sich selbst widersprüchlich. Wir sehen nicht, wie sich eine Zeitung „an die Massen" wenden und gleichzeitig als „wichtigstes (!) Mittel" für die „Erziehung der fortschrittlichen Arbeiter" dienen soll. Wenn die politische Zeitung gerade die fortschrittlichen Arbeiter voranbringen soll (das Wort „Erziehung" ist wohl nicht unbedingt treffend), dann kann das eben keine Zeitung für die „Massen" sein. Eine Zeitung, die sich „an die Massen" wendet, wird gerade den fortschrittlichen Kollegen nicht jene Informationen und jenes Wissen geben können, das sie wollen und benötigen. Sie wird entweder über die Köpfe der „Massen" hinwegreden, oder sie wird die bewußteren Kollegen durch politisch-ideologische Seichtheit und Wiederkäuen von „Banalitäten" (im Bewußtsein dieser Teile der Arbeiterklasse) langweilen und abstoßen.

Man muß ganz klar sehen, daß man keine Zeitung machen kann, die sozusagen „alles in einem" ist und alle Bedürfnisse zufriedenstellt. Die Entscheidung stellt sich: entweder eine Zeitung „an die Massen", oder eine Zeitung gezielt für eine politisch bewußtere Minderheit. Als „dritter Weg" bleibt bloß ein buntes Mischmasch, wo man vorn die Seiten mit Streik-Reportagen „für die Massen" füllt und hinten ein oder zwei Bonbons für die „Fortgeschrittenen" bringt. Das ist eben –zugespitzt ausgedrückt– das Gesicht der ersten Nummer der „Kommunistischen Volkszeitung" des KBW.

Das unmittelbare „Eingreifen" in die Kämpfe wird immer eine Aufgabe der Agitation durch Flugblätter sein.

In der oben zitierten Stellungnahme der KVZ (Juli) zur Behandlung der Zeitungsfrage auf der KBW-Konferenz kommen die falschen Positionen noch klarer zum Ausdruck als in der Resolution, die wohl schon ein Kompromiß zwischen Positionen des KBB einerseits und der Konferenz-Mehrheit (vor allem wohl NRF) andererseits sein dürfte.

In dieser Stellungnahme wird die Ausrichtung der politischen Zeitung (Zentralorgan) „auf die gegenwärtigen (!) Kämpfe" gefordert. Die Propaganda soll sich auf die „praktischen (!) Kämpfe" beziehen, und „praktisch" sind eben die Kämpfe, die die Arbeiter spontan schon führen. Schließlich wird die Alternative gemacht: Ausrichtung entweder auf die „Massenkämpfe" oder auf „ein falsch (?) verstandenes Bildungsbedürfnis der fortgeschrittenen Arbeiter".

Das heißt: die Zeitung soll sich auf die spontane Arbeiterbewegung ausrichten", sie muß die „gegenwärtigen Kämpfe" in den Mittelpunkt stellen. Wir meinen dagegen, daß es – ohne die „gegenwärtigen Kämpfe" zu vernachlässigen – gerade darum geht, auch solche Fronten des Klassenkampfs zu beleuchten, wo die werktätigen Massen den Kampf noch kaum aufgenommen haben (alle Fragen des demokratischen Kampfes, Kampf um die Wohnung und die Schule, politisch-ideologischer Kampf). Die Frage der Zeitung steht – zusammen mit der der Organisation – im Zentrum von Lenins Schrift „Was tun?". Und die „Ausrichtung auf die gegenwärtigen Kämpfe" (das sind eben die spontanen, nur-gewerkschaftlichen Kämpfe) war gerade die Position des russischen Ökonomismus. Dagegen ist das angeblich „falsch verstandene Bildungsbedürfnis" in den Bremer „Thesen" gerade die Aufgabe, die Lenin der politischen Zeitung stellte, nämlich die Vermittlung von „politischem Wissen". Lenin versteht darunter ein solches Wissen, das die Arbeiter allein aus ihren Erfahrungen in der Fabrik und im ökonomischen Kampf nicht gewinnen können, sondern das entsteht durch die „lebendigen Enthüllungen dessen, was gerade jetzt unsere Regierung und unsere herrschenden Klassen auf allen Lebensgebieten tun." „Wer die Aufmerksamkeit, die Beobachtungsgabe und das Bewußtsein der Arbeiterklasse ausschließlich oder auch nur vorwiegend auf sie selber lenkt" (die Ausrichtung auf die „praktischen Kämpfe"! Anm. AK), „der ist kein Sozialdemokrat..." (Lenin, „Was tun?"). ■

Anmerkungen

Auf einige praktische Fragen der Politik des KBW wird in diesem Artikel nicht eingegangen, da sie schon früher im AK angesprochen wurden. Wir verweisen dazu auf AK 31, „Der Streik bei Klöckner", insbesondere S. 4/5 sowie in derselben Ausgabe „Kommunismus oder Jubel-Ökonomismus?" (S.26/27). Dazu auch AK 30: „Streiks in der Metallindustrie – Spontaneismus oder kommunistische Propaganda", insbesondere S.7/8. Mit dem Zirkelblock befaßte sich ausserdem die Artikel-Folge „Wie sich das Zirkelwesen am eigenen Schopf aus dem Sumpf zieht" in AK 24 und AK 25.

Artikel etc. des Zirkelblocks (KBW), auf die im Artikel Bezug genommen wird, sind insbesondere:

„Thesen zur Taktik der westdeutschen Kommunisten", Beilage der „Wahrheit" Nr. 5/6, 73

„Die nächsten Aufgaben der Kommunisten", „Arbeiterzeitung" (NRF), Juni 73

„Ergebnisse der Gründungskonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands", Heidelberg (Broschüre)

„Kommunistischer Bund Westdeutschland gegründet", „Kommunistische Volkszeitung", Juli 73

„Politischer Bericht des ZA der KG (NRF)", „Neues Rotes Forum", 3/73

Häufigeres Erscheinen des 'Arbeiterkampfs' ?

Redaktionelle Anmerkung

In einer redaktionellen Anmerkung im ARBEITERKAMPF Nr. 30 erklärten wir die Absicht von Leitung und Redaktion, die Diskussion um ein möglicherweise häufigeres Erscheinen der Zeitung (14-tägig ?) zu führen. Die Leser unserer Zeitung wurden um Stellungnahme zu diesem Problem gebeten. – Inzwischen sind eine Reihe von Stellungnahmen – vor allem aus der Organisation – bei der Redaktion eingegangen. Darin wird im wesentlichen die Meinung vertreten, daß häufigeres Erscheinen des ARBEITERKAMPF politisch notwendig ist und daß die Organisation die Kräfte bereitstellen sollte, um diesen Auftrag zu erfüllen. Strikt wird aber abgelehnt, ein häufigeres Erscheinen mit einem Sinken des bisherigen Niveaus der Zeitung billig zu „erkaufen". Ein Auflagen-Rückgang dagegen wird wegen der dann verkürzten Verkaufs-Zeit von der Mehrheit der Stellungnahmen in Kauf genommen.

In einer Stellungnahme (die sicherlich nicht bloß eine vereinzelte Meinung eines Genossen widergibt) wird argumentiert, daß es schon jetzt ziemlich anstrengend ist, eine 20- bis 30-seitige Zeitung einmal im Monat „genau zu studieren", daß dies vor allem ein „Problem der werktätigen Genossen" und Sympathisanten und auch der Kollegen sei. Darüber hinaus sei beim derzeitigen Niveau der politischen- und Arbeiterbewegung ein häufigeres Erscheinen als bisher politisch nicht zu begründen.

Nicht zuletzt möchten wir hier auch mit Dank einige Geld-Spenden erwähnen, die bei uns eintrafen. Wir schrieben zwar, daß ein 32-seitiger ARBEITERKAMPF „gefährlich in die Nähe der Liquiditäts-Grenze" rücke, eine genauere Nachkalkulation ergab jedoch, daß diese Grenze bei 32 Seiten bereits überschritten ist. Insofern sind wir auch weiterhin für Geldspenden sehr dankbar, die wir auch besonders gut für den weiteren Ausbau unseres Verlages brauchen könnten.

Wir wollen hier zwei Leserbriefe zu diesem Problem abdrucken, die uns von außerhalb der Organisation und ihres direkten Sympathisanten-Stammes zugesandt wurden. Der erste Leserbrief – von der „Gesellschaft für albanisch-chinesisch-deutsche Freundschaft e.V." (Frankfurt) – nimmt sehr kritisch und mit Bedenken zu den Vorstellungen der Redaktion Stellung, während der zweite Leserbrief – aus Hamburger Juso-Kreisen – ein möglichst schnelles 14-tägiges Erscheinen des ARBEITERKAMPF befürwortet.

1. Leserbrief

„... Zum Schluß eine kurze Bemerkung zum ARBEITERKAMPF und Eurer Überlegung in Nr. 30, den ARBEITERKAMPF in kürzeren Zeiträumen erscheinen zu lassen: Wir würden es bedauern, wenn wegen kürzerer Erscheinungsweise die langen, gründlichen und sehr informativen Artikel verschwänden, um „aktueller" zu sein, mehr auf den täglichen Kleinkram eingehen zu können. Denn gerade das zeichnet den ARBEITERKAMPF gegenüber anderen kommunistischen Zeitungen aus, daß er auf bloße Meldungen usw. verzichtet und versucht, allseitig ein Problem aus kommunistischer Sicht zu untersuchen. Lieber sehen wir einen monatlichen ARBEITERKAMPF – sich hin zu einem kommunistischen Arbeitermagazin entwickelnd – mit vielen Seiten, als ein weiteres in der Hetze gemachtes Wochenblättchen voll von utopischem Sozialismus. Auch würde der wöchentliche oder vierzehntägige Vertrieb Eure Genossen so sehr beschäftigen, daß darunter die eigenständige Arbeit der einzelnen Gruppen wesentlich leiden wird. Rot Front!"

GESELLSCHAFT FÜR ALBANISCH-CHINESISCH DEUTSCHE-FREUNDSCHAFT E.V

2. Leserbrief

„Liebe Genossen! Als begeisterter Leser und Verbreiter des ARBEITERKAMPF möchte ich zu Eurer Überlegung, ob der „AK" 14-tägig erscheinen sollte, Stellung nehmen.

Grundsätzlich bin ich dafür, die Zeitung 14-tätig, wenn möglich natürlich öfter, erscheinen zu lassen.

Inhaltlich ist meines Erachtens am „AK" nichts auszusetzen. Soweit ich das beurteilen kann, ist der „AK" wohl die hervorragendste kommunistische Publikation in der BRD vom Inhalt, von der Aufmachung und vom Stil her (auch wenn dieser ab und zu zu polemisch in seiner Ausdrucksweise, die zwar verständlich, manchmal aber auch abstoßend ist).

Mit meinem Plädieren für ein 14-tägiges Erscheinen möchte ich allerdings auch die Artikellänge verkürzt und somit in ihrer Qualität für die noch zu erreichenden Leser erhöht sehen. Dabei bestreite ich auf keinen Fall die Notwendigkeit ausführlicher Berichterstattung. Doch gibt ja gerade das häufigere Erscheinen des „AK" die Möglichkeit, ein Thema fortzusetzen.

Genossen, ich bitte Euch, in der Diskussion, falls Ihr dieses Schreiben im „AK" verwenden wollt, meinen Namen nicht zu erwähnen.

Mit kommunistischem Gruß

ein JUSO

Insbesondere die politischen Bedenken, wie sie im Brief der „Gesellschaft ..." zum Ausdruck kommen, stimmen mit Argumenten überein, wie sie auch zahlreich innerhalb der Organisation und auch der Leitung und Redaktion geäußert wurden. Keinesfalls also werden wir die Zeitung von heut auf morgen, sozusagen auf bloßen „Beschluß" hin, 14-tägig erscheinen lassen, wenn auch diese Marke als ein in überschaubarem Zeitraum zu erreichendes Ziel bleiben soll.

Wir werden größere Anstrengungen im Bereich der Redaktion (inkl. Kommissionen), der Herstellung und des Vertriebs und Verkaufs unternehmen, um schrittweise zu kürzerer Erscheinungsweise überzugehen. Als vorläufige Zwischenetappe ist ein 3-wöchentliches Erscheinen ins Auge gefaßt worden, wobei der ARBEITERKAMPF dann etwa 24 Seiten umfassen soll (damit er sich finanziell selbst trägt). – Mit dieser redaktionellen Anmerkung soll die Diskussion um unsere bisherige Pressearbeit keineswegs abgeschlossen sein. Wir würden uns freuen, auch weiterhin Stellungnahmen zu diesem Thema von unseren Lesern zu erhalten. ■

AK-Redaktion

Berichtigung

Zum Artikel „Der Mythos der Selbstorganisation" im ARBEITERKAMPF Nr. 28, der sich mit dem „Sozialistischen Büro" befaßte, schreibt uns ein Leser:

„... Genossen, Eure Kritik kann ich voll unterstützen, da ich mich auch mal ein wenig mit den Leuten vom SB beschäftigt habe. Ich möchte Euch darum auch einige Informationen geben, die Ihr vielleicht verwerten könnt ...

Nun zum zweiten: Ihr schreibt am Ende des Artikels über ein Hamburger Lehrlingszentrum (LZ). Genossen, Ihr könnt doch nicht über ein Lehrlingszentrum schreiben, das es gar nicht gibt. Wenn Ihr solche falschen Informationen bringt, dann haun Euch doch die Leute von LZ mit Freuden in die Pfanne. Solche Fehler dürfen nicht passieren. Wenn Ihr es genau wissen wollt, LZ heißt Lehrlingszeitung und wurde Anfang 1970 gegründet ... Sie nennt sich zwar „Lehrlingszeitung", aber die Lehrlinge führten von Anfang an eine Statistenrolle und gehören so am Layout mit rumschnippeln . ."

Der Genosse hat Recht! Zwar gab es mal in Hamburg ein „Lehrlingszentrum", das mit der LZ zusammenhing, nämlich das sogenannte „Jour Fix", das nach Angaben der LZ vor zwei Jahren aufgelöst wurde. „LZ" heißt aber hier eindeutig „Lehrlingszeitung". Der Irrtum ist beim Verfasser durch einen vom „LZ-Redaktionskollektiv, Hamburg" geschriebenen Artikel in der SB-Zeitschrift „links" vom Oktober 72 entstanden. In diesem Artikel werden nämlich die Buchstaben LZ durcheinander als Abkürzung für „Lehrlingszentren" und für „Lehrlingszeitung" gebraucht.

Trotzdem, „solche Fehler dürfen nicht passieren"! Aber es gibt wohl niemanden, der keine Fehler macht. Unser Ziel ist, mit Unterstützung unserer Leser sowenig Fehler wie möglich zu machen. ■

AK-Redaktion

Zur weiteren Entwicklung des Kampfes gegen den Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range

Im Juni führte die Bevölkerung von Klausheide und Nordhorn einen heftigen Kampf für die Aufhebung des Nato-Bombenabwurfplatzes Nordhorn-Range, um sich von dem Jahrzehnte andauernden unerträglichen und gesundheitsschädlichen Lärm und anderen durch den Übungsbetrieb verursachten Gefahren zu befreien (wir berichteten ausführlich darüber im AK Nr. 30 vom Juli 73). Nach der gewaltsamen Räumung des von der Bevölkerung besetzten Platzes durch die dort stationierte Polizeiarmee (1.000 Mann) begann in konzertierter Aktion aller bürgerlichen Kräfte eine Kampagne gegen die Bewegung, die schließlich zur weitgehenden Einstellung aller Aktionen der Bevölkerung und zur erneuten „Verlagerung" des Kampfes auf die Ebene „friedlicher Verhandlungen" insbesondere mit dem Bundesverteidigungsministerium führte. Um den Preis einer zweistündigen Flugpause während der Mittagszeit ab August 73 desorganisierte vor allem die „Notgemeinschaft" mit dem Kleinunternehmer und Vorsitzenden der Jungen Union (CDU) W. Hanisch an der Spitze den Kampf und betrieb nach Kräften die Demobilisierung der Bevölkerung — mit Erfolg: über einzelne, von meistens nur wenigen Menschen getragene Aktionen kam die Bewegung nach der als „vorläufigen Schlußpunkt der Aktionen" propagierten Großkundgebung am 23.6.73 und der am 4.7.73 zwischen Bundesverteidungsminister Leber und der „Notgemeinschaft" geschlossenen Vereinbarung über die Einstellung aller Aktionen bis zum 30. August kaum mehr hinaus.

Unter den derzeitigen Bedingungen ist ein schneller Erfolg der Bevölkerung im Kampf gegen Nordhorn-Range nicht möglich. Trotz aller Kritik von Teilen der Bevölkerung an einzelnen Maßnahmen der „Notgemeinschaft" hat sich bislang keine Klarheit darüber entwickelt, daß die „Notgemeinschaft" sich in grundsätzlicher Komplizenschaft mit dem bürgerlichen Staat befindet: daß das „Problem" Nordhorn—Range kein „regionales Sonderproblem" ist, sondern ein Problem, wie es in ähnlicher Weise notwendig immer wieder vom Militarismus hervorgebracht wird; daß das bürgerliche Militär in jeder Hinsicht volksfeindlich ist. Vor allem die Erkenntnis dieser Zusammenhänge ist die Voraussetzung für den Fortschritt der Bewegung. Hier ergeben sich wichtige Aufgaben für die kommunistische Agitation und Propaganda.

Am 4. Juli konferierte eine Delegation der „Notgemeinschaft" und mehrere Kommunalpolitiker des Nordhorner Raumes in Bonn mit dem Bundesverteidigungsminister Georg Leber (SPD). Ziel dieser Konferenz war es eindeutig nicht, die Forderungen der Bevölkerung nachdrücklich darzulegen, sondern in der Frage, wie die Bewegung in den Grenzen bürgerlicher Politik zu halten ist, einen gemeinsamen Nenner zu fin-

einen gemeinsamen Nenner zu fin-

den. So betonte Hanisch die Notwendigkeit, ein Verhandlungsergebnis zu erzielen, andernfalls „müßten die Verantwortlichen der „Notgemeinschaft" ihren Rücktritt in Erwägung ziehen, da sie dann die zu Recht aufgebrachten Bürger nicht mehr zu steuern in der Lage sind. Damit wäre dann der Weg frei für radikale Gruppen". Solches Bemühen weiß Minister Leber zu honorieren, wenn er „begrüßt, daß 'die Notgemeinschaft die Sache in die Hand genommen' habe, um zu verhindern, daß Aktionen außerhalb jeder Kontrolle stattfinden". (Beide Zitate aus den „Grafschafter Nachrichten" vom 6. Juli).

Ergebnis der Bonner Verhandlungen war eine zweistündige Flugpause in der Mittagszeit ab August 73 sowie das Versprechen Lebers auf „Bemühungen um eine weitere Entlastung" von Nordhorn-Range. Allerdings wurde der Übungsbetrieb um eine Stunde am Abend wieder ausgedehnt. Dieses Ergebnis wird von Hanisch als „rundweg positiv" bezeichnet; man kehre „mit dem Gefühl zurück, etwas erreicht zu haben,

fühl zurück, etwas erreicht zu haben,

was der Bevölkerung zeigt, daß bei gutem Willen vieles möglich ist". Konsequenterweise hält es Hanisch „für verfehlt, die jetzt anlaufenden Bemühungen des Verteidigungsministeriums mit neuen Aktionen zu torpedieren. Die bei dem Gespräch nach Meinung der Notgemeinschaft geschaffene gemeinsame Basis soll nicht mit unbedachten Handlungen belastet werden" (GN 6.7.).

Die ganze Bonner Veranstaltung hat vor allem den ideologischen Zweck, der Bevölkerung einzureden, man könnte die Forderungen nach und nach bei gutem Willen durch Verhandlungen durchsetzen, während Aktionen „unbedachte Handlungen" sind, die die „Bemühungen des Verteidigungsministeriums ... torpedieren".

Auf einer wenige Tage nach dem Gespräch mit Leber stattfindenden Bürgerversammlung wird die Haltung der Notgemeinschaft von den Anwesenden scharf kritisiert: die „Notgemeinschaft" habe die Forderungen nur teilweise und mit wenig Nachdruck vertreten oder überhaupt fallengelassen. Bei einer Abstimmung stimmt die Mehrheit der Versammelten entgegen den Vorschlägen der „Notgemeinschaft" für die Durchführung weiterer Aktionen. Sofort im Anschluß an die Versammlung wird eine Demonstration zu den britischen Kasernen durchgeführt.



Die Delegation der „Notgemeinschaft" bei Verteidigungsminister Leber. Von links nach rechts: Josef Sils (Unternehmer), Harald Parade, Heide Hoffmann, Wilfried Hanisch (Unternehmer, CDU, Sprecher der Notgemeinschaft), Leber.

Mitte Juli wird die Bereitschaftspolizei aus Nordhorn-Range abgezogen. In der Nacht vom 19. zum 20. Juli unternehmen nach Berichten der GN 25 bis 30 Klausheider den vergeblichen Versuch, den Stacheldrahtverhau auf den Brücken zur Range über den Ems-Vechte-Kanal mit Zangen zu beseitigen.

Am 28./29. Juli errichten Jugendliche aus dem „Offenen Jugendzentrum Nordhorn" erneut ein Protestzeltlager an der B 213. Ziel ist es, Durchreisende auf den Kampf der Bevölkerung aufmerksam zu machen, sie zu informieren und zur Solidarität aufzurufen (Unterschriftensammlung). Es werden dort Flugblätter verteilt, Plakate verkauft und Spenden gesammelt. Viele Besucher des Zeltlagers nehmen Unterschriftenlisten mit in ihre Heimatorte, um in ihrem jeweiligen Wohnbereich über die Belange der Bevölkerung zu informieren und Solidaritätsunterschriften zu sammeln. Allerdings ist das Lager nach ca. 1 Woche wieder abgebrochen worden.

Weitere Aktionen sind uns nicht bekannt. Das alles zeigt, daß das einmal vorhandene Niveau an Spontaneität und Militanz vorläufig fast ganz beseitigt werden konnte, was durchaus dem Wesen spontan verlaufender Kämpfe entspricht; daß die Aktionen der letzten Wochen zersplittert und unter relativ geringer Beteiligung der Bevölkerung durchgeführt worden sind; daß hinter den Aktionen keine Klarheit über den langfristig weiter einzuschlagenden Weg steht und auch positive Ansätze wie z.B. der Versuch des Protestzeltlagers, die Solidarität mit dem Kampf der Nordhorner und Klausheider Bevölkerung über die regionalen Grenzen hinauszutragen, vorerst nicht weiterverfolgt werden.

Die „Notgemeinschaft" bejaht grundsätzlich die Nato, die „Verteidigungsbereitschaft" usw. Von daher wird sie den Kampf gegen Nordhorn-Range immer zu begrenzen versuchen, weil das politisch-militärische Interesse der Bourgeoisie an der Aufrechterhaltung des Übungsbetriebes den Interessen der Bevölkerung zu entsprechen verbietet. Die „Notgemeinschaft" kann also letzten Endes nur politisch durchschaut werden von der Bevölkerung, wenn die Zusammenhänge zwischen Militarismus und den Auswirkungen desselben in allen gesellschaftlichen Bereichen klar werden.

Die Erfahrungen der Bevölkerung mit den staatlichen Institutionen und Apparaten, mit Politikern, mit „friedlichen Verhandlungen" usw. sind relativ umfangreich vorhanden, bislang aber eben noch nicht bewußt verarbeitet worden. Praktisch wirkt sich das dann so aus, daß die Kritik an der Politik der Notgemeinschaft, beispielsweise an deren Verhandlungsführung in Bonn, stets nur den konkreten, aktuellen Fall sieht, ohne die dahinterstehende Linie, die grundsätzliche Bejahung des bürgerlichen Staates und Militärs als ständiger Verursacher solcher Probleme, im Blick zu haben; also die „gemeinsame Basis" (GN 6.7.) zwischen „Notgemeinschaft" und Leber, von der Hanisch spricht. Unter solchen Bedingungen kann es der „Notgemeinschaft" immer wieder gelingen, sich als Führung im Sattel zu halten.

Angesichts der Tatsache, daß in Nordhorn selbst keine Kräfte vorhanden sind, die in diese Richtung der Bewußtwerdung der Bevölkerung über die politischen Zusammenhänge arbeiten, dies aber die wesentliche Voraussetzung für den Fortschritt der Bewegung ist, haben wir uns entschlossen, in Nordhorn eine kontinuierliche Propagandaarbeit aufzunehmen. Seit Nr. 30 wird dort der ARBEITERKAMPF von einer Vertriebsgruppe der Oldenburger KB-Gruppe verkauft. Auf der Großkundgebung verteilten wir ein Flugblatt, ein weiteres eine Woche später (identisch mit dem Artikel „Krieg und Frieden" im ARBEITERKAMPF 30). In den Flugblättern beleuchteten wir die abwieglerische Politik der „Notgemeinschaft", die Frage von Verhandlungen und Aktionen ... Allerdings haben wir es in unserer bisherigen Agitation in Nordhorn noch zu sehr vernachlässigt, deutlich zu machen, daß das Problem der Bevölkerung nur im Kampf gegen den Militarismus, gegen den bürgerlichen Staat gelöst werden kann. ■

KB/Gruppe Oldenburg

18.6.

48 Verfahren gegen Demonstranten

Erörterungstermin der Notgemeinschaft am Montag

GN Nordhorn/Klausheide. Insgesamt 48 Verfahren, zumeist wegen Landfriedensbruchs und Gefährdung des Straßenverkehrs, sind bei der Staatsanwaltschaft in Osnabrück im Zusammenhang mit den Demonstrationen gegen den NATO-Schießplatz Nordhorn-Range anhängig. Das teilte die Justizbehörde den GN gestern auf Anfrage mit. In einigen Fällen richtet sich die Anzeige allerdings „gegen Unbekannt".

Die Notgemeinschaft Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range will, wie Wilfried Hanisch mitteilte, am Montag um 20 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus Klausheide mit allen Personen, gegen die Verfahren angestrengt werden, die erforderlichen Schritte erörtern.

Berichtigung

Verbot politischer Betätigung auch außerhalb des Betriebes

Im AK 28 wurde unter der Überschrift „Extremistenerlaß gegen die Arbeiterklasse" über ein neues Urteil des Bundesarbeitsgerichtes berichtet. Darin wurde die Entlassung eines Bankangestellten für rechtens erklärt, der in seiner Freizeit DKP-Flugblätter verteilt hatte.

Der Artikel hat zwei Fehler:

1. Das Urteil enthält gegenüber der Rechtsprechung der 50er Jahre etwas wesentlich Neues. Damals wurde „nur" bei politischer Betätigung im Betrieb, am Arbeitsplatz mit der Kündigung gedroht. In dem jüngsten Urteil heißt es aber, daß auch die politische Betätigung außerhalb des Betriebes, in der Freizeit, einen Kündigungsgrund darstellen kann, wenn dadurch die Interessen des „Arbeitgebers" beeinträchtigt werden. Diese Ausweitung stellt gegenüber früher eine wesentliche Verschärfung der Rechtsprechung dar.
2. In dem Artikel wird lediglich gesagt, daß das Verbot der Flugblattverteilung eine Einschränkung der — individuellen — Meinungsfreiheit sei. Flugblätter sind aber für die Öffentlichkeit bestimmte Presseerzeugnisse und insofern wesentlich mehr als eine individuelle Meinungsäußerung. Das Verteilen ist eine Ausübung der Pressefreiheit und steht deshalb auch unter stärkerem Schutz: selbst nach dem Anspruch des bürgerlichen Staates war es bisher so, daß die Pressefreiheit nur durch allgemeine Gesetze eingeschränkt werden durfte. Das Bundesarbeitsgericht hat in diesem Urteil aber den Arbeitsvertrag eines einzelnen zur Grenze der Pressefreiheit erklärt. Diese Ersetzung eines Gesetzes durch einen Einzelvertrag bedeutet eine ungeheuerliche Einschränkung des demokratischen Rechtes. Das könnte z.B. ohne weiteres dazu führen, daß ein Verlag bei seinem Zeitungsvertrieb ernsthaft behindert wird — zwar auf dem kalten Wege über das arbeitsrechtliche „Verbot" für die einzelnen berufstätigen Mitglieder und Mitarbeiter, „unternehmerfeindliche" Zeitungen zu verkaufen.

Damit könnte der Staat die Unbequemlichkeit einer offenen, unverhüllten Beschneidung der Pressefreiheit umgehen.

Insgesamt kann man also sagen, daß das Bundesarbeitsgericht mit diesem Urteil durchaus einen „neuen" Schritt im Abbau der demokratischen Rechte getan hat. ■

Neue Polizei-Provokationen in Nordrhein-Westfalen

Dem „Roten Morgen" der „KPD/ML" vom 18. August entnehmen wir die folgende Meldung:

„Am 9. 8. drangen früh morgens schwer bewaffnete Polizei, darunter einige Beamte sogar in kugelsicheren Westen, in das Haus Wohlfahrtstr. Nr. 86 in Bochum ein. In diesem Haus wohnen unter anderem auch Sympathisanten unserer Partei.

Unter dem Vorwand, daß der Name einer Hausbewohnerin in dem Notizbuch einer angeblichen Anarchistin gefunden worden sei, sollte eine Hausdurchsuchung stattfinden. Obwohl der Durchsuchungsbefehl nur auf ein Zimmer ausgestellt war, wurde gleich das gesamte Haus gefilzt. Laut schlugen die Bullen an die Zimmertür eines Hausbewohners. Als dieser noch völlig verschlafen öffnete, stand vor ihm ein Polizeischütze, der eine MP im Anschlag auf ihn richtete. Bei einem ähnlichen Polizeiüberfall vor einem Jahr in Stuttgart wurde so der Schotte Mc Leod erschossen.

Bei der Durchsuchung in Bochum wurden vorübergehend vier Hausbewohner festgenommen. Ähnliche Aktionen sollen in ganz NRW stattgefunden haben. In Dortmund wurde auf die gleiche Weise eine Hausdurchsuchung durchgeführt ..."

Mit dem Notizbuch-Trick haben wir auch in Hamburg schon Bekanntschaft gemacht. Am 6. Juli vorigen Jahres drang schwer bewaffnete Polizei in eine Wohnung an der Hochallee ein, die früher als Zentrum des SALZ galt, und in der noch einige Genossen und Sympathisanten des KB wohnten. Neun Bewohner wurden vorläufig festgenommen, einige davon in Handschellen und mit der MP im Kreuz abgeführt. Vorwand: die Adresse hatte angeblich in einem Notizbuch von Gudrun Ensslin („RAF") gestanden, die an diesem Tag verhaftet worden war.

Dieser Trick wird wohl auch in Zukunft zum festen Repertoire der Polizei-Provokateure gehören. Und die Bullen sind von ihrer „politischen Führung" derart aufgehetzt, daß es immer möglich ist, daß einem von ihnen aus blindem Haß oder vielleicht auch aus nackter Angst „versehentlich" ein Schuß losgeht und ein Menschenleben ausgelöscht wird, wie es in Stuttgart geschah. ■

'Schmierfinken unterwegs' – DKP denunziert 'Maoisten' –

Mehrere linke Zeitungen („Roter Morgen", „Spartacus" etc.) berichten von einem neuen Ganoven-Stücken der DKP. Es handelt sich dabei um eine gezielte Denunziation von angeblichen Sympathisanten der Gruppe „KPD" durch die DKP-Ortsgruppe Idar-Oberstein (Rheinlandpfalz). In deren Stadtteil-Zeitung werden im vollen Wortlaut Namen und Adressen von fünf „KPD"-Sympathisanten der „Öffentlichkeit" bekanntgegeben, um – wie es heißt – „sie einmal dem Dunkel der Anonymität zu entreißen". Vier der Denunzierten sind Werktätige, die nun mit Kündigung und Gewerkschafts-Ausschluß rechnen müssen. Einer der Betroffenen hat nach dieser Denunziation seinen Arbeitsplatz bei der Post verloren, nachdem er einige Zeit zuvor bereits aus seinem Lehr-Betrieb flog (er war dort aktiver Jugendsprecher). Die Aktion der DKP (Idar-Oberstein) hatte dieses Ergebnis offenbar zum Ziel.

Der Artikel in der DKP-Stadtteil-Zeitung trägt die vielsagende Überschrift: „Schmierfinken unterwegs". Es heißt dort:

„In Idar-Oberstein gibt es eine Maoistengruppe, die von Zeit zu Zeit auszieht, um an Privathäusern unter Zuhilfenahme von schwerlösbarem Klebstoff Plakate und Wandzeitungen anzubringen.

Diese Gruppe hat sich als Spezialfeind nicht etwa das Großkapital ausgesucht, sondern die DKP und die Gewerkschaften. Es sind dieselben Leute, deren Gesinnungsfreunde am Dienstag, dem 10. April 1973, in Bonn das Rathaus stürmten und einen Sachschaden von über einer halben Million DM anrichteten.

Ihre Aktionen – wie Häuser beschmieren, Plakate ankleben u.ä. führen sie meist im Schutze der Dunkelheit aus und ihre Schriften, mit denen sie gegen alle Demokraten zu Felde ziehen, sind anonym, selten, daß einmal eine Postfachadresse darauf zu finden ist.

Sie scheuen das Licht der Öffentlichkeit. Sie sind zu feige, ihre Namen darunter zu setzen.

Wir Kommunisten stellen Ihnen deshalb einige der Hauptdrahtzieher der Idar-Obersteiner Gruppe mit vollem Namen und Adresse vor, um sie einmal dem Dunkel der Anonymität zu entreißen ..." (es folgen die Namen der fünf angeblichen „KPD"-Sympathisanten.)

Das größte Schwein im Land, das ist der Denunziant!
(Alte Arbeiter-Weisheit) ■

Kongreß der ‚Révolution!'

Die französische kommunistische Organisation „Révolution!" hielt vor kurzem ihren zweiten Kongreß in der Nähe von Paris ab. Auf Einladung der französischen Genossen nahm auch der KB, neben verschiedenen anderen ausländischen Organisationen, mit einer Gastdelegation an diesem Kongreß teil.

Der Kongreß hatte sich zur Aufgabe gemacht, die nach den März-Wahlen entstandene politische Situation in Frankreich, die Entwicklung einer neuen Phase in den gesellschaftlichen Kämpfen und die Aufgaben der Revolutionäre in diesem Zusammenhang zu diskutieren. Daneben wurden einzelne Fragen behandelt, wie die Arbeit unter den ausländischen Arbeitern, die Arbeit unter den Studenten und der Zusammenschluß mit der Gruppe „Vers le Communisme" aus Caen.

Wir werden im ARBEITERKAMPF über die Diskussion und die auf dem Kongreß gefaßten Beschlüsse berichten, sobald die französischen Genossen selbst die verabschiedeten Resolutionen veröffentlicht haben. ■

Münchner Betriebsräte bei Gestapo-Methoden erwischt

Über einen weiteren Fall versuchter Spitzelanwerbung gegen kommunistische Gruppen berichtet die neueste Ausgabe der südbayrischen „Kommunistischen Arbeiterzeitung" (KAZ, 37/38 Juli/Aug. 73). Anders, als in solchen Fällen üblich betätigte sich hier aber nicht die Politische Polizei direkt, sondern „stellvertretend" mehrere Betriebsräte von Zündapp, die auch Mitglieder der IG-Metall sind:

Ein gerade bei Zündapp gekündigter Kollege wird von einem Betriebsrat (Kälber) um ein „vertrauliches Gespräch" in den nächsten Tagen gebeten. Fünf Tage später erscheint ein freigestellter Betriebsrat (Schober) während der Arbeitszeit mit Firmenwagen bei ihm zu Hause und lädt ihn auf ein Bier in den Bürgerbräukeller ein. Dort wartet bereits Betriebsrat Neßler.

Man kommt schnell zur Sache. Die Betriebsräte wollen Fotos und Namen von Mitgliedern der kommunistischen Betriebsgruppe von Zündapp, da gegen die „verdächtigen" Kollegen noch „letzte Beweise fehlen". Die Betriebsräte versprechen 3 000 Mark Belohnung, stellen eine Minox-Kamera (450 Mark) zur Verfügung und nennen dem Kollegen den mutmaßlichen Treffpunkt der Betriebsgruppe.

Die Aktion verläuft offenbar negativ. Am angegebenen Ort war keine Betriebsgruppe anzutreffen, wie der Kollege einen Tag später bei einem erneuten Treff den Betriebsräten mitteilen muß. Dafür gelingt es zwei Genossen von der KAZ, dieses weitere Gespräch vom Nebentisch her zu belauschen und die „verschwiegene Runde" zu fotografieren, um „letzte Beweise" sicherzustellen. In diesem Gespräch versuchen die Betriebsräte noch einmal, die Bedenken des angeworbenen Kollegen zu zerstreuen: „Finanziell und juristisch (!) ist alles klar". Die Betriebsräte notieren ihre Privat-Rufnummern und die direkte Durchwahlnummer zum Betriebsratszimmer für den Kollegen auf einem Zettel. Wenig später bemerken sie offenbar die Genossen am Nebentisch.

Schon am nächsten Tag sind die Betriebsräte für den angeworbenen Kollegen nicht mehr zu sprechen. Schober wurde aus der Schußlinie gezogen und ist inzwischen nicht mehr bei Zündapp, Neßler will von allem überhaupt „keine Ahnung" mehr haben. Zündapp-Kollegen fordern jetzt auch die Entlassung von Neßler (als „betriebsstörender Arbeitnehmer" nach § 104 BVG), sowie seinen Ausschluß aus der IG-Metall. Außerdem verlangen sie Klarheit über die Herkunft des Fotoapparates und der versprochenen 3 000 Mark. „Stammt das Geld von der Geschäftsleitung oder von der politischen Polizei? " wird gefragt, und „in wessen Diensten stehen Neßler & Co.? "

Die Methoden der Bestechung, Bespitzelung, Erpressung, Korruption usw. sind die ganz normalen Methoden des bürgerlichen Staates und seiner Vertreter, um mit ihren politischen Gegnern fertig zu werden und Macht und Einfluß zu erhalten und auszubauen. Kauf und Bestechung von Staats- und Regierungsbeamten bis hin zu Parlaments-Abgeordneten, Abhör-Affären und und Spionage-Geschichten, in die die höchsten „Würdenträger" des bürgerlichen Staates verwickelt sind, gehören zum alltäglichen Bild der sogenannten „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" des korrupten kapitalistischen Staates. Für gewöhnlich wird von diesen Mafia-Praktiken nur ein kleiner Zipfel des ganzen Ausmaßes bekannt, der dann flugs von der bürgerlichen Presse als „Skandal"-Geschichte aufgetischt wird, um vom gigantischen System des allgegenwärtigen Volksbetruges abzulenken. ■

Forts. Pierburg

Tagen die Tore ‚räumen' lassen. Verhindert werden konnte aber nicht, daß die Produktion zum Erliegen kam und daß sich die Front der Streikenden verbreiterte.

Solidarisch reihten sich bald auch deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen in die Kampffront ein. Und auch die restlichen Ausländerinnen, die aus Angst vor Repressalien an den ersten beiden Streiktagen ins Werk gegangen waren, blieben vor den Toren.

Am Vormittag des fünften Streiktages (am 17. August) kommt das erste ‚Angebot' aus den Direktionsräumen: zwölf Pfennig mehr Lohn, Wegfall der Lohngruppe 2.

Unter starkem Protest der versammelten Belegschaft wird diese Regelung zurückgewiesen. Der Streik geht mit Sprechchören „Mehr Geld! Solidarität!" weiter.

Am Nachmittag desselben Tages liegt dann ein besseres Angebot vor, das von der Streikversammlung mehrheitlich angenommen wird.

30 Arbeiterinnen sollen entlassen werden

Als die Frage noch nicht geklärt war, ob die Streikzeit bezahlt würde, war die weitere Entwicklung noch völlig offen.

Erst die Drohung der Belegschaft, weiterzustreiken, wenn ihnen die Streiktage nicht bezahlt würden, veranlaßte die APG-Geschäftsleitung, einzulenken (und vier der fünf Streiktage zu bezahlen).

Neuen Konfliktstoff brachte die fristlose Entlassung von 30 Arbeiterinnen, die maßgeblich an der Organisierung des Streiks beteiligt gewesen sind. Unter dem Vorwand, diese Arbeiterinnen hätten Kontakt zu ‚betriebsfremden Gruppen' aufgenommen, soll mit ihren Entlassungen ein Exempel statuiert werden.

Der Betriebsrat hat diesen Kündigungen nicht zugestimmt – so daß diese Kolleginnen bisher ‚nur' ausgesperrt sind. ■

Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

Fordarbeiter im Streik

Nachdem die Opel-Arbeiter in Bochum ihren Kampf mit einem recht unbefriedigendem Ergebnis beendet hatten, verlagerte sich der Schwerpunkt der Streikbewegung auf die Ford-Werke in Köln. 34 000 Kollegen befinden sich dort im Ausstand (der größte Teil streikt, während der Rest praktisch ausgesperrt ist).

Die Forderungen der Ford-Arbeiter sind:

- Zurücknahme der fristlosen Kündigung von 300 türkischen Arbeitern!
- Senkung der Bandgeschwindigkeiten!
- 1 Mark mehr Stundenlohn und ein 13. Monatsgehalt für alle!
- Verlängerung des bezahlten Jahresurlaubs von vier auf sechs Wochen!

Die Ford-Bosse haben gegen die streikenden und demonstrierenden Arbeiter Polizei-Hundertschaften einsetzen lassen, wobei mehrere Kollegen verletzt wurden. Der Streik dauert bei Redaktionsschluß noch an. (28.8.73) ■

Inhalt